REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 423 · 18.2.1999

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 53 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Gefahr aus der Mitte - Hessische Landtagswahl
2. Betr.: Beilage in ak 422
3. Bleib Fidel und mutig! Auflösung des Kuba- Kreuzworträtsels in ak 422
4. Wissen und Erinnerung. Über Saul Friedländer und sein Buch "Das Dritte Reich und die Juden" - Js.
5. Original oder Kopie. Neonazis in Einklang mit CDU und CSU - Anna Bartels
6. Doppelpaß und Abseitsfalle. Rot-grün verzichtet auf Bruch mit dem völkischen Staatsangehörigkeitsrecht - dk.
7. Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen
8. Künstler der Politik. Nach der Hessen-Wahl: grüne Durchhalteparolen - Js.
9. Grünes Licht für Rühes Weg. 100 Tage "Kontinuität in der Außenpolitik" - Thomas Klein
10. Kiel: Naziaufmarsch erheblich behindert - Anna Bartels
11. Tolmein enthüllt: Friedensbewegung war deutschnational - Vo
12. Potsdam: "Ja, Morden". Freispruch für Aktivisten gegen Wehrpflicht - Th. W. Klein
13. Probleme mit dem Wahlerfolg. Vier Monate nach der Bundestagswahl sucht die PDS ihre Linie - mb., Berlin
14. Alptraum ohne Ende. Was Rot-Grün bewirkt - Jochen Stay
15. Power mit und ohne Bauer. Aktivitäten gegen das Atomprogramm - Dse
16. Der nächste Castor wartet schon - jost
17. Vertreibung aus dem Paradies. Über die die Rückstellungen für atomare Entsorgung - DSe
18. Bügeln und bügeln lassen. Reproduktionsarbeit und europäische Dominanzkultur - Katrin Kraus
19. Prekarisierung in den Fabrikhallen - dk.
20. GewerkschafterInnen-Aufruf zur Kölner Demo - Bundesbüro Euromarsch
21. Aufruf: Für ein Europa und eine Welt der Solidarität und Freiheit - Bundesbüro Euromarsch
22. Indische BäuerInnen fordern ihre Rechte ein. "Internationale Karawane für Solidarität und Widerstand" - ICC 99
23. Köln vor dem Gipfelsturm - Georg Wißmeier
24. "Wir erwarten totales Engagement." Sozialhilfe und Arbeitsverpflichtung in New York - Thomas Gebhardt
25. Gentechnik treibt Indiens Bauern auf die Barrikaden - Ute Sprenger
26. Kaffee, Kekse und Konversation. Zur Rolle der NGOs auf dem Parkett der internationalen Konferenzen - H. Walk, A. Brunnengräber
27. Der neue Pragmatismus der CGT. Zu Gast auf dem Kongreß der KP-nahen Gewerkschaft in Strasbourg - Bernhard Schmid
28. Schuldenerlaßfür Nicaragua. Vorschläge für die Lösung des Ex-DDR-Schuldenproblems - Irene Knoke
29. Berliner Aufruf. Hurrikan Mitch ist vorbei - wie lange soll das Elend bleiben?
30. Transfair-Kaffee aus schmutzigem Anbau. Aufstandsbekämpfung mit Biokaffee- Genossenschaften in Chiapas - Kaffee-Kampagne
31. Kampf um Diamantenminen. Sierra Leone: Söldnerfirmen auf beiden Seiten verdienen am Krieg - Ralf Bendrath
32. Volksabstimmung in Puerto Rico: "Keine von diesen" - Werner Lamottke
33. Bougainville: Die Mühen der Ebenen - Teil 2 - Vo
34. Aus gegebenem Anlaß: Eine Lanze für Jelzin - Kai Ehlers
35. Für eine andere Rußlandpolitik! - Kai Ehlers
36. Ein Ort zweckfreien Gedenkens. Was der Sinn eines zentralen Berliner Mahnmals sein könnte - Js.
37. Expo No - denn die Welt sieht anders aus! Tipp-Ex - Treffen für Intergalaktische Perspektiven gegen die Expo
38. Verwirrende Gebrauchsanweisung. Kritik an dem Artikel "Vorsicht Ambivalenz" in der Beilage zu ak 422 - gw. und Js.

39. "Ich bin mein Leben lang Doppelstaatlerin gewesen." Gespräch mit Jeanne Stern - Ulrike Schätte
40. Ein Schatz in Feuerland - ari
41. Pressefreiheit nur auf dem Papier. Impressionen aus dem NATO-Land Türkei - Peter Nowak
42. Brief an einen Leser. Betr.: Walser und die "Traditionslinke" - Js.
43. Süchtig nach Leben. Ein Buch für eine tabufreie Drogendiskussion - dk.
44. Quelldatei 28.htm
45. Quelldatei 47.htm
46. Kraftvoll zubeißen
47. Spendenaufruf: 40.000 DM für ak
48. Quelldatei blatt423.htm
49. CGT militant-konstruktiv
50. Für ein Europa der Solidarität!
51. Quelldatei links.htm
52. Quelldatei sp990213.htm
53. Prekäres Feudeln*

1. Gefahr aus der Mitte

Autor: Hessische Landtagswahl · Rubrik: Wahlen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/auf423.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:auf423

Fast schon dankbar registrierte der maßgebliche Teil der rot-grünen Koalition in Bonn das Ergebnis der hessischen Landtagswahl. Schon vorher hatten sie Selbstkritik geleistet: Die neue Regierung habe zu schnell zu viel gewollt und dabei Fehler gemacht. Die rot-grüne Niederlage in Hessen wird nun von interessierter Seite flugs zum Volksentscheid gegen eine Reform des Staatsbürgerrechts hochgeredet. Der halbherzige Entwurf aus dem Hause Schily sei "den Bürgern" nicht zu vermitteln; er müsse im Konsens mit CDU und CSU geändert werden, da man nicht gegen den Willen der Mehrheit Politik machen könne.

Ein ungewohnt "demokratisch" klingendes Argument - wird doch der erklärte "Mehrheitswille" für gewöhnlich konsequent ignoriert: Seit Jahren gibt es eine deutliche Mehrheit für den Atomausstieg, ohne daß daraus irgendwelche Konsequenzen gezogen worden wären. Die Argumentation mit dem "Mehrheitswillen" ist noch aus einem weiteren Grund verlogen. Das politische System der Bundesrepublik ist keine plebiszitäre, sondern eine Parteiendemokratie. Diese Parteien organisieren die "Willensbildung", ihre Wortführer schwadronieren mit Vorliebe von "neuen Konzepten" und "Politikgestaltung". Die Kohl-Regierung startete 1982 gar mit dem volkspädagogischen Slogan der "geistig-moralischen Wende".

Ihre Nachfolgerin erweckt nicht einmal den Anschein, sie wolle in irgendeiner Frage politische Ziele durchsetzen. Der mit Rot-Grün sympathisierende Philosoph Jürgen Habermas bemängelte schon im vergangenen Oktober, daß der neuen Regierung ein "kontroverses Thema" fehle, wie das zu Zeiten der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt die "neue Ostpolitik" gewesen sei - denn "in der Politik bewegt sich nichts ohne ein Thema, an dem sich die Geister scheiden."

Um den Jahreswechsel hatte es den Anschein, als gebe es so ein Thema doch: die Frage der "Ausländerintegration", festgemacht an der doppelten Staatsbürgerschaft. Allerdings waren es CDU und CSU, die das Thema zur alles entscheidenden Frage machten. Statt die Konfrontation anzunehmen, verzichtete die rot-grüne Koalition auf Polarisierung, warnte kleinlaut vor "Stimmungsmache" und versteckte sich hinter den wenigen prominenten Christdemokraten, denen der Extremismus der eigenen Partei Bauchschmerzen bereitete. Die Straße überließ man der CDU und den Nazis, die Seit' an Seit' für die nationale Sache fochten. Dieser offene Schulterschluß ist neu - noch vor Jahren agierte man räumlich getrennt, wenn auch für dieselbe Sache: Die Nazis wüteten in Rostock-Lichtenhagen, während die Rassisten in Nadelstreifen mit sorgenvoller Miene erklärten, nun müsse aber endlich der "Asylmißbrauch" gestoppt werden.

Wie einfach eine breite Gegenkampagne auch auf den Straßen gewesen wäre, zeigte die Frankfurter Rundschau mit ihrer Unterschriftenaktion "Für ein weltoffenes Frankfurt". Da traute sich auch manches SPD-Mitglied zu unterschreiben. Nur einige wenige MigrantInnen und Linke nahmen die Herausforderung vor Ort an - zur Mäßigung gemahnt von rot-grünen PolitikerInnen, denen vor allem die Meinungsfreiheit der CDU am Herzen lag.

Die Gefahr für Menschenrechte und Demokratie kommt einmal mehr aus der Mitte der Gesellschaft: aus der "christlichen Mitte", die rechtsextreme Politik betreibt - und aus der "Neuen Mitte" der Schröder-Lafontaine-SPD, die mit dieser Politik den "Konsens" sucht.

Zu den Landtagswahlen in Hessen Seite 5

Die Nazis und der Doppelpaß

Seite 4

Grüne und Doppelpaß Seite 4

100 Tage außenpolitische "Kontinuität" Seite 6

2. Betr.: Beilage in ak 422

Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:35

In der Sonderbeilage zur Arbeitskonferenz "Zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft" in Berlin ("Schluß mit dem Streß!"), die wir in die letzte ak aufgenommen hatten, sind der Vorbereitungsgruppe einige Fehler unterlaufen, die wir als MitherausgeberInnen sehr bedauern, für die wir aber keine Verantwortung übernehmen.

Der Genosse Michael von der ALSO in Oldenburg heißt erstens "Bättig" und nicht "Wittig", und zweitens hatte er bereits seit längerer Zeit seine Teilnahme am Auftaktpodium abgesagt. Dieses Podium (Beginn Freitag, der 19. März, 19 Uhr, Ort noch unbekannt) besteht jetzt aus Marco Revelli (Turin), VertreterInnen von AC! (Frankreich), Brigitte Young (Berlin), Angela Klein (Berlin/Köln, Bündnis Euro-Märsche), Cora Molloy (Frankfurt, Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen) und einer Vertreterin der Frauengruppe "Glanz der Metropole" (Berlin). Wahrscheinlicher Konferenzort ist auch nicht die Humboldt-Universität sondern der Mehringhof.

Zudem ist der Aufmacherartikel der Beilage ("Vorsicht Ambivalenz") nicht unterschrieben worden. So kann der Eindruck entstehen, es sei ein gemeinsames Papier der Herausgeber ARRANCA! und ak. Dieser Eindruck ist falsch. Der Text ist unter Zeitdruck und daher mehr schlecht als recht diskutiert aus der Konferenz-Vorbereitungsgruppe heraus entstanden. Von ihr wird er verantwortet, und es gilt hier wie für alle anderen Beiträge in der Beilage: Die dort vertretenen Positionen geben nicht unbedingt die Meinung der ak-Redaktion wieder.

3. Bleib Fidel und mutig! Auflösung des Kuba-Kreuzworträtsels in ak 422

Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:43

Das ist das Lösungswort unseres Preisrätsels aus der letzten ak-Ausgabe. Und der glückliche Gewinner des 1. Preises (ein ak-Abo), den wir unter den überaus zahlreichen Einsendungen ausgelost haben, ist Reimar Paul aus Göttingen! Herzlichen Glückwunsch! Drei weitere GewinnerInnen von Trostpreisen werden von uns direkt benachrichtigt.

Schändlicherweise haben wir in der letzten Ausgabe vergessen, die Herkunft dieses Rätsels mitzuteilen, das soll natürlich nachgeholt werden:

Eine Genossin aus Tübingen verfaßte dieses Rätsel für eine rauschende Silvesterparty unter dem Motto "Heraus zum 1. Januar", auf welcher außer dem 40. Geburtstag der kubanischen Revolution auch 20 Jahre ZentralAmerikaKomitee/ZehnAlterndeKader/ZAK Tübingen gebührend gefeiert wurden.

Für das Rätsel herzlichen Dank! Zum Jubiläum nachträglich herzlichen Glückwünsch!

4. Wissen und Erinnerung. Über Saul Friedländer und sein Buch "Das Dritte Reich und die Juden"

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:05

Am 23. November 1998 wurde dem Historiker Saul Friedländer für sein Buch "Das Dritte Reich und die Juden" in München der Geschwister-Scholl-Preis verliehen. Wegen der zeitgleich sich zuspitzenden Walser-Bubis-Kontroverse wurde die Festveranstaltung zu Ehren des Preisträgers auch als politisches Ereignis wahrgenommen. Friedländer und sein Laudator Jan Philipp Reemtsma nahmen die Gelegenheit wahr, klar Stellung zu beziehen: Gegen Walsers "Wegsehen" und gegen Dohnanyis kaum verhüllte Aufforderung, Juden sollten sich mit Kritik an den nicht-jüdischen Deutschen zurückhalten (vgl. ak 421 und 422). Der folgende Artikel erhebt nicht den Anspruch, Friedländers "Leben und Werk" zu würdigen; er enthält biographische Notizen und Hinweise auf drei lesenswerte Bücher.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs, als Saul Friedländer 13 Jahre alt war, stand sein Berufswunsch fest: Er wollte katholischer Priester werden. Als Sohn deutschsprachiger Juden 1932 in Prag geboren, hatte er Krieg und Verfolgung in Frankreich überlebt. Um sein Leben zu retten, hatten seine Eltern ihn der katholischen Kirche anvertraut, deren Lehre Friedländer, nach schwerer persönlicher Krise und lebensbedrohender Krankheit, zu seiner Sache machte. "Dieser absolute Glaube, den man uns eintrichterte, war genau das, was ich brauchte", schreibt er in seinem Buch "Wenn die Erinnerung kommt...". Das Leben im Internat mit seinen Dogmen und strengen Regeln gab ihm Halt: "Obwohl ich mir meiner Herkunft bewußt war, fühlte ich mich dennoch in der Gemeinschaft jener wohl, die für die Juden nur Verachtung hatten, und gelegentlich schürte ich noch diese Verachtung."

"Den Sinn einer Epoche begreifen"

Im Februar 1946 erfährt Saul von einem Jesuitenpater, daß seine Eltern in Auschwitz ermordet worden sind - und was der Name dieses Ortes, den er zum ersten Mal hört, bedeutet. Wenig später verläßt er das Internat und zieht in die Familie seines jüdischen Vormunds. Hier hört er weitere Berichte über die Vernichtungslager, lernt jüdische Gebräuche kennen und erfährt von der bevorstehenden Gründung eines Staates der Juden. Zionist wird er "durch ein ganz einfaches Argument, das mir damals jedoch absolut zwingend erschien (...): Nie wieder würden wir uns wie Schafe zum Schlachthaus führen lassen! Und deshalb brauchten wir einen Staat... nur im Rahmen eines Staates würden wir Gewalt mit Gewalt beantworten können..." Im Juni 1948, einen Monat nach der Staatsgründung, betritt der nun fünfzehnjährige Saul Friedländer israelischen Boden: "Nach ‚Erez` zu gehen, hieß mein persönliches Schicksal an das Los einer Gemeinschaft zu binden, hieß von Gemeinsamkeit und Gemeinschaft zu träumen, hieß in der Begeisterung einer Gruppe persönliche Ängste zu verlieren."

Daß Friedländer später als Zeithistoriker über den Nationalsozialismus forscht, hängt natürlich eng mit seiner persönlichen Leidensgeschichte zusammen: "Ich hatte am Rande der Katastrophe gelebt; eine vielleicht unüberwindliche Distanz trennt mich von jenen, die unmittelbar vom Strudel der Ereignisse mitgerissen worden waren, und ich selbst sah mich - all meinen Bemühungen zum Trotz - nicht so sehr als Opfer denn vielmehr als Zuschauer." Allerdings nicht als unbeteiligter Zuschauer, sondern als einer, der verstehen will. So wird seine wissenschaftliche Arbeit ein Versuch, "den Sinn einer Epoche zu begreifen und die Vergangenheit, nämlich meine eigene Vergangenheit, in einen logischen Zusammenhang zu stellen."

Der autobiographische Bericht über seine Kindheit trägt den Titel "Wenn die Erinnerung kommt..." - in Anlehnung an Sätze des österreichischen Romanciers Gustav Meyrink, die Friedländer für eigene Zwecke variiert: "Allmählich, wenn die Erinnerung kommt, kommt auch das Wissen... Wissen und Erinnerung sind dasselbe..." Anders gesagt: Die Erinnerungsarbeit für die Opfer des Holocaust ist genauso wichtig wie das Bemühen der Wissenschaft, den Mord an den Juden zu erforschen und den Nachgeborenen zu erklären.

Saul Friedländer, dessen Lebenswerk "Wissen und Erinnerung" ist, gehört seit Jahren zu den bedeutendsten Holocaust-Forschern. Im Mai 1984 hielt er auf dem berühmten Stuttgarter Kongreß "Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg" das Hauptreferat. Kontrovers war dort vor allem die Frage der "Entschlußbildung": Ging der Holocaust auf einen "Führerbefehl" zurück, oder war er das Ergebnis einer "kumulativen Radikalisierung"

konkurrierender Teile und Instanzen der Partei und des Staatsapparates? Als Vertreter der ersteren, "intentionalistischen" Position hielt Friedländer den Anhängern der zweiten, "funktionalistischen" (bzw. "strukturalistischen") Lehre wesentliche Fakten entgegen:

- Hitlers Weltanschauung, in der die Juden den Platz des "obersten und unveränderlichen" Feindes einnahmen;

- den Führerbefehl vom 1. August 1941, ständig über die Taten der auf Sowjetgebiet mordenden Einsatzgruppen unterrichtet zu werden;

- direkte Befehle Hitlers zur Ermordung aller ukrainischen Juden;

- schließlich sein "Testament" vom 29. April 1945, in dem er den Judenmord den größten Dienst nennt, den der Nationalsozialismus der Menschheit erwiesen hätte.

Daß Hitler die Vernichtung der Juden persönlich befahl, ist heute kaum noch umstritten. "Der Führer hat die physische Vernichtung der Juden befohlen" - mit diesem Satz unterrichtete Reinhard Heydrich den bis dahin für die Zwangsaussiedlung der Juden zuständigen Adolf Eichmann von der entscheidenden Wende der NS-Politik. Der Historiker Philippe Burrin, der Heydrichs Mitteilung in seinem Buch "Hitler und die Juden" zitiert, datiert ihn nach sorgfältiger Abwägung auf September 1941.

Das "Engagement" der Bürokraten

Der jetzt preisgekrönte erste Band von "Das Dritte Reich und die Juden" beschäftigt sich mit der Frage der "Entschlußbildung" noch nicht - Friedländer behandelt darin die "Jahre der Verfolgung" von 1933 bis 1939. Allerdings hebt er schon in der Einleitung die zentrale Rolle Hitlers hervor: "Bei all seinen wichtigen Entscheidungen war das Regime von Hitler abhängig." Die Schuld seiner Mittäter wird dadurch nicht verkleinert; an mehreren Beispielen zeigt der Autor, wie Hitler aus "realpolitischer" Rücksicht die "Radikalen" zur Mäßigung verpflichtete, schärfere Maßnahmen gegen die Juden verzögerte oder - durch Goebbels - zeitweilig allzu schrille Hetze mildern ließ.

Daß die nach der "Machtergreifung" begonnene systematische Unterdrückung der Juden nicht zufällig, sondern folgerichtig mit dem größten Völkermord der Weltgeschichte endete, macht Friedländer schon in diesem ersten Band deutlich. Der "Erlösungsantisemitismus" war ihm zufolge die Ideologie, die Hitler mit großen Teilen der Parteielite und Hunderttausenden von Deutschen teilte - ein wahnhaftes Weltbild von der zersetzenden jüdischen Weltmacht, dem das Germanentum im Endkampf um Sieg oder Untergang entgegentreten müsse. Hitlers "antijüdische Obsessionen" machen ihn gleichwohl nicht zum Verrückten im landläufigen Sinne. Friedländer schreibt: "Wenn es ‚Pathologie` gab, dann war sie kollektiv." Und sie hinderte nicht daran, den Rassenwahn in ein realisierbares politisches Projekt zu überführen.

Friedländer präsentiert in seinem Buch nichts, was eine von den Verlagen zu Werbezwecken so gern behauptete "Neuinterpretation der Geschichte" herausfordern würde. Akribisch trägt er die Vielzahl antijüdischer Maßnahmen und Verbrechen zusammen - vom "Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933, den Rassengesetzen von September 1935 und ihrer mitunter höchst komplizierten Auslegung, über den Ausschluß der Juden aus immer mehr Berufen, ihre Vertreibung aus öffentlichen Einrichtungen bis hin zu den straflosen Morden nach dem "Anschluß" Österreichs und während der Reichspogromnacht. Friedländer hat die Fülle des Materials in einen systematischen Zusammenhang gebracht und das so entstehende Gesamtbild über Partei, Staat, Mittäter, Opfer und Zuschauer durch die Darstellung von Einzelschicksalen anschaulich gemacht.

Da ist neben anderen die Geschichte des Staatsbediensteten Karl Berthold, der im Juni 1933 verdächtigt wird, "möglicherweise von Vaters Seite nicht arischer Abstammung" zu sein. Zwar ist der konkrete Verdacht abwegig: Der als angeblicher Vater genannte Jude Carl Blumenfeld war zum Zeitpunkt der Zeugung erst elf, Bertholds Mutter 25 Jahre alt. Dennoch wird Berthold nach jahrelangem Kleinkrieg mit den Behörden im November 1938 per Gerichtsbeschluß aus dem Staatsdienst entlassen. Mit einer persönlichen Eingabe an die Reichskanzlei erreicht er seine Wiedereinstellung; er verweist auf das Fehlen von Beweisen und beschreibt sich als "echten Deutschen, mit echtem deutschen Herzen, der von Juden nie etwas gesehen und gehört hat und diese auch nie kennen lernen will."

Auch mit Hinweis auf diesen Fall widersprach Jan Philipp Reemtsma in seiner Laudatio der These von der "Maschinerie" des NS-Staates, vor der es für den einzelnen kein Entrinnen gegeben hätte. Friedländer zeige vielmehr, "daß diese Bürokratie gerade dort, wo sie ihren Opfern hermetisch erschien, eine mit abertausendfachem individuellem Engagement betriebene Sache war. Hätte die Bürokratie der Erfassung tatsächlich wie eine Maschine funktioniert, sie hätte nicht funktioniert." Über die Motive für dieses "abertausendfache individuelle Engagement" der Bürokraten ist damit noch nichts ausgesagt. In seinem schon zitierten Stuttgarter Vortrag von 1984 ging Friedländer so weit zu behaupten, daß die Bürokratie, trotz ihrer "zentralen Rolle", "der Vernichtung gleichgültig gegenüberstand".

"Obsessionen" und imperialistische Interessen

Daniel Jonah Goldhagen, der das Buch im Spiegel ausführlich rezensierte, sieht in Friedländers Darstellung gleichwohl Anknüpfungspunkte für seine eigene These von den "willigen Vollstreckern" - jenen ganz normalen Deutschen, die bei dem millionenfachen Judenmord mittaten, weil sie überzeugte Anhänger eines "eliminatorischen Antisemitismus" gewesen seien. Ganz zufrieden ist Goldhagen dennoch nicht: Friedländers "hochgradig nuanciertes Buch" lese sich "gelegentlich wie ein Einerseits-andererseits-Buch, ohne eine Pointierung des Typischen." Friedländer seinerseits erwähnt Goldhagen wohl in der Bibliographie, nicht aber im Text - offenkundig hält er dessen Erklärungsversuch für nicht sonderlich bedeutsam, zumindest was die Jahre bis 1939 angeht.

Was Goldhagen an Friedländers Buch kritisiert, macht gerade dessen Stärke aus: Das "Einerseits-Andererseits" zwischen dem ideologischen Fanatismus und der realen Politik des Nazi-Staates; der Greuelpropaganda gegen die Juden und der Vertuschung einzelner antijüdischer Verbrechen; dem Gezerre zwischen "Fundamentalisten" und "Realpolitikern" (Hitler war beides in einer Person); den Reaktionen der begeistert zustimmenden, der teilnahmslos gaffenden, der (sehr wenigen) mehr oder weniger offen ablehnenden "arischen" Augenzeugen antijüdischer Repression.

Friedländer differenziert innerhalb aller drei Gruppen, die in seiner Darstellung der Ereignisse vorkommen: bei den Tätern (der NSDAP und dem Staatsapparat), den Opfern (den Juden) und den Zuschauern bzw. Handlangern (der nicht-jüdischen deutschen Bevölkerung). Daß auch den meisten regimekritisch eingestellten "Ariern" die Juden ziemlich egal waren, zeigt Friedländer u.a. an Äußerungen von Klerikern und von Anhängern der Bekennenden Kirche. Während er die Ergebenheitsadressen der geistlichen und der intellektuellen Eliten ausführlich zitiert, berücksichtigt er die Rolle der wirtschaftlich Mächtigen kaum. Sie kommen bei ihm vor allem als Nutznießer der Arisierung vor - gleichberechtigt neben den Kleinbürgern und Mittelständlern, deren Denunziationen und Machenschaften gegen die jüdische Konkurrenz anschaulich dargestellt werden.

Die direkte Bereicherung auf Kosten der Juden war aber nicht der wesentliche Grund dafür, daß die Vertreter des Großkapitals die Nazi-Regierung stützten (bzw. diese erst möglich machten): Hitler versprach die terroristische Unterdrückung der Arbeiterbewegung, die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie und die notfalls gewaltsame Revision der deutschen Niederlage von 1918. Das war das Programm, mit dessen Umsetzung er am 30. Januar 1933 beauftragt wurde. Dafür waren seine "antisemitischen Obsessionen", so weit sie nicht geteilt wurden, in Kauf zu nehmen. (Die Schriftstellerin Anna Seghers, Jüdin und Kommunistin, schildert diese in den höheren Ständen verbreitete Haltung in ihrem 1949 erschienenen Roman "Die Toten bleiben jung": Der reaktionäre Offizier Lieven verbündet sich frühzeitig mit den Nazis, obwohl ihm die Juden egal sind - "er hatte nie welche gekannt; er zweifelte stark an ihrer teuflischen Macht. Doch schließlich konnte man dieses Gefasel schlucken, wenn man sonst auf seine Kosten kam." Derselbe Lieven rechtfertigt dann während des Krieges die Ermordung jüdischer Kinder: "Unsere Kinder werden nicht frieren und nicht hungern... Wir rechnen klar aus: Soundso viel müssen leben, soundso viel krepieren.")

Rassismus als "sekundäres Anhängsel"?

Problematisch und diskussionsbedürftig ist auch Friedländers Beschreibung des spezifischen "Erlösungsantisemitismus", der vom "gewöhnlichen rassischen Antisemitismus" abzugrenzen sei. Im Gegensatz zu diesem "ist im Erlösungsantisemitismus der Kampf gegen die Juden der beherrschende Aspekt einer Weltanschauung, in der andere rassistische Themen nur sekundäre Anhängsel sind." Hier geht es wohlgemerkt um die Nazi-Ideologie, nicht um die Praxis der Vernichtung, die allerdings Rückschlüsse auf die

Ideologie zuläßt: Die Ermordung von Hunderttausenden "Zigeunern", von Zehntausenden Kranken im Rahmen der "Euthanasie" ist kein "sekundäres Anhängsel", sondern wesentlicher Bestandteil des "Rassenmordes". Auch wenn, wie etwa von Eberhard Jäckel argumentiert wird, in Hitlers "Mein Kampf" immerzu die Juden, nicht aber die "Zigeuner" vorkommen - zum nazistischen Rassenwahn gehörte auch die Vorstellung vom "rein zu erhaltenden deutschen Blut" und vom germanischen "Übermenschen", der die "Untermenschen" versklaven oder vernichten müsse. Dazu zählten neben den Juden u.a. auch die Sinti und Roma und die sowjetischen Kriegsgefangenen.

Was als Spezialthema der Forschung erscheinen könnte, bekommt in der aktuellen politischen Debatte um das Berliner Mahnmal besondere Brisanz: Die Hervorhebung des "Erlösungsantisemitismus" könnte als Argument für die fortdauernde Hierarchisierung der Opfer dienen. Den nichtjüdischen Opfern des "Rassenmordes" wäre damit auch weiterhin ein untergeordneter Platz im öffentlichen Gedenken zugewiesen.

Js.

Zum Lesen empfohlen -

Bücher von Saul Friedländer

Wenn die Erinnerung kommt...; Frankfurt am Main (Fischer) 1991, 192 Seiten, 14,80 DM

Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933 - 1939; München (Beck) 1998, 458 Seiten, 58 DM

Zusammen mit Jan Philipp Reemtsma: Gebt der Erinnerung Namen. Zwei Reden; München (Beck) 1999, 63 Seiten, 10 DM

5. Original oder Kopie. Neonazis in Einklang mit CDU und CSU

Autor: Anna Bartels · Rubrik: CDU/CSU; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:48

Die Freude in rechtsextremen und neonazistischen Kreisen war groß. Endlich habe auch die Union erkannt, daß man am Volkswillen nicht einfach vorbeisehen könne. Die Republikaner registrierten "mit Genugtuung", daß "zentrale Positionen zur Ausländerpolitik, die wir seit Jahren vertreten haben und derentwegen wir oftmals in herabsetzender Weise angegriffen wurden, jetzt auch von Politikern der CSU und CDU offen übernommen worden sind". Und Neonazis frohlockten im National Journal, daß "die ureigenste Politik des Nationalen Widerstandes nunmehr auch von der in Panik geratenen CDU/CSU formuliert wird". Schlagzeilen wie "Volk gegen Doppel-Staatsbürger" (Deutsche Wochenzeitung), "Putsch gegen das Volk" (Junge Freiheit) oder "Dank dem Doppelpaß geht's jetzt wieder um den Kern der Sache - die Rasse!" (Zentralorgan) streichen die Bedeutung heraus, die der Diskussion um die doppelte Staatsbürgerschaft in rechtsextremen Kreisen beigemessen wird.

Nicht nur DVU, NPD und Republikaner wollen die Union mit ihrer Kampagne unterstützen und bieten die direkte Zusammenarbeit an, auch sogenannte "freie Nationalisten" und "Kameradschaften" fordern dazu auf, an den Ständen der CDU/CSU zu unterzeichnen: "Es spielt keine Rolle, daß auch diese Parteien nur Schaumschläger sind und sie das Ausmaß der Überfremdung maßgeblich mitverschuldet haben. Wenn CDU und CSU ihre Infrastruktur für unsere Zwecke zur Verfügung stellen, dann müssen wir das weidlich ausnutzen." Die "freien Nationalisten Baden-Württemberg" kündigen sogar an, die Stände der CDU "vor den Übergriffen linker und anarchistischer Chaoten und Kommunisten" zu schützen, "um diese Aktion zu einem vollen Erfolg werden zu lassen!" - Nazis als Leibgarde der Christdemokraten. Für das Spektrum rechts von CDU/CSU gibt die "volksnahe" Aktion der Union zudem Anlaß zur Hoffnung, "daß nunmehr die Zeit reif ist für ein gemeinsames Vorgehen gegen eine Ausländerpolitik, die sich immer deutlicher gegen die Interessen unserer Nation richtet", und Neonazis behaupten großmäulig, daß es für die CDU/CSU nur dann ein politisches Überleben gebe, "wenn sie deutsche Politik zusammen mit der NPD und dem Nationalen Widerstand macht". Um ihre Bedeutung für die Diskussion noch einmal zu unterstreichen und die Aufmerksamkeit der Medien zu nutzen, kürten NPD und "freie Nationalisten" das Thema "Doppelte Staatsbürgerschaft" zum Motto eines bundesweiten Aufmarsches in Magdeburg am 27. Februar.

Die Forderungen der Unionsparteien gehen dem rechtsextremen Spektrum jedoch nicht weit genug: Besonders die auf der CDU/CSU-Unterschriftenliste eingefügten Passagen zur "Integration von Ausländern" werden von DVU, NPD, Republikanern und "freien Nationalisten" heftig kritisiert: "Die Unterschriftenaktion der CDU ist Etikettenschwindel", tönen die Republikaner, "CDU-Aktion nur Augenwischerei, da nicht weitgehend genug", erklärt die NPD, und auf dem "Nationalen Infotelefon" kann man hören, daß die CDU "unter dem Druck der Überfremder" immer deutlicher ihr wahres Gesicht zeige. Daraus zog man Konsequenzen - die Republikaner mobilisierten in Hessen BürgerInnen mit eigenen Unterschriftenlisten, auf denen der CDU/CSU-Hinweis "Ja zur Integration" fehlt, und die NPD beschloß Ende Januar auf ihrem Parteitag im sächsischen Mulda, ebenfalls eine eigene Unterschriftenkampagne zu starten, in der neben der Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft auch "Keine Integration der hier lebenden Ausländer!", die "Abschiebung aller langzeitarbeitslosen Ausländer" und die "Ausgliederung der Ausländer aus dem deutschen Sozialversicherungssystem" gefordert wird.

Damit die parlamentarisch bedeutungslose Unterschriftenkampagne nicht ohne Konsequenzen bleibt, drängt das rechtsextreme Spektrum auf einen Volksentscheid. Die DVU will eine "direkte Demokratie" wie in der Schweiz, und Republikaner-Chef Schlierer fordert in einem offenen Brief an Edmund Stoiber und Wolfgang Schäuble CDU/CSU und SPD dazu auf, den Volksentscheid in die Verfassung aufzunehmen, denn "Furcht vor der Macht des Volkes steht keiner großen Volkspartei gut an". Daß die BürgerInnen sich auch für die doppelte Staatsbürgerschaft aussprechen könnten, ziehen die Rechtsextremen nicht in Betracht. Sie gehen selbstsicher davon aus, daß sich die Mehrheit der Deutschen gegen die "bevorstehende Spaltung der Nation in ‚Deutsche` und ‚Paßbürger`" aussprechen werde.

Bislang haben die Unionsparteien ein Plebiszit auf Bundesebene aber vehement abgelehnt. Gerade deswegen kritisieren die Rechtsextremen, daß die Union jetzt - aus "wahltaktischen Gründen" - "die Liebe zum eigenen Volk" entdeckt hat, während sie als Regierungspartei bei der Einführung des Euro "heilfroh" gewesen sei, das "Volk" nicht befragen zu müssen. Aber auch der CDU/CSU wird Lernfähigkeit zugestanden, und die Junge Freiheit etwa sieht für die Christdemokraten große Chancen, wenn sich "erfolgreiche Formen der demokratischen Willensäußerung unterhalb des verkrusteten Parteiensystems herausbilden". So müßten die Unionsparteien jetzt den Mut "zu einem politischen Kulturkampf" aufbringen, in dem es um die "Wahrung der Demokratie" gehe. Die CSU scheint in dieser Hinsicht bereit zu sein. Sie versteht sich als "Volkspartei" - eine Bezeichnung, die sie der CDU nicht mehr zugesteht -, die "geistig-politisch die Pflöcke einrammt". Ein Problem, gerade in diesem Moment zu diesem Thema auf die Straße zu gehen, sehen die Christsozialen nicht, schließlich haben "die Linken dies selbst jahrelang in Form von Ostermärschen und Unterschriftenaktionen zu vielen Themen praktiziert. Wenn wir das tun, ist das mindestens genauso gerechtfertigt". (aus Interviews mit CSU-Politikern in der Jungen Freiheit)

Argumentative Unterstützung für ihre Forderung nach einem Plebiszit sucht das braune Spektrum bei dem Staatsrechtler Joseph Isensee, der das geplante Vorhaben der rot-grünen Koalition als "Staatsstreich durch das Parlament" bezeichnet hat, denn die doppelte Staatsbürgerschaft sei eine "obrigkeitsstaatliche Umdefinition außerhalb der verfassungsrechtlichen Befugnisse des Parlaments". Daß die Rechtsextremen dann auf den "Widerstands"-Artikel 20 des Grundgesetzes verweisen, erscheint nur logisch. Und eine Drohung haben sie auch schon parat: "Wenn die Regierenden den Mehrheitswillen mißachten, werden wir andere Saiten aufziehen. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie die Daumenschrauben der Überfremdung pausenlos weitergedreht werden."

Die Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft hat sich unter der Obhut der CDU/CSU längst zu einer rassistischen Mobilisierung des gesamten konservativen, rechten und rechtsextremen Spektrums gegen MigrantInnen und Flüchtlinge entwickelt. Mit dem Entschluß, ihre Politik auf die Straße zu tragen, haben die Unionsparteien den Schulterschluß mit Rechtsextremen und Neonazis zumindest teilweise vollzogen. Die Positionen lassen sich nicht mehr so ohne weiteres voneinander trennen: CDU- und CSU-Politiker verbreiten in der rechtsextremen Jungen Freiheit rassistische Parolen, während sich DVU, Republikaner und NPD bemühen, mit der Forderung nach einem Volksentscheid ein eigenes Profil zu wahren und sich von der Politik von CDU/CSU zumindest in Einzelheiten zu unterscheiden. Einige der fleißig unterschreibenden BürgerInnen auf der Straße haben in den Medien sowieso schon deutlich gemacht, daß es ihnen nicht darauf ankommt, wer die Unterschriftenliste ausgelegt hat - Hauptsache, sie können ihrer rassistischen Furcht vor "Überfremdung" und "Entrechtung der Deutschen" irgendwo Luft machen.

Anna Bartels

6. Doppelpaß und Abseitsfalle. Rot-grün verzichtet auf Bruch mit dem völkischen Staatsangehörigkeitsrecht

Autor: dk. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:42

Selten ist eine "kleine Revolution" (ak 422) halbherziger versucht und schneller beerdigt worden als die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts durch die rot-grüne Bundesregierung. Knapp einen Monat nach der Vorlage des Schily-Entwurfs und noch nicht einmal eine Woche nach der Hessenwahl befinden sich die rot-grünen "Revolutionäre" auf panischer Flucht.

In den momentanen hektischen Absetzbewegungen vom Doppelpaß wird schnell vergessen, daß bereits der Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums (BMI) nicht unbedingt der Inbegriff demokratischer Radikalität gewesen ist. Unübersehbar ist dieser Entwurf bereits von einem vorauseilenden Gehorsam gegenüber der Union geprägt. In den Koalitionsverhandlungen hatten Grüne und SPD den Einstieg in den Ausstieg aus dem bisherigen völkischen Staatsangehörigkeitsrecht vereinbart, wenn auch mit einer erheblichen Einschränkung: Die automatische deutsche Staatsangehörigkeit für hier Geborene gilt nur, wenn auch ein Elternteil hier geboren ist oder als MinderjährigeR eingereist war. Vom "Staatsangehörigkeitsrecht für die zweieinhalbte Generation" sprach damals Kerstin Müller, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen in Bonn. Die Konkretisierung der Koalitionsvereinbarung durch das BMI produziert weitere Stolpersteine auf dem Weg zu einer zügigen Einbürgerung. Mit dem geforderten Bekenntnis zur Verfassung hatte der Gesetzentwurf nicht nur die Frage der Gesinnungsprüfung wieder auf die Tagesordnung gesetzt; die Möglichkeit des nachträglichen Entzuges der Staatsangehörigkeit hätte in diesem Zusammenhang auch eine "Staatsangehörigkeit auf Probe" geschaffen. Als Lehre aus dem Faschismus verbietet das Grundgesetz (Artikel 16) prinzipiell den Entzug der Staatsangehörigkeit und läßt Ausnahmen nur zu, wenn anschließend keine Staatenlosigkeit droht.

Die Voraussetzung der Straffreiheit und der deutschen Sprachkenntnisse ist nicht nur eine ungebrochene Diskriminierung von Menschen, die seit langem in der Bundesrepublik leben. Diese Anforderungen transportieren auch die Chimäre einer "deutschen Identität" und eines Bekenntnisses zu "deutscher Sprache und Kultur": Deutsch sein heißt deutsch sprechen, so die Botschaft, in der die zweifelhafte Vorstellung eines eindeutigen und homogenen Sprach- und Kulturbegriffs ungebrochen weiterlebt.

Hakki Keskin, der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland und als SPD-Mitglied bestimmt nicht des Linksradikalismus verdächtig, hat in der Frankfurter Rundschau zudem darauf hingewiesen, daß der Schily-Entwurf gegenüber dem bisherigen Einbürgerungsverfahren auch erhebliche Verschärfungen beinhaltet. Während heute ein deutscher Paß ca. 100 DM kostet, soll er nach den Vorstellungen des BMI in Zukunft mit Gebühren zwischen 300 und 500 DM verbunden sein. Noch gravierender ist das Verbot des Sozial- und Arbeitslosenhilfebezuges. 23,2% der Deutschen türkischer Herkunft sind arbeitslos (Bundesdurchschnitt im Januar 1999: 11,5%); viele der hier lebenden MigrantInnen haben bei harter Arbeit wenig verdient. Zusätzlich zu diskontinuierlichen Erwerbsbiographien bedeutet das Sozialhilfebezug im Rentenalter. Mit dem Verbot von Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfebezug kann jeder vierte hier lebende Türke nicht eingebürgert werden, so Keskin.

Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist eines der wenigen Elemente der Koalitionsvereinarungen in Bonn gewesen, die sich die Grünen als Plus-Punkt an die Brust heften konnten. Doch auch in dieser für die eigene Glaubwürdigkeit so enorm wichtigen Frage, haben die Grünen zu keinem Zeitpunkt wirklich die politische Initiative ergreifen können. Der Rückzug auf parlamentarische Mehrheiten, der Verlust von Kampagnenfähigkeit (bzw. der Verzicht auf jede Kampagne) und der permanente Kotau vor der "Geschlossenheit" der Koalition zwang die Grünen auch hier in unfruchtbare Verhandlungen hinter den Kulissen bei gleichzeitiger Schonung des Koalitionspartners in der Öffentlichkeit. Als der Schily-Entwurf auf dem Tisch lag, wurde zwar hinter vorgehaltener Hand von "Nachbesserungsbedarf" gesprochen. In der öffentlichen Darstellung folgten jedoch alle Parteigliederungen und Parlamentsfraktionen der Devise "keine Kritik an der SPD, volles Rohr gegen die Unterschriftenkampagne der CDU". Damit haben die Grünen von vornherein darauf verzichtet, dieses Thema selbst in der Öffentlichkeit zu besetzen. Und sie haben dann, durchaus folgerichtig, auch darauf verzichtet, der CDU-Kampagne "auf der Straße" zu begegnen.

Für die konservative Londoner Times hat die CDU mit ihrer Unterschriftenkampagne die "rassistische Karte" gezogen und die gesellschaftliche Polarisierung gesucht. Mit dem Symbolgehalt des Doppelpasses polarisiert sie an der Frage eines Bekenntnisses zum "Deutschsein" und einer Entscheidung zwischen "Identitäten"; die Kampagne mobilisiert damit in erster Linie einen "plebejischen Rassismus" (W. F. Haug) mit reaktionären Ressentiments gegen alles Kosmopolitische. Dabei weiß die Union sehr wohl, daß die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit erstens bereits jetzt existiert und daß sie zweitens keineswegs eine Option für einen "Ausstieg" aus dieser Gesellschaft darstellt. Der zweite Paß vermeidet unerträgliche Härten, wenn die Entlassung aus der alten Staatsangehörigkeit nicht möglich oder mit massiven Nachteilen - etwa dem Verlust von Erbschaftsansprüchen - verbunden ist.

Die Verfechter eines demokratischen Staatsangehörigkeitsrecht, das die deutsche Realität zumindest auf die Höhe anderer bürgerlicher Demokratien gehoben hätte, sind vor dem Schreckgespenst der "gesellschaftlichen Polarisierung" zur Salzsäule erstarrt. In keiner Phase ist der völkischen Identitätspolitik der CDU eine "Massenagitation" für ein uneingeschränktes Territorialprinzip entgegengesetzt worden. Die liberale Öffentlichkeit ist ebensowenig mobilisiert worden wie MigrantInnenorganisationen oder die eigene weiße deutsche Basis. Erklärungen und Anzeigen in überregionalen Anzeigen waren wenig mehr als halbherzige Gesten; die Konfrontation auf der Straße, mit eigenen Büchertischen, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen wurde tunlichst vermieden.

Die Konstruktionen einer einheitlichen "deutschen" Sprache und Kultur blieben folglich unangetastet. Aber was soll eigentlich die deutsche Sprache sein? Platt, sächsisch, bayrisch, Berliner türkisch, die Sprache der Unis, des Bildungsbürgertums oder die der Jugendlichen in den städtischen Armutsvierteln? Und was ist "deutsche Kultur"? Goethe und Musikantenstadel oder Comics und Rock-Musik? Fußball oder Basketball? Königsberger Klopse oder Tortellini? Christentum, Islam oder lieber gar keine Religion? Und: Wofür sind solche Fragen eigentlich wichtig? Der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um diese Fragen sind die Grünen ausgewichen.

Aber auch die antirassistische Linke in diesem Land hat sich aus der Debatte und dem Konflikt um das Staatsangehörigkeitsrecht herausgehalten. Das hat sicher mehrere Gründe, etwa die ungeklärten eigenen Positionen zu Bündnispolitik oder zu "reformistischen Forderungen". Zudem spielt auch eine Rolle, daß die Szene überwiegend eine von deutschen UnterstützerInnen von Flüchtlingen ist. Die Lebenssituation von MigrantInnen war und ist hier in der antirassistischen Politik immer ausgeblendet worden. Lediglich einige wenige kleine antifaschistische und antirassistische Grüppchen haben die Unterschriftenaktionen der CDU gestört, teilweise mit phantasievollen und subversiv-ironischen Aktionen, teilweise mit plattem Abräumen von Büchertischen. Aber eine inhaltliche Bestimmung, eine eigene Position (außer derjenigen, nicht rassistisch sein zu wollen) hat auch hier in der Regel gefehlt.

Wer hier geboren ist, wer hier seinen Lebensmittelpunkt hat, ist ohne Wenn und Aber BürgerIn dieses Staates mit allen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten, egal ob die Verwandtschaft aus Schwaben, der Lombardei oder Anatolien kommt. Für dieses Prinzip und die entsprechende nachholende demokratische Entwicklung in Deutschland haben Grüne und andere nicht gekämpft, ja sie haben noch nicht einmal den Versuch gemacht, dieses Ziel in der offenen Auseinandersetzung mit der CDU zu thematisieren. So heftig, wie ihnen jetzt der Schreck der Hessen-Wahl in die Glieder gefahren ist, so schnell verabschieden sie sich denn auch von ihrem großen Reformziel. Selbst der Schily-Entwurf ist jetzt Schnee von gestern. Lafontaine und Schröder sprachen bereits am Montag und Dienstag nach dem Wahlsonntag von "Überarbeitungsbedarf", mittlerweile sind auch Schily und der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck gefolgt. Die Grünen zieren sich noch, aber die "Linke" Kerstin Müller will nur "zunächst mal" noch nichts von Änderungen am Schily-Entwurf wissen. Auf Partei- und Fraktionsebene wird der Kniefall bereits vorbereitet und eingeübt. Die Grünen suchen nur noch nach einer passablen Sprachregelung.

Am wahrscheinlichsten ist z.Z. eine Mischung aus dem Gesetzentwurf der FDP-Bundestagsfraktion, bei dem sich MigrantInnen ab 18 Jahren für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen, und dem Schily-Entwurf. Doch egal wie gut oder schlecht der endgültige Kompromiß aussehen wird, die Botschaft ist dieselbe: Für gesellschaftliche Reformvorhaben wird nicht mehr mobilisiert und gekämpft. Wer aber aus Angst vor Polarisierung den öffentlichen Raum nur noch Massenmobiliserungen von rechts überläßt, hat nicht nur auf dem Feld des Staatsangehörigkeitsrechts schon verloren.

dk.

7. Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen

Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:39

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen, +, +, +, +, +, +

, Landesstimmen, +, +, +, Zu- bzw. Abnahme, +

, 1999, +, 1995, +, 1999 gegen 1995, +

, Anzahl, %, Anzahl, %, Anzahl, %

Wahlberechtigte, 4.284.798, -, 4.275.027, -, 9.771, -

WählerInnen, 2.843.974, 66,4, 2.833.029, 66,3, 10.945, 0,1

Gültige Stimmen, 2.798.485, 98,4, 2.768.821, 97,7, 29.664, 0,7

CDU, 1.214.886, 43,4, 1.084.146, 39,2, 130.740, 4,2

SPD, 1.101.904, 39,4, 1.051.452, 38,0, 50.452, 1,4

GRÜNE, 201.084, 7,2, 309.897, 11,2, -108.813, -4,0

F.D.P., 142.698, 5,1, 206.173, 7,4, -63.475, -2,3

REP, 75.080, 2,7, 54.775, 2,0, 20.305, 0,7

Tierschutz, 12.848, 0,5, -, -, -, -

DIE FRAUEN, 6.689, 0,2, -, -, -, -

PASS1, 1.912, 0,1, 0,2, -, -, -

DKP, 3.881, 0,1, 3.291, 0,1, 590, 0,0

BüSo2, 626, 0,0, 484, 0,0, 142, 0,0

FWG3, 10.020, 0,4, -, -, -, -

PBC4, 5.009, 0,2, 6.780, 0,2, -1.771, 0,0

DHP5, 598, 0,0, 808, 0,0, -210, 0,0

Naturgesetz6, 2.491, 0,1, 4.522, 0,2, -2.031, -0,1

ÖDP, 2.042, 0,1, 5.248, -0,2, -3.206, -0,1

NPD, 5.905, 0,2, 7.795, 0,3, -1.890, -0,1

BFB7, 10.812, 0,4, 8.570, 0,3, 2.242, 0,1

Sonstige, -, -, 24.880, 0,9, -, -

Anmerkungen: 1) Partei für Arbeit und Soziale Sicherheit; 2) Bürgerrechtsbewegung Solidarität; 3) Freie Wähler Gemeinschaft - Wählergruppe Hessen; 4) Partei bibeltreuer Christen; 5) Deutsche Heimat-Partei; 6) Naturgesetz Partei; 7) Bund freier Bürger, +, +, +, +, +, +

8. Künstler der Politik. Nach der Hessen-Wahl: grüne Durchhalteparolen

Autor: Js. · Rubrik: Wahlen; CDU/CSU; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:49

"Hessen vorn" - der Werbespruch gilt zumindest für die Grünen. Hier gingen sie 1985 mit der SPD erstmals eine Koalition auf Landesebene ein - wir erinnern uns dunkel an die Herren Fischer (in Turnschuhen) und Börner (mit Dachlatte). Das Experiment dauerte damals nicht lange, hatte aber nachhaltige Wirkungen. Beim zweiten Versuch, begonnen 1991, hielt die rot-grüne Regierung immerhin acht Jahre. Nun wurde sie abgewählt - weil die Grünen in ihrem Stammland (hier entstand der Kosename "Realo") einbrachen wie niemals und nirgends zuvor: minus vier Prozentpunkte gegenüber 1995. In vier Jahren haben sie fast 109.000 WählerInnen verloren; seit der Bundestagswahl im September (mit deutlich höherer Wahlbeteiligung) waren es 92.000. "Hessen vorn" - auch beim grünen Niedergang?

Nicht nur die Sieger fälschen die Geschichte. Schon einen Tag nach der Hessenwahl hatten auch die Besiegten die Sprachregelung der CDU übernommen: Die Wahl sei eine Volksabstimmung gegen die von der Bundesregierung geplante Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts gewesen; als gute Demokraten müßten nun SPD und Grüne auf CDU und CSU zugehen und den Konsens suchen. Sozialdemokraten ließen ihren Frust an den Grünen aus: Deren "Minderheitenthemen" hätten die Sache vermasselt, und Trittin sei überhaupt an allem schuld. Der Zeitung lesende Mensch staunte nicht schlecht: Denn direkt neben solchen Rüpeleien stand die Analyse der Mannheimer "Forschungsgruppe Wahlen", die insbesondere den dramatischen Einbruch der Grünen ganz anders erklärt.

Dieser hänge "mit ihren klassischen Themen zusammen: Umweltschutz, Kernenergie und speziell in Rhein-Main der Flughafenausbau. Zum einen haben diese Themen in der Gesamtbevölkerung stark an Bedeutung verloren, zum anderen ist die typische Anhängerschaft der Grünen vom Durchsetzungsvermögen ihrer Partei auf Bundes- und Landesebene enttäuscht." Viele Grünen-WählerInnen von 1995 blieben zu Hause oder liefen zur SPD über. Die Unterschiede zwischen beiden Parteien erscheinen minimal, in Wiesbaden ebenso wie in Bonn. Als Argument für den Wechsel zur SPD hinzu kommt die besondere hessische "Cousinenwirtschaft": vergleichsweise unscheinbare Skandale, die aber die Ansicht stützen, den Grünen gehe es - wie BerufspolitikerInnen generell - auch nur um den persönlichen Vorteil. Bei kritischen Geistern wirkte das Auftreten des prominentesten hessischen Grünen in ähnlicher Weise: Neu-Staatsmann Fischer mag als Außenminister seine Vorgänger Genscher und Kinkel vergessen lassen, er entspricht aber auch wie kein zweiter dem Typus des prinzipienlosen Karrieristen.

Als "Partei der Lehrer" mußten die Grünen auch mehr als die SPD für die desolate hessische Schulpolitik büßen - in Umfragen das zweitwichtigste Thema nach der Erwerbslosigkeit. Daß die "Partei der Jugend" für letztere nichts zustande bringt, schlug sich gleichfalls im Wahlergebnis nieder: Nur noch 12% der JungwählerInnen (bis 25 Jahre) wählten diesmal grün; vor vier Jahren waren es 22% gewesen. Das ist das für die Grünen bedrohlichste Ergebnis der Hessenwahl: Wenn der bisher sich von selbst einstellende Zustrom von Jung- und ErstwählerInnenstimmen sich bundesweit im selben Maße verringert wie in Hessen, dann ist das Ende absehbar. Noch einmal mehrere Jahre außerhalb der Parlamente, wie in den Anfangsjahren, wird diese grüne Partei nicht überstehen; ihr Führungspersonal würde sich alsbald nach lukrativeren Alternativen umsehen.

Der grüne Stimmenverlust ist der bemerkenswerteste Aspekt des hessischen Wahlergebnisses. Die SPD legte gegenüber 1995 (als sie mit 38% ihr schlechtestes Nachkriegsergebnis erzielte) immerhin um 1,4% zu, so daß das rot-grüne Lager 2,6% verlor. CDU und FDP, die neuen Regierungsparteien, gewannen zusammen nur 1,9% hinzu - die Umschichtung der Stimmen vollzog sich vor allem innerhalb der beiden Lager (die Grünen verloren am meisten an die "Partei der Nichtwähler"). Die 4,2% Zugewinn der CDU gehen mindestens zur Hälfte zu Lasten der FDP, die fast an der 5%-Hürde gescheitert wäre (sie holte gerade mal knapp 4.000 Stimmen mehr als unbedingt nötig).

Aus Parteisoldaten werden Deserteure

Besorgniserregend ist vor allem die Methode, der die CDU ihren Wahlerfolg verdankt. Sie setzte alles auf die eine Karte - "nationale Identität" statt erleichterte Einbürgerung von Nicht-Deutschen. Ihre Unterschriftenkampagne gegen den Doppelpaß war in zweifacher Hinsicht ein voller Erfolg: zum einen, weil 500.000 Stimmen zusammengekommen sein sollen - so konnte die CDU sich als die wahre "Volks"partei präsentieren; zum anderen, weil die CDU - mitten in der Krise - ihre Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit bewies. Während sie sichtbar (und mit erheblichem, wenn auch teilweise negativem Medien-Echo) angriff, tauchte Rot-Grün weitgehend ab. Die CDU spielte eindeutig den aktiven Part in diesem Wahlkampf und konnte so ihr Potential sehr viel besser mobilisieren als die anderen Parteien. Vom christdemokratischen Aktivismus profitieren konnten nur die REPs, die im Windschatten der CDU von 2% auf 2,7% zulegten.

So hat dieser Wahlkampf auch widerlegt, was seit Schröders Sieg als feste Regel gehandelt wurde: Daß aus der Opposition ein Wahlerfolg nur mit einem attraktiven, am besten gar "charismatischen" Kandidaten möglich sei, dessen "Ausstrahlung" und "Medienpräsenz" wichtiger sei als alle Sachaussagen. An dem farblosen und wenig bekannten Herrn Koch kann es nicht gelegen haben - verglichen mit ihm konnte selbst der Langweiler Eichel sicher sein, aufgrund des "Amtsbonus" vorn zu liegen. Entschieden hat die Mobilisierungsfähigkeit der bisherigen Oppositionspartei, ihre Präsenz auf der Straße. Das hat - abgesehen von dem aktuell angerichteten Desaster - auch eine positive Seite: Auf diesem Kampffeld können linke und demokratische Kräfte mithalten und Gegenmobilisierung betreiben, wenn sie dazu entschlossen sind.

Wenn, wie oft behauptet, im sog. Medienzeitalter allein Fernsehauftritte und die als Berichterstattung getarnte PR der großen Zeitungen Wahlen entscheiden würden, ließe sich dagegen von links her wenig ausrichten. Infostände und Flugblattverteiler aber sind "angreifbar". Das ist nicht als Plädoyer für blindwütiges "Abräumen" gemeint; ein gut organisierter Tumult tut auch seine Wirkung: auf das Publikum ebenso wie auf die treuen christdemokratischen Parteisoldaten, die sich - entsprechende "Stimmung" um sie herum vorausgesetzt - schnell in Deserteure verwandeln können.

Von den Grünen, die früher mal Wert auf ihr außerparlamentarisches "Standbein" legten, ist da wenig zu erwarten. Im hessischen Wahlkampf haben sie sich auch da weggeduckt, wo es um "ihre" Themen ging. Die von Joschka Fischer vor der Bundestagswahl versprochene Stillegung des AKW Biblis A war kein Thema mehr - das, so das grüne Kalkül, hätte wegen des Arbeitsplätze-Arguments vor Ort Stimmen kosten können. Genutzt hat diese superschlaue Taktik nichts - in Biblis wurde die Zahl der grünen Stimmen halbiert. Hier wie auch anderswo blieben viele bisherige Grün-WählerInnen am Wahltag zu Hause - auch weil an der AKW-Frage so gar kein Fortschritt sichtbar wird.

Die FDP muß wieder ran!

In Hessen dürfen sich die Grünen nun "in der Opposition regenerieren" - was auch auf Bundesebene nicht die schlechteste Lösung wäre. Atomausstieg und Ökosteuer, die beiden anderen großen "Reformprojekte", sind ohnehin gescheitert. Schwenkt die SPD in der Doppelpaßfrage auf FDP-Linie, dann wäre doch eigentlich der Punkt gekommen, wo die Grünen ihr alles Gute mit dem neuen Partner wünschen könnten. Zumal bald der Punkt kommen könnte, wo die SPD von sich aus Schluß macht mit der ungewollten Verbindung. Die FDP, die sich nach der Bundestagswahl einer Koalition mit der SPD zunächst verweigerte, wird sich nach angemessener (also ziemlich kurzer) Schamfrist nicht lange bitten lassen. Politisch würde sich in einer sozialliberalen Koalition so gut wie nichts ändern. Da die CDU in der Opposition bliebe, müßten die Grünen auch den Vorwurf nicht fürchten, sie hätten - aus Mangel an Leidensbereitschaft - Schäuble und Stoiber an die Regierung gelassen. Die kommen, wenn Rot-Grün so weitermacht wie bisher, spätestens in knapp vier Jahren.

Worauf also warten die Grünen? Von Schröder "abgekanzelt" und "an die Wand gespielt" (taz), erweisen sie sich als zutiefst deutsche Partei, die auch eine verlorene Sache nicht so schnell aufgibt. Befreundete Kommentatoren und grüne Promis rufen Durchhalteparolen. Fischer fordert "schonungslosen Realismus und die Kraft der Erneuerung", der hessische Landtagsabgeordnete Tarek Al-Wazir will die Grünen zur "Partei für das positive Lebensgefühl" und die "Lebensqualität" machen und so den Niedergang stoppen. Daniel Cohn-Bendit denkt in die gleiche Richtung und empfiehlt seiner Partei, "Individualität und Kreativität in einer hedonistisch eingestellten Generation zu kultivieren". Statt auf "Minderheitenpositionen" zu verharren, müßten die grünen PolitikerInnen "durch Politik und Kommunikation Reformmehrheiten" bilden. Das setzt natürlich voraus, daß die grünen "Künstler der Politik" (Cohn-Bendit) in ihren Ämtern bleiben, wo sie der jungen Generation ganz individuell und kreativ zeitgeistigen "Hedonismus" vorleben.

Cohn-Bendits originelle Begründung für das Weitermachen kommt zum richtigen Zeitpunkt. Sonst hätte man glatt auf den bösen Gedanken verfallen können, den grünen AmtsträgerInnen ginge es nur um Posten und Pensionsansprüche.

Js.

9. Grünes Licht für Rühes Weg. 100 Tage "Kontinuität in der Außenpolitik"

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Außenpolitik der BRD; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:24

Direkt nach dem Aushandeln des Koalitionsvertrages zeigten sich im letzten Jahr in einer gemeinsam herausgegebenen Pressemitteilung zahlreiche Organisationen der Friedensbewegung enttäuscht von den zu Papier gebrachten Ergebnissen der neuen Regierung: Die Passagen zur Außen- und Sicherheitspolitik seien "mehr als unbefriedigend". Statt konkrete politische Handlungsschritte zu benennen und einzuleiten, würden nur "unverbindliche Formulierungen aus dem SPD-Wahlprogramm wiederholt".

Beispiele für ein "diffuses und halbherziges Regierungsprogramm", das nicht für einen Politikwechsel stehe, so die sich kurz nach dem Regierungswechsel zu Wort meldenden Organisationen, gebe es zuhauf. So blieben die Ausgaben für die Bundeswehr und für neue Waffenbeschaffungen auf weiterhin hohem Niveau. "Die seitens der Friedensbewegung geforderte und auch im Wahlprogramm der Grünen enthaltene jährliche Kürzung des Verteidigungshaushaltes um mindestens 5% und die längst überfällige drastische Verkleinerung der Bundeswehr" seien einfach "unter den Tisch gefallen". Auch die Regelung, vor Abschluß der zweijährigen Arbeit einer Wehrstrukturkommission "keine Sach- und Haushaltsentscheidungen" zu treffen, die bei der Bundeswehr und bei Finanzierungsvorhaben "neue Fakten" schaffe, wurde heftig kritisiert; das sei nichts weiter "als der Kotau von SPD und Grünen vor dem Bundeswehrverband und der Rüstungslobby".

Immerhin finde sich im Vertrag der Satz: "Bei Rüstungsexportentscheidungen wird der Menschenrechtsstatus möglicher Empfängerländer als zusätzliches Entscheidungskriterium eingeführt." Jedoch völlige Fehlanzeige gebe es beim Verbot der Gewährung von Hermeskreditbürgschaften für Rüstung und rüstungsrelevante Güter.

"Kontinuität der Außenpolitik"

Weiterhin bemerkenswert sei, daß von der ehemals von den Bündnisgrünen selbst geforderten Auflösung der Krisenreaktionskräfte und des "Kommando Spezialkräfte" überhaupt keine Rede mehr sei. Die laut Koalitionsvertrag beabsichtigte Stärkung der OSZE als gesamteuropäische Sicherheitsorganisation und der Aufbau einer Infrastruktur zur Krisenprävention und zur zivilen Konfliktbearbeitung könne aber nur dann glaubwürdig vollzogen werden, wenn diese "zur militärischen Intervention außerhalb des eigenen Staats- und Bündnisgebietes" aufgestellten Kräfte aufgelöst würden. Denn diese hätten mit dem Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung und ziviler Konfliktbearbeitung schlicht und einfach "nichts zu tun". Das gelte auch für die "Verteidigungspolitischen Richtlinien". Deren Rücknahme sei schon deshalb notwendig, weil mit diesen Richtlinien das ehemals CDU-geführte Verteidigungsministerium nach 1990 eine Neubestimmung der Aufgaben der Bundeswehr vorgenommen hatte, die eine der einschneidensten Zäsuren in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland markierte: Nicht weniger als der Abschied von der ursprünglichen und einige Jahrzehnte gültigen Bestimmung, mit der Bundeswehr eine reine Verteidigungsarmee zu unterhalten, sei formuliert, vorbereitet und inzwischen umgesetzt worden: Statt Landesverteidigung gehe es nun um weltweite Interventionen. Geboten sei die Revision der Verteidigungspolitischen Grundsätze und "ein klares Nein zu allen Vorbereitungen auf Rohstoffkriege der Zukunft".

Inzwischen wurden nicht nur Vereinbarungen niedergeschrieben, sondern eine Reihe von Entscheidungen getroffen. Dabei hat es einigen der trotz der "unverbindlichen Formulierungen" zur Außen- und Sicherheitspolitik anfangs noch eher hoffnungsvoll in die Zukunft blickenden Friedensbewegten schier die Sprache verschlagen. Bei wichtigen, die Richtung markierenden Entscheidungen oder Stellungnahmen der nun politisch Verantwortlichen in Bonn zu den anstehenden Fragen von Krieg und Frieden, genauer zum NATO-Militäreinsatz unter Beteiligung deutscher Soldaten auf dem Balkan, zu den Luftangriffen der NATO-Verbündeten Großbritannien und USA auf den Irak, zu dem Außerkraftsetzen des Völkerrechts usw., erfüllte sich nicht einmal der ohnehin bescheidene Wunsch, die neue Regierung würde wenigstens kleine politische Spielräume nutzen. Die Hoffnung, wenn schon kein grundlegender Politikwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik erfolge, so könne doch wenigstens die Absicht zu erkennen sein neue Akzente zu setzen, blieb bei wichtigen Richtungsentscheidungen unerfüllt. Zwei Punkte aus der letzten Zeit machten das deutlich:

Zwei Wochen bevor der Bundestag beim Thema Kosovo mit den Stimmen der Regierungskoalition "grünes Licht" für einen Bundeswehreinsatz erteilte, waren VertreterInnen der Friedensbewegung bei bündnisgrünen Parlamentariern zu Gast. Die in der Runde geäußerte Befürchtung, bei einer Entscheidung zu einer möglichen Militärintervention im Kosovo ignoriere die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen möglicherweise entsprechende Parteitagsbeschlüsse und wirke mit an einer kritisierten Militarisierung der Außenpolitik, blieb bei den Parlamentariern nicht unwidersprochen. Eine aufkeimende Diskussion darüber wurde rasch abgewürgt: "Wir müssen jetzt überhaupt nicht darüber diskutieren", so die prompte Entgegnung. "Es gibt hier kein Mandat der UN. Die Fraktion wird einem völkerrechtswidrigen oder zumindest nicht eindeutig durch ein entsprechendes UN-Mandat gedeckten Militäreinsatz keinesfalls eine Zustimmung erteilen." Doch damit nicht genug.

Im Dezember 1998 bombardieren US-amerikanische und britische Flugzeuge den Irak. Nach Angaben des zuständigen US-Generals Shelton kamen bei den Angriffen über tausend Menschen um. Die Zahl der Verletzten könne nicht angegeben werden. Als Begründung für die Luftangriffe gaben die USA an, Saddam Hussein besitze immer noch Massenvernichtungswaffen und nach einem Bericht des Chef-Waffeninspekteurs Butler sei die irakische Führung bei den Kontrollen nicht in gewünschtem Maße kooperativ. Während die Regierung in Paris auf Distanz zu den Angriffen ging und weltweit das Vorgehen der US-Amerikaner und Briten auf Kritik und Unverständnis stieß, nannte Außenminister Fischer die Bombardierung "legitim" und Hans-Ulrich Klose (SPD), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, sprach sich gar dafür aus, daß Deutschland die Militärschläge auch logistisch unterstützen solle, wenn das gewünscht werde.

Nach Ansicht des ehemaligen UN-Waffeninspekteurs Scott Ritter besteht aber ein effektiver Schutz davor, daß Saddam Hussein nicht wieder in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangt bzw. diese einsetzt, nur darin, daß weiterhin vor Ort Kontrollen stattfinden. Die Bombardierung des Landes hatte nicht nur den Tod vieler Zivilisten zur Folge, sondern sei, so Ritter, "Verrat an der UNSCOM".

Die ernüchternde Bilanz: Ohne Beschluß des dafür zuständigen UN-Sicherheitsrates wird ein Land bombardiert. Die Arbeit der UNSCOM wird sogar nach Ansicht von ehemaligen UN-Mitarbeitern extrem gefährdet und damit letztlich das Gegenteil von dem erreicht, was als vermeintliches Ziel deklariert wurde. Für die rot-grüne Regierung ist dies kein Grund, deutlich gegen eine solche Politik Stellung zu beziehen. Daß Saddam Hussein maßgeblich von deutschen Firmen mit Massenvernichtungswaffen und Raketentechnik hochgerüstet wurde, teils mit Wissen und Billigung der Kohl-Kinkel-Regierung, hätte an sich gut zu dem Stichwort gepaßt, die irakische Führung sei, so Außenminister Fischer, ein "blutiges Regime".

"... und führe mich nicht in Versuchung"

In den Reihen der SPD gibt es nicht nur die in den Oppositionszeiten wohlgelittenen Rüstungsexportkritiker, sondern auch handfeste Interessenvertreter: aus den Gewerkschaften und aus der Industrie. Für sie geht es beim Thema Rüstungsexport auch um Arbeitsplätze und ums Geschäft. Da bezieht sich keiner aufs "Vater unser" und sagt "und führe mich nicht in Versuchung." (Otfried Nassauer, Friedensforscher und Leiter des "Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit")

"Machtbeteiligung bedeutet selbstverständlich auch das Teilen von Macht und das Eingehen von Kompromissen. Dennoch sind mir viele Grüne zu kompromißlerisch und in Kernfragen der Politik zu nachgiebig. Doch das Hauptproblem ist und bleibt die SPD, die den Pazifismus ein weiteres Mal in ihrer langen Geschichte mit Füßen tritt." (Jürgen Grässlin, Buchautor und Sprecher des Dachverbandes Kritische AktionärInnen DaimlerChrysler)

"Ein Kanzler Schröder und ein Außenminister Fischer werden nicht nur neue Waffenprogramme wie NH 90-Kampfhubschrauber und Eurofighter, jetzt Taiphoon genannt, betreiben. Sie sind bereit, Militäreinsätze im Ausland zu beschließen und Verantwortung zu übernehmen für Akte militärischer und imperialistischer Aggression. Letzteres steht im krassen Widerspruch zur Programmatik dieser Parteien und - im Fall der Grünen - in Widerspruch zu ihrer Tradition." (Winfried Wolf, PDS-Bundestagsabgeordneter)

"Wir glauben, daß wir (mit dem Koalitionsvertrag, Anm. des Autors) - gemessen an unseren Verhandlungspositionen und unseren Zielen - eine gute Ausgangsbasis für einen Politikwechsel im außen- und friedenspolitischen Teil geschaffen haben." (Angelika Beer, Winfried Nachtwei und Christian Sterzing, bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete)

"Der jetzt politisch für das Verteidigungsministerium verantwortliche Rudolf Scharping setzt politisch keine neuen und keine eigenen Akzente. Leider. Bisher können wir nicht erkennen, daß sich mit dem Regierungswechsel in diesem traditionell strukturkonservativen Ministerium irgendetwas geändert hat. Dabei hat Herr Scharping keineswegs von den Wählerinnen und Wählern den Auftrag erhalten, so weiterzumachen wie Rühe." (Dr. Wolfgang Menzel, Rüstungs-Informationsbüro Baden-Württemberg)

"Fischer ist der bestangezogene Mann im Kabinett. Er ist schon nach wenigen Wochen Garant für außenpolitische Kontinuität. Er jettet durch die Welt wie einst Genscher, redet häufig auch so". (Das Magazin stern zu 100 Tagen Rot-grün)

"Da sitzt der Joschka beim Frühstück und überlegt sich: Heute fordere ich mal: Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen bei der Nato. Das ist doch toll." (Mathias Beltz, Kabarettist)

"Verantwortung übernehmen - weltweit"

Im Juli 1994 segnete das Bundesverfassungsgericht Auslandseinsätze der Bundeswehr rechtlich ab. Bis vor viereinhalb Jahren stand der noch unter der Kohl-Regierung eingeschlagene Weg, Bundeswehr jenseits der Landesgrenzen einzusetzen, im Widerspruch zu dem bis dato gültigen verfassungsrechtlichen status quo. Zwar hatte die alte Bundesregierung sich bei ihrer diesbezüglichen politischen Praxis - von der Friedensbewegung als "Militarisierung der Außenpolitik" und Aushöhlung verfassungsrechtlicher Beschränkungen kritisiert - den alten Sponti-Spruch "legal - illegal - scheißegal" zu eigen gemacht; erinnert sei hier an die Beteiligung von deutschen Soldaten an Auslandseinsätzen vor der Grundgesetzänderung. Dennoch, Fakt ist: Noch vor fünf Jahren war ein Bundeswehreinsatz "out-of-area" laut Verfassung nicht möglich.

Diese Beschränkung gehörte zum Selbstverständnis der Bundeswehr und der Bundesrepublik, sie wurde sogar bis Ende der achtziger Jahre auch von der CDU/CSU/FDP-Regierung ausdrücklich betont. So entgegnete im August 1988 der damalige Regierungssprecher Schmülling auf Anfrage, die Bundesrepublik könne sich nicht an Blauhelmtruppen beteiligen, einen entsprechenden Wunsch der UNO gebe es im übrigen nicht, denn die, so Schmülling, wisse, daß Grundgesetz und NATO-Vertrag einen Bundeswehreinsatz außerhalb des NATO-Gebietes nicht zuließen. Hintergrund: Im Mai 1988 hatte die Arbeitsgruppe "Außenpolitik" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion derartige Einsätze gefordert. Der ehemalige stellvertretende Berliner CDU-Landesvorsitzender Heinrich Lummer erklärte damals klipp und klar: Die "out-of-area"-Befürworter würden nicht eher ruhen, "bis Bundeskanzler und Bundesverteidigungsminister grünes Licht geben für den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereichs". Wie mittlerweile - zehn Jahre später - "grünes Licht" noch verstanden werden kann, konnte sich Lummer damals sicher nicht vorstellen. Zunächst ging es zu dieser Zeit darum, innerhalb der eigenen Partei Boden gut zu machen. Die politischen Rahmenbedingungen veränderten sich, aus Sicht der sogenannten Stahlhelm-Fraktion, in gewünschter Weise: Im Zuge der deutschen Vereinigung bekamen ab 1989/90 rechtspopulistische Strömungen erheblichen Auftrieb: Die Themen "Innere Sicherheit", Asyl und Bundeswehreinsätze "out-of-area" blieben nicht länger nur zentrale Punkte im ehemaligen "Minderheitendiskurs" der politischen Rechten. Schon 1991 avancierte die Minderheitenposition von Lummer&Co aus dem Jahr 1988 zur offiziell verkündeten Regierungslinie.

Es ist kein Zufall, daß inzwischen bei allen drei genannten Themen eine Grundgesetzänderung erfolgte, mit stets identischem Szenario: Was zunächst nur in der Union auf breite Zustimmung stieß, wurde anfangs von der FDP- und der SPD-Bundestagsfraktion abgelehnt, aus "mit uns nicht" wurde ein "Ja, aber", und am Ende gab es mit Zweidrittelmehrheit im Bundestag den Beschluß, die Verfassung an den entsprechenden Stellen zu "schleifen".

Beim Thema "out-of-area" hatte der ehemalige Verteidigungsminister Rühe die Marschroute der eingeschlagenen Politik 1993 offen benannt: "Der Anfang ist gemacht: Unsere Sanitäter in Kambodscha, unsere Heeresflieger zur Unterstützung der Vereinten Nationen im Irak, unsere Transportflieger in Sarajewo und Somalia - (...) Aber wir können und müssen mehr tun". Die "Salamitaktik" verlief erfolgreich: Noch zu Beginn des Jahres 1993 lehnten die meisten Bundesbürger Einsätze deutscher Soldaten außerhalb des NATO-Gebietes ab, und Kampfeinsätze unter UN-Kommando, von reinen NATO-Aktionen war da überhaupt noch nicht die Rede, befürworteten lediglich 15%. Das waren die Zahlen vor der sogenannten

Bosnien-Debatte. Im Verlauf dieser Debatte gelang es der politischen Rechten ehemals oppositionelle Kreise in eine neue, bis vor wenigen Jahren noch völlig ausgeschlossene Politik einzubinden. Die "propagandistische Begleitmusik" war sehr geschickt: Eine Reihe von Begriffen wurde regelrecht "besetzt" und in ihr Gegenteil verkehrt. So ging es nach Rühe z.B. nur darum "Erwartungen zu erfüllen", "Verantwortung zu übernehmen", "Internationale Solidarität" zu üben, "nicht im Abseits zu stehen", "zur Normalität zurückzukehren", "Herausforderungen der Zukunft anzunehmen" usw. Insbesondere der Begriff "Verantwortung übernehmen" avancierte zu dem ideologischen Kampfbegriff: Seit geraumer Zeit gehört es hierzulande in politischen Debatten zum "guten Ton", diejenigen, die sich gegen weltweite Bundeswehreinsätze aussprechen, der Verantwortungslosigkeit zu bezichtigen. Der Gipfel an Verlogenheit und Heuchelei ist es allerdings, wenn diejenigen die Verletzung von Menschenrechten - z.B. im Kosovo - beklagen und Militärinterventionen fordern, die zuvor schwerste Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und vielen anderen Ländern mit immensen Waffenlieferungen aus Deutschland "honorierten". Das betrifft noch die "alte Koalition".

Die "neue Koalition" setzt mit der im Koalitionsvertrag festgeschrieben Stärkung der "zivilen Konfliktbearbeitung" auf dem Papier einen neuen Akzent, der der beschriebenen Entwicklung an sich entgegensteht. Ob eine solche Politik, die z.B. antimilitaristische Positionen ernst nimmt, aber in der politischen Praxis der rot-grünen Regierung relevant wird, darf angesichts der bisher erfolgten Entscheidungen bezweifelt werden.

Thomas Klein

Thomas Klein ist Soziologe und freier Journalist. Er arbeitet als Presse- und Öffentlichkeitsreferent bei der Kampagne gegen Rüstungsexport, Wiesbaden, Bismarckring 3, 65183 Wiesbaden. Tel: 0611/910 23 50; Fax 37 18 38.

10. Kiel: Naziaufmarsch erheblich behindert

Autor: Anna Bartels · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:50

Fast vier Jahre sind seit der Eröffnung der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" in Hamburg vergangen. Bisher wurde die Wehrmachtsausstellung in 29 deutschen und österreichischen Städten gezeigt, zu Beginn des Jahres wechselte sie nach Kiel - danach wird sie nur noch in Saarbrücken und Köln gezeigt werden, bevor sie ihre "Tournee" im Sommer in Hamburg beendet.

Die Ausstellung ist zu einem Medienereignis geworden: In jeder Stadt, in der die Wehrmachtsausstellung gastiert, entbrennen heftige Diskussionen zwischen konservativen, revisionistischen und rechtsextremen Kreisen, die die angebliche Diffamierung der Wehrmachtssoldaten beklagen, und denjenigen, die auf die aktive Mittäterschaft der Wehrmacht an den Massenmorden der Nationalsozialisten hinweisen.

Die Wehrmachtsausstellung ist auch zum Kristallisationspunkt neonazistischer Mobilisierungen geworden. Der Aufmarsch in München im März 1997 bildete den Auftakt zu einer ganzen Reihe von Demonstrationen der NPD/JN bzw. der "freien Nationalisten". Kurz vor Weihnachten marschierten 250 Neonazis in Hannover, und zuletzt mobilisierten NPD und Kameradschaften zu einem bundesweiten Aufmarsch nach Kiel. Das Datum war sorgfältig ausgewählt: Sie meldeten ihre Demonstration in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt für den 30. Januar an. In dem symbolischen Datum sah das Oberverwaltungsgericht aber keine ausreichende Begründung für ein Verbot der Nazidemonstration. Damit setzen die schleswig-holsteinischen RichterInnen die Genehmigungspraxis aus dem letzten Jahr fort, nach der alle angemeldeten NPD- oder JN-Demonstrationen von den Gerichten schließlich erlaubt wurden.

1.600 PolizistInnen aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, drei Wasserwerfer und ein Räumpanzer wurden zusammengezogen, um den reibungslosen Ablauf des Aufmarsches zu gewährleisten und die Gegendemonstration von den Neonazis zu trennen. Das gelang jedoch nicht. Im Gegensatz zu den letztjährigen gescheiterten Versuchen von AntifaschistInnen, auch nur eine der zahlreichen Nazi-Veranstaltungen zu be- oder sogar zu verhindern, glückte es in Kiel, den Aufmarsch von NPD und "freien Nationalisten" erheblich zu beeinträchtigen. Während Kleingruppen Barrikaden auf der geplanten Route errichteten und schließlich so dafür sorgten, daß der Marschweg der Nazis erheblich verkürzt werden mußte, entschloß sich die mehr als 2.000 Menschen starke Bündnisdemonstration nicht wie vorgesehen zum weit entfernten Landeshaus zu gehen, sondern sich ebenfalls den Faschisten in den Weg zu stellen. Die mußten ständig Zwangspausen einlegen, wurden mehrfach mit Flaschen und Steinen beworfen und brauchten für die nun äußerst kurze Wegstrecke mehrere Stunden. An ihrem Versammlungsplatz angekommen, mußten die Neonazis weitere zwei Stunden ausharren, bis die Polizei die Busse zum Platz zurückgeleitete. In ihrem Frust versuchten die Ordner - "freie Nationalisten" aus Norddeutschland - zweimal aus ihrem Zug auszubrechen, um "selbst für ihren Schutz zu sorgen". Das macht deutlich, wie genervt die Leiter des Aufmarsches über den Ablauf waren.

Das antifaschistische Spektrum hat erstmals wieder eigene Handlungsfähigkeit bewiesen. Durch das gemeinsame Agieren der BündnispartnerInnen konnte den Neonazis an einem für sie wichtigen Tag eine politische Niederlage zugefügt werden. Zwar wurde der Aufmarsch nicht verhindert, aber die Faschisten waren gezwungen, sich nach den Gegebenheiten zu richten, die an diesem Tag die Gegendemonstration diktiert hat. Trotzdem muß registriert werden, daß es den Neonazis gelungen ist, 1.000 AnhängerInnen nach Schleswig-Holstein zu mobilisieren - in der Größenordnung wohl vor wenigen Jahren noch nicht vorstellbar. Die "Jungen Nationaldemokraten" haben bereits angekündigt, in den drei Städten, in denen die Wehrmachtsausstellung in diesem Jahr noch gezeigt wird, ebenfalls zu Aufmärschen zu mobilisieren. Auch dort muß es gelingen, ein großes antifaschistisches Bündnis zu organisieren, das sich den Nazis direkt in den Weg stellt.

Anna Bartels

11. Tolmein enthüllt: Friedensbewegung war deutschnational

Autor: Vo · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:14

Mit seinem Beitrag "Saddam muß nicht mehr Hitler sein" in der Jungle World vom 23.12.98 liefert Oliver Tolmein ein Kleinod "antinationaler" Geschichtsklitterung. Da es in "antinationaler" Weltsicht in Deutschland keine (links-)oppositionellen, progressiven, herrschaftskritischen, gar widerständigen Massenbewegungen geben darf (weil das ja mit dem ewigen deutschen Volkscharakter unvereinbar ist), kann die Friedensbewegung, die in den achtziger Jahren hunderttausende, ja Millionen Menschen auf die Straße brachte, eine derartige Bewegung nicht gewesen sein, handelte es sich bei diesen Millionen doch um - horribile dictu - Deutsche! Und so "beweist" Tolmein denn, daß die Friedensbewegung "keine oppositionelle Kraft" gewesen sei, im Gegenteil: Charakteristisch sei "die antiamerikanische und deutschnationale Prägung großer Teile der Friedensbewegung" gewesen. Sie habe in der "selbstmitleidigen Erinnerung an die antinazistischen Bombardements der Alliierten auf Dresden und Hamburg" geschwelgt, die "bundesrepublikanische(...) Nachkriegshistorie als Opfergeschichte einer vom US-Imperialismus unterdrückten Nation" interpretiert und sei "dann besonders erfolgreich" gewesen, "wenn sie in Flugblättern und mit Aktionen gegen die USA als "Besatzungsmacht" agitierte und die nationale Souveränität Deutschlands zum politischen Tagesziel erklärte".

Wo hat der gute Mann das bloß her? In der Zeit, auf die sich Tolmein mit letztzitierten Aussagen bezieht (die "frühen achtziger" Jahre); erklärte kein Schwein in der Friedensbewegung "die nationale Souveränität Deutschlands zum politischen Tagesziel". Es gab zwar das eine oder andere verschrobene Grüppchen (deren Mitglieder waren oft aus der "vaterländischen" KPD/A-Null hervorgegangen), die den Kampf gegen Atomraketen und für Frieden mit der Lösung der "nationalen Frage" (im Sinne einer "Konföderation" beider deutscher Staaten oder ähnlichem Humbug) verbinden wollten; und es gab bei den GRÜNEN den einen oder die andere, der oder die einen "Friedensvertrag mit Deutschland" als friedenspolitisches Allheilmittel propagierten. Aber selbst diese - in der Gesamtbewegung absolut randständigen - KuriositätenhändlerInnen vertraten ihre Konzeptionen nicht als "politische Tagesziele", sondern allenfalls als langfristig anzustrebende Fernziele.

Der "mainstream" der damaligen Bewegung aber war ganz eindeutig geprägt vom DKP- und linkssozialdemokratischen sowie christlichen Spektrum. Und dessen Hauptanliegen war der Kampf gegen die sog. atomare Nachrüstung, gegen die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und anderen europäischen Staaten. Gegen deutschnationale Anwandlungen waren Jusos, DKP und Co. schon deswegen (weitgehend) gefeit, weil für sie die deutsche Zweistaatlichkeit unhintergehbare (und so gewollte und begrüßte) politische Realität war und sich ihr Kampf gerade gegen die Bedrohung der DDR, der UdSSR und der anderen Staaten des "realsozialistischen" Lagers durch die NATO-Raketen und die NATO-Militärstrategie richtete. In diesem Kontext wurde die BRD auch nicht als vom US-Imperialismus besetztes Land gesehen, sondern als der wichtigste militärische Verbündete der USA bei der Drohpolitik der NATO gegen das Lager der "friedliebenden Sowjetunion".

Herausgefordert wurde die hegemoniale Rolle des DKP-Spektrums in der Friedensbewegung nicht von der Handvoll oben beschriebener Exoten, sondern von der sog. "unabhängigen" Friedensbewegung, also autonomen, kommunistischen, linkschristlichen, anarchistischen und menschenrechtlich orientierten Gruppierungen - und den damals jungen, radikalpazifistischen Grünen. Diese kritisierten das DKP-Spektrum vor allem wegen dessen Versuchen, die Bewegung auf den einen Punkt "Kampf gegen die Nachrüstung" zu beschränken. Daß die aus der unabhängigen Bewegung heraus aufgestellten Forderungen nach Austritt aus der NATO oder "Zerschlagung" der NATO oder auch nach Schaffung einer "atomwaffenfreien Zone von Polen bis Portugal" oder nach radikaler einseitiger Abrüstung deutschnational waren, dürfte schwer zu belegen sein. (Die Realos bei den Grünen haben das übrigens später versucht: Im Kampf gegen die innerparteilichen GegnerInnen denunzierten sie die NATO-Austritts- bzw. NATO-Auflösungs-Forderung als antiamerikanisch und deutschnational, um ihren Anpassungskurs an herrschende Sicherheitspolitik zu rechtfertigen. Tolmein befindet sich hier also in guter (?) Gesellschaft mit unserem derzeitigen Außenminister.).

Selbstverständlich hat es in der seinerzeitigen Friedensbewegung auch deutschnationale - seinerzeit im "nationalneutralistischen" oder "linksnationalistischen" Gewand daherkommende - Positionen gegeben. Nicht von ungefähr war Alfred Mechtersheimer, der heute am rechtsextremistischen Rand angekommen ist, eine nicht unbedeutende Figur in der Friedensbewegung der 80er Jahre. Aber diese Leute waren in der Bewegung stets Außenseiter, ihre Positionen nachträglich zu denen "der" Friedensbewegung (oder auch nur der "Mehrheit" oder einer "relevanten Minderheit" in der Bewegung) hochzuschreiben, tut ihnen zu viel der Ehre - und hat mit den historischen Tatsachen nichts zu tun. Selbstverständlich war "die" Friedensbewegung keine rundum linksoppositionelle, progressive, herrschaftskritische, gar widerständige soziale Kraft, sondern - wie es bei sozialen Massenbewegungen wohl meistens der Fall ist - in sich widersprüchlich, auch halbherzig und verschwommen. Doch "hauptseitig" gehört sie - um es pathetisch auszudrücken - zum Schatz der positiven historischen Erfahrungen der deutschen (!) sozialen Bewegungen. Viele Menschen (Deutsche!) haben in ihr politische und soziale Lernprozesse gemacht, an die auch künftig angeknüpft werden kann.

Tolmein sieht das ganz anders. Seine Friedensbewegungs-Schelte gipfelt in dem Vorwurf, sie habe - als deutschnationale Bewegung eben - "dazu beigetragen, daß Deutschland zu dem wurde, was es heute ist: Ein zunehmend selbstbewußter, aggressiver Staat, der für künftige Machtkämpfe keine Einschränkungen mehr hinnehmen möchte"; mittlerweile sei die Friedensbewegung "im gesellschaftlichen Mainstream aufgegangen". So hätte es herrschende Politik sicher gern. Aber Tatsache ist: Auch heute gibt es (immer noch, schon wieder) zahlreiche Gruppen und viele Menschen (Deutsche!!), die versuchen, Politik genau gegen diesen zunehmend selbstbewußten, aggressiven Staat Deutschland zu machen. Und diese Leute reden von sich selber als: Friedensbewegung. Aber so etwas darf es im "antinationalen" Universum ja nicht geben ...

Schade - Oliver Tolmein ist doch sonst nicht auf den Kopf gefallen. Als Historiker der Friedensbewegung ist er allerdings mit Vorsicht zu genießen.

Vo

"Wohlgemerkt ... nichts beweist, daß der Körper eine Maschine ist, und es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß damit nichts ist. Aber da liegt nicht das Problem. Die Hauptsache ist, daß man die Frage so angeschnitten hat."

(Lacan)

12. Potsdam: "Ja, Morden". Freispruch für Aktivisten gegen Wehrpflicht

Autor: Th. W. Klein · Rubrik: Militarismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:21

Mitte Januar wurde bei einem Prozeß in Potsdam Jörg Kwapis von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär freigesprochen. Er wurde beschuldigt, bei einer Protestaktion anläßlich der Eröffnung des Lehrstuhls für Militärgeschichte an der Universität Potsdam am 22. Januar 1996 ein Plakat mit der Aufschrift "Deutsche Armeen in einer langen Tradition. Ja, Morden" getragen zu haben. Derartige Plakate sind vom Layout und der Textgestaltung her einer Anzeigenserie der Bundeswehr nachempfunden, die in der Vergangenheit mit Überschriften wie "Ja, Dienen" und "Ja, Helfen" für die Bundeswehr geworben hatten. Der Prozeß in Potsdam endete nun mit einem Freispruch. Nach Ansicht des Gerichts kann Kwapis nicht nachgewiesen werden, das Plakat gezeigt zu haben, und der Vorwurf der Beleidigung des ehemaligen Generalinspekteurs der Bundeswehr und heutigen Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, Klaus Naumann, auf dessen Antrag hin ermittelt wurde, war damit hinfällig.

Daß der Prozeß überhaupt zustande kam, hatte mit der seltsam anmutenden Beharrlichkeit der Staatsanwaltschaft Potsdam zu tun. Obwohl das Zeigen derartiger Plakate an der TU-Berlin und die daraufhin einsetzende Strafverfolgung vor dem Berliner Landgericht mit Freisprüchen endete und obwohl als Beweismittel für den nun stattgefundenen Prozeß in Potsdam lediglich ein unscharfes Zeitungsfoto diente, legte die Staatsanwaltschaft gegen die zunächst erfolgte Ablehnung eines Strafbefehls vor dem Amtsgericht Potsdam Beschwerde ein: Sie wollte ganz offensichtlich auf Biegen und Brechen diesen Prozeß, dessen Absurdität auf der Hand liegt. Daß die Person auf dem Zeitungsfoto nicht mit Jörg Kwapis identisch ist, hätte eine einfache Gegenüberstellung klären können. Statt dessen "boten Antragsteller und Staatsanwaltschaft einiges auf", so die Kampagne in einer Presseerklärung. Weiter heißt es in der Erklärung: "General Naumann wurde eigens als Zeuge aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel eingeflogen. Zur Ehrbezeugung wurden weitere Bundeswehrgrößen aufgeboten (...) General Naumann trieb mit seinen Zeugenaussagen nicht nur die Lächerlichkeit des heutigen Unterfangens voran, sondern tätigte auch solch bemerkenswerte Aussagen wie ‚Kein Soldat wird erzogen, aus Habgier, Heimtücke oder Grausamkeit zu töten`. Schon beim NATO-Bündnispartner Türkei dürfte er mit dieser Aussage an der Wirklichkeit vorbeigetroffen haben."

Für die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär zeigt dieser Prozeß, daß Bundeswehr und Staatsanwaltschaft zum einen das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung im Visier haben und ihnen zum anderen besonders die Aktivitäten der Antimilitaristen ein Dorn im Auge sind. Tatsächlich mußten sich in der zurückliegenden Zeit immer wieder Kampagnen-Aktivisten vor Gericht für ihre Protestaktionen verantworten. Ende März letzten Jahres war z.B. der Antimilitarist Christian Herz wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz vor das Amtsgericht in Berlin-Tiergarten geladen. Zwei Tage vor einem öffentlichen Gelöbnis von Bundeswehrrekruten vor dem Schloß Charlottenburg hatte er zusammen mit anderen Aktiven der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär 450 Gartenzwerge zu einer Parade aufgestellt. Zu Gelöbnistexten aus 200 Jahren deutscher Militärgeschichte wurden die Zwerge vereidigt. Auf dem Platz galt ein striktes Versammlungsverbot und Herz erhielt einen Strafbefehl über 450 Mark (eine Mark pro Zwerg!). Sein Widerspruch führte zu einem Prozeß, in dessen Verlauf die Absurdität des Verfahrens von Herz bloßgestellt wurde. Seine Frage: "Wie viele Gartenzwerge charakterisieren eine Versammlung, und wann wird daraus ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz?" blieb vom Gericht unbeantwortet und das Verfahren wurde wegen Geringfügigkeit eingestellt.

Offensichtlich scheint es der Staatsanwaltschaft und den klagenden Bundeswehrangehörigen darum zu gehen, antimilitaristischen Protest mit Strafverfahren zu überziehen, selbst um den Preis, sich lächerlich zu machen und, wie das Beispiel Kwapis zeigt, auch bei einem von vorneherein aussichtsloses, Verfahren an dem, Prozeßterminen festzuhalten. Dafür kommt sogar General Naumann extra aus Brüssel angereist.

Thomas Klein

Kontakt: Kampagne gegen Rüstungsexport, Wiesbaden

13. Probleme mit dem Wahlerfolg. Vier Monate nach der Bundestagswahl sucht die PDS ihre Linie

Autor: mb., Berlin · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:18

Groß war der Jubel, als die PDS bei der Bundestagswahl die Fünf-Prozent-Hürde übersprang und in Fraktionsstärke ins Parlament einzog. Vier Monate später macht sich Katzenjammer breit. Es will der Partei nicht so recht gelingen, sich als linke Oppositionskraft zu profilieren. In den Medien erscheint die PDS vor allem als rückwärtsgewandt und ewiggestrig.

Am Abend der Bundestagswahl flimmerten ungewohnte Bilder über die Mattscheibe. Bei diversen Live-Schaltungen zur PDS-Wahlkampfparty in Berlin-Prenzlauer Berg sah man überwiegend junge Menschen tanzen und feiern - ein deutlicher Kontrast zum gängigen Image der PDS als Partei der alten SED-Kader. Vier Monate später sind ganz andere Bilder zu sehen. Beim 6. Parteitag, der am 16./17. Januar in Berlin stattfand, saßen vorwiegend ältere GenossInnen auf den orangeroten Sesseln des großen Tagungssaals im Haus am Köllnischen Park.

Die unterschiedlichen Fernsehbilder spiegeln in gewisser Weise den momentanen Zustand und das politische Erscheinungsbild der Partei nach den Bundestagswahlen wider.

Zwischen Ungeschick und Übermut

Nach dem eigenen Erfolg und dem Wahlsieg von Rot-Grün erfüllte sich die Erwartung der PDS, in den nächsten vier Jahren als alleinige linke Opposition einer rot-grünen Bundesregierung gegenüber zustehen. In Mecklenburg-Vorpommern gelang es ihr außerdem erstmals, mit der SPD eine Landesregierung zu bilden. Mit dem "Magdeburger Modell" in Sachsen-Anhalt komplettierte die PDS ihr Arsenal parlamentarischer Handlungsmöglichkeiten: Opposition, Tolerierung, Regierung.

Das Gerede vom Übergangsphänomen PDS war damit verstummt. (1) Beste Voraussetzungen für die PDS, ihrem Anspruch gerecht zu werden, als bundesweite sozialistische Partei zu agieren. Wer aber erwartet hatte, daß die PDS nun mit Alternativen zur Beschäftigungs- und Steuerpolitik, zur Sozialpolitik oder zum ökologischen Umbau, vor allem aber auch mit ihren antimilitaristischen Positionen die rot-grüne Bundesregierung unter Druck setzen würde, sah sich enttäuscht.

Die Konstituierung der Bundestagsfraktion zog sich hin. Erste Auseinandersetzungen entzündeten sich an der Umstrukturierung der Fraktion, die gänzlich anders aufgebaut wurde als die Bundestagsgruppe in der letzten Legislaturperiode. Die Bereichsstruktur, die zu einer Bündelung der geringen Kräfte führen sollte, wurde zugunsten einer AG-Gliederung aufgegeben, der Einfluß des Fraktionsvorstandes und der Fraktionsgeschäftsstelle gestärkt. Die Verzögerungen, die durch die Neuorganisation der Fraktion entstanden, führten im Endeffekt dazu, daß von arbeitsfähigen Strukturen - wenn überhaupt - erst seit Beginn dieses Jahres gesprochen werden kann.

Von den 15 Sofortinitiativen, die die PDS-Bundestagsgruppe schon vor den Wahlen angekündigt hatte, war bislang wenig zu hören. Erste parlamentarische Initiativen gab es zu sozialpolitischen Themen (Ausbildungsumlagefinanzierung, Rücknahme diverser Verschärfungen der letzten Jahre etc.) und zur Einführung einer Vermögenssteuer. Ergänzt wurden diese Initiativen durch Anträge, den Transrapid zu stoppen und das Flughafenverfahren für AsylbewerberInnen abzuschaffen.

Es liegt allerdings nicht an der PDS allein, daß sie mit diesen Themen kaum öffentliche Beachtung findet. Nur bei einem Thema kann sich die PDS der Medienpräsenz sicher sein: bei allem, was irgendwie mit ihrer SED-Vergangenheit zu tun hat.

Realsozialistische Altlasten

"Das Maß an Fehlleistungen für 1999 ist übererfüllt" - so zog Gregor Gysi schon auf dem Parteitag Mitte Januar in Berlin Bilanz. Dabei spielte er auf die Turbulenzen der vergangenen Wochen an, die von der rechtspolitischen Sprecherin der PDS-Fraktion, Evelyn Kenzler, ausgelöst worden waren.

Diese forderte Anfang Dezember eine Amnestie für verurteilte DDR-Hoheitsträger und eine Entschädigung von 600 DM pro Monat Haft. Erwartungsgemäß empört reagierten CDU/CSU, SPD und Bündnisgrüne. Die PDS-Fraktion versicherte eilig, daß dieser Vorstoß nicht abgesprochen sei. Auch der Parteivorstand kritisierte Kenzler heftig: Die Forderung entspreche nicht der Beschlußlage der Partei. Eine Koppelung von Amnestie, die strafrechtliche Schuld unterstelle, mit Haftentschädigung, die strafrechtliche Schuld ausschließe, sei nicht möglich. Im Wahlprogramm sei lediglich ein Gesetz zur Beendigung der Strafverfolgung von früheren DDR-Funktionären gefordert worden.

Mit Evelyn Kenzlers Vorstoß geriet die PDS unweigerlich erneut in den Verdacht, Klientelpolitik für die alten DDR-Eliten zu betreiben. Dabei war es ursprünglich gar nicht so unwahrscheinlich, daß sich in diesem Jahr um diese Frage eine Debatte hätte entwickeln können, an deren Ende eventuell eine Amnestie gestanden hätte. Immerhin ist 1999 der 10. Jahrestag der Umwälzungen in der DDR. Und nicht nur in der PDS sind vermehrt Stimmen zu vernehmen, die sich für eine wie auch immer geartete Versöhnungsgeste aussprechen (u.a. von Manfred Stolpe, Lothar de Maizière und Friedrich Schorlemmer).

Insgesamt kam es zu 22.550 Ermittlungsverfahren in Fällen von "DDR-Regierungs- und Vereinigungskriminalität". Etwa 200 Angeklagte sind rechtskräftig verurteilt worden, 22 von ihnen zu Freiheitsstrafen. Eine Amnestie liegt unter diesen Umständen bei entsprechender politischer Vorbereitung durchaus im Bereich des Möglichen. Durch das Vorpreschen der PDS sind potentielle Bündnispartner in dieser Frage aber abgeschreckt worden. Noch im ersten Halbjahr 1999 will die PDS im Bundestag die Beendigung der Strafverfolgung von DDR-BürgerInnen beantragen, die nach Recht der DDR gehandelt haben; diesem Antrag wird dasselbe Schicksal beschieden sein wie einem gleichlautenden Vorstoß der PDS in der vergangenen Legislaturperiode - er wird scheitern.

Auch scheiterte das Vorhaben, den verurteilten DDR-Spion Rainer Rupp als außen- und sicherheitspolitischen Berater der Fraktion anzustellen. Für Rainer Rupp wäre die Honorarstelle die Möglichkeit gewesen, den Rest seiner Haftstrafe als Freigänger zu verbüßen. Angesichts der öffentlichen Diskussionen verzichtete er aber Ende Januar auf das Angebot der PDS-Bundestagsfraktion. Auch die Diskussion über den generellen Umgang mit Ost- und Westspionen wurde durch das Vorgehen der PDS zurückgeworfen. Dabei hatten sich in letzter Zeit mehrere Prominente für eine Gleichbehandlung von Ost- und Westspionen eingesetzt, u.a. Zeit-Herausgeberin Dönhoff, Martin Walser und Walter Jens.

Vom politischen Gegner werden solche PDS-Vorhaben begierig aufgegriffen. Sie bieten willkommene Anlässe, um die PDS eins ums andere Mal in die Ecke der Ost- und SED-Nachfolgepartei zu stellen. Der in der Partei nicht mehr wohlgelittene André Brie bemerkte angesichts der Diskussionen um den Vorstoß von Evelyn Kenzler und die Anstellung von Rainer Rupp, das Vorgehen zeige, "wie unsensibel wir bei diesem Thema sind". Wenn Brie darauf hinweist, daß die PDS immer noch nicht begriffen habe, daß solche Themen in Westdeutschland anders gesehen würden, benennt er einen manifesten Widerspruch. Denn getrost darf "Westdeutschland" hier als Chiffre für ein sozialistisches Profil der PDS verstanden werden, das in Ost- und Westdeutschland einen Platz links von SPD und Grünen möglich machen könnte; nur so wäre die PDS langfristig als politische Kraft in der gesamten BRD zu etablieren. Eine von der PDS betriebene Klientelpolitik für die alte DDR-Elite wird Zuwachs und Zuspruch für die Partei im Westen jedenfalls nicht fördern. Gleichzeitig erschwert sie die Entwicklung, an deren Ende sich die PDS als Partei mit sozialen, ökologischen und bürgerrechtlichen Reformalternativen links von SPD und Grünen behaupten könnte.

"In den nächsten vier Jahren entscheidet sich, ob die PDS eine gesamtdeutsche Partei wird", warnte Brie. "Unsere gegenwärtige Verfassung trägt nicht dazu bei, als solche wahrgenommen zu werden." (Die Welt, 18.1.) Nur verbal sei die PDS Weltmeister, ihre Position links von der SPD zu bestimmen. Er konstatierte erhebliche Defizite in der politischen Arbeit und bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte.

Mit Verweis auf Hannah Arendt bezeichnete er in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau (18.1.) "Sowjetkommunismus und DDR im Anspruch, alles unterzuordnen unter einen gestaltenden gesellschaftlichen Willen" als "totalitärer" als den NS-Faschismus. Gleichzeitig betonte er, die DDR sei "ganz und gar nicht" verbrecherischer als der Nationalsozialismus gewesen. Vor dem Hintergrund der parteiinternen Geschichtsdebatte forderte er, die PDS müsse kritisieren, daß die DDR individuelle Menschenrechte und Demokratie mißachtet hat.

Man mag Bries Vergleich für überzogen oder falsch halten. In der Intention hat Brie aber wohl recht. Wenn ein Stab in der falschen Richtung gebogen ist, sagte Lenin einmal, muß man ihn, um ihn aufzurichten, d.h. damit er wieder gerade wird und es bleibt, zunächst in der entgegengesetzten Richtung biegen. Sicherlich, es gab und gibt in der PDS eine Auseinandersetzung über ihre eigene Geschichte, ihre Herkunft und den DDR-Sozialismus. Zur Zeit wird aber deutlich, wie indifferent große Teile der PDS-Mitgliedschaft dem DDR-Sozialismus gegenüberstehen. Tendenzen eines "Wir sind wieder wer" machen sich breit.

Es ist nicht nur Brie, der vor dieser Stimmung warnt. Auch Petra Bläss, Angela Marquardt und andere warnen vor restaurativen Tendenzen in der Partei. So hält beispielsweise Petra Pau eine erneute "Wertung des sozialistischen Versuchs DDR" für notwendig. Wenn die PDS nicht für sich selbst klarstelle, daß "Sozialismus ohne Demokratie kein Sozialismus war", werde sie heute mit ihrer Kritik an der Politik der BRD nicht ernst genommen. (Berliner Zeitung, 16.1.)

Ein neues Programm als Weg aus der Krise?

Vom Parteitag im Januar war nichts Spektakuläres zu erwarten. Neben der Wahl des Parteivorstandes ging es vor allem darum, eine Programmdebatte einzuleiten. Vielleicht lag es daran, daß die Wahl von Dieter Dehm in den Parteivorstand deshalb für so viel Aufsehen sorgte. Dehm war eine Woche vor der Bundestagswahl aus der SPD aus und in die PDS übergetreten. Seit langem bemühte sich der Ex-Bundesvorsitzende der Selbständigen und Unternehmer in der SPD um einen Dialog zwischen beiden Parteien. Der Kultur- und Sportmanager, Autor und Komponist Dehm ist ein ausgemachter Medienprofi. Das dürfte auch seine einzige Qualifikation sein. Ein Papier zum Thema Westaufbau, das seine Kandidatur unterstützen sollte, strotzt nur so vor Wortgeklingel, Verbalradikalismen und Sachunkenntnis. Aufgewärmter Stamokap-Jargon sorgt für den antikapitalistischen Ton, strategisch geht es ihm um das Bündnis der Arbeiterklasse mit kleinen und mittleren Unternehmern - früher nannte man das "Links blinken, rechts abbiegen". (2) Daß die Parteiführung der Wahl Dehms nicht entschieden entgegengetreten ist, muß ihr als Schwäche angekreidet werden.

Es sorgte in der Partei für Verwirrung und Unmut, als der Parteivorstand nach den Bundestagswahlen die Notwendigkeit einer Programmdebatte betonte. Deren Ergebnisse sollen in zwei Jahren vorliegen. Insbesondere die Kommunistische Plattform und der Hamburger PDS-Landesverband wittern Verrat und Revisionismus. Warum ein neues Programm notwendig sein soll, ist nicht ganz ersichtlich. Der Parteivorstand argumentiert, die Wahlerfolge seien eine große Herausforderung für die Partei, die nur bewältigt werden können, wenn die PDS ein eigenständiges Profil gewinnt und linke Reformalternativen entwickelt.

Programme allerdings können bestenfalls in eine von der PDS mitgetragene Regierungsarbeit eingehen. Insofern ist das Unbehagen in Teilen der Partei mit der Programmdiskussion durchaus verständlich, haben Gysi und Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch im Vorfeld des Parteitags doch deutlich gemacht, ihrer Ansicht nach müsse die Partei bis zur nächsten Bundestagswahl 2002 koalitionsfähig sein. (3)

Eine Programmdebatte ist wohl nicht die richtige Antwort auf die Schwierigkeiten, die die PDS mit ihrer neuen Rolle als linke Oppositionspartei im Bundestag hat. Der Gebrauchswert der PDS-Fraktion wird sich in der Praxis beweisen müssen. Und unter den gegebenen Umständen heißt diese Praxis wohl: kritischer Dialog mit Rot-Grün. Eine Politik also, die die Bundesregierung gegen die Opposition von rechts verteidigt, zugleich aber auch vorantreibt. Konkret hieße dies, die wenigen tatsächlich fortschrittlichen Vorhaben von Rot-Grün zu unterstützen, ansonsten aber beharrlich auf die Defizite und Widersprüche hinzuweisen. So eröffnet sich vielleicht für die PDS der Weg, das zu werden, was sie zu sein vorgibt: die Partei der sozial Ausgegrenzten in Ost und West.

mb., Berlin

Anmerkungen:

1) Selbst im Bundestag wurden der PDS umstandslos die Rechte, die sich direkt oder indirekt aus dem Fraktionsstatus ergeben, zuerkannt. Sie stellt eine Vizepräsidentin des Bundestags, nach Abschluß der Haushaltsberatungen sollen die ersten Gelder für eine parteinahe Stiftung zur Verfügung stehen. Selbst einen Platz in der Parlamentarischen Kontrollkommission, die die Arbeit der Geheimdienste überwacht, sollte ihr zugestanden werden. Nach der Diskussion um die Anstellung von Rainer Rupp allerdings entschlossen sich SPD und Grüne, die PDS doch aus diesem Gremium auszuschließen.

2) Eine kleine Kostprobe: "Im Westen hat die PDS ein linksextremes Image. Graumäusige Funktionäre, Intellektuelle, die nie einen Betrieb von innen gesehen haben, lauern in den Augen der erdrückenden breiten Mehrheit nur darauf, mit Bevormundungen und Eingriffen in mühsam erwirtschaftetes mittelständisches Eigentum den Menschen das Leben zu versauern." (ND, 8.1.99)

3) Statt über diese Frage zu diskutieren, nutzten die Delegierten die Wahlen zum Parteivorstand, um ihrem Unbehagen Ausdruck zu geben. Dietmar Bartsch war die Zielscheibe. Er wurde mit nur 71 Prozent der Stimmen als Bundesgeschäftsführer wiedergewählt.

14. Alptraum ohne Ende. Was Rot-Grün bewirkt

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:19

Atommüll - der Stoff aus dem Alpträume sind: Alpträume der Menschheit, wenn sie sich bewußt macht, daß das strahlende Zeug immer weiter produziert wird, ohne irgendwo auf der Erde einen geeigneten Platz zur sicheren Lagerung für die nächsten Jahrmillionen zu kennen. Aber auch Alpträume der Atomindustriellen, die immer wieder befürchten müssen, daß der Weiterbetrieb der für sie profitablen Reaktoren an fehlender Entsorgung scheitert. Der Betrieb von Atomkraftwerken darf nur dann von den Behörden genehmigt werden, wenn die Betreiber einen "Entsorgungsvorsorgenachweis" vorlegen. Gelingt ihnen dies nicht, dann muß abgeschaltet werden. Für die Anti-AKW-Bewegung ergibt sich nun die Chance, durch politische Aufklärung und direkten Widerstand gegen "Entsorgungs"-Projekte und Atommüll-Transporte sämtliche Pseudo-Lösungen zu blockieren und damit - um es mit einem Wort des Bundesumweltministers zu benennen - "Verstopfungs-Strategie" zu betreiben. Die Atommüll-Politik der rot-grünen Bundesregierung hat in den letzten Wochen viel Bewegung in die Auseinandersetzung gebracht. Dadurch wurden Chancen vertan, aber auch neue Möglichkeiten eröffnet - wenn auch eher unfreiwillig.

Ich beschränke mich im folgenden auf die Frage der Zwischenlagerung und des Transportes von abgebrannten Brennelementen und von hochradioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung. Denn in diesem Bereich gab es die meiste Bewegung.

Entscheidend beim politischen Ringen um die öffentliche Meinung in Sachen Atommüll war und ist, ob das, was die Atomwirtschaft Entsorgung nennt, auch als Lösung des Problems anerkannt wird. "Das bisherige Entsorgungskonzept für die radioaktiven Abfälle ist inhaltlich gescheitert und hat keine sachliche Grundlage mehr." So steht es im rot-grünen Koalitionsvertrag. Das klingt sehr stark nach dem, was die Anti-Atom-Bewegung schon immer sagt. Doch weil Schröder, Müller und Trittin es nicht dabei belassen, entsteht im weiteren Text ein anderes Bild. Da ist vom Endlager ab 2030 und von der Standortsuche die Rede, als wäre es kein Problem, bis dahin eine entsprechend sichere Lagerstätte zu finden. Da sollen neue Zwischenlager an den AKWs entstehen. Summa summarum wird mit aller Gewalt vermieden, das Atommüll-Dilemma als Hebel für den Ausstieg aus der Atomenergie einzusetzen.

Konzepte und Nachweise

In den Monaten nach der Regierungsbildung sind dann die Äußerungen von Jürgen Trittin alle nach dem gleichen Muster gestrickt: Einerseits tut er so, als wären die Reaktoren praktisch schon stillgelegt und jede Diskussion über Atommüll nur noch unter dem Aspekt zu betrachten, was nach dem Ende der Atomstromproduktion mit den strahlenden Abfällen geschehen muß. Andererseits nimmt er den Weiterbetrieb der AKWs als unabänderliches Faktum hin und spielt den obersten Müllmann: "Teile der Anti-AKW-Bewegung lehnen die Zwischenlagerung ab, sie lehnen weitere Transporte ab, und sie lehnen den Transport von Atommüll ab. Alles zusammen ist aber nicht zu haben. Da muß man sich entscheiden."

Als die Bundesregierung am 13. Januar - mit sehr kurzer Halbwertszeit - beschließt, die Wiederaufarbeitung zum Jahresende '99 zu verbieten, setzt sich der Minister vehement für Rücktransporte aus Frankreich und Großbritannien ein und stellt die Sache so dar, als ob jeder Castor-Transport zukünftig ein Schritt zum Atomausstieg sei.

Unterm Strich bleibt der Eindruck, als ob die neue Regierung, wenn auch etwas unkoordiniert aber intensiv, doch neuen Entsorgungskonzepten feilt. Der Umstand, daß es eigentlich keine sichere Entsorgung geben kann, gerät dabei immer mehr aus dem Blickfeld.

Das gleiche Bild bei der Frage der dezentralen Zwischenlager an den Kraftwerksstandorten. Nachdem bekannt wurde, daß am AKW Lingen eine Halle für 120 Castor-Behälter gebaut werden soll und damit noch 30 weitere Jahre Reaktorbetrieb abgesichert werden können, betreiben die Spitzen der Grünen Realpolitik pur:

"Mit ihrem Vorhaben, im emsländischen Lingen ein Zwischenlager einzurichten, weisen die Dortmunder VEW den anderen Energieversorgern den richtigen Weg." meint beispielsweise die grüne Vorstandssprecherin Gunda Röstel. "Die Dortmunder haben damit die Zeichen der Zeit erkannt. Unabhängig vom Ausgang der

Energiekonsensverhandlungen (! Anm. d. A.) wären deshalb alle AKW- Betreiber gut beraten, dem Beispiel der VEW zu folgen."

Und Bärbel Höhn, grüne Umweltministerin von NRW, betreibt Kirchturmpolitik: "Die Betreiberfirma gibt damit ein positives Beispiel, dem andere Stromkonzerne folgen sollten. Aus NRW-Sicht ist vor allem erfreulich, daß das Zwischenlager in Ahaus nun entlastet werden kann."

Ach, selige Zeiten, als noch nicht alles schöngeredet werden mußte, sondern Klartext vorherrschte. Noch 1997 erklärte Rainer Baake, damals grüner Staatssekretär im hessischen Umweltministerium (inzwischen Staatssekretär in Bonn): Die CDU/ FDP-Bundesregierung "versucht - gedrängt durch die Stromwirtschaft - in sogenannten Konsensgesprächen noch vor der Bundestagswahl die Entsorgungsvorsorge einzuschränken. Die Zwischenlagerung soll als Entsorgungsvorsorgenachweis - entgegen der Rechtslage - einvernehmlich zwischen Bundesregierung und SPD anerkannt werden."

Baake ging noch weiter: Er wollte vom Betreiber des AKW Biblis den Nachweis, wie denn die Entsorgung gesichert sei, denn die Wiederaufarbeitung im Ausland sei keineswegs die im Atomgesetz geforderte "schadlose Verwertung". Die damalige Bundesumweltministerin Merkel untersagte das. Wir dürfen gespannt sein, wann der neue Bundesumweltminister zum erstenmal den Weisungshammer schwingt.

Entsorgungsrealitäten

Kommen wir nun zu den harten Fakten in Sachen Atommüll: Die AKW- Betreiber sind darauf angewiesen, daß in den kraftwerksinternen Lagerbecken für abgebrannte Brennelemente regelmäßig Platz geschaffen wird, da jährlich beim Brennelementewechsel ein beträchtlicher Teil der Kernladung ausgetauscht werden muß. Aufgrund des seit Sommer 1998 bestehenden Transportestopps geraten manche Kraftwerke langsam, aber sicher in die Enge.

Wäre der von der Bundesregierung anvisierte Stopp der Wiederaufarbeitung zum 1. Januar 2000 in Kraft getreten, hätte dies schwerwiegende Folgen für die Betreiber gehabt. In 16 der 19 Kraftwerke, so erklärte RWE-Chef Dietmar Kuhnt, "haben wir keine ausreichende Lagerkapazität für Brennelemente." Schon innerhalb von drei Jahren hätten 12 Reaktoren abgeschaltet werden müssen.

Doch Rot-Grün beruhigte die Betreiber und erklärte, daß durch "die neue Regelung der Entsorgung der Betrieb der Kraftwerke in keiner Weise behindert werden darf." Entsprechende Genehmigungen für "Behälter, Einlagerung, Transporte" seien laut Vereinbarung zu gewährleisten. Noch mal zum Mitdenken: Dieselbe Bundesregierung, die sich angeblich den Atomausstieg auf die Fahnen geschrieben hat (wahrscheinlich nur auf die Fahnen), beschließt, "daß der Betrieb der Kraftwerke in keiner Weise behindert werden darf."

Zur Behebung der Lagerengpässe schlug Trittin zuerst den massenhaften Bau neuer Zwischenlager-Hallen vor. Doch die Betreiber monierten "technische Probleme", weil Genehmigung und Bau dieser Hallen bis zu sechs Jahren dauern könne. "Kann sich jemand vorstellen", so PreussenElektra-Chef Hans-Dieter Harig, "daß an 20 Standorten in Deutschland Zwischenlager genehmigt und für eine vorerst unbegrenzte Lagerung auch hochradioaktiver Abfälle genehmigt werden können? Das ist genehmigungsrechtlich nicht zu bewältigen."

Und für manchen Kraftwerktyp, etwa für Stade, gibt es überhaupt noch keine genehmigten Castoren. "Es ist schlicht unmöglich, so kurzfristig Lagerbehälter zu beschaffen", meint Harig, "für Stade bedeutet der Wiederaufarbeitungsstopp deshalb den impliziten Stillegungsbescheid."

Um dies zu verhindern, bietet Trittin als nächstes an, bis zur Fertigstellung der dezentralen Zwischenlager Transporte nach Gorleben und Ahaus durchzuführen. Die Betreiber tragen dick auf und verlangen, daß die Bundesregierung dann jährlich 100 Transporte ins Münsterland und Wendland absichern müßte.

Doch Niedersachsens Innenminister Heiner Bartling (SPD): "Mehr als ein Transport ist undenkbar, wenn der Widerstand nicht endet". . Und er nimmt an, "daß sich der Widerstand in der Bevölkerung gerade auch wegen der rot-grünen Bundesregierung noch einmal wesentlich erhöhen wird".

Rot-grün hat relativ wenig Interesse, verantwortlich für neue Polizeieinsatz-Rekorde zu sein. Deshalb wird kurz vor der ersten offiziellen Konsens-Runde nochmals umgeschwenkt, der kurzfristige WAA-Stopp wird zurückgenommen. Jetzt soll jedes AKW so lange weiter nach La Hague und Sellafield transportieren dürfen, bis jeweils die neue Lagerhalle auf dem Kraftwerksgelände fertiggestellt ist. Und Jürgen Trittin wird vom

Sprecher der Atomstromer - dem HEW-Chef Manfred Timm - öffentlich dafür gelobt, daß er nochmals versprochen hat, keine "Verstopfungs-Strategie" zu fahren.

Als nächsten Schritt zur Verhinderung einer "Verstopfung" erwartet die Stromzunft nun, daß Trittin den Merkelschen Transportestopp aufhebt. Schließlich werden noch in diesem Jahr bei sechs AKWs die Abklingbecken voll sein.

Im Umweltministerium wurde ein Drei-Stufen-Plan für die Wiederaufnahme der Transporte erarbeitet. Danach sollen in jedem AKW Tauchtests mit Behältern vorgenommen werden. So sollen "Vollschutzhemden" erprobt werden, die die Castoren beim Beladen vor Radioaktivität schützen sollen Die zweite Stufe besteht aus drei bis fünf Probetransporten unter wissenschaftlicher Begutachtung. Erst danach sollen routinemäßig Transporte möglich sein.

Die Konzerne wollen keine Garantie für "kontaminationsfreie" Transporte geben. Sie argumentieren, daß selbst nach vollständiger Abdichtung und Reinigung der Behälter leichte, "gesundheitlich unbedenkliche" Überschreitungen des Grenzwertes möglich seien. In Frankreich, so rechtfertigen sie dies, werde aktuell bei rund zehn Prozent der Atommülltransporte der Grenzwert von vier Becquerel pro Quadratzentimeter überschritten.

Doch die Atomiker haben noch mehr "technische" Probleme:

1. Für einige Kraftwerke gibt es zur Zeit keine benutzbaren Behälter, weil die Typen NTL 10 und NTL 3 bei Tests versagt haben und der NTL 11 nach einer Pannenserie ausfällt. Es gibt sogar Gerüchte, nach denen französische Behälter überhaupt nicht mehr zum Einsatz kommen sollen.

2. Einige Kraftwerke haben keine WAA-Verträge mehr, z.B. Gundremmingen und Neckarwestheim. Bei anderen sind nur noch wenige Transporte nach La Hague oder Sellafield nach den Altverträgen möglich, z.B. Lingen und Krümmel. Danach müßten die Transporte von diesen Reaktoren doch nach Gorleben und Ahaus rollen.

3. Doch Transporte von den AKWs in die Zwischenlager sind so lange nicht möglich, wie das Problem der Restfeuchte in der Deckeldichtung nicht geklärt ist. Dieses Problem ist nun endlich auch der Bundesanstalt für Materialprüfung bei Beladetests in Greifswald aufgefallen. Damit ist das gesamte Behälterkonzept für die Langzeitlagerung in Frage gestellt. Umfangreiche Prüfungen und Testreihen sind anberaumt.

Es wird interessant, zu erleben, wie die Bundesregierung in diesen sicherheitsrelevanten Bereichen durchsetzt, daß durch "die neue Regelung der Entsorgung der Betrieb der Kraftwerke in keiner Weise behindert werden darf."

Manche Chancen erhalten soziale Bewegungen nur einmal. Derzeit besteht die reale Möglichkeit, die Reaktoren reihenweise vom Netz zu blockieren und gleichzeitig einen schnelleren Stopp der Wiederaufarbeitung durchzusetzen, als ihn Atomwirtschaft und Bundesregierung gerne hätten.

Wer in diesem Ansinnen einen Anflug von Größenwahn vermutet, dem sei eine einfache Rechnung nahegelegt: Entscheidend ist nicht, ob bei jedem Transport Tausende präsent sind, sondern daß die Polizei beim ersten Transport so viele Überstunden macht, daß erstmal Ruhe ist. Wir wissen von Gorleben und Ahaus, daß die Polizei kräftemäßig pro Jahr nur einen 30.000-Mann/Frau-Einsatz schafft. 30.000 PolizistInnen sind dann nötig, wenn ca. 10.000 QuerstellerInnen erwartet werden. Schafft es die Anti-AKW-Bewegung also, zum ersten Transport 10.000 Menschen zu mobilisieren, dann war dieser erste Transport - ob er durchkommt oder nicht - auch der letzte für etwa 12 Monate. Selbst wenn zwei solche Großeinsätze möglich sind, reicht das noch lange nicht aus, um die Entsorgungsengpässe zu beseitigen.

Auf gehts - Widerstand

Wenn alle Menschen, die die Nutzung der Atomenergie aus den unterschiedlichsten Gründen für unverantwortbar halten, in den nächsten Monaten selbst aktiv dafür sorgen, daß keine Castor-Transporte mehr rollen, dann wird das die AKW- Betreiber in größere Schwierigkeiten bringen, als alle rot-grünen Ausstiegs-Rhetorik zusammen.

Schön ist an dieser erfolgversprechenden Handlungsperspektive auch, daß da nicht "nationale Interessen" gepflegt werden, sondern in enger Zusammenarbeit mit Initiativen aus Frankreich und Großbritannien gemeinsamer Widerstand entsteht.

Und es gibt weitere Gründe für eine atomare Verstopfung zu sorgen. Dabei besteht die Hoffnung, daß viele Menschen das ähnlich sehen, entsprechend handeln und so der Versuch erfolgreich ist.

1. Der Transporte-Stopp schafft klare Verhältnisse: Es kann gegen den "1. Transport" mobilisiert werden. Das gab es beim bisherigen Widerstand gegen WAA-Transporte nicht. Da mußte sich die Bewegung immer einen X-beliebigen aussuchen.

2. Stopp der WAA: Die "Verstopfungs-Strategie" hat natürlich Grenzen, denn es sollen Zwischenlager an den AKWs gebaut werden. Auch ist den Betreibern zuzutrauen, daß ihnen noch was einfällt - schließlich geht es um sehr viel Geld. So hat Michael Sailer (Öko-Institut) vorgeschlagen, die Brennelemente doch einfach in Castor-Behälter zu packen und diese unter offenem Himmel auf dem Kraftwerksgelände zu lagern. Er nennt das "Transport-Bereitstellungs-Lagerung".

Sollte also wegen der beschriebenen "Hintertürchen" nicht sofort die Stillegung vieler AKWs erreicht werden, so rollt wenigstens kein oder kaum mehr Müll zur WAA. Dann schafft die Bewegung das, was die Bundesregierung nicht geschafft hat. Und außerdem erhöht jeder X-tausendfache Widerstand gegen Transporte den politischen Druck auf die gesamte Atomenergie-Nutzung.

3. Unterstützung des Widerstandes gegen dezentrale Zwischenlager: Die Arbeit an den Standorten gegen neue Castor-Hallen ist durch die neue Atommüll-Absprache zwischen Regierung und Atomindustrie in einer schwierigen Lage. Da der Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung an die Fertigstellung der Zwischenlager gekoppelt ist, könnte jede Verzögerung bei der Errichtung der Hallen in der öffentlichen Debatte leicht als kontraproduktiv für den WAA-Ausstieg dargestellt werden. Nur wenn gleichzeitig die Transporte verhindert werden, ist also starker Druck gegen die neuen Zwischenlager möglich.

Für die Anti-Atom-Bewegung ergeben sich aus der neuen Situation konkrete und erfolgversprechende Handlungsoptionen. Dabei können die Initiativen auf große Unterstützung aus der atomkritischen Öffentlichkeit rechnen, denn viele sind völlig enttäuscht von Rot-grün.

Also: Die internen Atommüll-Lager platzen. Die Atomindustrie reagierte erst panisch, scheint durch die Erlaubnis, weiter zur WAA transportieren zu können aber beruhigt. Und die AtomkraftgegnerInnen? Ran an die WAA-Transporte! Vielfältiger Widerstand ist angesagt. Wir lassen sie nicht mehr raus: "Verstopfungs-Strategie" und Stopp der Wiederaufarbeitung. Gleichzeitig Sand ins Getriebe bei Genehmigung und Bau der neuen Zwischenlager. Wann, wenn nicht jetzt?

Jochen Stay

15. Power mit und ohne Bauer. Aktivitäten gegen das Atomprogramm

Autor: Dse · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:16

Die Grünen in Hessen und anderswo haben es schwer. Offenkundig haben sie mit ihrem atompolitischen Kurs nicht nur die WählerInnen verprellt. Auch die eigenen Reihen waren scheinbar nicht mehr fest geschlossen. Die Mobilisierungsfähigkeit hat arg gelitten und warum man Grün wählen sollte, wenn in Bonn atomarer Unsinn produziert wird, konnte irgendwie nicht klar gemacht werden. Schade eigentlich!

Ganz anders entwickelt sich die Stimmungslage unter den Anti-AKW-Bewegten und die Widerstandslust wächst. Zum Auftakt der Konsensverhandlungen in Bonn (26.1.) versammelten sich immerhin 400 - 600 von ihnen, listeten auf Schildern über hundert der insgesamt über 2.000 Störfälle in deutschen Atomkraftwerken auf und kündigten nicht nur den Grünen ihren weiteren Widerstand gegen neue Atomlager und Castortransporte an. Über 100 Leute zogen dann noch ins Erich-Ollenhauer-Haus, der SPD-Baracke. Im Foyer hielten sie eine gut besuchte Pressekonferenz ab. Dem herbeigeeilten Parteigeschäftsführer präsentierten die AtomgegnerInnen einen ordentlichen Haufen Pferdemist - direkt vor die Füße! Insgesamt war dieser Auftakt in Bonn eine eher kleine Demonstration, wenn die Massenmobilisierungen gegen Gorleben- und Ahaus-Castor als Vergleich genommen werden. Allerdings wurde für dieses Ereignis weitgehend intern und ohne große Öffentlichkeitsarbeit mobilisiert. So war diese Aktion eine höchst erfreuliche Angelegenheit.

Ende dieses Monats (vgl. ak 422, S. 15) dürfte es in Gorleben hochher gehen. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg ruft zu einer Demonstration gegen die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) auf. Noch in diesem Sommer könnte das laufende Genehmigungsverfahren abgeschlossen werden. Das wäre dann die erste Atomanlage, die unter der neuen rot-grünen Bundesregierung in Betrieb gehen würde. Die PKA soll dazu dienen, die bestrahlten Brennelemente aus den Castorbehältern auseinanderzunehmen und anschließend in neue Behälter, die zur Endlagerung verwendet werden sollen, zu verpacken. So soll mehr Atommüll auf weniger Raum verteilt und Kosten sollen für die Endlagerung gespart werden. Da aber für das derzeitige Endlagererkundungsbergwerk in Gorleben zunächst mal ein Moratorium verhängt wurde und nicht anzunehmen ist, daß ein Endlager in Gorleben jemals in Betrieb gehen wird, ist diese Anlage mindestens Fehl am Platz - wenn nicht sowieso unsinnig. Deshalb soll am 27. Februar ab 11 Uhr von Gedelitz aus eine Demonstration bis vor das Baugelände der PKA stattfinden. Die Bäuerliche Notgemeinschaft hat inzwischen angekündigt, mit mindestens 100 Treckern vorbeizuschauen. Vor der PKA wird ab 12 Uhr eine Kundgebung stattfinden. Vor dem Bauzaun in der Nachbarschaft des Zwischenlagers dürfte es dann zu einem munteren Nachmittag kommen. Informationsstände und kleinere Veranstaltungen sollen stattfinden, als Verpflegung wird Pommes rot-grün angeboten. Und auch sonst dürfte den WiderständlerInnen noch einiges Unterhaltsames einfallen.

Doch damit nicht genug. Das nach der Bundestagswahl dritte Treffen der Standort-Initiativen in Göttingen hat sich nun für eine bundesweite Demonstration gegen das Atomprogramm ausgesprochen. Die 30 anwesenden Initiativen erteilten einer Arbeitsgruppe den Auftrag, sich über die inhaltliche Ausrichtung Gedanken zu machen und einen Aufruf zu entwickeln. Außerdem sollen Vorstellungen über den Ablauf der Demo, die echten Lustcharakter haben soll, erarbeitet werden. Als möglicher Termin für eine solche bundesweite Demonstration wird derzeit der 9. Oktober gehandelt. Ort der Veranstaltung soll Berlin sein. Die endgültige Entscheidung über diese Demo soll während der im April in Heidelberg stattfindenden Frühjahrskonferenz herbeigeführt werden. Es ist zu hoffen, daß die Demonstration dort eine ausreichende Basis findet.

Bevor es jedoch so weit ist, werden die Standort-Initiativen den Grünen während ihrer Bundesdelegiertenversammlung in Erfurt Anfang März einen kleinen Besuch abstatten. Dort wollen die Anti-Atomgruppen sich weiter auf einen heißen Herbst vorbereiten. Das werden auch die Grünen machen müssen. Denn nicht nur die Entscheidungen in Bonn, sondern auch die Aktionen der Anti-AKW-Bewegung dürften den Grünen eine (innere) Zerreißprobe abverlangen. Sie werden eine bis heute unbekannte Flexibilität erfinden müssen, um einerseits eine Demo in Berlin und eine Castorblockade in X zu unterstützen und andererseits die rot-grüne Politik in Bonn. Das dürfte einige sicher überfordern.

DSe

Von Hamburg aus wird ein Bus nach Gedelitz fahren. Bestellungen unter Tel: 040-3192208. Weitere Infos bei der BI Lü-Dan unter 05841-4684

16. Der nächste Castor wartet schon

Autor: jost · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:17

Wichtig ist in nächster Zeit eine gründliche Recherche, damit die Vorbereitungen für neue Castor-Transporte nicht im Verborgenen bleiben. Aktuell sieht es an einzelnen Standorten folgendermaßen aus:

In den AKWs Ohu und Biblis stehen leere Behälter schon seit dem letzten Sommer zur Beladung und zum Transport Richtung WAA bereit. Sie waren kurz vor dem Beginn des Transportestopps angeliefert worden. Die Betreiber haben erklärt, daß sie die Castoren beladen und losschicken wollen, sobald der Transportestopp aufgehoben wird.

Anfang Dezember 1998 wurden drei leere Castoren vom Typ V/19 nach Neckarwestheim gebracht. Diese Behälter werden ausschließlich für die Zwischenlager Ahaus und Gorleben eingesetzt. Auch vor dem Transport Neckarwestheim-Gorleben im März 1997 und dem Transport Neckarwestheim-Ahaus im März 1998 waren die leeren Behälter jeweils am Ende des Vorjahres eingetroffen. Offizielle Begründung diesmal: Auf dem Gelände der Herstellerfirma sei nicht mehr genug Lagerplatz. Deshalb werden die Behälter jetzt im schwäbischen AKW "zwischengelagert".

Ende Dezember traf ein leerer Behälter in Philippsburg ein. Damit sollen umfangreiche Beladetests mit einer neuen Kontaminations-Schutzhülle durchgeführt werden.

Das Gerücht vom Eintreffen eines leeren Behälters in Brunsbüttel wurde von der schleswig-holsteinischen Landesregierung dementiert.

Der für Frühjahr 1999 erwartete Transport von Lingen nach Ahaus ist durch die Ankündigung der AKW-Betreiber, ein Zwischenlager bauen zu wollen, unwahrscheinlicher geworden. Sie wollen nur dann wieder nach Ahaus transportieren, so sagen sie, wenn das Zwischenlager in drei Jahren noch nicht fertig ist. Allerdings soll es irgendwann noch zwei Transporte von Lingen nach Sellafield geben.

In Stade ist bekanntlich das Abklingbecken voll. Um den Reaktor nicht in Kürze vom Netz nehmen zu müssen, haben die Betreiber beim niedersächsischen Umweltministerium den Einsatz eines zusätzlichen Lagergestells beantragt, das über den bisherigen Lagervorrichtungen in das Becken gehängt werden soll. Mit diesem Provisorium könnte das AKW ein weiteres Jahr in Betrieb bleiben. Stade befindet sich derzeit in Revision, der Einsatz des Lagergestells ist genehmigt.

Bei folgenden AKWs könnte in den nächsten 12 Monaten die Lagerkapazität erschöpft sein, wenn es nicht zu Abtransporten oder Stillegung kommt: Stade, Krümmel, Biblis A, Biblis B, Philippsburg 1, Neckarwestheim 1.

Außer dem in Lingen bereits konkret geplanten neuen Zwischenlager gibt es erste Überlegungen zum Bau neuer Hallen in Neckarwestheim und Brunsbüttel. (Wahrscheinlich gibt es noch mehr Überlegungen, aber die genannten sind schon bekannt geworden)

Fazit: Noch ist kein Transporttermin bekannt, noch hält der Transportestopp an. Aber die Betreiber bereiten sich intensiv auf neue Atommüll-Fuhren vor. Der Zeitdruck wächst. Folgende Arten von Castor-Transporten sind aufgrund der aktuellen Lage in Zukunft möglich:

1. Transporte AKW - WAA: Das betrifft diejenigen AKWs, die nicht genug Lagerplatz im Abklingbecken haben und die noch Verträge mit einer WAA haben (Die Mehrzahl hat diese Verträge noch).

2. Transporte AKW - Gorleben/Ahaus: Das betrifft diejenigen AKWs, die nicht genug Lagerplatz im Abklingbecken haben und die keine Verträge mehr mit einer WAA haben oder deren Transportbehälter aufgrund nicht bestandener Crashtests nicht mehr zugelassen sind. Es gibt Spekulationen, daß diese Transporte eher nach Ahaus rollen sollen, weil Gorleben den ganzen hochaktiven WAA-Müll aufnehmen muß. Das ist aber nicht belegt.

3. Transporte La Hague - Gorleben: Für dieses Jahr ist ein Transport mit sechs Behältern angekündigt, die schon komplett beladen sind. Ab nächstem Jahr sollen jährlich zwei solche Atommüll-Züge rollen. Dieser Zeitplan ist noch kein Konsens zwischen Frankreich, der Bundesregierung und Niedersachsen. Bei diesen

Transporten gibt es keine Probleme mit Außenkontamination oder Restfeuchte, da die Glaskokillen trocken eingepackt werden.

4. Transporte Rossendorf - Ahaus und Rheinsberg - Greifswald: Ob die Transporte der Brennelemente aus den abgeschalteten DDR- Reaktoren wie angekündigt dieses Jahr auf die Reise in die Zwischenlager gehen, ist unklar.

Wenn Fall 4 zuerst eintritt, hat die Anti-Atom-Bewegung ein spezielles Problem, weil es schwieriger ist, gegen Transporte aus abgeschalteten Reaktoren zu mobilisieren.

Wenn Fall 3 zuerst eintritt, gibt es auch Probleme. Die öffentliche Diskussion der letzten Wochen hat schon gezeigt, was da auf die Bewegung zukommt. Wobei die Umweltverbände von der Presse reihenweise sinnentstellend zitiert worden sind. Sie alle sagen nämlich, daß sie nur dann nichts gegen Rücktransporte haben, wenn die AKWs stillgelegt sind oder in kurzer Zeit stillgelegt werden. Ansonsten leisten sie mit den Initiativen Widerstand.

Fall 2 als Erster ist wohl am Unwahrscheinlichsten, weil technisch aufgrund des Restfeuchte-Problems zur Zeit nicht machbar und auch, weil das ja schon eine gnadenlose Dummheit der Betreiber wäre. Aber wer weiß?

Fall 1 ist sehr wahrscheinlich, weil der Entsorgungsdruck wächst und es hier um die größten Mengen geht. Gäbe es keinen Widerstand, dann wären die Transporte AKW - WAA in den nächsten Jahren wie schon bis 1998 die mit Abstand Häufigsten, eben der "Weg des geringsten Widerstandes".

jost

Bundesweites Treffen zur Koordination der Aktivitäten gegen den 1. Transport am 13. März in Münster. Infos bei der WIGA, Tel.: 0251-5389797

17. Vertreibung aus dem Paradies. Über die die Rückstellungen für atomare Entsorgung

Über die Rückstellungen für atomare Entsorgung

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:04

Wie lange werden die Atomreaktoren noch laufen? Wie lange wird die Wiederaufarbeitung und damit die Plutoniumwirtschaft noch betrieben? Über diese Fragen tobt seit Ende letzten Jahres eine massive und anhaltende Debatte. Die Betreiber sind in diese Auseinandersetzung voller Selbstbewußtsein gegangen, so, als hätte es nicht eben erst den Castorskandal gegeben. Bis heute hat man den Eindruck, als wären sie sich vollkommen sicher, daß, was immer sie wollen, letztlich von Schröder auch zugestanden wird. Und die vielen Einzeltreffen zwischen Schröder und Atomwirtschaft, die langjährigen engen Beziehungen zwischen dem ehemaligen VEBA-Vorstand, Schröder-Vertrauten und jetzigen Wirtschaftsminister Müller bestärken den Verdacht, daß der Kanzler schon vor der Wahl den jetzt öffentlich inszenierten Konsens unter Dach und Fach gebracht hatte. Ach, immer diese Verschwörungstheorien ...

Erstaunlich ruhig ist es jedoch im Zentrum der Atomwirtschaft. Hier liegen rund 55 Milliarden DM, die die Atomkraftwerksbetreiber für die Entsorgung und den Abriß der AKWs zurückgestellt haben. Diese Rückstellungen sind das Herzstück der Atomwirtschaft, sie sind steuerfrei, sie stehen den Unternehmen zur völlig freien Verfügung und sie mindern außerdem die auszuschüttenden Gewinne der Atomversorger. Paradiesische Zustände. Und eben die Vertreibung aus diesem Paradies fürchten die Atomwerker, wenn sie nun aus Wiederaufarbeitung und Atomenergie aussteigen sollen. Denn dann ist es vorbei mit den Rückstellungen.

Paradiesische Zustände

Die sogenannten Entsorgungsrückstellungen müssen von den AKW-Betreibern gebildet werden, um einerseits die Entsorgung des anfallenden Atommülls und andererseits den nach Stillegung fälligen Abriß der Anlagen zu finanzieren. Während die Kosten der Entsorgung des Atommülls von der Zwischenlagerung über die Wiederaufarbeitung bis hin zur Endlagerung während der gesamten Betriebszeit angesammelt werden, werden die Abrißkosten in der Regel in einem Zeitraum von 19 Jahren angespart. Diese Zeit ist identisch mit dem Abschreibungszeitraum der AKWs. Begründet wird die Bildung dieser Rückstellungen damit, daß durch die heutige Wirtschaftstätigkeit Kosten in der Zukunft ausgelöst werden. Um diese Kosten später bestreiten zu können, müssen sie heute über die Strompreise erwirtschaftet werden.

Was zunächst wie eine Last klingen mag, ist in Wirklichkeit ein wirtschaftlicher Jungbrunnen. Jahr für Jahr können die Unternehmen dreistellige Millionenbeträge in die Rückstellungen einführen und damit ein enormes Finanzpolster aufbauen. Allein die im Atomreigen eher kleinen Hamburgischen Electricitäts Werke (HEW), die an den vier Atommeilern Stade, Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel beteiligt sind und Hamburg zu fast 80 Prozent mit Atomstrom versorgen, haben inzwischen Rückstellungen in Höhe von rund fünf Milliarden DM angesammelt. Wie dieses Geld eingesetzt wird, ist ganz allein Sache des Unternehmens. Weder im Atomrecht, noch in irgendwelchen anderen Verordnungen oder Gesetzen gibt es Vorschriften, wie dieses Geld angelegt oder eingesetzt werden darf.

Mit Stand von 1996 hatten die Atomunternehmen auf diese Weise insgesamt 55 Milliarden DM angesammelt. Davon sind rund 30 Milliarden DM für die atomare Entsorgung (Zwischenlagerung, WAA, Endlagerung etc.) vorgesehen. Die restlichen rund 25 Milliarden DM sind für die Stillegung und den Rückbau der Atommeiler eingeplant. Läuft das Atomprogramm weiter, wie von den Unternehmen geplant, dann werden im Jahr 2023, wenn auch das letzte AKW nach 35 Jahren Laufzeit stillgelegt wird, die gesamten Rückstellungen auf insgesamt 102 Mrd. DM anwachsen.

Betrachtet man nur die bis heute gebildeten Rückstellungen für die Brennelemente, dann wird schnell klar, warum die AKW-Betreiber auch leidenschaftlich gern an der Wiederaufarbeitung festhalten. Denn gerade weil diese erheblich teurer ist (mindestens um das doppelte) als beispielsweise die langfristige Zwischenlagerung, können die Rückstellungen höher ausfallen.

Dadurch steigen die Rückstellungen Jahr für Jahr erheblich an. Das bringt bares Geld. Würden die Atombetreiber (was sie nicht tun) die Rückstellungen schlicht zur Bank bringen und dort verzinsen, so wären allein dies atemberaubende Einkünfte, für die sich manch mittelständischer Betrieb mehr als nur krumm machen müßte.

Bei einer Verzinsung von nur fünf Prozent bringen die bei den HEW angesammelten fünf Milliarden DM jährlich Einnahmen von 250 Millionen DM. Aber die Atomunternehmen sind ja nicht blöd und haben verglichen. Eine Kapitalverzinsung von fünf Prozent läßt sich ohne weiteres überbieten, wenn dieses Geld in andere Branchen gesteckt wird.

Variationen

Wen dies noch nicht weiter beeindruckt, der/die dürfte sich für folgende Betrachtungsweise interessieren. Müßten die Unternehmen die Zinsen aus den Rückstellungen wieder zu den Rückstellungen zurechnen (dynamisches Verfahren), statt sie einfach frei für andere Zwecke zu verwenden (statisches Verfahren), ergäbe sich folgendes Bild: Bezogen auf eine Betriebsdauer von 35 Jahren und einem Ansammlungszeitraum für die Rückstellungen zum Abriß der Anlage von 19 Jahren (und einigen weiteren Parametern, vgl. Öko-Institut 1998, S. 69ff) würden nach dem gegenwärtigen statischen Verfahren 11,3 Milliarden DM an Rückstellungen gebildet. Bei Anwendung des dynamischen Verfahrens müßten jedoch aktiv nur 7,9 Milliarden DM über die Stromrechnungen kassiert werden. Die Lücke würde durch die jährlichen Zinsen bzw. Erträge aufgefüllt.

Allein die Umstellung der Verfahren, nach denen die Rückstellungen gebildet werden, würde einen tiefen Einschnitt für die Atomunternehmen zur Folge haben. Erstens würde ihnen damit die freie Verfügung über die Zinserträge und so ihre enorme Liquidität genommen. Zum anderen könnten die Strompreise gesenkt werden, da etwa ein Drittel der erforderlichen Rückstellungen aus den Zinsen gedeckt würde. (Der Atomstrom würde daher billiger werden!) Warum eigentlich fordern Stihl und Henkel nicht endlich, die Modalitäten der Rückstellungsbildung zu ändern um den Standort Deutschland zu retten?

Das Vermögen der Atomunternehmen wird durch diese Rückstellungen auf gigantische Weise dominiert. So machen die Rückstellungen der RWE Energie (Beteiligungen an den AKWs Biblis A und B, Mühlheim Kärlich, Gundremmingen B und C und Lingen) inzwischen über 52 Prozent der Bilanzsumme aus. In Worten: 1996 machten die atomaren Rückstellungen die traumhafte Summe von 15 Milliarden DM aus und brächten bei einer fünf-prozentigen Verzinsung jährlich 750 Millionen DM an weiteren Einnahmen. Bei PreussenElektra waren es 1996 immerhin 39 Prozent, bei den Bayernwerken 44 Prozent, bei den Isar-Amperwerken 45 Prozent.

Diese Dominanz der Rückstellungen für die Unternehmensvermögen macht klar, warum sich die Konzerne doch ein wenig schwer tun, wenn es um den Atomausstieg geht. Denn dann würden diese Finanzpolster nicht nur nicht weiter anwachsen, sondern nach und nach abgeschmolzen. Für die Unternehmen droht also ein massiver sozialer Abstieg.

Sieht man sich die Daten und Fakten zu den Rückstellungen etwas detaillierter an, kommt man aus dem Grübeln gar nicht mehr raus, bzw. findet einen Haufen von Widersprüchlichkeiten. Überträgt man die bis heute angefallen Rückstellungen auf die Einheit Preis je erzeugter Kilowattstunde (Pf/kWh) und vergleicht diese mit den von der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) und der Bundesregierung (1997) öffentlich genannten Kosten der Entsorgung, dann erscheinen die Atomvorstände als die trickreichsten Lügenbarone aller Zeiten. Nach diesen offiziellen Angaben belaufen sich die gesamten Entsorgungskosten auf 1,56 - 1,61 Pf je Kilowattstunde. Dabei soll laut Bundesregierung die Stillegung und der Rückbau Kosten in Höhe von 0,25 - 0,3 Pf/kWh verursachen, die Entsorgung der Brennelemente schlägt laut VDEW mit 1,31 Pf/kWh zu Buche. Bezogen auf die bis Ende 1996 erzeugte atomare Strommenge (rund 2,2 Millionen Gigawattstunden) ergibt diese eine Gesamtsumme von 33,5 - 34,6 Milliarden DM, die als Rückstellungen vorhanden sein müßten. Dieser Betrag macht aber nur 60 Prozent der tatsächlich vorhandenen Rückstellungen in Höhe von insgesamt 55 Mrd. DM aus.

Mit anderen Worten: die öffentlich genannten Kosten der Entsorgung und des Rückbaus der Atomanlagen stimmen nicht die Bohne mit der Wirklichkeit überein. Insgesamt 20 Mrd. DM haben die Vorstände zur Seite geschafft, ohne das sie bislang öffentlich erklären mußten, welche Kosten diesem Betrag gegenüber stehen.

Die Betreiber rechnen also entweder intern mit erheblich höheren Kosten und/oder nutzen die Rückstellungen um die Steuerbelastung der Unternehmen zu reduzieren, die resultierenden Zinsen einzufahren und damit die Innenfinanzierung drastisch zu verbessern. Wirklich nicht blöd!

Das hier nicht einfach Unwissenheit der Finanzämter einem enormen Steuerbetrug Vorschub leistet sollte auch noch klargestellt werden. Schon 1991 hat die von der Bundesregierung eingesetzte Deregulierungskommission in ihrem Bericht zur "Marktöffnung und Wettbewerb" die Vermutung formuliert, daß die Atomunternehmen ihre aggressive Einkaufspolitik in andere Geschäftsfelder nur aufgrund "hoher verdeckter Gewinne im Zusammenhang mit überhöhten ... Abschreibungen und Rückstellungen" tätigen konnte. Mit andern Worten, was die Atomunternehmen im Bereich der Rückstellungen betreiben wird von der alten und der neuen Bundesregierung geduldet.

Es ist schon atemberaubend, mit welcher Dreistigkeit die Vorstände der Atomunternehmen ohne jede Schamesröte auch noch Entschädigungen für die Stillegung von Atommeilern verlangen, wenn man sich die enormen Gewinne aus den Rückstellungen ansieht. Aber Moral ist eben nicht Sache des Kapitals. Und Rechtsstaat ist eben Rechtsstaat.

Es ist sicher kein Zufall, wenn die gesamte Problematik der Rückstellungen in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung mit keiner Silbe erwähnt wird. Wurden sie einfach vergessen, in der Eile, mit der die neue Regierung geschmiedet wurde? Wohl kaum!

Es geht auch anders

Immerhin tobte bis Anfang 1998 eine durchaus auch öffentlich sichtbare Debatte über den Umgang mit den Rückstellungen. Ökologische SPDler, wie etwa Hermann Scheer, aber auch die Grünen und andere Umweltverbände hatten massiv die Praxis der Bildung der Rückstellungen kritisiert. Sie forderten, daß den Atomunternehmen die Verfügung über die Rückstellungen genommen werden muß. Das Wuppertaler Klima-Institut, deren Leiter der jetzige SPD-Abgeordnete Ernst Ulrich von Weizsäcker ist, schlug gutachterlich vor, die Rückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds zu überführen und diese von beispielsweise einer Stiftung verwalten zu lassen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hatten die Grünen in der letzten Legislaturperiode bereits erarbeitet. Neben der Bezahlung der Entsorgungskosten war vorgesehen, die Zinseinnahmen für den Einstieg in die Energiewende zu nutzen. Eine vergleichsweise gute Idee. Statt mit dem Spielgeld, daß heute die Atomunternehmen in den Ausbau regenerativer Energien stecken, hätten so richtige Schritte für den verstärkten Einsatz von Solar- und Windenergie gemacht werden können, wäre es möglich, die Kraft-Wärmekopplung voranzubringen oder die Wärmedämmung im Wohnungsbestand in Angriff zu nehmen. Das würde nicht nur die vielzitierten Arbeitsplätze schaffen, sondern gleichzeitig auch noch einen aktiven Beitrag zur Senkung der CO2-Emissionen leisten.

Auch die Finanzminister aus Bund und Ländern hatten mit Blick auf die Haushaltslage die Rückstellungen entdeckt. Nachdem die Errichtung eines Endlagers nicht vor 2030 in Aussicht steht, hatten sich die Finanzminister darauf verständigt, die Bildung von Rückstellungen für die Endlagerung des Atommülls auf einen längeren Zeitraum zu strecken. Durch diese Maßnahme mußte ein Teil der bereits bei den Atombetrieben angesammelten Rückstellungen aufgelöst und versteuert werden. Geplant war überdies, die Ansammlung der Rückstellungen für den Abriß der Atomanlagen von derzeit 19 auf 25 Jahre zu verteilen. Auch diese Maßnahme hätte dazu geführt, daß die EVUs einen Teil der Rückstellungen hätten auflösen und versteuern müssen. Allerdings kam es dazu nicht, weil das Jahressteuergesetz 1997 (wegen anderer Probleme) im Bundesrat scheiterte. Diese Maßnahme hätte einmalig fast 1,4 Mrd. DM zusätzliche Steuereinnahmen gebracht, außerdem müßten die Unternehmen jährlich höhere Steuern entrichten oder die Strompreise senken.

Beide Vorgänge lassen es als höchst unwahrscheinlich erscheinen, daß die Bedeutung der Rückstellungen politisch (und finanziell) fatal unterschätzt worden sind. Sowohl die SPD als auch die Grünen wissen, das die Rückstellungen ein entscheidendes strategisches Instrument sind. Noch vor der Niederlage in der ersten Konsensrunde an der Frage Wiederaufarbeitung, hat die neue Bundesregierung in Sachen "Neuordnung der Rückstellungen" versagt bzw. der Atomwirtschaft ein richtig schönes Geschenk gemacht. Ob das dem Ausstieg dient?

Gegen das Entschädigungsgeheule und den Drohgebärden der Atomwirtschaft, aber auch gegen die neue Bundesregierung, sollte die Anti-AKW-Bewegung die Rückstellungen stärker in die öffentliche Debatte bringen. Die Gewinne, die die Atomkonzerne aus diesen Rückstellungen beziehen und seit Jahren massiv für den Aufkauf von Unternehmen in der Abfallbranche und der Telekommunikation einsetzen, basieren auf überzogenen Strompreisen. Und dieses Geld kommt vor allem von den Tarifkunden der Energieversorger, also den Haushalten und kleinen Gewerbebetrieben. Diese Kundengruppe bezieht beispielsweise bei den HEW lediglich 25 Prozent des verkauften Stroms. Demgegenüber resultieren aber 50 Prozent der Erlöse aus dem Stromverkauf aus dieser Kundengruppe. Die sogenannten Sondervertragskunden, also die Industrie, bezieht zwar 75 Prozent des von HEW verkauften Stroms, ist aber an den Stromerlösen nur mit ebenfalls 50 Prozent beteiligt. Bezogen auf den Stromverbrauch zahlen also die Tarifkunden den Löwenanteil an den Stromkosten und den Entsorgungsrückstellungen. Bei anderen EVUs sieht dieses Verhältnis nicht wesentlich anders aus.

Nimmt man den Atomunternehmen die Verfügungsgewalt über die Rückstellungen, dann dürfte es mit dem Ausstieg wohl erheblich schneller gehen. Dann nämlich bräuchten die Stromkosten der Atomkraftwerke nur noch schlicht gegen die Kosten anderer Erzeugungstechniken gerechnet werden. Und da wäre es schnell vorbei mit dem Atom.

DSe

Die Zahlen und Daten stammen weitgehend aus der vom Öko-Institut e.V. 1998 veröffentlichten Studie: Energiewirtschaftliche Bewertung der Rückstellungen für die Entsorgung und Beseitigung der deutschen Kernkraftwerke, Veit Bürger

18. Bügeln und bügeln lassen. Reproduktionsarbeit und europäische Dominanzkultur

Autor: Katrin Kraus · Rubrik: Sozialpolitik; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:02

Privathaushalte sind nicht nur Arbeitsplätze, wo Frauen unentgeltlich Reproduktionsarbeit leisten. Immer häufiger treten hier Frauen auch als Arbeitgeberinnen für andere Frauen, häufig MigrantInnen, auf. Der folgende Beitrag untersucht die komplizierte Verknüpfung von geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung und europäischer Dominanzkultur, die sich in dieser Verschiebung der Hausarbeit ausdrückt.

Der Privathaushalt ist ein Ort, wo Frauen Reproduktionsarbeit (1) erledigen für "ihre" Männer, die einer außerhäuslichen, bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen. Dies ist aus der feministischen Kritik am bestehenden Arbeitssystem und der Verortung der Frauenarbeit im Privaten hinlänglich bekannt. Durch die Übernahme der Reproduktionsarbeiten wird den Männern der Rücken für die Erwerbstätigkeit freigehalten. Es handelt sich hier um eine Aufteilung von Zuständigkeiten, die für das vorherrschende Erwerbsarbeitsmodell und das Geschlechterverhältnis grundlegend ist.

Darüber hinaus läßt sich aber noch eine andere Verlagerung im privaten Haushalt beobachten, und zwar unter Frauen: Weiße, deutsche Frauen aus der Mittelschicht geben oftmals einen Teil "ihrer" Reproduktionsarbeit gegen stundenweise Bezahlung an eine Putzfrau, Haushaltshilfe oder Zugehfrau weiter. Diese sind häufig Migrantinnen. (2) Bei dieser Verschiebung der Reproduktionsarbeit handelt es sich jedoch nicht nur um ein "normales" Arbeitsverhältnis im Dienstleistungsbereich. Sie trägt vielmehr in mehrfacher Hinsicht zur Aufrechterhaltung bestehender Diskriminierungsverhältnisse bei und steht in der Tradition der europäischen Dominanzkultur.

Geschlechtshierarchische Arbeitsteilung

Frauen und Mädchen standen als Zielgruppe im Zentrum der sogenannten Bildungsoffensive in den 70er Jahren. Trotz der nach wie vor geschlechtsspezifischen Fächerwahl und des klassischen Rollenverhaltens in Schulklassen haben Mädchen und Frauen - insbesondere aus der Mittelschicht - in der Tat von den Bemühungen um Chancengleichheit und "Bildung für alle" profitiert: Mädchen besuchen häufiger als Jungen Realschulen und Gymnasien, inzwischen machen mehr Mädchen als Jungen das Abitur, und auch ihre Durchschnittsnoten sind häufig besser als die der Jungen. Seit Mitte der 80er Jahre hat sich auch der Anteil der Studentinnen an Universitäten und Fachhochschulen erhöht, mittlerweile ist das Verhältnis von Studentinnen und Studenten fast ausgeglichen.

Mit dieser Entwicklung im Schul- und Ausbildungsbereich haben sich auch der Stellenwert der Erwerbsarbeit und die damit verbundenen Ansprüche der (Mittelschichts-)Frauen verändert. Nichts geändert hat sich jedoch an der Struktur des Erwerbsarbeitsbereichs und an der geschlechtsspezifischen Aufteilung der Reproduktionsarbeit. Die Anforderungen der Erwerbsarbeit sind für Frauen in vergleichbaren Berufen die gleichen wie für Männer, Frauen müssen aber zusätzlich Beruf und Reproduktionsverpflichtung aufeinander abstimmen. Dies ist der Hintergrund für die Verschiebung von Reproduktionsarbeiten zwischen Frauen. Doch die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern wird damit nicht angetastet und letztlich fortgeschrieben.

Reproduktionsarbeit wird weitgehend unentgeltlich im Rahmen der Familie/Lebensgemeinschaft und außerhalb der Erwerbsarbeit ("Produktion") geleistet; sie ist für das tägliche Leben aller Menschen in einer Gesellschaft notwendig. Gemeint sind letztlich alle Tätigkeiten, die der Wiederherstellung der Arbeitskraft dienen. Und zwar sowohl im alltäglichen Sinne wie z.B. Waschen, Kochen, Kinderbetreuung, häusliche Krankenpflege u.ä., als auch im generativen Sinn, d.h. die Sorge und Arbeit dafür, daß dem Arbeitsmarkt auch in der nächsten Generation Arbeitskräfte und KonsumentInnen zur Verfügung stehen. Reproduktionsarbeit ist damit ein "spezifisches Produktionsverhältnis menschlicher Lebens- und Arbeitskraft." (3)

Die gesamte Reproduktionsarbeit kann in drei Bereiche gegliedert werden: Eigenarbeit, also diejenige Arbeit, die eine Person tut, um sich selbst zu versorgen, Versorgungsarbeit, die dadurch gekennzeichnet ist, daß sie für andere getan wird, die selbst dazu nicht in der Lage sind und Bedienungsarbeit, die zur Versorgung

anderer geleistet wird, die eigentlich selbst dazu in der Lage wären. Die grundsätzliche Zuständigkeit und Verantwortung für alle Arten der Reproduktionsarbeit liegt in dieser Gesellschaft bei Frauen.

Um die Mehrfachbelastungen zu reduzieren, die sich aus den Anforderungen der Erwerbsarbeit einerseits und der Reproduktionsarbeit andererseits ergeben, stehen Frauen zwei Wege zur Verfügung: Entweder die Reduzierung der Erwerbsarbeit oder die Abgabe von Arbeit im Reproduktionsbereich; außerdem ist noch die Kombination beider Richtungen möglich. Reduzierung der Erwerbsarbeit heißt dabei für Frauen hauptsächlich (unbezahlte) Arbeitszeitverkürzung durch Teilzeit oder Erziehungsurlaub. Hier drückt sich das Bemühen aus, noch genügend Zeit für die "Aufgaben im Haus" zu haben, die Erwerbsarbeit wird also an die Bedürfnisse und Anforderungen der Familie angepaßt. Eine fragwürdige Lösung - vor allem in Hinblick auf eine eigenständige soziale Absicherung.

Im Umgang mit den Belastungen, die sich aus der Reproduktionsarbeit ergeben, lassen sich drei "Lösungsmuster" herausarbeiten: Zunächst ist die Veränderung der Arbeitsteilung im Haushalt ein möglicher Weg. Verbal ist dies zwar mittlerweile gesellschaftlich akzeptiert und teilweise auch rechtlich kodifiziert, z.B. im Erziehungsurlaubsgesetz. Die Umsetzung beschränkt sich aber bisher weitgehend darauf, daß der Mann "im Haushalt hilft". Diese Hilfe ist zwar eine partielle Entlastung, ändert aber an den festgeschriebenen Zuständigkeiten nichts.

Die Senkung der Standards oder Mechanisierung der Arbeit wäre eine weitere Möglichkeit, aber auch diesem Ansatz sind enge Grenzen gesetzt: Es gibt ein "kulturelles Minimum" (Irmhild Kettschau) an Standards, die unabhängig von sonstigen Bedingungen in einem Haushalt realisiert werden müssen, wenn die Haushaltsmitglieder und insbesondere die "Hausfrau" nicht "sozial geächtet" werden wollen. Darüber hinaus folgt die Reproduktionsarbeit einer anderen Zeitlogik als die Erwerbsarbeit. Mechanisierungsbestrebungen im Bereich der Reproduktionsarbeit können daher nur teilweise greifen. Und schließlich steigen mit der Mechanisierung auch die erwarteten Standards, eventuelle Zeitersparnisse werden wieder aufgehoben.

Die dritte mögliche Strategie ist die Verschiebung von Reproduktionsarbeiten innerhalb des privaten Haushaltes auf dritte. Wenn "die Hausfrau" einer Erwerbsarbeit nachgeht und die finanziellen Mittel es zulassen, hat sich in Mittel- und Oberschichthaushalten die Abgabe von Reproduktionsarbeiten gegen stundenweise Bezahlung bereits als "Normalfall" etabliert. Dieser Weg bietet gleich mehre Vorteile: Der potentielle Konflikt zwischen Frau und Mann um die Erledigung und Verantwortlichkeit für die Reproduktionsarbeit wird umgangen, es ist ein gesellschaftlich akzeptierter Weg, der keine sozialen Nachteile befürchten läßt, und er reduziert die konkrete Arbeitsbelastung der "Hausfrau".

Gut- und besserverdienende Frauen sind in der Lage, sich ihre Entlastung von der Reproduktionsarbeit "kaufen" zu können. Sie bezahlen eine andere Frau, die ihnen den Rücken freihält. Damit findet gleichsam ein Weiterreichen der Reproduktionsarbeit statt. Dadurch daß die anderen Frauen, die als Haushaltshilfen beschäftigt sind, häufig Migrantinnen sind, ergibt sich ein über das Arbeitsverhältnis hinausweisendes problematisches Verhältnis zwischen Arbeitgeberin und Haushaltshilfe. Ihre hierarchische Beziehung ordnet sich ein in die Tradition der europäischen Dominanzkultur.

Frauen und Dominanzkultur

Grundlegendes Wahrnehmungs- und Handlungsmuster in der Dominanzkultur ist das der Gruppenbildung durch Zuschreibung und damit einhergehender Hierarchisierung. Die Zuschreibungen und Hierarchisierungen erfolgen anhand unterschiedlicher sozialer, biologischer oder kultureller Merkmale und Unterscheidungen wie etwa Geschlecht, Hautfarbe, sexuelle Orientierung oder Glaubenszugehörigkeit. Diese Merkmale werden nicht nur zur Unterscheidung von Menschen herangezogen, sondern sind gleichzeitig mit gesellschaftlichen Machtpositionen, Partizipationschancen und dem Zugang zu Ressourcen verbunden. Mit der Unterscheidung wird bereits die Hierarchisierung mitvollzogen.

In diesem Prozeß sind diejenigen dominant, die Zuschreibungen vornehmen, ihre Position als "Normalität" setzen können und damit zugleich alles andere als Abweichung definieren. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die über ein mit Macht verbundenes Merkmal definiert ist, liefert gleichzeitig die Grundlage dafür, daß das Eigene als etwas Allgemeines und allgemeingültige Norm definiert werden kann. Die Dominanz wird damit fortgeschrieben. Die Übereinstimmung mit der selbst gesetzten und als allgemein behaupteten Norm schafft ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber den anderen, die dieser Norm nicht entsprechen (können). Dies bietet

somit einen Ausgangspunkt zur Legitimierung von Ausgrenzung und Diskriminierung. Dieser Prozeß ist grundlegend für unterschiedliche, gesellschaftlich hergestellte und strukturell abgesicherte Hierarchiebeziehungen. Für das Thema der Verschiebung von Reproduktion auf Migrantinnen sind - neben dem im Geschlechterverhältnis eingeschriebenen Sexismus - vor allem die von Rassismus geprägten Verhältnisse von besonderer Bedeutung.

Die historischen Grundlagen der rassistischen Ausprägung der europäischen Dominanzkultur liegen im Kolonialismus, in den dort gemachten und über das "kollektive Gedächtnis" weitergetragenen Erfahrungen der Überlegenheit der "weißen Welt": In den europäischen Kulturen "haben sich eine Reihe elitärer Vorstellungen ... entwickelt, deren Vertreter nicht nur behaupten, daß ihre Philosophie, ihre Kunst, ihre Musik die jeweils beste sei, sondern darüber hinaus auch noch vorgeben, die Kriterien zur Festlegung dessen zu besitzen, was gute Musik, gute Kunst bzw. schlechte Musik, schlechte Kunst etc. seien". (4) In Bezug auf die individuelle Teilhabe an solchen diskriminierenden Strukturen spricht Christina Thümer-Rohr von einer "Komplizenschaft" aller "Mitglieder der weißen Welt", die von den Diskriminierungen profitieren (5).

Aber so wenig wie die "anderen" ausschließlich durch ihre Zugehörigkeit zu einer anderen Kultur gekennzeichnet sind, so wenig sind auch die Mitglieder der "weißen Welt" nur durch ihre "Komplizenschaft" bestimmt, auch wenn diese sie alle verbindet. Quer dazu gibt es noch ein ganzes Spektrum möglicher und realer Kriterien der Differenzierung. Für einen umfassenden Dominanzkulturansatz ist daher die Gleichzeitigkeit des unterschiedlichen und doch gemeinsamen, zum Teil auch widersprüchlichen Eingebundenseins in eine Gesellschaft wichtig.

Das Selbstbild und Verhalten in konkreten Situationen spiegelt die eigene Position in den Machtrelationen zum Gegenüber wider. Das heißt gerade nicht, daß sich alle Mitglieder der "weißen Welt" immer auf der "Gewinner-Seite" wiederfinden. Frauen sind in der Dominanzkultur sowohl Dominierende (durch ihre Teilhabe an den Privilegien der "weißen Welt") als auch als Unterdrückte in einer patriarchalen Gesellschaft. Diese Perspektive erlaubt es, ihre widersprüchliche Einbindung in einen komplexen Macht- und Herrschaftszusammenhang genauer zu fassen.

Bei der Verschiebung von Reproduktionsarbeit im Haushalt greifen verschiedene Mechanismen ineinander: Männer delegieren ihren Anteil der Reproduktionsarbeit an "ihre" Frauen. Diese wiederum reichen einen bestimmten Anteil der Arbeit an fremde, bezahlte Haushaltshilfen weiter. Dabei kommt es zu einem regelrechten Bruch mit gesellschaftlich tradierten Konventionen und Verhaltensmustern. Denn dieser Fremden wird - entgegen dem Umgang mit anderen fremden Personen - gerade dann Einlaß in die private Wohnung gewährt, wenn sie in einem Zustand ist, der nicht für "Außenstehende" bestimmt ist. Gerade die Privatsphäre macht die Verschiebungen von Reproduktionsarbeit im Haushalt so prekär.

Verschiebebahnhof Haushalt

In der Regel wird die Wohnung als privater Raum "hinter den Kulissen des gesellschaftlichen Verkehrs" (Norbert Elias) von den Spuren der Reproduktion gereinigt, bevor fremde Menschen sie betreten und sie damit für eine bestimmte Zeit zu einem öffentlichen Raum wird. Es ist uns peinlich, wenn Besuch unangemeldet vor der Tür steht und wir ihn in eine schmutzige oder unaufgeräumte Wohnung bitten müssen. (6) Eine Ausnahme stellen die fremden Personen dar, die als Haushaltshilfen gerade dann in die Wohnung geholt werden, wenn diese schmutzig oder unaufgeräumt ist. Hier wird eine Übertretung der Scham- und Peinlichkeitsgrenzen zugelassen, die ansonsten vermieden wird.

Wenn aber die Unterscheidung zwischen privat/heimlich und öffentlich sich dermaßen in unser Verhalten eingeschrieben hat, daß uns ihre Mißachtung Unbehagen bereitet, so stellt sich die Frage, warum die Abgabe von Reproduktionsarbeit im eigenen Haushalt dennoch für viele die einfachste Lösung zu sein scheint. Hier spielt das "ausgrenzende Denken" (Christina Thümer-Rohr) eine wichtige Rolle: Die gesellschaftlich randständigen Existenzbedingungen, unter denen viele MigrantInnen hier leben müssen, sind nicht in Übereinstimmung zu bringen mit dem demokratischen und sozialen Selbstbild dieser Gesellschaft. Dies führt zu einer allgemeinen Verdrängung der Herrschaftsverhältnisse, die diese Existenzbedingungen hervorbringen, und zugleich zur Verdrängung der Existenz dieser Personen aus dem kollektiven Bewußtsein. Diese Verdrängungsleistung erleichtert es ihrerseits, die Überschreitung der Scham- und Peinlichkeitsgrenzen durch das Hereinholen einer fremden Person in die schmutzige Wohnung zu verdrängen.

Die Verdrängung der Peinlichkeit gelingt jedoch nicht vollständig und ungebrochen. (7) Die Illusion der Freundschaft zwischen beiden Frauen, karitative Großzügigkeit gegenüber der Hausangestellten oder das Erledigen eines Teils der Arbeit, bevor die Haushaltshilfe kommt, sind Verhaltensweisen, die in regulären Arbeitsbeziehungen nicht vorkommen würden. Sie zeigen die Brüche im Verhalten der Arbeitgeberinnen und ihre Schwierigkeiten, mit dieser Situation zufriedenstellend umzugehen und eine ständige Konfrontation mit ihrer privilegierten Situation zu vermeiden.

Diese Konstellation im Haushalt verdeutlicht eine Aufspaltung zwischen Frauen, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrer Partizipation am Ausbildungssystem Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt haben, und denjenigen, die aus den unterschiedlichsten Gründen - z.B. eingeschränkter oder fehlende Arbeitserlaubnis, Aufenthaltsstatus, Nichtanerkennung von Qualifikationen, die nicht in Deutschland erworben wurden - dort keine Chancen haben und auf die "unsichtbaren" Stellen im Privathaushalt angewiesen sind. Diese Art der Konfliktregelung und dieser Versuch, die Mehrfachbelastung zu reduzieren, sind Ausdruck von Dominanzkultur: Konflikte werden im Rahmen von Hierarchisierungsprozessen gelöst. Das heißt auch, daß andere zur Aufrechterhaltung der eigenen Privilegien funktionalisiert werden.

Einfache Antworten, etwa die Forderung, keine Haushaltshilfen mehr einzustellen, können allein keine zufriedenstellende Lösung sein. Denn solange keine anderen Alternativen zur ausreichenden Sicherung der Existenzgrundlage für Migrantinnen bestehen, sind die Stellen im Haushalt oftmals ihre einzige Möglichkeit. Die rechtliche Gleichstellung von MigrantInnen muß daher als Basis für jedes weitere Vorgehen erste politische Zielsetzung sein.

Wenn die eigene Emanzipation nicht wieder zum Vehikel der Unterdrückung und Diskriminierung anderer werden soll, ist langfristig der einzig gangbare Weg der, den die Frauenbewegung ursprünglich einmal eingefordert hatte: die Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung. Die Weitergabe der ihnen auferlegten Reproduktionsarbeit von Frauen an andere Frauen führt zwar zu einer konkreten Entlastung, kann aber nicht grundsätzlich an der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung rütteln. Es sind nahezu ausschließlich Frauen, die als Arbeitgeberinnen gegenüber den Haushaltshilfen auftreten. Auch wenn sie bestimmte Arbeiten abgeben können: Durch die Verschiebung werden sie die Verantwortung für die Reproduktionsarbeit nicht los. Statt dessen schreiben sie darüber hinaus noch rassistische Diskriminierungsverhältnisse fort.

Katrin Kraus

Dieser Text basiert auf einem Vortrag, der im Rahmen der 2. Fachtagung Frauen-/Genderforschung in Rheinland-Pfalz im Oktober 1998 gehalten wurde. Von der Autorin ist zum gleichen Thema ein ausführlicherer Beitrag erschienen: "Verschiebebahnhof Haushalt. Erwerbsarbeit, Reproduktion und Dominanzkultur", in: Zukunft ohne Arbeit? Beiträge zur Krise der Arbeitsgesellschaft. Hg. Von Thomas Geisen, Katrin Kraus und Veronika Ziegelmayer. IKO-Verlag, Frankfurt/M. 1998

Anmerkungen:

1) "Reproduktionsarbeit" ist ein problematischer Begriff. Er ist nicht in der Lage, die Zentralität der Erwerbsarbeit aufzuheben, weil er sich quasi als Restgröße von ihr definiert. Zum anderen vernachlässigt er die produktive Seite dieser Arbeit. Dennoch ist er hier sinnvoll, weil es um die herrschende Teilung der Arbeit in Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit geht. Die Kritik an dem Begriffspaar Reproduktion-Produktion muß in einer generellen Neubestimmung des Arbeitsbegriffes ihren Niederschlag finden.

2) Es besteht das Problem, einzelne Gruppen begrifflich zusammenzufassen, ohne dabei bestehende Ausgrenzungsmechanismen und Hierarchien zu ignorieren, zu verschleiern oder gar zu verstärken. Hier wird daher der Begriff "Migrantinnen" benutzt, um den stigmatisierenden Begriff "Ausländerinnen" zu vermeiden.

3) Kettschau, Irmhild: "Wieviel Arbeit macht ein Familienhaushalt? Zur Analyse von Inhalt, Umfang und Verteilung der Hausarbeit heute", Dortmund 1980

4) Mullard, Chris: "Ein Beitrag zur antirassistischen Erziehung: Die Gesamtschule" in: P. Essed/C. Mullard, Antirassistische Erziehung. Grundlagen und Überlegungen für eine antirassistische Erziehungstheorie, Felsenberg 1991, S. 45-55

5) Thümer-Rohr, Christina: "Verlorene Narrenfreiheit: Essays", Berlin 1994

6) Diesen Prozeß beschreibt eindrücklich Norbert Elias (Über den Prozeß der Zivilisation, Erster Band, Frankfurt/M. 1995)

7) Vgl. Thiessen, Barbara: "Individualisierung und Reproduktion: Analyse prekärer Arbeitsverhältnisse im Privathaushalt", Bremen 1997

19. Prekarisierung in den Fabrikhallen

SILS-Verfahren bei Opel-Bochum

Autor: dk. · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:10

Am 16. 11. 1998 hat die Opel-Werksleitung in Bochum dem Betriebsrat aktuelle Pläne zum Arbeitsplatzabbau vorgelegt. Insgesamt sollen über 200 Arbeitsplätze verschwinden. Neben der Verschiebung von 108 Arbeitsplätzen in andere Opelwerke will Opel-Bochum noch in diesem Winter mit der ersten Stufe der taktgenauen Anlieferung bestimmter vormontierter Module durch Fremdfirmen - etwa Kühler oder Tür-Innenverkleidungen - nach dem SILS-Verfahren beginnen. 80 Arbeitsplätze von behinderten oder "leistungsgeminderten" Beschäftigten werden damit vernichtet.

Wörtlich bedeutet SILS "Supply-in-Line-Sequence". Irgendeine Firma liefert Teile für die Fertigung vormontiert und vorsortiert alle ein bis zwei Stunden bei Opel an. Kurze Zeit später bringen Fahrer die Teile zur Einbaustelle an die Linie. Die Anlieferung der Module erfolgt so in der Band-Folge, gemäß der gerade aktuellen Anforderung in der Produktion.

Daß Opel jetzt immer mehr SILS-Aufträge an Fremdfirmen vergibt, hat mit einer neuen Strategie der Autokonzerne zu tun, was zwei Beispiele deutlich machen. 1. Beispiel: Opel-GM/Vauxhall in Ellesmereport, England. Neben der Autofabrik gibt es seit März 1998 die Firma Delphi Chassis-Systeme mit einem "SILS-Center" mit 200 Beschäftigten. "Wir liefern GM/Vauxhall den Komplett-Service, liefern Komponenten, Module und übernehmen die Lagerhaltung, 33 verschiedene Produktgruppen mit über 600 Teilenummern. Wir montieren die Module und liefern sie taktgenau an, aufgrund 10 Tage vorher an uns geschickter Information." (Delphi-Info, Nr. 5, 1998)

2. Beispiel: Die Produktion des "Smart" im Mercedes-Werk Hambach, Lothringen. Von 2.000 Beschäftigten sind nur noch ein Drittel direkt bei Mercedes beschäftigt. Der Rest gehört zu sechs bis sieben Zulieferfirmen, die direkt um das Werk herum aufgebaut worden sind. Diese Firmen liefern ganze Bausätze, Module und Systeme taktgerecht an Mercedes, und bauen sie zum Teil noch selber ein. Unter Bezugnahme auf dieses Beispiel erklärte Opel-Vorstand W. Strinz den Bochumer Betriebsräten Anfang September 1998: "Das ist die Zukunft der Autohersteller. Ein kleines Werk mit wenig Leuten, drumherum ein Industriepark oder Business-Park mit den verschiedensten Lieferanten-Firmen."

Die Ziele diese Strategie liegen auf der Hand: Die Automobilkonzerne ziehen sich so weit wie möglich aus der unmittelbaren Produktion zurück bzw. verlagern deren Kosten und Risiken auf andere Firmen. Kosten und Risiken heißt dabei insbesondere Lohnkosten und/oder renitentes Verhalten der Beschäftigten. Flexibilität des eingesetzten Kapitals ist die Devise: keine Bindung in teuren Anlagen oder großen Belegschaften; fünf bis sechs Jahre die Profite aus einem bestimmten, für den Weltmarkt entwickelten und gewinnkalkuliertem Fahrzeug, anschließend freie Hand für neue und andere Kapitalanlagen. Was danach mit den Zulieferern und ihren Belegschaften passiert, ist deren Sache.

Mit der Einführung von SILS holt Opel Bochum eine Entwicklung nach, die in anderen Werken schon weiter vorangeschritten ist. Die Fremdvergabe des Kühlermoduls (betroffen sind 25 Arbeitsplätze) hat der Personaldirektor offen damit begründet, daß andere Opel Werke schon längst keinen Kühlerbau mehr hätten.

Die Opel-Belegschaft hatte bereits Ende August 1998 eindeutig reagiert, als Opel die Auslagerung der gesamten Werkslogistik mit über 700 Jobs in eine eigene GmbH ankündigte: (vgl. ak 419) ein klares NEIN der Vertrauensleute und die ultimative Aufforderung an das Management, die Pläne vom Tisch zu nehmen. Und auch der Betriebsrat hatte damals noch geschrieben: "Die bisherigen Erklärungen der Bochumer Geschäftsleitung, bei Realisierung einer Logistik GmbH den sozialen Besitzstand dieser Mitarbeiter zu sichern, kann uns schon deshalb nicht befriedigen, da neu eingestellte Mitarbeiter zu deutlich schlechteren Lohn/Gehaltsbedingungen die Arbeit aufnehmen."

Um so größer war dann die Empörung bei einem Teil der Betriebsräte und Vertrauensleute, als im September 1998 ein Betriebsratsmitglied im Namen des gesamten BR dem Management brieflich ein SILS-Center extern (für neu Einzustellende) zu Metalltarif-Löhnen und ein Opel-eigenes SILS-Center für bisherige

Opel-Beschäftigte vorschlug. Damit wäre der Weg offen gewesen für zweierlei Lohn-Niveaus, denn niemand meint ernsthaft, der Betriebsrat könne Opel zwingen, bisher untertariflich bezahlten Fremdfirmen-Arbeitern zumindest Tariflöhnen zu zahlen. Hinzu kommt, daß im Rahmen einer Betriebsvereinbarung Opel-Beschäftigte bei Ausgliederungen sogar gezwungen werden könnten, in die neue Firma zu wechseln.

Mittlerweile lehnt der Betriebsrat Ausgliederungen in GmbHs offiziell ab, erklärt aber gleichzeitig jegliche Gegenwehr für illusorisch. Die oppositionellen Opel-Beschäftigten der Standorte-Gruppe kritisieren in diesem Zusammenhang aber auch die IG Metall. Deren Vorstand vertreibt seit 1997 eine "Handlungshilfe für Betriebsräte". Darin heißt es: "Außerdem müssen die eigenen Potentiale besser genutzt werden: Es darf nichts geben, was wir nicht besser als externe Anbieter können. Wo andere unsere Leistung übertreffen, müssen wir selbst noch besser werden." Kommentar der Standorte-Gruppe: "Da ruft uns die eigene Organisation auf zum Kostensparen und treibt den Konkurrenzkrieg noch mit an! Da lacht das Unternehmerherz."

Die kritischen Opelianer verweisen darauf, daß traditionelle gewerkschaftliche Antworten wie etwa die Arbeitszeitverkürzung den neuen Konzepten der Produktionsorganisation kaum noch beikommen (sofern sie denn überhaupt noch vertreten werden). Sie fordern statt dessen praktischen Widerstand gegen Auslagerungen und Deregulierung in den Fabriken: "Außer NEIN sagen muß man zur gewerkschaftlichen Gegenwehr mobilisieren! In Wahrheit sagen unsere Kollegen Co-Manager und ‚Wettbewerbsfähigkeit`-Strategen schon wieder ein halbes JA zu den GmbH -Ausgründungen. ‚Sozialverträgliche Lösungen` werden da angekündigt, sprich Arbeitsplatzvernichtung durch Vorruhestand und Abfindungen ohne Personalausgleich. Das mag ja für die ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen im Einzelfall akzeptabel, also individuell verträglich sein, für die gesamte Gesellschaft, also ‚sozialverträglich` sind solche ‚Lösungen` nicht, im Gegenteil! Übrigens: in Eisenach haben 45 Kollegen aus der Werkslogistik die Auslagerung verhindert, durch zwei kurze Streiks und zwei Wochen Dienst nach Vorschrift, wodurch 400 Autos weniger produziert wurden." (Standorte, Belegschaftszeitung GM/Opel Bochum, Dezember 1998)

dk.

(Quelle: Standorte, Belegschaftszeitung GM/Opel Bochum, Dezember 1998)

Achtung - nicht ins

Band pinkeln!

Du stehst am Band und mußt immer dringender pinkeln. Bis zur nächsten Pause hältst Du das nicht durch. Was machen? Kann mich hier einer kurz ablösen? Zum Meister: Ich brauch' mal kurz 'ne Ablösung, muß aufs Klo! Trockene Antwort: Hab keinen frei. Werde mal sehen, was sich machen läßt. Du wartest, 10 Minuten. Keiner kommt. So langsam tut das weh. Ins Band pissen? Vielleicht Montag, wenn ich genug im Lotto gewonnen hab. Also ziehst Du die Leine und läufst los. Jetzt wird wohl jemand kommen, Autos einfach durchlaufen lassen darf man ja auch nicht. Ruckzuck bist Du zurück, erleichtert und immer noch aufgeregt zugleich. Körperliche Nötigung ist das hier! - Dann kommt der Meister: Das gibt eine Meldung an die Personalabteilung wegen unerlaubtem Bandabschalten! Kommt nicht von mir. Kommt von oben, von Fertigungsleiter Dr. Liedtke!

Sowas gibt's doch gar nicht! Doch, mehrere Fälle aus der Fertigmontage wurden in den letzten Wochen bekannt! Also bei Opel steht der Mensch im Mittelpunkt. Hauptsache er ist gesund und blöd, ängstlich und folgsam, dabei zufrieden und kostenbewußt, und muß nur in der Pause pissen.

(aus: Standorte, Belegschaftszeitung GM/ Opel Bochum, Nr. 33, Dezember 1998)

Opel-Tricks gegen Beschäftigte

In ak 419 berichteten wir von einer spontanen Arbeitsniederlegung bei Opel in Bochum. Gegen die verschärfte Arbeitshetze hatten die Opel-Beschäftigten geringere Bandgeschwindigkeiten und Neueinstellungen verlangt. Nach anfänglichen Zugeständnissen zog die Werksleitung die Schraube inzwischen wieder an, wie folgender Bericht aus der Belegschaftszeitung Standorte zeigt.

300 Neueinstellungen??? Das war die Forderung bei der Aktion der A-Schicht am 7. Oktober. Was ist daraus geworden? 50 Neueinstellungen wurden zugesagt. Zusätzlich zu den versprochenen Fristverlängerungen hat

Opel 38 Studentenverträge bis Weihnachten verlängert und 12 Studenten bis Ende 98 neu eingestellt. Damit haben sich Dr. Wruck (Personaldirektor) und Co. billig aus der Affäre gezogen.

In den Infostunden Mitte November haben Vertrauensleute empört kritisiert, daß der Betriebsrat die Belegschaft über diese Trickserei mit keinem Wort informiert hatte. Die Bänder wurden aufgrund der Aktion von 78 auf 80 Sekunden pro Auto umgestellt, eine von der großen Mehrheit als Erfolg angesehene Verbesserung. Und jetzt? Nach fünf Wochen ist der Takt wieder auf 78 Sekunden gestellt worden, entgegen den Argumenten und der Empfehlung der Betriebsräte und ohne daß alle von der Arbeitsgruppe und den Kolleginnen und Kollegen genannten Zusatzbelastungen behoben sind! Fazit: Die Aktion vom 7. Oktober hat die Herren in den oberen Etagen sichtlich geschockt. Die 50 Neueinstellungen waren ein faules EI, das ist ihnen gelungen. Den Takt wieder schneller zu stellen, wird sich rächen - qualitätsmäßig, anwesenheitsmäßig - auf Dauer hält das keine Sau aus!

Die Hauptbelastung für die große Mehrheit der Belegschaft liegt immer noch in der unerträglichen Arbeitshetze, dem körperlich spürbaren Personalmangel in fast allen Abteilungen. Und dies Problem spitzt sich weiter zu: Über 130 Kolleginnen und Kollegen gehen kurzfristig in den Vorruhestand und sollen nicht ersetzt werden. Ende des Jahres und Ende März 99 sind schon wieder die nächsten der noch rund 450 Befristeten mit Rausschmiß bedroht. Und der angekündigte Abbau von Schwerbehinderten-Arbeitsplätzen durch Verlagerung der Kleinteile und SILS-Fremdvergabe führt dazu, immer mehr Kolleginnen und Kollegen mit ärztlichen Einschränkungen in die Produktionsgruppen integrieren zu müssen und damit ebenfalls die Belastung aller zu verschärfen! Was wohl die offiziell 4 Millionen Arbeitslosen darüber denken!? Es bleibt dabei: gegen die Angriffe auf unsere Gesundheit, gegen den Abbau der Arbeitsplätze, für die notwendigen Entfristungen der befristet eingestellten Kolleginnen und Kollegen, erst recht für die Durchsetzung von Neueinstellungen müssen wir wohl die Herren der Geschäftsleitung ab und zu daran erinnern, daß sie ohne die Belegschaft kein Auto auf den Markt kriegen. Die Aktion vom 7. Oktober wird nicht die letzte gewesen sein.

(aus: Standorte, Belegschaftszeitung GM/Opel Bochum, Nr. 33, Dezember 1998)

20. GewerkschafterInnen-Aufruf zur Kölner Demo

Autor: Bundesbüro Euromarsch · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:32

20 Millionen Arbeitslose, 60 Millionen Arme, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse und zunehmende Ungleichheit, Sozial- und Lohndumping, steuerliche Ungerechtigkeit, Infragestellung des Rechts der Frauen auf Erwerbsarbeit, der sozialen Sicherung, Ausgrenzung von Zuwanderern und Flüchtlingen - das ist die Bilanz von zwei Jahrzehnten neoliberaler Politik in ganz Europa.

Die Ablehnung dieser wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung hat in den meisten europäischen Ländern zum Regierungswechsel geführt, wie zuletzt in Deutschland. Aber wir wissen, daß sich ohne eine soziale Mobilisierung nicht wirklich etwas ändern wird.

Es ist deshalb dringend geboten, daß die gewerkschaftliche Bewegung ihre Rolle spielt und auf europäischer Ebene mobilisiert.

- Für Arbeitsplätze und Umverteilung der Einkommen von oben nach unten, gegen Armut, ungeschützte Beschäftigung und soziale Ungleicheit.

- Gegen Arbeitsplatzvernichtung, Ausgliederung und Betriebsschließungen, gegen Privatisierung und Abbau öffentlicher Dienstleistungen.

- Für massive und beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzung überall in Europa, ohne Lohneinbußen, Flexibilisierung und Überstunden.

- Für den Erhalt und Ausbau der sozialen Sicherung für alle (medizinische Versorgung, Lohnfortzahlung bei Krankheit, Arbeitslosengeld, Renten usw.).

- Für einen Politikwechsel, der die neoliberalen Angriffe beendet, den sozialen Bedürfnissen gerecht wird und das Recht auf Arbeit und gewerkschaftliche Betätigung sichert.

- Für die gleichen Rechte für alle und die Beendigung der besonderen Benachteiligung von Frauen, Jugendlichen und ImmigrantInnen.

Um diese Forderungen zu erfüllen, rufen wir die gesamte europäische Gewerkschaftsbewegung auf, anläßlich des EU-Gipfels, der die deutsche Präsidentschaft abschließen wird, zu mobilisieren. Wir rufen zusammen mit den Initiativen der Arbeitslosen und Ausgegrenzten zu einer großen Demonstration am 29. Mai 1998 in Köln auf.

Köln, den 23./24.1.1999

Kontakt: Marches Europeennes,104 rue des Couronnes, F-75020 PARIS, Fon +3314466344,Fax +33144626345, marches 97@ras.eu.org

Bundesbüro Euromarsch, Körnerstr. 69, D-50823 Köln, Fon: +49-221-952 0008, Fax: +49-221-9520077,

koeln99@gmx.net

Bankverbindung:

Angela Klein, PB Berlin,

Kto.-Nr. 629105-106, BLZ 10010 010

21. Aufruf: Für ein Europa und eine Welt der Solidarität und Freiheit

Autor: Bundesbüro Euromarsch · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:34

Europäische Demonstration am 29. Mai 1999 gegen Erwerbslosigkeit, ungesicherte Beschäftigung, Ausgrenzung und Rassismus

Am 3. und 4. Juni wird in Köln ein Gipfel der europäischen Regierungschefs stattfinden, anschließend am 19. Juni ein G8-Gipfel, der die mächtigsten politischen, Wirtschafts- und Finanzmächte der Erde versammelt. In Köln treffen sich die Vertreter eines Europa und einer Welt, in der ein großer Teil der Bevölkerung Erwerbslosigkeit und Elend erfährt, während sich auf der anderen Seite Reichtum aufhäuft und konzentriert und die Zerstörung der Umwelt fortgesetzt wird. Wir werden die Regierenden nicht in Ruhe tagen, bürgerfern walten und gegen und ohne uns entscheiden lassen. Zusammen mit der Bewegung der Erwerbslosen und der Menschen in ungeschützter Beschäftigung, zusammen mit den Organisationen, die in ganz Europa gegen die Erwerbslosigkeit kämpfen, rufen wir alle auf, die gegen Erwerbslosigkeit, gegen ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, Ausgrenzung, Rassismus aufbegehren, gemeinsam nach Köln zu ziehen und an der Großdemonstration am 29. Mai 1999 teilzunehmen. Gemeinsam wollen wir unserer Wut Luft verschaffen und die Forderung nach einem Europa und einer Welt der sozialen Gerechtigkeit und Freiheit zum Ausdruck bringen.

Wir rufen dazu auf, mit mindestens vier wichtigen Forderungen nach Köln zu ziehen:

- Garantiertes individuelles Einkommen, das jeder und jedem erlaubt, in Würde zu leben, ohne Diskriminierung des Alters, des Geschlechts, der Herkunft usw.

- Massive Schaffung neuer, sozial und ökologisch nützlicher, tariflich gesicherter und entlohnter Arbeitsplätze; sofortige, gleichzeitige Reduzierung der Arbeitszeit in ganz Europa, mit entsprechenden Neueinstellungen, ohne Lohn- und Kaufkraftverlust und ohne Flexibilisierung; Gleichstellung von Frauen und Männern in Hinsicht auf Arbeit und Einkommen.

- Verbesserung aller sozialen Leistungen in Europa, mit jeweiliger Angleichung an das für die Bürgerinnen und Bürger vorteilhafteste Niveau.

- Für ein Europa, das gegenüber den Völkern des Südens wie des Ostens offen und solidarisch ist, ohne Rassismus, ohne Ausgrenzung oder Ausweisung, mit gleichen und garantierten Rechten für alle Bewohner, unabhängig von ihrer Herkunft. Wir fordern das Recht auf Arbeit und Einkommen, aber wir wollen damit auch die Debatte über die Notwendigkeit der Überwindung eines Wirtschaftsmodells eröffnen, das uns abhängig macht von den Entwicklungen des Marktes und des Wettbewerbs.

- Für den Aufbau einer forderungs- und widerstandsorientierten internationalen sozialen Bewegung.

Im Juni 1997 waren wir 50.000, die mit den "Europäischen Märschen" in Amsterdam die liberale, kapitalistische und antidemokratische Konstruktion Europas anprangerten. Wir protestierten gegen die Konvergenzkriterien von Maastricht. Wir lehnen den Stabilitätspakt ab, der die Europäische Währungsunion unter das Diktat der Zentralbank stellt und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Erwerbslosen und abhängig Beschäftigten verschlechtert. Wir wenden uns auch gegen das Schengener Abkommen und die Politik der Zurückweisung und Abschiebung von MigrantInnen und Flüchtlingen überall in Europa, insbesondere solcher "ohne Papiere". Wir wenden uns gegen die Privatisierung und den Abbau im öffentlichen Dienst.

Die Ziele, die sich die Regierungen der Europäischen Union seit "Amsterdam" gesetzt haben, rufen bei uns Sorge und Widerspruch hervor. Sie alle - auch die linken - haben mit der neoliberalen Politik nicht gebrochen. Die "Beschäftigungspolitik" der Europäischen Kommission und des Europäischen Rats Beschäftigungspolitik zielt auf die Flexibilisierung der Arbeit, auf die "Anpassungsfähigkeit" (adaptability) und "Beschäftigungsfähigkeit" (employability) der Beschäftigten, Erwerbslosen und Auszubildenden. Ihnen werden zugunsten des größtmöglichen Unternehmerprofits entwürdigende Arbeitsbedingungen und Einkommen

aufgezwungen. Bewegungen gegen Erwerbslosigkeit und ungeschützte Beschäftigung haben sich in ganz Europa entwickelt. Sie haben ihre eigenen Forderungen, Vorschläge, Ziele. Wir verlangen, daß sie in Köln endlich von den Regierenden gehört werden. Wir wissen, daß nur eine starke und koordinierte internationale soziale Bewegung, die Erwerbslose, Lohnabhängige, Jugendliche und Menschen in ungeschützter Beschäftigung vereint, weitreichende soziale Veränderungen und eine massive Umverteilung des Reichtums erzwingen kann. Indem wir nach Köln ziehen, bereiten wir auch die Kämpfe und Gesellschaftsvisionen von morgen vor.

Um gemeinsam jenen Gehör zu verschaffen, die von der Gesellschaft ausgegrenzt werden, laden wir die Bürgerinnen und Bürger aller Länder ein, sich an den verschiedenen Etappen des "Marschs auf Köln" zu beteiligen:

- Köln, Mai 1999: Zusammentreffen aller Bewegungsformen (Märsche, Züge etc.) Brüssel-Köln, 25.-29. Mai: großer internationaler Marsch.

- Köln, 29. Mai: Großdemonstration von mehreren zehntausend Menschen aus allen Ländern Europas und darüber hinaus (z.B. landlose Bauern aus Brasilien und Indien).

- Köln, 29. Mai- 4. Juni: Gegengipfel und ein "Europäisches Parlament der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten". Das Gegenparlament wird am Abend der Großdemonstration eröffnet und mehrere hundert örtlicher Delegierter von Bewegungen, Verbänden und Gewerkschaften aller Länder umfassen. Es wird ein starkes Moment der Solidarität und des Austauschs werden. Die Sitzungen des "Parlaments" werden den ganzen EU-Gipfel hindurch stattfinden. Es wird eine "Europäische Charta" ausarbeiten und fordern, von den Regierenden empfangen zu werden.

Das Netzwerk der Europäischen Märsche unterstützt die Initiativen, die den G8-Gipfel mit der Forderung nach einer massiven, weltweiten Umverteilung der Reichtums "begrüßen"; es unterstützt den Gegengipfel und die Demonstration am 19. Juni in Köln sowie alle anderen internationalen Initiativen, die - wie der Internationale Marsch von Frauen gegen Armut und Gewalt gegen Frauen - in diesem Sinne wirken.

Wir möchten, daß unser Kampf gegen Erwerbslosigkeit mit den verschiedenen sozialen Bewegungen in Europa und auf der Welt zusammenkommt - für die Ausweitung und Sicherung aller Rechte, die Gleichheit von Männern und Frauen, die Freizügigkeit der Menschen, ein Leben in Frieden mit der Erde.

Konferenz gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Ausgrenzung und Rassismus, Köln, 23./24. Januar 1999

Kontakt:

Marches europeennes contre le chomage, la precarite et les exclusions, 104, rue des Couronnes, F-75020 Paris, Fon +33-1-44626344,

Fax +33-1-44626345,

email: marches97@ ras.eu.org, http: //www.mygale.org/02/ras/marches/

Bundesbüro Euromarsch, Körnerstr.69, D-50823 Köln

Fon: +49-221-9520008,

Fax: +49-221-9520077

koeln99@gmx.net

Bankverbindung:

Angela Klein, PB Berlin,

Kto.-Nr. 629105-106, BLZ 10010010

22. Indische BäuerInnen fordern ihre Rechte ein. "Internationale Karawane für Solidarität und Widerstand"

Autor: ICC 99 · Rubrik: Indien · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:44

Im Mai/Juni 1999 werden 500 InderInnen zusammen mit VertreterInnen aus anderen Ländern des Trikonts durch Europa reisen. Sie wollen nicht mehr auf Almosen aus der westlichen Welt warten, sondern sie fordern Respekt für ihre Rechte bei denen ein, die diese seit Jahrhunderten weltweit mißachten. Sie verstehen sich selber als Teil des internationalen Protests gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem, das sich nicht an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert. Die "Internationale Karawane für Solidarität und Widerstand" wird innerhalb von einem Monat acht Länder Europas besuchen. Den TeilnehmerInnen der Karawane geht es um den Austausch und Kontakt mit europäischen BäuerInnen und politischen Basisbewegungen. Andererseits geht es Ihnen darum, einer breiten Öffentlichkeit im Norden ihre Situation und die direkten Auswirkungen des "freien" Handels und der WTO-Abkommen zu vermitteln. Deshalb wird die Karawane auch auf zwei wichtige Ereignisse treffen: den EU-Gipfel und den Weltwirtschaftsgipfel in Köln.

Die Initiative für diese Karawane ging von den BäuerInnen aus dem indischen Bundesstaat Karnataka aus. Diese sind in der KRRS, einer indischen Bauernorganisation organisiert, welche Mitglied in "La Via Campesina", einem weltweiten Netz von Bauernbewegungen, ist. Aus der Initiative entwickelte sich ein Prozeß, in dem verschiedene Basisbewegungen Mittel aufbrachten, um ihre Vertreterinnen und Vertreter nach Europa zu schicken. Es werden sich u.a. auch verschiedene lateinamerikanische Bewegungen an der Karawane beteiligen, wie zum Beispiel die brasilianische Landlosenbewegung "Sem Terra".

Die VertreterInnen des Trikonts und insbesondere die Bauernorganisationen in Indien haben eine radikale Haltung, was die multinationalen Konzerne und multilateralen Handelsabkommen, beispielsweise die WTO, betrifft. Diese Haltung entwickelte sich aus ihren eigenen Erfahrungen, aus der Zerstörung ihrer Lebensgrundlage, aus einer existentiellen Bedrohung. Die KleinbäuerInnen können nicht gegen Agrarmultis und Importe aus USA und Europa konkurrieren. Im letzten Jahr begingen Hunderte von KleinbäuerInnen Selbstmord, nachdem im Rahmen der Zollbestimmungen der WTO die Importzölle für Erdnüsse aufgehoben wurden und die BäuerInnen sich in einer auswegslosen Situation fanden.

Während einerseits die BäuerInnen von ihren Produkten nicht mehr leben können, kann sich der Rest der ärmeren Bevölkerung Grundnahrungsmittel kaum noch leisten. So hat sich beispielsweise der Preis von Zwiebeln, einem der wichtigsten Nahrungsmittel in der traditionellen indischen Küche, verachtfacht.

Ihre Alternative zur globalisierten Wirtschaftsordnung besteht im Aufbau von lokalen Versorgungsnetzen, von nachhaltigen Technologien und solidarischen Bündnissen. Die VertreterInnen möchten mit den Menschen Europas in einen direkten Dialog treten und sich gemeinsam mit uns für eine Welt einsetzen, in der die Menschen unmittelbare Kontrolle über ihre regionale Ökonomie erlangen, und in der Wirtschaftswachstum und ständig steigender Massenkonsum von Lebensqualität für alle abgelöst wird.

Geplant ist eine Route von den Niederlanden über Belgien, Frankreich, Schweiz, Italien nach Deutschland. In den jeweiligen Orten werden Begegnungen mit unterschiedlichsten Basisbewegungen stattfinden. Neben einem direkten Austausch und der öffentlichen Information wollen die InderInnen und ihre BegleiterInnen auch die Institutionen und multinationalen Konzerne, die ihre desolate Situation zu einem großen Teil zu verantworten haben, mit ihrer Präsenz konfrontieren. Es wird Aktionen und Demonstrationen vor wichtigen Institutionen, den Hauptbüros von transnationalen Konzernen und der WTO geben.

Die Route der Karawane ist so gewählt, daß sie sich an bereits geplanten Märschen und Aktionen beteiligen wird. Hierzu zählen die Teilnahme an einem Marsch für die Abschaffung aller Atomwaffen von "For Mother Earth!" in Belgien, Veranstaltungen und Aktionen mit der französischen Erwerbsloseninitiative "AC!" sowie Zusammenkünfte mit der Bauernbewegung "Droits Devant". Den Abschluß soll die Teilnahme an den Gegenveranstaltungen zum Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1999 in Köln bilden.

Dieses Projekt ist eine große Chance. Nicht wie sonst werden EuropäerInnen über die Problematiken in sogenannten Entwicklungsländern reden. Ansatzpunkt ist es, die BäuerInnen und VertereterInnen von Basisbewegungen des Trikonts zu unterstützen, hierherzukommen und für sich selber zu sprechen. Diese Karawane ist keine "3.Welt-Karawane", sondern ein gemeinsames, internationales Projekt. Dies wäre ein Ansatz für eine Umkehr sogenannter Entwicklungshilfe. Menschen hier werden mit den Auswirkungen des globalen ökonomischen Wirtschaftssystems konfrontiert und Menschen aus anderen Ländern haben die Möglichkeit, uns ihre Vorstellungen von Entwicklung näherzubringen.

Die Karawane findet im Rahmen des Anfang 1998 in Genf gegründeten Netzwerks von Basisbewegungen, Peoples Global Action, statt.

Wir wünschen uns, daß dieses Projekt von vielen gesellschaftlichen Gruppen getragen wird. Dies könnte geschehen durch Organisation von Unterkunft und Verpflegung für den Raum Köln sowie finanzielle Unterstützung.

Weitere Informationen unter

http://stad.dsl.nl/~caravan/

oder ICC99@gmx.de

Spenden an:

InterContinentalCaravan, Kto:3701010441,BLZ: 50090100,

Ökobank Berlin

23. Köln vor dem Gipfelsturm

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:46

Die Mobilisierung zu den Gipfeln in Köln ist in vollem Gange; die erste Aktionszeitung des Bündnis Köln 99 mit einer Auflage von 30.000 ist restlos ausgeliefert. Die Beratungskonferenzen der GipfelstürmerInnen zum EU und zum G8-Event in Köln hatten unterschiedlichen Erfolg. In den nächsten Wochen wird sich entscheiden, ob die unterschiedlichen Interessen und politischen Intentionen der Beteiligten Synergie-Effekte auslösen oder eher demobilisierend wirken. Die reale EU-Politik und die Auswirkungen der Politik der G7-Staaten verdient es allemal, anläßlich der Gipfel deutlich und lautstark abgelehnt zu werden.

Gerade das linke und linksradikale Spektrum allerdings verfügt weder über ausreichende Strukturen, geschweige denn über ausgereifte inhaltliche Positionen. Dies tritt in den Vorbereitungsaktivitäten deutlich hervor. Die Zeitfrage - innerhalb von zweieinhalb Wochen findet eine immense Zahl unterschiedlichster Aktionen statt - kann sich zumindest bei der Mobilisierung zu den Demonstrationen negativ auswirken.

Starke Konferenz der Euromärsche

Rund 700 Menschen trafen sich am 23./24. Januar in der Kölner Uni zur "Europäischen Konferenz gegen Erwerbslosigkeit, Ausgrenzung und Rassismus". Im Anschluß an die stimmungs- und machtvolle Demonstration in Amsterdam 1997 ist es den Euromärschen offensichtlich gelungen, eine Form der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu organisieren, die mittlerweile über einige Ausstrahlungskraft in West- und Südeuropa verfügt. Die Euromärsche könnten ein zentraler Bezugspunkt für linke und oppositionelle Kräfte in Europa in bezug auf Armut, Ausgrenzung und Migration werden. Allein die internationale und politische Zusammensetzung des Plenums in Köln machte dies deutlich. Aus Frankreich und der BRD war eine ungefähr gleich große Anzahl von Menschen anwesend. Jeweils größere Gruppen waren aus Italien und Spanien, aus den Niederlanden, England, Irland, Dänemark, Schweden und Griechenland angereist.

Die größte politische Einheit bildeten die aus verschiedenen französischen Städten angereisten Gruppen von AC! (agir ensemble contre le chômage - "gemeinsam gegen die Erwerbslosigkeit handeln"). Auch wenn die LCR (Ligue communiste révolutionnaire) das politisch-organisatorische Rückgrat von AC! bilden mag, so zeichnen sie sich durch eine erfreulich unsektiererische und nicht dominierende Politik aus. Es herrschte ein sehr angenehmes Diskussionsklima, obwohl die Versammlung mit der schwierigen Situation konfrontiert war, daß der EU-Gipfel kurzfristig vom 5./6. Juni auf den 3./4. Juni vorverlegt worden war. Der Termin liegt damit auf einem Donnerstag und Freitag - und eignet sich daher kaum für eine international ausgerichtete Demonstration, zumal der 3. Juni nur in süddeutschen Bundesländern ein Feiertag ist. Da diese Demonstration, ähnlich der in Amsterdam vor zwei Jahren, einen starken internationalen/europäischen Charakter haben soll und haben wird, einigte man sich relativ schnell und einmütig darauf, am Samstag, dem 29. Mai, die Großdemonstration und den Abschlußtag der Euromärsche zu veranstalten. (siehe Aufruf) Herausgestellt wurde, daß diese Demonstration nicht in Abgrenzung zu einer Demonstration am 3. Juni verstanden werden soll, die aber zwangsläufig einen anderen Charakter haben wird. (s.u.)

Ab Anfang Mai werden sich Märsche aus unterschiedlichen Richtungen auf Köln zubewegen. Aus Prag wird ein Fahrradkonvoi über Dresden nach Köln gelangen; in Athen wird ein Zug gestartet, der über die Türkei, Mazedonien, Belgrad und Zagreb zur Demo Köln erreichen wird. In der BRD werden Märsche von Erwerbslosen und die "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" gestartet. In Brüssel setzt sich ein Marsch mit belgischer, spanischer und französischer Beteiligung in Bewegung. Hieran werden sich ca. 1.000-1.500 Menschen beteiligen. In Italien wird - ähnlich wie vor zwei Jahren beim Gipfel in Amsterdam - versucht werden, kostenlos mit dem Zug nach Köln zu gelangen.

Vom 22. Mai bis zur Demonstration in Köln am 19.6. werden 500 indische Bäuerinnen und Bauern durch Europa reisen, um über die Auswirkungen des WTO zu informieren. (siehe gesonderten Artikel in dieser ak-Ausgabe) Sie werden an den Demonstrationen am 29. Mai und am 19. Juni teilnehmen. Der internationale Charakter der Demonstration am 29.5. wird darüberhinaus durch die Teilnahme von rund 100 Menschen der brasilianischen Landlosenbewegung MST unterstrichen.

Spannend bleibt, wie sich dieses Jahr die offiziellen Gewerkschaften zu den Euromärschen verhalten werden. Noch 1997 entblödete sich die IG Metall nicht, ihre Ablehnung mit einer angeblichen Unterstützung der Euromärsche durch den Front National zu begründen. Als sich das als Erfindung herausstellte, mußte sich die IG Metall entschuldigen. Um in die Gewerkschaften hineinzuwirken, wird mit einem gesonderten Aufruf mobilisiert (siehe nebenstehend). In der Bundesrepublik hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) auf ihrem letzten Gewerkschaftstag beschlossen, die Euromärsche zu unterstützen. Wenn dieser Beschluß nun auch noch "mit Leben gefüllt" wird, wäre das ein erheblicher Fortschritt im Verhältnis von Einzelgewerkschaften zur Erwerbslosenbewegung.

Um die Kritik an der EU und die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene inhaltlich zu vertiefen, wird sich der Demonstration ein Gegengipfel anschließen, der vom 30. Mai bis zum 2. Juni stattfindet. Hier soll versucht werden, die unterschiedlichen Gegenpositionen zur EU zu integrieren. Schwerpunktthemen werden Sozial- und Beschäftigungspolitik, Ökologie, Frauen, Bildung sein. Es wird sich ein Erwerbslosenparlament konstituieren, das aus "lokalen Delegierten von kämpfenden Bewegungen, Verbänden und Gewerkschaften aller Länder" bestehen soll. Im Rahmen des Gegengipfels werden sich ebenfalls antirassistische Gruppen und Initiativen von MigrantInnen und Flüchtlingsorganisationen zu Beratungen über die weitere internationale Zusammenarbeit treffen.

Linksradikale Zwickmühle

Eine etwas andere Stoßrichtung verfolgt das "Bundesweite Bündnis linksradikaler, antifaschistischer, radikalökologischer und autonomer Gruppen gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel". Dieser Zusammenschluß wird einen eigenen "Diskussions- und Widerstandskongreß" am 3./4. Juni in Köln (mit Demonstration am 3.6.) durchführen. Im Aufruf zum Kongreß, der sich über das angesprochene Bündnis auch "an fortschrittliche, revolutionäre und soziale Bewegungen des europäischen Kontinents und darüber hinaus" wendet, heißt es: "Wir schlagen weder eine Reform der EU vor noch die Rückkehr zu einem Europa der Einzelstaaten, sondern die Zerschlagung der EU als imperialistisches Projekt, und die Schaffung einer solidarischen und klassenlosen Gesellschaft, frei von patriarchaler, rassistischer und kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung. Die Idee eines europäischen und internationalistischen Gegenkongresses anläßlich des EU-Gipfels im Juni 1999 in Köln ist mit der Vorstellung verbunden, eine Grundlage für die europaweite Organisierung von antifaschistischen, antirassistischen, linksradikalen, feministischen und autonomen Gruppen und Bewegungen zu schaffen, die sich in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre als handlungsfähige Bezugsstruktur etablieren soll."

Irgendwie kommt einem der Text ziemlich bekannt vor. Leider wird auf eine Begründung verzichtet, warum es gerade jetzt mit dem Aufbau des "Widerstandszusammenhanges" funktionieren soll - außer daß es immer richtig ist, irgendwann anzufangen. Der Eindruck bleibt, daß es sich um einen Text handelt, den mensch so oder ähnlich auch beim Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München oder im Vorfeld des EU-Gipfels 1994 in Essen lesen konnte. Inhaltlich will sich der Kongreß in sieben Foren mit folgenden Themen beschäftigen: Ökonomie; Rassismus; EU-Imperialismus/ Kolonialismus; Antifaschismus; Repression/Konterrevolution; Ökologie und (Neue) Technologie(n); Patriarchat, Sexismus und Bevölkerungspolitik.

Mit der Verlegung der Euromarschdemo auf den 29.5. ist nunmehr auch noch die prekäre Situation entstanden, daß die Demonstration am 3.6. politisch und zahlenmäßig stark reduziert werden könnte. Erfahrungsgemäß nimmt die Staatsmacht - insbesondere bei Prestigeveranstaltungen - solche Situationen gerne zum Anlaß, um ihr Mütchen zu kühlen. Militante Auseinandersetzungen dürften hinsichtlich der Gegenmobilisierungen zum G8-Gipfel daher eher kontraproduktiv sein. Nicht nur die OrganisatorInnen der Demo am 3.6., auch das Euromarschbündnis und das Bündnis Köln 99 tragen hier eine besondere Verantwortung. Jeglichen Distanzierungs- und Spaltungsvorhaben ist von vornherein eine Absage zu erteilen. Vielmehr ist es die Aufgabe der in den jeweiligen Bündnissen vertretenen Gruppen, die der SPD bzw. den Grünen nahe stehen, dem rotgrünen Regierungsbündnis zu signalisieren, daß ein Loslassen der Bullerei unvermeidlich auch zu Konflikten mit ihrer eigenen Klientel führen wird.

Vieles wird von verläßlichen Absprachen zwischen den verschiedenen politischen Spektren abhängen. Ein Vertreter des linksradikalen Bündnisses machte auf der Beratungskonferenz zum WWG am 6.2. in Köln deutlich, daß ihr Kongreß und die Demo am 3.6. nicht als Gegenaktivitäten, sondern als Ergänzungen zu verstehen sind. Das linksradikale Spektrum will ebenso zum 29.5. wie auch zur Demonstration am 19.6.

mobilisieren. Konkretisierungen werden auf der nächsten Beratungskonferenz dieses Zusammenschlusses am 27./28. Februar in Köln vorgenommen. (Kontakt über das Antifa-Referat im AStA Uni Köln, Universitätsstr. 16, 50937 Köln. Hier können auch die bisher erschienenen Rundbriefe und der Diskussionsaufruf bezogen werden.)

Eine Aktion

jagt die nächste

Angesichts der Stärke der linken Kräfte in der BRD im allgemeinen und im Bonn/Kölner Raum im besonderen könnte es damit für das erste Halbjahr 1999 mit politischen Kampagnen genug sein. Die politisch Mächtigen dieser Welt haben aber nichts Besseres zu tun, als sich vom 18. bis 20. Juni ebenfalls in Köln zu versammeln. Seit Frühjahr 1998 trifft sich ein linkes Bündnis; zunächst nach dem Treffpunkt Antoniterkirche benannt, firmiert es nun unter dem Namen "Bündnis Köln 99". Bisher haben rund 100 Organisationen und Gruppen an den Treffen teilgenommen. Die Zusammensetzung des Arbeitsausschusses ist einigermaßen repräsentativ für die politische Breite des Gesamtbündnisses. Im einzelnen sind darin vertreten: der BUND, der BuKo, die Euromärsche, der freie Zusammenschluß der StudentInnenschaften (fzs), das Grün-Alternative Jugendbündnis, die ila, die Jusos, Kein Mensch ist illegal, das lokale Kölner Bündnis gegen die Gipfel, das Netzwerk Friedenskooperative, das NRO-Frauenforum, Play fair Europe! und WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung).

Die Gegenaktivitäten sind vielfältig. Zwischen den beiden Gipfeln soll es ein Widerstandscamp geben. Die erste inhaltliche Veranstaltung, organisiert vom NRO Frauenforum, findet am 16.6. in Köln in der Feuerwache statt; dort werden die Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeitswelt der Frauen analysiert. Titel der Veranstaltung: "Frauen auf Abruf - Callgirls des globalen Marktes".

Der Gegengipfel wird sich im wesentlichen auf drei inhaltliche Themen konzentrieren:

- Weltwirtschaft/ Verschuldung/ internationale Finanzsysteme (federführend verantwortlich WEED),

- Zukunft der Arbeit (medico international) und

- Migration (Kein Mensch ist illegal) .

In allen drei Themenkomplexen sollen patriarchalische Gesellschaftsverhältnisse, Ökologie und Militarisierung von Konflikten integral behandelt werden. Ziel des Gegengipfels ist das Aufzeigen konkreter Alternativen, die wiederum "medien- und öffentlichkeitswirksam" dargestellt werden sollen. (In der Regel ist das eine Umschreibung von: viel Prominenz und wenig aufeinander bezogene inhaltliche Diskussion.) Bei der Beratungskonferenz am 6.2. wurde sehr schnell deutlich, daß es bei der inhaltlichen Orientierung sehr unterschiedliche Ansätze geben wird und kann. Vielleicht war es nur die Übernahme einer gängigen Floskel, als Peter Wahl von WEED davon sprach, das zweite Hauptziel des Kongresses sei die Diskussion über Alternativen "im emanzipatorischen Bereich der Zivilgesellschaft". Zu wünschen ist, daß die gesamte Bandbreite der Alternativen deutlich sichtbar wird.

Der Gegengipfel scheint in der Vorbereitung noch die einfachste Übung zu sein. Etwas komplizierter gestalten sich die Organisierung der Demonstration und die Koordination der einzelnen Aktivitäten. Der Aufruf zur Demonstration befindet sich zur Zeit in der letzten Beratungsrunde und wird Ende Februar veröffentlicht. Für den 19.6. mobilisiert die kirchliche und sich aus biblischen Erkenntnissen speisende Kampagne "Erlaßjahr 2000 - Entwicklung braucht Entschuldung" (1) zu einer Menschenkette/Umzingelungsaktion des Konferenzgebäudes. Insgesamt ist diese Kampagne, an der sich rund 800 Gruppen in 50 Ländern beteiligen, auf drei Jahre angelegt. Schon beim letztjährigen WWG in Birmingham beteiligten sich etwa 50.000 an einer Menschenkette. Auch für den Kölner Gipfel rechnen die Veranstalter mit einer ähnlichen Größenordnung. Nach der Auflösung der Menschenkette wird die Erlaßjahrkampagne zur Abschlußkundgebung von "Bündnis Köln 99" einladen. Trotz aller Absprachen zwischen "Bündnis Köln 99" und Erlaßjahrkampagne ist absehbar, daß es für die Demonstration zu Mobilisierungsverlusten kommen kann. Erschwerend kommt hinzu, daß zur gleichen Zeit in Stuttgart der evangelische Kirchentag stattfindet, auch wenn schon Sonderzüge von Stuttgart nach Köln gechartert sind. Erfahrungsgemäß läßt sich aus diesem Spektrum eine nicht unerhebliche Anzahl von Menschen zu Anti-WWG-Demos mobilisieren.

Eine weitere und wahrscheinlich gravierendere Schwierigkeit besteht darin, daß nunmehr seit einigen Jahren keine gemeinsamen Demonstrationen dieser Bündnisbreite mehr veranstaltet wurden. Eingespielte Mechanismen geschweige denn Strukturen sind ebensowenig vorhanden wie gemeinsam erarbeitete und ausformulierte Inhalte. Insofern kann allein schon das Zustandekommen einer gemeinsamen und zahlenmäßig starken Demonstration ein großer Erfolg sein. Viel hängt davon ab, ob es in den einzelnen Städten gelingt, im Rahmen der Mobilisierung nach Köln die rudimentär vorhandenen Alternativen zur "Neuen Weltordnung" und den Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise zu diskutieren.

Ein Meilenstein hin zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung werden die Gegenaktivitäten zum WWG nicht sein - aber zumindest der Versuch, wie es gehen kann, daß oppositionelle linke und alternative Kräfte in einer gemeinsamen Demonstration ihre eigene Stärke spüren. Der Versuch, dies nach etlichen Jahren der Abstinenz auf bundesweiter wie auf örtlicher Ebene mal wieder auszuloten, lohnt sich allemal.

Georg Wißmeier

Kontakt: Bündnis Köln 99, Körnerstr. 69, 50823 Köln, Fon: 0221-9520008, Fax: 0221-9520077; e-mail: "hyperlink mailto:koeln99@eu-g7.de" oder: "hyperlink mailto:koeln99@gmx.net";

internet: "hyperlink http://www.weedbonn.org"

Spenden für die Aktionen des Bündnisses an: Bündnis Köln 99, Kt-Nr.: 13 23 20 87; Stadtsparkasse Köln, BLZ: 370 501 98

Anmerkung:

1) Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Kampagne ist in der ila Nr. 221 vom Dezember 1998 nachzulesen: "Schuldenerlaß oder Ablaß" von Michael Ramminger. Eine Begründung für den Ausstieg des iz3w aus der Kampagne ist in den Blättern des iz3w zu finden.

24. "Wir erwarten totales Engagement." Sozialhilfe und Arbeitsverpflichtung in New York

Autor: Thomas Gebhardt · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:03

Die USA und Großbritannien gelten als Vorreiter von Sozialhilfe"reformen", bei denen staatliche Unterstützungsleistungen rigoros abgearbeitet werden müssen. "Welfare to work" heißt der Slogan, der sich auch in der Bundesrepublik zunehmender Beliebtheit erfreut. Der folgende Beitrag zeigt, wie das Prinzip "Wohlfahrt bei Wohlverhalten" in New York durchgesetzt wird.

Die Luft ist stickig, es riecht nach Schweiß und Bohnerwachs. Auf dem glatten Kunststoffboden spiegelt sich das grelle Licht der Deckenlampen. Wortfetzen eines Streits hallen durch den fensterlosen Wartesaal, an dem nur noch wenige der gut fünfzig Metallstühle besetzt sind. An einem der wackeligen Tische sitzt ein Mann in abgeschabten Jeans und blauer Baselballmütze. Er hat den Kopf in den Nacken geworfen, die Augen geschlossen. Über ihm prangt es in weißen Lettern auf grünem Grund: "Wußten Sie schon, daß die Sozialhilfe zeitlich befristet ist?" Und gleich daneben: "The clock is ticking" - "Die Zeit läuft." Auf der gegenüberliegenden Seite haben sich die Sachbearbeiter hinter den Plexiglasscheiben ihrer Schalter in die Tiefe ihres Großraumbüros zurückgezogen. Der Ansturm des Vormittags ist vorbei. Es kehrt Ruhe ein im Greenwood Job Center in Brooklyn, New York.

Dort, wo früher arbeitslose Männer, alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern und Obdachlose einen Antrag auf Sozialhilfe oder Nahrungsmittelkarten ausfüllten und sich auf einen langen Tag des Wartens einrichteten, wird heute schnelles Handeln von Verwaltung wie Klienten gefordert. Denn das Greenwood Job Center ist eines der zwei ehemaligen Sozialämter in New York, die für die anderen 29 in der Stadt Modell stehen. Modell für den Abschied von der "alten" Sozialhilfe. Angekündigt hatte ihn kein anderer als Bill Clinton zu Beginn seiner ersten Amtszeit im Januar 1993. Aber erst im Jahr seiner bevorstehenden Wiederwahl sollte ihn sein vollmundiges Versprechen, "to end welfare as we know it", wieder einholen. Angesichts drohender Stimmenverluste unterzeichnete Clinton im Sommer 1996 einen von der republikanischen Kongreßmehrheit diktierten Gesetzentwurf zur Reform der Sozialhilfe.

Auch im einst sozialliberalen New York ist die Auszahlung von Unterstützungsleistungen nun auf zwei Jahre befristet und an die Pflicht zur Jobsuche und gemeinnützigen Arbeit gekoppelt. Unterstützt wird diese Politik durch den republikanischen Bürgermeister Rudolph Giuliani, unter dessen Führung die Stadt bereits seit 1995 eine andere Gangart im Sozialhilfebereich angeschlagen hat.

"Früher dauerte es mindestens einen Monat, bis ein Antrag bearbeitet wurde und bis überhaupt irgend etwas passierte", erinnert sich Adrienne Fleming, die Leiterin des Greenwood Job Center. "Heute erwarten wir von unseren Klienten totales Engagement." Für die Menschen, die in dem dreistöckigen, grauen Eckgebäude an der Bergen Street in Brooklyn Hilfe suchen, bedeutet das, oft schon am ersten Tag der Antragstellung mehrere Stationen durchlaufen zu müssen. Zunächst treffen sie dabei auf einen "financial planner", der die Ursachen der Notlage ermittelt und den Grad der Bedürftigkeit feststellt. Er kann zum Beispiel eine Soforthilfe veranlassen, dies aber auch unterlassen, wenn im Gespräch zufällig ein hilfsbereiter Cousin erwähnt wird, der Unterkunft gewähren könnte. In einem zweiten Schritt werden Arbeitsfähigkeit, Jobinteressen und Erwerbskarrieren erfragt. Im Falle von Krankheiten, Drogen- oder Alkoholprobleme wird umgehend an zuständige Stellen überwiesen. Dann unterschreibt der Antragsteller einen mit Beratungs- und Kursterminen prall gefüllten Fünf-Wochen-Entwicklungsplan, von dessen strikter Einhaltung die Auszahlung der Hilfezahlungen abhängig gemacht wird.

Im "resource room", schon tiefer im Bauch des weitläufigen Amtes gelegen, werden die Klienten über Möglichkeiten kostenloser Kinderbetreuung aufgeklärt, erhalten Listen mit Adressen von Suppenküchen oder Kleiderausgabestellen und werden mit Fahrkarten versorgt. Schließlich werden die als erwerbsfähig deklarierten Antragsteller Mitglieder eines sogenannten "job clubs". Hier trainieren "job planner" - oft selbst alleinerziehende Mütter und ehemalige Sozialhilfeempfänger - mit den beschäftigungslosen Klienten Selbstbewußtsein und proben Bewerbungsgespräche. Im "job search room" sind die Hilfeempfänger dann, nicht selten unter direkter Beobachtung der "job planner", verpflichtet, die Gelben Seiten New Yorks nach potentiellen Arbeitgebern zu durchforsten, diese anzurufen oder per Fax Bewerbungsschreiben zu

verschicken. "Sechs erfolgreiche Vermittlungen hat es auf diese Art in der laufenden Woche schon gegeben", freut sich Kirk Benton, einer der Job-Berater. "Und dabei haben wir heute erst Donnerstag!" Skeptisch sei er anfangs gewesen, ob diese Methode die richtige sei. Der Erfolg aber habe ihn, einen Veteranen der Sozialbehörde, überzeugt. Er weist stolz auf den Baum aus Buntpapier an der Wand des "job clubs", an den die Blätter mit den Namen der "Ehemaligen" geheftet sind. "Die Leute müssen lernen, daß sie nur für eine Sache hier sind - einen Job zu finden. Wir glauben", und er hebt beschwörend die Hände, " daß Arbeit gut für dich ist. Jede Art von Arbeit."

Neue Arbeitsdienste

Dazu gehört nach Auffassung von Bürgermeister Giuliani auch das Abgelten der Sozialbezüge durch gemeinnützige Arbeit in den öffentlichen Einrichtungen der Stadt. Denn wer innerhalb der ersten fünf bis sechs Wochen nach Antragstellung keinen regulären Job gefunden hat, der wird einer Beschäftigungsmaßnahme im Rahmen des New Yorker "Work Experience Program" (WEP) zugewiesen. Die Höhe des individuellen Sozialhilfesatzes wird dabei durch den offiziellen Mindestlohn von gegenwärtig $ 5,15 geteilt, was die abzuleistende Stundenzahl ergibt. Mary Johnson ist eine der 250.000 Sozialhilfeempfänger, die dieses US-weit größte Welfare-to-Work-Programm seit 1995 durchlaufen haben. Nachdem sie Ende der achtziger Jahre ihre Stelle als ausgebildete Sekretärin bei einer Bank verloren hatte und nur für kurze Zeit Arbeitlosenhilfe erhielt, mußte sie Sozialhilfe beantragen. Trotz Scheidung und dreier Kinder aber ging die agile schwarze Frau weiter auf Jobsuche, fand Arbeit, fiel aus der Sozialhilfe heraus und wieder in sie zurück. Vor einem Jahr erhielt sie die Aufforderung, ihre Sozialhilfe halbtags in der öffentlichen Wohnungsverwaltung der Stadt, der New York City Authority in Harlem, als Hilfskraft abzuarbeiten. Nach einigen Monaten als "welfare worker" hörte sie von einer Stellenausschreibung im Haus, bewarb sich und erhielt den Zuschlag. Ein persönlicher Erfolg, über den sich Mary Johnson freut. Doch eine Stelle als Sekretärin wie diese, davon ist sie überzeugt, hätte sie auch ohne verordnete "Arbeitserfahrung" als Hilfskraft gefunden.

Nicht zuletzt wegen des überflüssigen und diffamierenden Charakters des Programms für die qualifizierteren und arbeitserfahrenen Sozialhilfeempfänger ist das New Yorker "Work Experience Program" unter Sozialpolitikern und Experten umstritten. Noch stärkere Kritik aber richtet sich gegen die Bestrafungsfunktion des Programms für die Betroffenen, für die die verpflichtende Teilnahme häufig auch nicht den geplanten Effekt von gesteigerten Arbeitsmarktschancen und Einkommensgewinnen hat. Lange Zeit weigerte sich die New York Human Ressource Administration, die Sozialbehörde der Giuliani-Administration, externen Forschern und Journalisten entsprechende Daten und Informationen zum Programm überhaupt zugänglich zu machen. Eine von ihr schließlich im eigenen Auftrag erstellte und kürzlich veröffentlichte Studie kommt nun zu dem Ergebnis, daß rund die Hälfte der Personen, die Ende 1997 aus dem Sozialhilfebezug ausschieden, eine Arbeit fand. Allerdings beruht die von Behörde und Bürgermeister stolz präsentierte Untersuchung auf einer nicht-repräsentativen Auswahl von lediglich 130 telefonisch Befragten. Und selbst darin, so die Kritiker, findet sich der Hinweis, daß nur ein Drittel der erwerbstätigen Befragten über ein Einkommen verfügte, das über der offiziell ermittelten Armutsgrenze liegt.

Einer der Autoren der Studie, der stellvertretende New Yorker Sozialdezernent Andy Bush, schlägt im Gespräch dann auch vor, das "Work Experience Program" am besten als "Programm der Teilhabe an Arbeit zu verstehen". "Darüber hinaus", so Bush, "signalisiert WEP Steuerzahlern wie Hilfeempfängern, daß die Unabhängigkeit von der Sozialhilfe sein eigentliches Ziel ist". Dafür ist Andy Bush nach New York gekommen und hat ein Büro im Wolkenkratzer der Sozialbehörde, unweit der Wall Street im Südosten Manhattans bezogen. Zuvor hatte er unter der Leitung von Jason Turner, dem jetzigen Chef der New Yorker Sozialbehörde, das Konzept der Sozialhilfe im Bundesstaat Wisconsin umgestaltet.

Dort wurde vor zwei Jahren in einer bis dahin beispiellosen "Reform" die Sozialhilfe gänzlich abgeschafft und durch ein System von Unterstützungsleistungen ersetzt, deren Gewährung an die bedingungslose Bereitschaft zur Arbeit gekoppelt ist. Im Vergleich zum New Yorker WEP-Modell ist das "Wisconsin Works" benannte Projekt, obwohl ähnlich restriktiv in der Verpflichtung zur Arbeit, stärker auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet. Ob der Wisconsin-Ansatz aber überhaupt auf New York übertragen werden kann, ist nicht zuletzt wegen der vergleichsweise schlechteren Arbeitsmarktlage offen. Denn gerade unter den spezifischen Bedingungen einer Metropole offenbart die Welfare-to-Work-Strategie zahlreiche Gefahren und Risiken.

Die Kritik wird lauter

Schon hat sich eine breite Koalition aus rund 60 Sozialverbänden, Aktionsgruppen und gewerkschaftlichen Organisationen gebildet, die gegen die neue Form der "Wohlfahrt bei Wohlverhalten" mobil macht. Eine ihrer Sprecherinnen ist Liz Krueger, Direktorin des Community Food Resource Center. "Ich habe überhaupt nichts dagegen", schimpft sie im Konferenzraum ihrer Organisation, "wenn man versucht, durch Ausbildung Sozialhilfeempfängern bei der Jobsuche zu helfen. Nur geht es darum hier überhaupt nicht. Die Mehrzahl der Antragsteller schafft es überhaupt nicht in die sogenannten Job Clubs. Das Problem ist nicht die Pflicht zur Arbeit, sondern die Sanktionen bei Nichterfüllung dieser Pflicht." Die Inanspruchnahme der Leistungen ihrer Organisation, dazu gehören die Ausgabe von Lebensmittelpaketen oder die juristische Beratung bei bevorstehenden Zwangsräumungen infolge von Mietschulden, sei dafür ein guter Indikator.

"Im Jahr 1997 kam ein Drittel aller der bei uns hilfesuchenden Familien deshalb zu uns, weil ihnen die Leistungen aufgrund der neuen Regelungen gekürzt oder entzogen worden waren." Die Presse wußte etwa von einer krebskranken Rollstuhlfahrerin zu berichten, die ihre Sozialhilfewürdigkeit als Hilfskraft in einer Poststelle durch das Zukleben von Briefen unter Beweis stellen sollte und deren Bezüge nach dem Nichterscheinen bei der Behörde eingestellt wurden. Die Gruppe der "sanktionierten" und derart abgeschreckten Personen dürfte einen großen Teil der rund 400.000 Menschen ausmachen, um die die Zahl der Sozialhilfeempfänger in New York von einst 1,1 Millionen im Jahr 1995 auf 700.000 im Jahr 1998 gesunken ist. Während Bürgermeister Giuliani diese Zahlen gern als Beleg für den Erfolg seiner Politik zitiert, sehen Vertreter der Betroffenen darin das Ergebnis einer auf Spareffekte zielenden organisierten Verantwortungslosigkeit.

Wie das Sanktionieren und Herausdrängen potentiell Bedürftiger aus der Sozialhilfe materielle Not bewußt in Kauf zu nehmen scheint, so trägt das "Work Experience Program" aus Sicht seiner gewerkschaftlichen Kritiker auch dazu bei, daß arbeitsrechtliche Standards dauerhaft unterlaufen und Arbeitsplätze abgebaut werden. So sind bereits seit Giulianis Amtsantritt zehntausende Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor abgebaut worden. Gleichzeitig aber arbeiten monatlich rund 35.000 "welfare workers" in Einrichtungen der Stadt, mähen den Rasen im Central Park, reinigen Busse und Subway oder entrümpeln die zahlreichen, illegalen und oft giftigen Abfallkippen in den innerstädtischen Slums. Allein im Parks Department der Stadt waren einst 7.000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigt. Ihre Zahl ist parallel zum Aufbau von "WEP" in den letzten Jahren auf 1.400 gesunken.

Für Ed Ott vom "Central Labor Council", einem Zusammenschluß der New Yorker Gewerkschaften, liegt der Substitutionseffekt des Programms deshalb auf der Hand. "Ungeachtet aller Rhetorik benutzt WEP in Wirklichkeit die Sozialhilfeempfänger als billige Arbeitskräfte und verhindert auf diese Weise die Einstellung von vergleichsweise höher zu entlohnenden Arbeitern, die außerdem Ansprüche auf Sozialleistungen hätten." Damit verstärke sich schließlich auch der Druck auf die Löhne aller Beschäftigten, nicht nur der im öffentlichen Dienst. Im arbeitsrechtlich vergleichsweise unterentwickelten Süden der USA sind Sozialhilfeempfänger im Gegenzug für ihre Bezüge bereits auch bei privaten Unternehmen "beschäftigt". "In New York", ärgert sich Ott, "spart zunächst nur die Stadt ihre Lohnkosten und kann noch dazu auf saubere Parks verweisen, die sie in der Vergangenheit hat absichtlich verrotten lassen."

Das Ende der Sozialhilfe in den USA ist nah. Das Versprechen Bill Clintons, "to end welfare as we know it", eingelöst vom republikanisch dominierten Kongreß mit der Reform von 1996, zeigt deutliche Wirkung. Doch was nach der Sozialhilfe kommt, scheint weniger klar zu sein. In New York ist offenbar der Weg das Ziel: Der Weg von Welfare zu Workfare.

Thomas Gebhardt

Dieser Beitrag wurde zuerst veröffentlicht in Freitag, 22. Januar 1999. Wir danken dem Freitag und dem Autor für die Nachdruckerlaubnis.

Die "welfare reform"

Nach den Vorgaben des 1996 beschlossenen Sozialhilfegesetzes sollten bereits 1997 mindestens 25% aller SozialhilfeempfängerInnen in den USA eine Arbeit verrichten oder innerhalb eines Job Centers darauf vorbereitet werden. Pro Jahr - so schreibt es das Gesetz vor - muß diese Quote um jeweils fünf Prozent steigen, so daß bereits 2002 die Vergabe von Sozialhilfe bei 50 Prozent der EmpfängerInnen an die Ableistung gemeinnütziger oder anderer Arbeiten gebunden wäre. Errechnet wird diese Quote jeweils auf Basis der

Bundesstaaten. Wird die Jahreszielmarke verfehlt, droht die Streichung von Bundeszuschüssen, es sei denn, der betreffende Bundesstaat kann nachweisen, daß in seinen Grenzen die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen stärker als im Bundesdurchschnitt gesenkt wurde. Nach Angaben des Council of Economic Advisers, dem wirtschaftspolitischen Beratungsgremium des Präsidenten, wurde die anvisierte Beschäftigungsquote von 25 Prozent im Jahre 1997 leicht übertroffen, wenn auch bei erheblichen Schwankungen zwischen den einzelnen Bundesstaaten.

Beschäftigungsquote von

SozialhilfeempfängerInnen in

ausgewählten Bundesstaaten

(Stand 1997/in Prozent), +

Oregon, 96,5

Connecticut, 52,0

Iowa, 50,0

Wyoming, 49,5

New York, 27,9

Kalifornien, 20,6

New Jersey, 18,2

Durchschnittswert, 28,1

Quelle:

Ministry of Health & Human Development, +

25. Gentechnik treibt Indiens Bauern auf die Barrikaden

Autor: Ute Sprenger · Rubrik: Gentechnologie; Indien · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:45

"Monsanto versichert, nur Technologien nach Indien zu bringen, die die Wahlfreiheit und die Möglichkeiten der Farmer erweitern", so hieß es in einer Anzeige, die der Agrobiotech-Konzern aus den USA in diesem Winter in indischen Tageszeitungen schalten ließ. Branchenführer Monsanto hatte sich erst im Mai 1998 in Indiens größten Saatguthersteller Mahyco eingekauft. Das Joint Venture Mahyco-Monsanto Biotech (MMB) dominiert den indischen Markt für Baumwollsaaten. Mit den Beteuerungen reagierte der Konzern auf eine Kampagne zivilgesellschaftlicher Gruppen, die ihn in der gandhianischen Tradition des gewaltfreien zivilen Ungehorsams zum Verlassen des Landes bewegen wollen.

Während es in Westeuropa vor allem die Verbraucher sind, die sich dagegen wehren, daß ungekennzeichnete Gentech-Produkte verkauft werden, gehen in Indien derzeit die Produzenten auf die Barrikaden. Entrüstet über die Politik des US-amerikanischen Chemie-Giganten Monsanto und über die Untätigkeit der eigenen Behörden brannten unlängst Bauern im Baumwollgürtel des Subkontinents mehrere Versuchsfelder mit genmanipulierten Kulturen nieder. Die Experimente sollten die für dieses Jahr geplante Vermarktung von insektenresistentem Baumwollsaatgut vorbereiten. In Andhra Pradesh wie auch im Nachbarstaat Karnataka, wo der Bauernverband KRRS (Karnataka Rajya Raitha Sangha) seit langem schon Sturm gegen die Gentechnologie läuft und dies mit einer radikalen Ablehnung der Welthandelsorganisation WTO verbindet, begann im November der Aufruhr gegen den Konzern. Der machtvolle, etwa zehn Millionen Mitglieder starke Bauernverband startete 1992 seine "Saatgut Satyagraha", eine Kampagne mit Aktionen des zivilen Ungehorsams, die auf multinationale Konzerne im Agrarsektor abzielt. In der Vergangenheit besetzten die Bauern Büros des Saatgutkonzerns Cargill und Läden der Fast-Food-Kette Kentucky Fried Chicken. Sie demonstrierten auf Wissenschaftstagungen und protestierten öffentlich gegen die Patentierung von Leben.

"Tella Bangarum" - weißes Gold, so heißt die Baumwolle im südlichen Bundesstaat Andhra Pradesh. Schon vor dem Boom gedieh sie hier in großer Vielfalt auf den Feldern neben Sorghum oder Hülsenfrüchten und wird zu verspinnbaren Fasern, Speiseöl und Tierfutter verarbeitet. Als in den 80er Jahren der Weltmarkt nach immer mehr Textilfasern verlangte und die Baumwolle boomte, gaben vor allem Indiens Kleinbauern ihre früheren Mischkulturen auf und stiegen auf Hybridsorten und Monokulturen um. Und eben diese Kleinbauern befürchten nun den Ruin, sollten transgene Sorten den indischen Markt erobern.

"Unter guten Bedingungen angebaut bringt Baumwolle beträchtliche Erträge", sagt Professor Chari vom Centre for World Solidarity (CWS) in Hyderabad. Die Partnerorganisation der in Berlin ansässigen Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW) ist vor allem unter den kastenlosen Dalit und unter kleinbäuerlichen Familien, die zwischen ein und fünf Hektar bewirtschaften, aktiv. "Was jetzt die Bauern und mit ihnen viele, die sich aufrichtig für eine nachhaltige Landwirtschaft einsetzen, so aufgebracht hat, das ist die Vermutung, daß ihnen mit der Einführung von insektenresistenter Baumwolle die Kontrolle über das Saatgut noch rascher als ohnehin schon aus der Hand gleiten wird." Als ehemaliger Direktor der Tabakforschung und Entomologe ist Professor Chari mit den Problemen vertraut, die die intensiven Kulturen und der Einsatz synthetischer Pestizide verursachen. Im CWS leitet er heute ein Programm zur biologischen Schädlingskontrolle. Dort hat man über zehn Jahre hinweg erfolgreich Methoden entwickelt, mit denen Kulturschädlinge umweltschonend und sozialverträglich in Schach gehalten werden können. Mittlerweile nutzt auch die Landwirtschaftsbehörde das Know-how der Nichtregierungsorganisation.

Indische Baumwolle, so berichtet Professor Chari, zählt zu der weltweit am stärksten belasteten. Und zunehmend machen Mißernten den Bauern zu schaffen. Mehr und mehr widerstehen die gefräßigen Insekten den chemischen Keulen, die natürlichen Feinde wurden inzwischen ausgerottet. Viele Kleinbauern stehen bei Pestizidhändlern und Saatgutfirmen in der Kreide und sehen sich den eskalierenden Resistenzen und dem wirtschaftlichen Bankrott hilflos gegenüber. In jüngster Zeit erschütterten wiederholt Selbstmorde überschuldeter Farmer Indiens Baumwollgürtel. Zuletzt in der Erntesaison 1997/98. "Wenn es im vergangenen Jahr die Pestizide waren, die Hunderten von Baumwollbauern den Todesstoß versetzt haben", so der

Professor, "so geht heute die Furcht um, daß die Experimente Monsantos den verzweifelten Farmern sprichwörtlich das Genick brechen werden."

Der neuen Baumwollsorte von Mahyco-Monsanto mit dem Handelsnamen "Bollgard" wurde ein Toxin aus dem Bakterium Bacillus thuringiensis (Bt) eingeschleust, das als Fraßgift auf bestimmte Insektenarten wirkt. "Bollgard-Baumwoll-Technologie ist die fortschrittlichste verfügbare Technologie zur Kontrolle der Kapselraupe, des verheerenden indischen Baumwollschädlings", verspricht genannte Anzeige des Agrobiotech-Konzerns. Natürliches Bt ist seit vielen Jahren ein auch im organischen Anbau eingesetztes Bio-Pestizid, das sich rasch abbaut. Die Pflanzen mit veränderter Erbsubstanz dagegen erzeugen ständig das Toxin. Es wird folglich nicht allzu lange dauern, bis die Insekten auch diese Resistenz überwunden haben werden. Zudem ist Bt auch schädlich für Nützlinge. Laut Monsanto wird Bollgard-Baumwolle inzwischen in den USA, Mexiko, Australien, China und Südafrika kommerziell angebaut.

Gentech schützt vor Fraß nicht

1996 allerdings klagten US-amerikanische Farmer gegen den Konzern, weil dessen transgene Pflanzen auf ihren Feldern derart stark von Insekten befallen wurden, daß sie ungewöhnlich hohe Verluste hinnehmen mußten. Bei dem Unternehmen gibt man dafür dem Wetter die Schuld. "Es hat sich herausgestellt", betont indes Professor Chari, "daß es selbst im besten Falle notwendig ist, die Bollgard-Kulturen mit Insektiziden zu besprühen. Das steigert die Kosten der Bauern und somit deren Schuldenlast." Mitnichten also böten die kapitalintensiven High-Tech-Kulturen Indiens Bauern Auswege aus dem Teufelskreis von Verschuldung und Verarmung. Anstatt die Natur zu bekämpfen, sollte deshalb auf umweltfreundliche Methoden umgestellt werden, die das traditionelle Wissen der Bauern einbeziehen. "Die von uns geförderten Methoden sind zwar langwieriger, dafür aber nachhaltiger als die Anwendung von Pestiziden oder von Bt-Baumwolle."

Bereits am 9. August 1998 war von verschiedenen Gruppen im Land eine Kampagne unter dem Slogan "Monsanto, Quit India" gestartet worden. An jenem Tag wird alljährlich daran erinnert, daß Mahatma Gandhi in den 20er Jahren mit landesweit organisierten Boykotten gegen britische Textilien die Briten aufgefordert hatte, das Land zu verlassen.

In den letzten Monaten machte in Indien besonders die von Gentech-KritikerInnen "Terminator Technology" getaufte Methode Furore, mit der die Keimfähigkeit von Saatgut abgetötet werden kann. In die hitzigen Debatten darüber platzte am 16. November dann die Nachricht hinein, der Biotech-Gigant experimentiere mit seiner transgenen Baumwolle auf Feldern von Landwirten in einigen indischen Bundesstaaten - ohne Genehmigung der Regionalregierungen und ohne Zustimmung der jeweiligen Gemeinden.

Auf Seiten der indischen Bürokratie reagierte man erst, als die Wogen schon hochschlugen. Wie in vielen Ländern des Südens mangelt es auch in Indien an einem wirksamen Kontrollsystem für den Umgang mit rekombinierten Organismen. Und anstelle von Transparenz herrscht ein Durcheinander verschiedenster Zuständigkeiten in Fragen biologischer Sicherheit. So waren zwar die Freilandversuche schon im August 1998 vom Department for Biotechnology, einer Behörde der Zentralregierung, genehmigt worden. Die Regionalbehörden der betroffenen Bundesstaaten aber wurden nicht darüber benachrichtigt. Dort erfuhr man erst Mitte November mehr oder weniger zufällig von den Experimenten. Ebensowenig fanden die Tests selbst unter kontrollierten Bedingungen statt. Nicht einmal die Bauern wußten, was da auf ihren Feldern heranwuchs. "Die Bollgard-Versuche waren eigentlich Nicht-Versuche, durchgeführt unter Umgehung vorhandener Vorschriften", meint deshalb die Physikerin und Ökologin Vandana Shiva.

Ende November dann kündigte die Regierung Karnatakas die Einrichtung einer Untersuchungskommission an. Andhra Pradesh stoppte die Tests auf den Äckern der Bauern. Zukünftig dürfen Experimente mit Bt-Baumwolle dort nur noch unter Aufsicht der Agraruniversitäten stattfinden. Inwieweit dies, wie viele Kommentatoren vermuten, allein populistische Maßnahmen sind, bleibt abzuwarten. Tatsächlich fährt die Zentralregierung einen anderen Kurs. Mit einer neuen Wirtschaftspolitik wirbt sie um privates Kapital im Ausland und räumt dabei den Konzernen immer mehr Freiheiten ein. Ende Dezember verabschiedete das Unterhaus ein Gesetz, mit dem das alte Patentrecht Indiens dereguliert wurde. Bislang gab es in Indien keine Patente auf Produkte, sondern nur auf Herstellungsprozesse. Das hielt die Preise niedrig. Das neue Gesetz sieht nun einen Produktschutz vor, was allein der agrochemischen Industrie und den Pharmakonzernen zugute kommen wird.

Ute Sprenger

Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. hat kürzlich eine Broschüre mit dem Titel "Biologische Schädlingsbekämpfung in Indien" herausgebracht. In ihr stellen die AurtorInnen Ute Sprenger und Bernd Scheel die Risiken der zunehmenden Abhängigkeit der BäuerInnen von Pestiziden und Saatgut dar. So wird z.B. auf nur 5% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche Indiens Baumwolle angebaut, doch werden hier 55% der in Indien verwendeten Pestizide eingesetzt. Die AutorInnen stellen dieser Entwicklung eine Reihe von Projekten entgegen, die auf biologischer Schädlingsbekämpfung beruhen und in Zusammenarbeit mit dem in Südindien ansässigen "Centre for World Solidarity" (CWS) entwickelt wurden.

Diese Broschüre, mit einem Umfang von 18 Seiten kann für 5 DM (am besten in Briefmarken) bei der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V., Hedemannstraße 14, 10969 Berlin, Fax: 030-2511887 bestellt werden.

Terminator Technology

Ein im März 1998 in den USA erteiltes Patent beunruhigt seit vergangenem Herbst in Indien, wie auch in anderen Ländern des Südens, LandwirtInnen und Saatgut-AktivistInnen. Es ist die von Gentech-Kritikern als "Terminator Technologie" bezeichnete Methode, mit der Saatgut gentechnisch so verändert werden kann, daß es seine Keimfähigkeit verliert. Das Patent für die steril-machende Technologie halten Delta & Pine Land, weltgrößtes Unternehmen für Baumwollsaatgut - und mittlerweile auf dem Weg, eine Tochter Monsantos zu werden - und die US-Landwirtschaftsbehörde (USDA) gemeinsam. Die Behörde stellte die Gelder für die Entwicklung der Technik - neusprachlich als "technology protection system" bezeichnet - bereit.

In mindestens 87 Ländern haben die Erfinder ein Patent beantragt. Sollte die Technologie, wie angekündigt, um das Jahr 2004 Marktreife erlangen, würden Landwirte damit völlig von der Privatindustrie abhängig werden, denn sie müßten in jeder Saison wieder neues Saatgut kaufen. Eine Gefahr vor allem für Milliarden von Kleinbauernfamilien in Ländern des Südens, aber ebenso in Osteuropa. Denn vor allem in jenen Regionen will man laut USDA die unfruchtbaren Saaten absetzen. Für Professor Nanjundaswamy, Präsident der KRRS, droht damit "das Ende der biologischen Vielfalt, das Ende der Ernährungssicherheit.". "Terminator Technology" sei besonders deshalb zerstörerisch, weil die Eigenschaften der damit behandelten Pflanzen über Pollenflug übertragen und so einheimische Sorten steril werden könnten.

Wegen des immensen Zerstörungspotentials dieser Technologie liefe Monsanto Gefahr, im nächsten Jahrtausend der "hunger merchant" - der Händler des Hungers - zu werden, meint deshalb auch die britische Zeitung Guardian.

Ute Sprenger

26. Kaffee, Kekse und Konversation. Zur Rolle der NGOs auf dem Parkett der internationalen Konferenzen

Autor: H. Walk, A. Brunnengräber · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Internationale Solidarität · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:23

Ende letzten Jahres hat in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires die internationale Klimakonferenz stattgefunden. Neben 161 Regierungsdelegationen war auch ein Troß von NGOs (Non-Governmental Organizations) anwesend. Die AutorInnen, Heike Walk und Achim Brunnengräber, die das Projekt "Global Governance/NGO-Vernetzung" an der Freien Universität Berlin leiten und selber auf der Klimakonferenz waren, haben einen Blick auf das rege Treiben in den Konferenzräumen geworfen. Obgleich die eigentliche (wenn auch unterschiedlich verteilte) Entscheidungsmacht allein bei den Regierungen liegt, haben sich NGOs zu einem festen Bestandteil des internationalen Institutionensystems entwickelt. Mittlerweile haben aber nicht mehr nur die NGOs selbst ein Interesse an der Teilnahme am internationalen Konferenzgeschehen. Auch die meisten Regierungen, das Klimasekretariat der Vereinten Nationen (UNO) oder so manche ökologisch ausgerichtete Lobbygruppe der Industrie bemühen sich um ein gutes Verhältnis zu den transnational agierenden Umweltgruppen. Parallel zu den Protestformen, die der Öffentlichkeitsarbeit dienen, haben sich gewisse Spielregeln der Kooperation herausgebildet, die den NGOs die Mitarbeit am klimapolitischen Verhandlungsprozeß erleichtern. Wie aber ist in der globalen Arena der Dualismus aus Konflikt und Protest auf der einen und der Kommunikation und Kooperation auf der anderen Seite zu deuten, und wie gestaltet sich in diesem Zusammenhang die Rolle der "internationale Zivilgesellschaft", als die die NGOs gerne apostrophiert werden? Ist die Zivilgesellschaft der integrale Bestandteil des Staates bzw. des internationalen Institutionensystems, die beide der gesellschaftlichen Legitimation bedürfen? Ist sie Ausdruck von politischer Öffentlichkeit, die durch Kommunikation hergestellt wird? Oder steht sie in einem herrschaftskritischen Verhältnis zum politischen System?

Noch vor dem ersten offiziellen Konferenztag kamen die im Climate Action Network (CAN) organisierten NGO-VertreterInnen zusammen, um sich gemeinsam auf den Konferenzmarathon vorzubereiten und erste Strategiepläne zu schmieden. An den darauffolgenden zwölf Tagen versammelten sich jeweils an die hundert NGOs täglich, um sich gegenseitig zu "briefen", sprich sich über den Stand der offiziellen Verhandlungen auszutauschen, Termine zu verkünden und Interventionsmöglichkeiten für die Lobbyarbeit zu beraten. Seit der Gründung des weltweit 250 Umweltorganisationen zählenden Netzwerkes im Jahr 1989 hat sich mittlerweile eine effiziente Arbeitsform entwickelt, die den Versammlungen einen gewissen "drive" verleihen. Ein oder zwei täglich wechselnde VerhandlungsleiterInnen fragten die zu behandelnden Tagesordnungspunkte ab, die dann im Eiltempo - denn Zeit ist ein kostbares Gut bei den Konferenzen - abgearbeitet wurden.

Nur "grüne" NGOs (auch die Industrielobbys laufen bei den UNO unter dem Kürzel NGO) waren zu diesen Treffen zugelassen. Wann immer neue Gesichter auftauchten, wurde eine kurze Vorstellungsrunde eingeleitet, die verhindern sollte, daß sich schwarze Schafe aus der Industrie unter die Umweltschützer mischen. Meist aber war die Überprüfung der Zugehörigkeit zu einer NGO gar nicht nötig. Man kennt sich auf dem internationalen Parkett. Über die Jahre hinweg wurde der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit unter den Organisationen intensiviert, persönliche Beziehungen entstanden. Die regelmäßigen Zusammenkünfte und informellen Gespräche in den Fluren sowie die ausgelassene NGO-Party trugen dazu bei, daß die NGO-Community recht homogen wirkte.

FlexMex, COP/MOP

und andere Ungeheuer

Die NGO-Community ist jedoch alles andere als homogen und "global". Auffallend war bei der Klimakonferenz zum Beispiel die geringe Beteiligung von Süd-NGOs. Nicht nur zahlenmäßig waren sie in der Minderheit, auch ihre Positionen wurden gegenüber den wirkungsmächtigen westeuropäischen und in noch stärkerem Maße gegenüber US-amerikanischen Positionen marginalisiert. So waren besonders die Länder Afrikas gar nicht oder nur schwach vertreten, aber auch überraschend wenige lateinamerikanische NGOs, von den argentinischen einmal abgesehen. Dies mag an den finanziellen Schwierigkeiten vieler

Umweltschutzorganisationen gelegen haben. Für die Teilnahme an den internationalen Verhandlungen muß aber nicht nur das Geld für den Flug und das Hotel vorhanden sein. Um politisch zu intervenieren, ist auch eine gewisse Professionalisierung erforderlich, um Informationen und Positionen produzieren und verteilen zu können. Dementsprechend wurden die täglichen CAN-Treffen eindeutig von den NGOs aus den Industrieländern dominiert, wobei die anglophonen VertreterInnen außerdem erhebliche Sprachvorteile hatten. Von ihnen wurde ein Großteil der Diskussionsbeiträge bestritten.

Problematisch gestaltete sich auch das Verhältnis der Konferenzprofis zur "Basis" vor Ort. Wenige Monate vor der Konferenz war das "Foro del Buen Ayre" aus rund 100 argentinischen Organisationen gegründet worden. Während der Austausch dieses Forums mit den argentinischen Regierungsdelegierten gut funktionierte, kam eine Zusammenarbeit mit der internationalen NGO-Community nicht in Gang. Während der ersten CAN-Meetings wurde von den Foro-Mitgliedern noch gefordert, daß langsam und deutlich gesprochen werden und die vielen Abkürzungen jeweils erklärt werden sollten. Die Akronyme wie FlexMex, COP/MOP oder CAPs, um hier nur die wohlklingenden zu nennen, waren auch wahrlich nicht dazu geeignet, transparente Politikprozesse zu ermöglichen. In dem Maße, wie die Detailfragen den Verhandlungsprozeß beherrschten und Geschäftigkeit und Hektik in den Konferenzsälen zunahm, ging die Forderung des Foro unter. Seinen traurigen Tiefpunkt erreichte das Verhältnis zwischen dem Foro und dem CAN, als zu einem im CAN-Meeting angekündigten gemeinsamen Gespräch nur die argentinischen NGO-VertreterInnen erschienen.

Kompetenz

schafft Akzeptanz

Die große Stärke der CAN-Mitglieder liegt in der fast schon kriminalistischen Verfolgung des Verhandlungsprozesses. Sie erkennen in den Verhandlungstexten die Positionen der Regierungen wieder, spüren zirkulierende "non-papers" (informelle Papiere) auf und sammeln jede Bemerkung über den aktuellen Stand in den "contact groups", den geschlossenen kleineren Verhandlungszirkeln. Durch die Doppelrolle einiger KonferenzteilnehmerInnen, die sowohl als NGO- VertreterInnen auftreten und gleichzeitig der offiziellen Verhandlungsdelegation eines Landes angehören, sind die NGOs meist auch über diejenigen Verhandlungen gut im Bild, von denen sie offiziell ausgeschlossen sind.

Nach dem Austausch der Informationen im Netzwerk waren die NGOs in Buenos Aires oft besser informiert als manche Delegierte, die sich nur mit spezifischen Teilfragen beschäftigten. "Da kennen Sie sich besser aus ", meinte etwa der deutsche Umweltminister Jürgen Trittin, als ihn ein NGO-Vertreter nach einem Teilaspekt der Verhandlungen fragte. Trittin holte mit Barbara Unmüßig (WEED) auch eine NGO-Fachfrau mit dezidiert kritischem Profil als persönliche Beraterin in die offizielle deutsche Delegation. Und der Sekretär der Klimarahmenkonvention Michael Zammit Gutajar bescheinigte den NGOs sogar, das intellektuelle Niveau der ganzen Veranstaltung zu heben. Sie seien aufgrund ihrer Kapazitäten über den aktuellen Gang der Ereignisse auf einem besseren Stand als das Klimasekretariat. NGO-VertreterInnen wurden zu Treffen - "informal meetings" - mit Delegierten geladen. Und die Weltbank lud zu "coffee, cookies and conversation" ein.

Die Politik der Nähe zwischen Regierungen und NGOs zeigte sich auch darin, daß sich die meisten UmweltministerInnen mit ihren heimischen Umweltgruppen trafen, um über die jeweilige Einschätzung des Verhandlungsverlaufs zu reden. Die NGO-VertreterInnen vor Ort stellen ein Vorfeld politischer Öffentlichkeit dar, an dem ausgetestet werden kann, wo spätere Kritik an der Haltung der Regierung zu erwarten ist. Die Kooperation stößt allerdings bei den USA und anderen Ländern, die sich auf Blockadepolitik verlegen, an ihre Grenzen. Dann verengen sich die Lobbykanäle der NGOs schnell zum Nadelöhr. Deshalb ist auch im Ergebnis der internationalen Klimapolitik trotz großer Präsenz im Verhandlungsverlauf von NGO-Positionen kaum mehr etwas zu erkennen.

Wie der Herr,

so's Gescherr

In der Arbeitsweise der NGO-Community ist eine Anpassung an Strukturvorgaben der internationalen Klimapolitik erkennbar. Diese vollzieht sich nicht nur in der Organisationsform - auch die NGOs organisierten sich in "contact groups", um im kleineren Zirkel zu diskutieren. Die weitgehende Beschränkung auf diejenigen Themen, die auch in den offiziellen Verhandlungen auf der Tagesordnung standen, weist darauf hin, daß die

NGOs mit dem System auch erheblich verquickt sind. Sie beschäftigten sich mit den gleichen Detailfragen, die auch in den Verhandlungen relevant waren.

Nach der ersten Hälfte des Verhandlungsmarathons trafen sich die NGOs zu einem Strategietreffen. Hier wurden die Ergebnisse aus den "contact groups" zusammengetragen und die jeweiligen Positionspapiere vorgestellt. Aufgrund der Zeitknappheit fand allerdings keine ausführliche Diskussion der Konsenspapiere statt, so daß die verschiedenen politischen Facetten der NGO-Community nur ansatzweise deutlich wurden und Bezüge auf weltwirtschaftliche Zusammenhänge fehlten. Auffallend war auch die vorsichtige Umgangsweise der NGOs untereinander. Selten wurden kontroverse Standpunkte klar benannt, eher versuchten die ModeratorInnen, solche Auseinandersetzungen schnell zu unterbinden. Weil das fünfzehnseitige Konsenspapier, das die Positionen aus den Kleingruppen widerspiegelte, schließlich ein weiteres Mal für ein Kurzpapier auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner eingedampft wurde, ging den NGOs ein wichtiges Interventionsinstrument verloren. Das Papier hatte kaum inhaltliche Substanz und konnte deshalb auch keine Grundlage zur Politisierung des Verhandlungsprozesses bieten. Eine öffentliche Wirkung wurde ihm jedenfalls nicht zuteil.

Weil die UNO auch die IndustrielobbyistInnen als NGOs anerkennt - sie müssen sich nur entsprechend organisieren und dürfen nicht als Unternehmen direkt auftreten -, bedeutet jede Verbesserung der Stellung der NGOs im UNO-System gleichzeitig eine Stärkung der Industrie. Waren die UmweltschützerInnen und Forschungsinstitute an der ersten Vertragsstaatenkonferenz 1995 in Berlin noch eindeutig in der Überzahl, so hat sich dieses Verhältnis nicht zuletzt durch die Ökonomisierung der Klimafrage deutlich verschoben. Die internationale Klimapolitik gewinnt als politisches Handlungsfeld für die Wirtschaft an Bedeutung. Die Lobby der fossilen Energieträger und seit geraumer Zeit auch die Atomwirtschaft intervenieren massiv. Der Lobbyarbeit der UmweltschützerInnen wird dadurch gegengesteuert. Die IndustrievertreterInnen verfügen für diese Aufgabe über das nötige Kleingeld. Omnibusse vor der Konferenzhalle, die von Mercedes-Benz für den Shuttle-Service zwischen den Hotels im Zentrum von Buenos Aires und dem Konferenzzentrum bereitgestellt wurden, und die vielen (kulinarischen) Empfänge der Industrielobby vermittelten einen kleinen Eindruck von ihren Potentialen.

Seit der institutionellen Ausformung der internationalen Klimapolitik durch die Unterzeichnung der Klimarahmenkonvention 1992 bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro haben sich komplizierte Verhandlungsstrukturen, komplexe Themenfelder und ein konferenzspezifischer Slang herausgebildet. Das Verhandlungssystem der internationalen Klimapolitik, in dem NGOs schon ein fester, wenn auch peripherer Bestandteil sind, in dem auch die Medien, die Industrielobbyisten, die Wissenschaft oder Consultancies agieren, ist auf dem besten Weg, ein politisches Subsystem zu schaffen, dessen Inhalte nur noch schwer zu vermitteln sind.

Die internationale Zivilgesellschaft stellt sich in der Nahperspektive als facettenreiches Sammelsurium von politisch, kulturell oder finanziell unterschiedlich geprägten Organisationen und Interessen dar, das nur auf einer sehr abstrakten Ebene unter den gleichen Werten, Prinzipien oder politischen Überzeugungen zusammengedacht werden kann. Auch innerhalb der NGO-Szene kommen Einzelinteressen und Machtstrukturen zur Geltung, die durch internationale Netzwerke nicht außer Kraft gesetzt werden, sondern eher die Machtverteilung zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern widerspiegeln. In der Nicht-Berücksichtigung dieser asymmetrischen Strukturen kranken dann auch viele Vorstellungen von der "internationalen Zivilgesellschaft".

Das gemeinsame Interesse am Schutz der Umwelt, in weit größerem Maße aber die institutionelle Ausgestaltung der internationalen Klimapolitik, konstituiert erst den übergeordneten Kontext, in dem sich die NGOs netzwerkförmig organisieren. Ein neuer Institutionalismus entsteht, in dem NGOs nicht regierungsunabhängig agieren, sondern sich funktional in das System einfügen. Nicht nur die Organisationsformen, begrifflichen Adaptionen und die thematischen Bezüge, sondern auch die personellen Lobbykontakte und der freundliche Umgangston unter allen Beteiligten machen dies deutlich. Außerdem bieten internationale Konferenzen nicht nur die Möglichkeit der Generierung von gesellschaftlicher Akzeptanz. Auch für die Akquisition finanzieller Ressourcen durch Aufträge zur Erstellung wissenschaftlicher Expertisen, durch Beratungstätigkeiten oder durch die Mitarbeit an Klimaschutzprojekten ist die Gelegenheit günstig. Das angebliche Charakteristikum der Nicht-Gewinnorientierung von NGOs (auch "Non-Profit-Organizations") ist

daher kritisch einzuschätzen. In einem herrschaftskritischen Verhältnis zum Staat oder dem internationalen Institutionensystem stehen die NGOs jedenfalls nicht.

Heike Walk und

Achim Brunnengräber

Dieser Artikel ist in einer gekürzten Fassung zuvor in den blättern des informationszentrums 3.welt (iz3w) im Januar 1999 erschienen.

27. Der neue Pragmatismus der CGT. Zu Gast auf dem Kongreß der KP-nahen Gewerkschaft in Strasbourg

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:36

Trillerpfeifen und Nebelhörner ertönen, Eisenbahner werfen Konfetti in die Luft, der Schlachtruf des Streikherbstes 1995 - tous ensemble, tous ensemble ("alle zusammen") - wird aus über 1.000 Kehlen skandiert. Wir sind nicht auf einer Demonstration, sondern auf dem zu Ende gehenden Kongreß des Gewerkschaftsbundes CGT, der Confédération Générale du Travail (Allgemeiner Arbeiterverband), nachdem der Name des neuen Generalsekretärs bekanntgegeben worden ist. Der hatte von vornherein für niemanden ein Geheimnis dargestellt: Bernard Thibault, bisher Chef der Eisenbahnergewerkschaft der CGT, ist bereits im Juli 1998 vom Bureau confédéral - dem obersten Führungsgremium - zum Nachfolger des mit 65 in Rente gehenden CGT-Generalsekretärs Louis Viannet bestimmt worden.

Der 40jährige gebürtige Pariser Thibault, der mit 15 in eine Lehre als Mechaniker bei der Bahngesellschaft SNCF eingetrat, war der langhaarige und unkonventionelle "Star" der Streikwelle in den öffentlichen Diensten im November/Dezember 1995. Seine schwierige Aufgabe besteht darin, die "Wandlung" der CGT "von der reinen Protestgewerkschaft zur konstruktiv-kritischen Kraft" - die sein Vorgänger Viannet ausgerufen hat - voranzutreiben und zugleich den wegen "zu viel Kompromißlerei" beunruhigten Teilen der Basis Garantien zu geben.

Die CGT, die Anfang Februar in Strasbourg ihren 46. Kongreß abhielt, wurde 1895 als sozialistische Arbeiterorganisation (damals mit stark anarchosyndikalistischem Einschlag) gegründet. Sie ist die älteste der französischen Richtungsgewerkschaften, unter denen sich heute fünf Gewerkschaftsbünde und eine Reihe ungebundener kleinerer Organisationen tummeln. Den ersten Platz macht ihr in jüngerer Zeit die früher eher links-undogmatische, heute eindeutig sozialliberal orientierte CFDT ("Französischer demokratischer Arbeiterverband") streitig - letztere gibt ihre aktuelle Mitgliederzahl offiziell mit 730.000 an, während Kritiker aus den eigenen Reihen eher von 530.000 ausgehen. Unterdessen hat die CGT nach kaum bestrittenen Zahlen etwas mehr als 653.000 Mitglieder, Rentner eingeschlossen.

Verglichen mit früheren Glanzzeiten ist das wenig. Über fünf Millionen Mitglieder hatte die CGT in den Jahren unmittelbar nach der Befreiung von 1944; im Mai 1968 waren es noch immer an die 2,3 Millionen. Der Untergang des sowjetischen "Modells", an das die französische KP - mit der die CGT seit den 30er Jahren durch enge Bande verwoben ist - noch bis in die späten 80er Jahre hinein angelehnt war, hat zu diesem quantitativen Niedergang beigetragen.

"Die CGT hat die Nabelschnur durchtrennt"

In Frankreich ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Beschäftigten mit aktuell 9 Prozent der niedrigste in der ganzen EU. Dabei gilt es freilich nicht aus dem Auge zu verlieren, daß den Gewerkschaften hier eine andere Rolle zukommt als in anderen EU-Ländern: Sie bilden den aktivistischen und politisierten Kern der Arbeiterbewegung und erfüllen nur äußerst selten versicherungsähnliche Aufgaben für passiv bleibende Mitglieder. So zahlen französische Gewerkschaften in der Regel keine Streikgelder, die Betroffenen bezahlen den Verdienstausfall aus eigener Tasche - was im Gegenzug den Vorteil hat, daß sie sich in ihrer Ausübung des Streikrechts von niemandem kontrollieren lassen. Denn das Streikrecht gehört in Frankreich allein den Beschäftigten, die es - im Gegensatz zum deutschen Recht - im Prinzip ohne jedes Zutun einer Gewerkschaft ausüben können.

Der Mitgliederrückgang der CGT wurde ab 1992 gestoppt, seit dem Streikjahr 1995 ist die Tendenz wieder leicht steigend. Schon vor einigen Jahren hat die CGT, so Bernard Thibault, "die Nabelschnur durchtrennt", die sie mit der KP verband. Louis Viannet erklärte auf dem letzten KP-Kongreß im Dezember 1996 seinen Austritt aus dem Nationalen Büro (Ex-Politbüro), dem obersten Führungsgremium der Partei, auch wenn eine Stufe darunter - im Nationalen Komitee (Ex-Zentralkomitee) - noch eine Reihe führender CGT-Funktionäre anzutreffen sind, darunter Bernard Thibault, der aber nicht an den Sitzungen teilnimmt. Die Regierungsbeteiligung der KP seit Juni 1997 hat das Autonomiestreben der CGT noch beschleunigt, da in der Vergangenheit in ähnlichen Perioden - wie 1981 bis 84 - die übergroße Rücksichtnahme auf die "Genossen

Minister" dafür gesorgt hatte, daß die CGT von der Enttäuschung über die Regierungsbilanz der Linksparteien mit in einen Abwärtssog gerissen wurde.

Bis zum Niedergang des "realsozialistischen Modells" verfolgte die CGT, ähnlich wie die KP, ihre mehr oder minder unerschütterliche "Linie": Meinte man früher, den Schlüssel für ein fertiges Gesellschaftsmodell in Händen zu halten und die "Gesetzmäßigkeiten der Geschichte" erkannt zu haben - die automatisch früher oder später den Sozialismus als "höher entwickelte Gesellschaftsform" herbeiführen würden - so ist dieser Glaube nunmehr eindeutig überwunden. Ähnlich wie die französische KP öffnet sich die CGT daher demonstrativ und mitunter beinahe krampfhaft nach außen, um aus den Bewegungen der Gesellschaft heraus neue Impulse für ein alternatives Projekt aufzunehmen. Genau wie in "der Partei" auch führt dies aktuell zur Aufnahme von Strömungen, deren Nebeneinander sich in nicht allzu ferner Zukunft als brisanter Widerspruch erweisen könnte. Linksalternative Bewegungspolitik (die Öffnung zu Feminismus und Antirassismus) und beinahe sozialdemokratisch anmutender Pragmatismus koexistieren hier ebenso wie einige versprengte "orthodoxe" Elemente, die gegen "reformistische Aufweichung und Verrat" protestieren, zusammengefaßt in der äußerst minoritären Strömung Continuer la CGT ("Die CGT fortsetzen"). Hinzu kommt eine um "Modernität" um fast jeden Preis bemühte offizielle Sprache. So applaudierten die Delegierten in Strasbourg, verwirrt über ein so pluralistisches Angebot, in kurzen Zeitabständen gegensätzlichen Initiativen und Wortäußerungen, sofern sie gut vorgebracht und begründet wurden.

Das nunmehr bald dreijährige Engagement der CGT an der Seite der Sans-papiers - der "illegalen" ImmigrantInnen, die um ihr Bleiberecht kämpfen - wurde einhellig bekräftigt. Mit scharfen Worten protestierte der Kongreß gegen die Strafverfolgung von Michel Beurrier, dem CGT-Bezirksvorsitzenden in Clermont-Ferrand, dem Haft droht: Er soll dazu beigetragen haben, daß einem Sans-papiers in einem Handgemenge während eines Gerichtsverfahrens die Flucht vor seinen uniformierten Bewachern gelang. Am ersten Kongreßabend gilt der stärkste Applaus des ganzen Tages einer Vertreterin der CGT-Arbeitslosenkomitees für ihre Aussage: "Es ist legitim, kollektiven Ungehorsam zu betreiben und in der Illegalität zu handeln" - es geht um Besetzungsaktionen von Erwerbslosen und kollektive Gratiseinkäufe in Supermärkten.

Die Delegierten applaudieren jedoch am Freitagmorgen (mehrheitlich) auch Nicole Notat, der sozialliberalen CFDT-Chefin, die sich 1995 gegen die Streiks gestellt hatte - nachdem die Delegierten freilich vorab eindringlich ermahnt worden waren, sie bloß nicht auszupfeifen. Die derzeitige offizielle "Annäherung" zwischen CGT und CFDT stellt die Voraussetzung dafür dar, daß die CGT 20 Jahre nach ihrem ersten Antrag auf Aufnahme in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) in diesem Jahr endlich in das Brüsseler Gremium aufgenommen wird - als letzte große westeuropäische Gewerkschaft und lange nach der CFDT. Das größte Hindernis dafür war aus dem Weg geräumt, als der CGT-Kongreß von 1995 beschloß, den Resten des einstmaligen pro-sowjetischen Weltgewerkschaftsbundes den Rücken zu kehren. In der Vergangenheit war die CGT eine der Säulen des Weltgewerkschaftsbundes gewesen (und seine mit Abstand wichtigste westeuropäische Mitgliedsorganisation); bis in die späten 70er Jahre hinein hatte die CGT regelmäßig das Sekretariat des Weltgewerkschaftsbundes übernommen. 1978, auf dem Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes in Prag, hatte die CGT in einer Phase der Suche nach stärkerer Autonomie vom realsozialistischen "Modell" und von der KP das Sekretariat niedergelegt. Ihr 1979 gestellter Aufnahmeantrag in den westeuropäischen EGB wurde insbesondere auch vom westdeutschen DGB blockiert, der massiv damit drohte, im Falle einer Aufnahme der CGT seine eigene Delegation abzuziehen.

Die CGT am Verhandlungstisch

Das Kräftespiel in der Arbeitswelt sah bisher in der Regel so aus: Die "reformistischen" Gewerkschaften, beispielsweise die CFDT oder Force Ouvrière (FO), unterzeichneten die Tarifabschlüsse und erzielten für die Beschäftigten eine Reihe relativer Fortschritte, die zunächst einmal den "sozialen Frieden" sichern sollten; die CGT kritisierte diese Abkommen. Für beide Seiten war dieses Prozedere mit Vorteilen verbunden: Die Opposition der CGT verschaffte den anderen Organisationen das nötige Druckpotential, um in den Verhandlungen vorwärtszukommen. Und umgekehrt erlaubte die Kompromißbereitschaft der übrigen Gewerkschaften der CGT ihrerseits, als die entschiedenste Interessenvertretung der Arbeitenden aufzutreten. Mit Risiken für das Zustandekommen von Tarifabschlüssen war dies zunächst kaum verbunden, denn ein Gesetz aus dem Jahre 1950 verschafft einem Abkommen rechtliche Gültigkeit und Allgemeinverbindlichkeit für alle Beschäftigten, sobald es von einer einzigen "repräsentativen" Gewerkschaft unterzeichnet ist. Das Gesetz

war extra mit dem Ziel verabschiedet worden, den Abschluß von Tarifverträgen ohne die Zustimmung der damaligen Mehrheitsgewerkschaft CGT zu ermöglichen.

In jüngerer Zeit hat sich die Ausgangslage jedoch gründlich geändert. Aufgrund des durch Massenarbeitslosigkeit und Strukturwandel gründlich gewandelten Kräfteverhältnisses enthalten die Verhandlungen und die aus ihnen resultierenden Abschlüsse nunmehr regelmäßig Zug-um-Zug-Kompromisse und "Gegenleistungen" der abhängig Beschäftigten. Einem neuen "Pragmatismus" verschrieben, ist die CGT bereit, sich partiell in das System der Verhandlungsbeziehungen zu integrieren. In einer Reihe konkreter Fälle trägt sie Kompromisse mit, wenn es darum geht, Schlimmeres zu verhüten oder die Verhandlungsergebnisse zu verbessern, wobei sie ihr Gewicht und ihre Mobilisierungsfähigkeit in die Waagschale wirft. Das derzeit sichtbarste Beispiel für diese neue Herangehensweise der CGT sind die im ganzen Land angelaufenen Verhandlungen über die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften zur 35-Stunden-Woche (Loi Aubry), welche nach dem Willen der Regierung auf dem Wege dezentralisierter Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit - etwa: Arbeitsverkürzung gegen Flexibilität - eingeführt werden soll. Tatsächlich verschafft das Gesetz der CGT auch die Möglichkeit, in die bisherigen "gewerkschaftlichen Wüsten" - vor allem Kleinbetriebe im privaten Sektor - einzudringen, da die Unternehmen gewerkschaftlich mandatierte Verhandlungspartner für den Abschluß entsprechender Abkommen benötigen, die ihnen nach der Loi Aubry Subventionen verschaffen. (Das Gesetz erlaubt, daß Gewerkschaften in Betrieben, in denen sie nicht mit eigenen Mitgliedern vertreten sind, zum Zwecke der Aushandlung eines Abkommens über die 35-Stunden-Woche einen Lohnabhängigen mit einem Mandat ausstatten.)

Ein betont flexibles "Orientierungsdokument"

Acht von 40 Branchenabkommen, die bisher zwischen Gewerkschaften und Kapitalvertretern zum Thema 35-Stunden-Woche abgeschlossen wurden, tragen die Unterschrift der CGT. Der erste und am meisten Aufsehen erregende Abschluß unter Einbeziehung der CGT wurde Anfang November 1998 in der Textilindustrie unterschrieben. Es folgten eine Reihe von CGT-Sektionen in kleineren Branchen wie der Handschuhindustrie, bei den BuchhalterInnen und den GrafikerInnen. Einige Delegierte - namentlich, aber nicht ausschließlich vom "orthodoxen" Flügel, der eine Rückkehr zum früheren Vorgehen anstrebt - beantragten auf dem Strasbourger CGT-Kongreß, die Confédération möge sich darauf festlegen, daß keine Abkommen mit Klauseln zur annualisation (Einrichtung von Jahres-Zeitkonten zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten) unterschrieben werden dürfen. Die Tagungsleitung bügelte diese Vorstöße jedoch ab mit der Begründung, für Millionen Beschäftigte sei diese annualisation längst Realität - in diesen Fällen sei es "realistischer und mobilisierungsträchtiger, für kollektive Garantien zugunsten der Beschäftigten zu streiten, die der Willkür engste Grenzen setzen."

Einheitswillen und Ermüdung vieler Delegierter gegenüber einer subjektiv als "abgehoben" empfundenen Diskussion ("Die Arbeitlosen in meinem Département wollen kämpfen, die interessiert nicht, ob da nun ein Punkt steht oder ein Komma") sorgten dafür, daß kein einziger von der Antragskommission abgelehnter Änderungswunsch durchkam. Das "Orientierungsdokument" gemäß dem Leitantrag des Vorstands wurde schließlich von 83 Prozent der Delegierten angenommen, bei 10 Prozent Gegenstimmen.

Auf ähnliche Weise abgeschmettert wurde ein Antrag, die CGT müsse die Einrichtung privater Rentenfonds in jedem Fall ablehnen. Seit Monaten gibt es Hinweise, daß die Regierung diese Diskussion neu eröffnen will, die 1997 unter der damaligen Rechtsregierung nach heftigen Gegenreaktionen der Linken vorübergehend eingestellt worden war - die Linke hatte damals in privaten Rentenfonds einen gefährlichen Schritt in eine von allgemeiner Konkurrenz geprägte Gesellschaft sowie einen von den Finanzmärkten dominierten Kapitalismus gesehen. "Es gibt derzeit keinen Gesetzentwurf für Rentenfonds, also brauchen wir uns auch nicht gegenüber einem Gesetzentwurf zu positionieren, den es nicht gibt", lautete nun die Begründung der Tagungsleitung, die noch kurz zuvor betont hatte, daß der Leitantrag eine Orientierung auf drei Jahre hinaus vorschlagen solle und es deshalb nicht sinnvoll sei, nur kurzfristig aktuelle Punkte (wie einen Aufruf zur Mobilisierung gegen den G7-Gipfel in Köln im Juni 99) in dieses Dokument aufzunehmen.

In Wirklichkeit ging es darum, der neuen Gewerkschaftsführung für die Zukunft alle Türen offenzuhalten - noch im Januar hatte Louis Viannet betont, die CGT urteile in der Frage der Rentenfonds "nicht pauschal, sondern gegebenenfalls unter Anbetracht des konkreten Projekts" über einen eventuellen Regierungsentwurf. Einer der Spitzen-Wirtschaftswissenschaftler der CGT, Jean-Christophe Le Duigou, hat sich unterdessen jüngst in einem

Buch für private Rentenfonds ausgesprochen, die unter der - utopischen - Bedingung einer "sozialen und ökologischen" Zielkontrolle etwa durch die Gewerkschaften durchaus progressiv wirksam sein könnten.

Le Duigou zählt zu der marktwirtschaftlich orientierten Seilschaft um den früheren KP-Chefökonomen Philippe Herzog, der im Dezember 1996 aus der KP ausgetreten ist - mit der Begründung, diese sei zu wenig um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bekümmert. "Die Partei" ihrerseits kann sich immer noch nicht von Herzog trennen und hat ihn für die Europaparlamentswahl im Juni 1999 erneut mit einem sicheren Listenplatz bedacht. In der fortdauernden Orientierungskrise nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus ist das Leben in Partei und Gewerkschaft vielgestaltig und widersprüchlich.

Bernhard Schmid, Strasbourg

28. Schuldenerlaßfür Nicaragua. Vorschläge für die Lösung des Ex-DDR-Schuldenproblems

Autor: Irene Knoke · Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:33

Schäden in Höhe von knapp 900 Millionen Dollar richtete "Mitch" Schätzungen zufolge in Nicaragua an. Die internationale Gebergemeinschaft hat auf die Naturkatastrophe zwar schnell mit Nothilfeprogrammen reagiert. Aber die zunächst weitreichenden Zusagen für die Unterstützung bei Wiederaufbauprogrammen und die Zusagen einiger Gläubigerländer auf Schuldenerlasse gehen nicht annähernd weit genug, um eine wirkliche Entlastung herbeizuführen, wie sie für den Aufbau nach der Zerstörung durch "Mitch" nötig wäre.

So konnten sich die Gläubigerländer des Pariser Clubs lediglich zu einem Schuldenmoratorium für Nicaragua und Honduras bis zum Jahr 2001 durchringen. Die Bundesrepublik Deutschland, die lange Zeit in diesem internationalen Gremium gemeinsame Aktionen blockierte, wird jedoch unter der neuen Regierung auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Köln eine Schuldeninitiative vorschlagen, die einige der von Nichtregierungsorganisationen seit langem vorgebrachten Forderungen in Teilen aufgreift. Diese Initiative ist zwar begrüßenswert, doch werden auch im Falle einer Umsetzung die Schuldenprobleme so hoch verschuldeter Länder wie Nicaragua noch nicht annähernd gelöst sein.

Gleichzeitig aber hat die Entschuldungsfrage infolge von "Mitch" eine neue Dynamik erlangt, die es politisch zu nutzen gilt. In diesem Kontext bietet die Studie von Pedro Morazán zur Schuldensituation Nicaraguas mit ihren konkreten Vorschlägen für eine kreative Lösung des Schuldenproblems eine wichtige Grundlage für die weitere Arbeit.

In der Studie wird zunächst die Dimension des Schuldenproblems Nicaraguas aufgezeigt: Nicaragua ist nach Haiti das zweitärmste Land Lateinamerikas und hat gleichzeitig die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Welt. 76 US Dollar zahlt statistisch gesehen jedeR NicaraguanerIn pro Jahr an das Ausland, wobei das jährliche Pro-Kopf-Einkommen nur bei 436 US Dollar liegt. Überschuldung ist so eines der größten Hindernisse für die Entwicklung Nicaraguas, und trotz partieller Entschuldungen ist der Schuldenberg nach wie vor dreimal so groß wie die jährliche Gesamtproduktion an Gütern und Dienstleistungen. Mehr als 40% der gesamten Exporteinnahmen werden jährlich für die Rückzahlung der Schulden eingesetzt. Trotzdem konnte in den letzten fünf Jahren durchschnittlich nur ein Drittel des fälligen Schuldendienstes zurückgezahlt werden. Die Finanzierung sozialer Dienstleistungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich bleibt dabei auf der Strecke. Die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung, besonders auf dem Land, ist katastrophal: Nach Expertenschätzungen beträgt die Arbeitslosenquote ca. 75%, an der Atlantikküste sogar bis zu 90%. Die Hälfte aller NicaraguanerInnen gilt als arm, jedeR vierte als extrem arm.

Kritisch analysiert die Studie das bisherige Schuldenmanagement des Pariser Clubs und dabei insbesondere die Rolle der Bundesrepublik Deutschland. Drei Mal haben die bilateralen Gläubiger im Pariser Club seit 1991 versucht, ihre Kreditbeziehungen mit Nicaragua zu "normalisieren", ohne dabei eine wirkliche Entlastung der Schuldenlast zu bewirken. Und während Länder wie Rußland und Mexiko (und Kuba! die Red.) relativ weitreichende Schuldenerleichterungen ausgesprochen haben, konnten die bislang durchgeführten Verhandlungen mit den reichen Gläubigerstaaten des Pariser Club die Erwartungen der nicaraguanischen Regierung nicht erfüllen.

"Gute Kaufleute"...

Dabei hat die Bundesrepublik Deutschland mit der Übernahme der DDR-Forderungen gegenüber Entwicklungsländern in Höhe von insgesamt ca. 6,2 Mrd. DM eine besondere Verantwortung übernommen, denn sie ist dadurch größte Gläubigerin Nicaraguas im Pariser Club geworden. Im Paragraphen 24 des Einigungsvertrags wurden die Forderungen der Ex-DDR an "Entwicklungsländer" aber als Handelsforderungen eingestuft. Handelsforderungen der Gläubigerländer bedeuten für die Schuldnerländer "harte" Schulden, deren Rückzahlung nur unter erheblichen Einschränkungen bei den Sozialausgaben möglich ist. In diesem Sinne sieht sich die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als gegenwärtige Inhaberin dieser Forderungen verpflichtet, "als ordentlicher Kaufmann zu handeln und diese Forderungen intensiv zu verfolgen". Diese Einstufung ist nicht nur politisch, sondern auch rechtlich mehr als fragwürdig, sind doch die DDR-Kredite an Nicaragua und

Mosambique als "sozialistische Bruderhilfe" vergeben worden und damit als Entwicklungshilfekredite einzustufen.

Ein wesentlicher Teil der Studie untersucht die vom IWF aufgezwungenen Strukturanpassungsprogramme (ESAF), die sich besonders auf die ärmsten Bevölkerungsschichten verheerend auswirken, gleichzeitig aber Voraussetzung dafür sind, Schuldenerlasse und Neukredite zu erhalten. Das im Frühjahr 1998 vereinbarte ESAF II verlangt die Senkung der Staatsausgaben, was Entlassungen und Kürzungen im Sozialbereich zur Folge hat. Nur bei Erfüllung dieser Auflagen kann Nicaragua in den Genuß der sogenannten HIPC-Initiative (1) kommen, die als umfassendes Instrument die bilateralen, multilateralen und privaten Schulden in einem proportionalen Ausmaß abbauen soll. Die untragbare Schuldensituation in Nicaragua übertrifft zwar die Indikatoren, die zur Teilnahme "berechtigen", bei weitem. Aber die HIPC-Initiative bietet Nicaragua keine reale Perspektive, zu einer tragfähigen Lösung des Schuldenproblems zu kommen. Denn die ehrgeizigen Programmpunkte des ESAF II, deren Erfüllung die Voraussetzung für die Teilnahme an der Initiative bilden, sind nicht nur realitätsfern - so soll etwa die Inflation bis zum Jahr 2000 auf 5% gesenkt werden, und das Bruttosozialprodukt soll jährlich um 6% steigen. Sie tragen außerdem zur Verschärfung der sozialen Misere bei, z.B. durch Kürzungen von Subventionen bei Medikamenten oder durch eine Steigerung der öffentlichen Einsparungen von 3,5% auf 8% bis zum Jahr 2000. Nicht zuletzt sieht dieses Programm auch die Änderung von Eigentumsrechten vor: Die Entschädigung der in der Regierungszeit der SandinistInnen im Zuge der Landreform enteigneten Eigentümer - in den USA nationalisierte NicaraguanerInnen - soll finanziert werden mit Mitteln aus der Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft ENITEL. Es ist zu befürchten, daß sich die ohnehin miserable Situation der Bevölkerung weiter verschlechtert.

... oder Profiteure der Misere?

Nach Darstellung der wirtschaftlichen Lage Nicaraguas im Licht der Verschuldungsproblematik schließt die Studie mit der Vorstellung konkreter Lösungsvorschläge, die sich vor allem auf die Möglichkeiten einer Schuldenumwandlung für eine nachhaltige Entwicklung beziehen, also die Einzahlung eines bestimmten Prozentsatzes der erlassenen Forderungen in einheimischer Währung in einen Fonds zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten. Die Lösungsvorschläge wollen dabei vor allem harte Forderungen, wie die Ex-DDR-Forderungen, einbeziehen und den so geschaffenen Gegenwertfonds zur Förderung des Kleinkreditwesens einsetzen. Bislang wurde zwar im Rahmen der bilateralen Verhandlungen ein Schuldenerlaß auf knapp 50% der Ex-DDR-Forderungen gewährt, der Vorschlag einer Umwandlung für den Restbestand wurde aber nicht aufgenommen. Damit wurde die Chance für eine kreative Lösung durch Schuldenumwandlung verpaßt. Weitere Vorschläge für eine umfassende Lösung des Schuldenproblems Nicaraguas sind:

- Die bilateralen Gläubiger im Pariser Club sollen Nicaragua einen vollständigen Schuldenerlaß gewähren, denn nicht die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit für die nächsten zwei Jahre, sondern eine solide Grundlage für eine dauerhafte soziale und ökonomische Entwicklung muß das Ergebnis sein.

- Multilaterale Gläubiger sollen einen Schuldenerlaß unmittelbar nach dem geplanten Ablauf von ESAF II im Jahr 2000 leisten, da der im Rahmen der HIPC-Initiative festgelegte Zeitraum für ein überschuldetes Land mit einem hohen Anteil an multilateralen Schulden zu lang ist.

- Die auf den Schuldendienst bezogene Tragfähigkeit der Verschuldung im Rahmen der HIPC-Initiative soll im Fall Nicaraguas von 25% auf höchstens 5% der Exporterlöse reduziert werden.

- Es soll einen Schuldenerlaß zugunsten der ärmsten Bevölkerungsschichten geben. Schuldenerlaß mit Schuldenumwandlung für nachhaltige Entwicklung kann als konstruktiver Ansatz zu einer Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung beitragen, die sich gerade infolge der laufenden Strukturanpassungen verschlechtert hat. Aus den freigesetzten Finanzmitteln soll der alternative Kreditfonds zur Förderung ländlicher Kleinkredite FOCAD (2) finanziert werden.

- Die bilaterale Entwicklungshilfe für die nächsten drei Jahre soll mit einem Zuschußelement von 100% vergeben werden. Nach dem Treffen der sogenanten Consultative Group im Frühjahr 1998 in Genf wurden Zusagen in Höhe von 1.8 Milliarden US Dollar für die nächsten drei Jahre gemacht. Die Erfahrungen anderer Empfängerländer zeigen aber, daß die tatsächlich geleisteten Beträge weit unter den gemachten Zusagen

liegen. Und die Bundesregierung hat als größter bilateraler Geber Entwicklungshilferessourcen von lediglich ca. 60 Millionen DM für das Jahr 1998 vereinbart.

Irene Knoke

Pedro Morazán: Schuldenerlaß für Nicaragua. Eine Chance für die Armen. Vorschläge für die Lösung des Ex-DDR-Schuldenproblems Nicaraguas. SÜDWIND-Texte 9, 39 Seiten. Zu beziehen über: Institut SÜDWIND, Lindenstr.58-60, 53721 Siegburg, Fax: 02241-51308

Anmerkungen:

1) Highly Indebted Poor Countries = Hochverschuldete Arme Länder

2) FOCAD: Fondo de Crédito Alternativo para el Desarollo = Alternativer Kreditfond für Entwicklung. Wurde 1996 mit dem Ziel gegründet, den negativen Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme auf das Kleinkreditwesen auf dem Land entgegenzuwirken.

29. Berliner Aufruf. Hurrikan Mitch ist vorbei - wie lange soll das Elend bleiben?

Rubrik: Internationale Solidarität; Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:27

Die Bilder und Berichte über verschüttete Menschen, zerstörte Städte und Straßen und vernichtete Ernten, die der Hurrikan Mitch in Mittelamerika hinterließ, haben die Weltöffentlichkeit erschüttert. Politische und strukturelle Gründe führten dazu, daß aus dem Wirbelsturm und den sintflutartigen Regenfällen eine Katastrophe von unvorstellbarem Ausmaß wurde:

Die verantwortungslosen Regierungen Mittelamerikas haben die Sturmwarnungen ignoriert, bzw. das Ausmaß der sich anbahnenden Katastrophe heruntergespielt. Nirgendwo wurden rechtzeitig Evakuierungsmaßnahmen eingeleitet.

Elendsviertel, die von der armen Bevölkerung in Ermangelung sicherer Wohnstandorte errichtet worden sind, wurden weggefegt, bzw. weggeschwemmt.

Die extrem ungleiche Bodenverteilung in Mittelamerika hat die Kleinstbauern und -bäuerinnen seit Generationen in Hanglagen vertrieben, die ungeeignet sind für den Anbau von Grundnahrungsmitteln. Jahr für Jahr sind sie Opfer der Erosion. Hurrikane und Erdrutsche vernichten ihre Existenz auf einen Schlag.

Schnell werden Mitch und seine Folgen anderen Katastrophennachrichten weichen. Die verheerenden Konsequenzen zwingen aber dazu, den Wiederaufbau, der in Honduras einem Neuaufbau gleichkommt, so zu gestalten, daß beim nächsten Wirbelsturm, Erdbeben oder Vulkanausbruch nicht das gleiche oder Schlimmeres passiert.

Der Wiederaufbau muß folgendes gewährleisten:

- Grundlage muß ein umfassender Schuldenerlaß für die betroffenen Länder Honduras, Nicaragua, El Salvador, Guatemala und den mexikanischen Staat Chiapas sein. Entschuldungsmaßnahmen sind daran zu messen, ob damit den Opfern des Hurrikans und der Flutkatastrophe die Schuldenlast genommen wird.

- Zivil- und Katastrophenschutz, sowie die Wetterdienste müssen so ausgebaut werden, daß gefährdete Bevölkerungsgruppen rechtzeitig gewarnt und evakuiert werden können. Die Frühwarnsysteme müssen schnell und wirkungsvoll funktionieren. Ihre Arbeit darf nicht politisch manipulierbar sein.

- Die Produktion von Grundnahrungsmitteln und vor allem die Subsistenzwirtschaft müssen weg von den Hanglagen, bzw. muß dort in einer Weise produziert werden, die Erosion verhindert.

Dazu bedarf es:

- Maßnahmen der Vegetationserneuerung und des standortgerechten Landbaus sowie entsprechender ErzeugerInnenpreise und einer direkten Unterstützung für die Menschen, die Hanglagenwirtschaft betreiben;

- einer Umverteilung von Land, damit die Subsistenzbauern und-bäuerinnen und die ProduzentInnen von Grundnahrungsmitteln ausreichend große Flächen zur Verfügung gestellt bekommen, um ökologisch nachhaltig und einem angemessenen Lebensunterhalt garantierend, produzieren zu können.

In den Städten darf nicht länger zugelassen werden, daß Menschen an Stellen wohnen müssen, die dafür ungeeignet sind. Zu einer Reform der urbanen Siedlungspolitik und der Stadtplanung gehört unabdingbar, daß nicht nur sichere Standorte für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, sondern, daß die Wohnungen bezahlbar sind und die BewohnerInnen Zugang zu Arbeitsplätzen und Möglichkeiten der Ausübung von Kleingewerbe bekommen.

Der Wiederaufbau von Infrastruktur muß den Schutz vor Flut- und anderen Katastrophen ins Zentrum stellen und nicht das betriebswirtschaftliche Kalkül der Privatwirtschaft. Vorrangig sind Dämme, Drainagen, Hochwasserschutz sowie ländlicher Straßen- und Wegebau.

Wir fordern die Bundesregierung, die anderen bi- und multilateralen sowie die nichtstaatlichen Geldgeber dazu auf, beim Wiederaufbau dafür Sorge zu tragen, daß die oben genannten Maßnahmen und Bedingungen erfüllt

werden. Insbesondere warnen wir Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank und den IWF davor, die Katastrophe für eine Verschärfung ihres Strukturanpassungskurses zu mißbrauchen. Nur ein Wiederaufbau, bei dessen Planung und Durchführung die Betroffenen selber sowie Nichtregierungsorganisationen beteiligt werden, kann einen Beitrag dazu leisten, daß die nächste Katastrophe nicht wieder die gleichen verheerenden Folgen hat.

Berlin, den 15. November 1998

Erstunterzeichnende:

Christliche Initiative Romero/CIR; El Salvador Gruppe im Dritte Welt Haus Bielefeld; El Salvador Gruppen im Kirchenkreis Süderdithmarschen; FIAN-Deutschland; Flüchtlingshilfe Mittelamerika; Informationsstelle El Salvador; Lateinamerika-Arbeitskreis Düsseldorf; Ökumenische Arbeitsgruppe "Gerechtigkeit und Frieden" Essen; Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit München; Ökumenische Initiative Mittelamerika; Paulo Freire Gesellschaft; Zentralamerika Sekretariat/ZAS Schweiz.

Dem Aufruf haben sich angeschlossen:

Arbeitskreis Internationalismus der IG-Metall Berlin; Arbeitsstelle "Dritte Welt" TU Berlin; BUKO - Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen; EIRENE Christlicher Friedensdienst; Fachausschuß Lateinamerika/Ev.-Luth. Landeskirche Bayern; Informationsbüro Nicaragua; Informationsstelle Guatemala; Informationsstelle Lateinamerika; Internationaler Solidaritätsfonds BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Kirchlicher Entwicklungsdienst Bayern (KED), Wolfgang Kreissl-Dörfler/EU-Parlament; medico international; Lateinamerika Nachrichten Berlin; Luftbrücke für Nicaragua Berlin; Ökumenische Arbeitsstelle im Kirchenkreis Storman/Nordelbische Kirche; ötv Arbeitskreis Entwicklungspolitik/Internationale Gewerkschaftsarbeit, Berlin; Pax Christi Deutschland; el rojito Hamburg; Rotenburger Postkartenaktion "Viele kleine Leute"; terre des hommes.

30. Transfair-Kaffee aus schmutzigem Anbau. Aufstandsbekämpfung mit Biokaffee-Genossenschaften in Chiapas

Autor: Kaffee-Kampagne · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:25

Was ursprünglich eine gute Idee war für ein kleines bißchen mehr Gerechtigkeit, wird immer mehr zu einem dubiosen Geschäft. Angeblich fair gehandelten Kaffee gibt es heute bereits im Supermarkt, nur was daran so fair sein soll, wird immer unklarer. Zur Erinnerung: Die ursprünglich Idee des fairen Handels war es, in Kooperativen organisierten Menschen in der "3. Welt" ein halbwegs selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Heute jedoch zahlt man z.B. 30 DM für 1 kg fair gehandelten Kaffee mit der nur recht vagen Hoffnung, das Geld werde schon einem guten Zweck zukommen. Wir können nur auf das berühmte TransFair-Siegel vertrauen, das auf immer mehr Verpackungen steht. Das war es dann auch schon. Durch die Beschriftung erfahren wir z.B., daß es sich um Hochland-Gourmet-Kaffee handelt. Woher der Kaffee eigentlich stammt und ob er tatsächlich in Kooperativen hergestellt wird - und in welcher(n), erfährt man in der Regel nicht.

Wenn doch, dann erwarten eineN oft unangenehme Überraschungen. So im Falle der Firma LEBENSBAUM, die in lobenswerter Transparenz angibt, ihren Kaffee, der nicht nur das TransFair-Siegel trägt, sondern auch noch durch Naturland (1) zertifiziert wird, von dem mexikanischen Verband UPEDOM (2) zu beziehen. Die UDEPOM ist ein Zusammenschluß verschiedener Genossenschaften in Chiapas im Landkreis Motozintla. Ihre Umsätze liegen bei ca. 3,5 Mio. DM für geschätzte ca. 920 t Biokaffee. Davon werden 70% nach Europa exportiert und die restlichen 30% in die USA und nach Japan. Die biologische Qualität des Kaffees wird in den USA durch OCIA und in Deutschland durch Naturland zertifiziert, die "soziale" von TransFair. Vertrieben wird der Kaffee von UDEPOM hierzulande von der Firma LEBENSBAUM in Diepholz. Auch das Green-Trade-Net der GTZ (3) fördert die Vermarktung von UPEDOM-Produkten.

Die UDEPOM in Chiapas ist angeschlossen an die Organisation SOCAMA (4), ein ehemals gewerkschaftsähnlicher Verband, der von (ex)-maoistischen Lehrern gegründet wurde und eng mit der Regierungspartei PRI verflochten ist - wie beispielsweise im Fall von Manuel Hernández Gómez. Dieser ist in Personalunion sowohl führendes Mitglied der UDEPOM als auch Gründer der SOCAMA und derzeit PRI-Abgeordneter im mexikanischen Bundesparlament. Angesichts dieser personellen Verflechtungen mit der Staatspartei verwundert es nicht, daß die UDEPOM, anders als viele andere Kaffeeproduzenten der Region, keine nennenswerten Schwierigkeiten hat, in den Genuß staatlicher Unterstützungsprogramme und -Gelder zu kommen, etwa für den Aufkauf von Kaffee. Die Aufbereitung und Vermarktung des organischen Kaffees der UDEPOM geschieht u.a. über die SOCAMA, die über eine Kaffee-Trocknungsanlage in Motozintla verfügt. Die SOCAMA bezeichnet sich auch als "Treuhandschaft für den Aufkauf und die Kommerzialisierung von Kaffee" - eine typische Zwischenhändlertätigkeit.

Nährboden der Todesschwadrone

Aktionsfeld der SOCAMA ist der gesamte Staat Chiapas. Mehr als 50.000 Familien sind in die diversen Produktionsbereiche integriert. Millionen von Staatsgeldern fließen in diese sogenannte "Solidaritätsbewegung" der Lehrer mit den armen Bauern. Der unbestrittene Führer war von Anfang an der bereits erwähnte Lehrer Manuel Hernández Gómez, ehemaliger Generalsekretär der chiapanekischen Lehrergewerkschaft.

1985 war es in Chiapas zu den ersten gemeinsamen Aktionen von Lehrern und Maisbauern gekommen, bei denen die Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt Tote forderte. Bei den nachfolgenden Straßenblockaden wurde auch Manuel Hernández Gómez verhaftet und ins berüchtigte Gefängnis Cerro Hueco gesteckt. Nach zwei Jahren wurden er und seine Mitstreiter allerdings wieder entlassen. Denn die Regierung des neuen Staatspräsidenten Salinas initiierte eine neue Befriedungspolitik und hatte dafür in Chiapas mit Gómez und seinen Genossen die richtigen Leute gefunden: Sofort nach seinem Amtsantritt verkündete Salinas die Installierung eines "Armutsbekämpfungsprogramms". Die dafür bereitgestellten Gelder wurden allerdings vor allem zur Bekämpfung der Opposition eingesetzt, indem soziale Bewegungen aufgekauft, gespalten oder in regimetreue Basen verwandelt wurden. So gründete Manuel Hernández Gómez gleich nach der

überraschenden Gefängnisentlassung die SOCAMA, in der nach eigenen Angaben inzwischen mehr als 200.000 Menschen organisiert sind. Sie verfügt über ein eigenes Kreditinstitut und baut ihr Netz von Kooperativen und Erzeugergemeinschaften stetig aus. Den Öko-Anbau hat man als einträgliches Geschäft entdeckt, das höhere Preise garantiert und auch mit den staatlichen Förderprogrammen und der Counterguerilla in Einklang zu bringen war ... Bio boomt!

"Uns geht es also sehr gut!" sagt Manuel Hernández Gómez. Das ist auch angesichts der großzügigen internationalen Unterstützung, die seine Truppe mittlerweile erhält, kein Wunder. Neben Geldern der Weltbank, der US-Aid-Behörde, der Rockefeller- und der McArthur-Stiftungen fließen auch Fördermittel aus staatlich-mexikanischen Quellen ununterbrochen in SOCAMA-Projekte.

"Entwicklung, Frieden und Gerechtigkeit"

Anfang 1995 entstanden in Chiapas unter dem Eindruck des zapatistischen Aufstandes und dem drohenden Machtverlust der regionalen PRI-Führer die ersten paramilitärischen Gruppierungen, finanziert u.a. von PRI-Abgeordneten und gedeckt durch die Staatsanwaltschaft und das Militär. Die Regierung Ruiz Ferro schloß wenige Tage vor den Neuwahlen in Chiapas im Dezember 1997 einen Vertrag zur "Unterstützung und Förderung der Agrarproduktivität" mit der paramilitärischen Gruppierung Desarollo, Paz y Justicia (Entwicklung, Frieden und Gerechtigkeit) ab, die sich inzwischen, so der chiapanekische PRI-Vorsitzende José Antonio Bodega, "in die SOCAMA integriert hat". Gegenstand des Vertrages ist die Subventionierung dieser Paramilitärs durch das Ministerium für Soziale Entwicklung in Höhe von jährlich 4,6 Mio. Pesos (ca. 900.000 DM), mit der Option auf jährliche Verlängerung. Gründer und Anleiter sind auch SOCAMA-Mitglieder, darunter der PRI-Abgeordnete und SOCAMA-Führer Sanchez Sanchez. Desarollo, Paz y Justica dient übrigens nicht nur der Repression gegen die Zivilgesellschaft sondern auch dazu, den "jungen wilden" Technokraten der SOCAMA innerhalb der PRI zum Durchbruch gegen die "traditionellen Dinosaurier" der chiapanekischen PRI-Oligarichie zu verhelfen. Augenzeugenbericht zufolge bilden SOCAMA-Lehrer Kinder u.a. in der Schule von Navil zu Paramilitärs aus.

Die Mitglieder von Desarollo, Paz y Justicia sind mit Schnellfeuergewehren des Models AK-47 ausgerüstet und besitzen eigene Kommunikationssysteme. Sie können sich sicher fühlen, denn ihnen wird Straffreiheit zugesichert. Sie haben keine Schwierigkeiten, maskiert die Ernten anderer Kaffeekooperativen containerweise zu rauben. Sie plündern und zerstören konkurrierende Kaffeepflanzungen, vertreiben Kaffeebauern und verkaufen deren Ernten an Zwischenhändler. Sie griffen z.B. im Jahr 1997 den Gemeinde- und Kooperativenverband Majomut im Landkreis Chenalhó besonders massiv an, weil in diesem PRI-nahe, neutrale und pro-zapatistische Bauern zusammenarbeiten. (5) Der Kampf um die Kontrolle des Anbaus und den Export von Biokaffee ist blutig entbrannt, und er ist die Ursache für viele gewalttätige Konflikte.

Seit ihrer Gründung im April 1995 überzieht Desarollo, Paz y Justicia die Nordregion von Chiapas mit einem Netz des Terrors. Alleine in den Monaten Juni bis September 1996 schätzen Menschenrechtsgruppen die Zahl ihrer Opfer auf mehr als 300 Menschen. Tausende von BäuerInnen und LandarbeiterInnen wurden von den Paramilitärs vertrieben und vergewaltigt, ihre Habseligkeiten geraubt und ihr Land an Anhänger der Gruppe verteilt. Desarollo, Paz y Justicia agiert ganz offen als "Staat im Staate", sie unterhält eigene Straßensperren an vielen wichtigen Überlandstraßen, ihre Mitglieder treten teilweise in Polizeiuniform auf und sind an Razzien des staatlichen Unterdrückungsapparates beteiligt. Der Terror der gut organisierten und finanzierten Gruppe richtet sich in erster Linie gegen alle, die sie für ZapatistInnen, Mitglieder der Oppositionspartei PRD oder Laienprediger der Diozöse von San Cristobal (des Bischofs Samuel Ruiz) halten.

"Kaffee, an dem Blut klebt..."

Abgesichert wurde dieses Geflecht brutaler Gewalt u.a. durch Jorge Enrique Hernández Aguilar, der 1994 zum Generalstaatsanwalt aufstieg und Sekretär des Sicherheitsrates der chiapanekischen Landesregierung war. Er wird für die Bildung von paramilitärischen Gruppen ebenso verantwortlich gemacht wie für die Exekutierung des inhaftierten Campesinos Reyes Penagos Martínez und gilt als einer der Drahtzieher des Acteal-Massakers vom 22. Dezember 1997. Insgesamt liegen gegen ihn über 190 Anklagen der Nationalen und der Staatlichen Menschenrechtskommissionen vor. Bevor er sich der Verfolgung von Oppositionellen widmete, war er Journalist und einer der Initiatoren der SOCAMA.

Nach dem Massaker von El Acteal im Dezember 1997, bei dem 45 Frauen, Kinder und Männer von regierungsnahen Paramilitärs unter den Augen der staatlichen Sicherheitskräfte brutal ermordet wurden, ging für kurze Zeit ein Aufschrei durch die Weltöffentlichkeit. Unter dem Druck der Öffentlichkeit wurden in den Folgemonaten nahezu 200 Staatsbeamte, PRI-Bürgermeister, Mitglieder der SOCAMA und Evangelisten verhaftet, gegen die wegen Beteiligung an dem Massaker ermittelt wurde. Mittlerweile ist es still darum geworden, der Ex-Gouverneur von Chiapas besorgt auf eigene Rechnung Anwälte für die Beschuldigten, und die Ermittlungen drohen - wie üblich - im Sande zu verlaufen. Derweil wird das Netz des Terrors weitergesponnen, und die SOCAMA baut ihre Positionen mit Unterstützung staatlicher und multinationaler Kredite sowie den Exporterlösen ihrer Produktivgenossenschaften weiter aus. Ein Teil dieser Erlöse wird, wie wir belegt haben, auch in Deutschland realisiert. Die beteiligten Firmen profitieren dadurch zumindest indirekt von der Politik der Aufstandsbekämpfung der mexikanischen Regierung.

Wir fordern TransFair und Naturland auf, sofort alle Beziehungen zu den SOCAMA-Kooperativen und -Institutionen abzubrechen und dem UDEPOM-Kaffee die Siegel zu entziehen. Außerdem fordern wir, daß TransFair und Naturland eigene Nachforschungen unternehmen, um sicherzustellen, ob nicht noch weitere SOCAMA-Produkte mit ihrer Zustimmung gehandelt werden, wie z.B. Honig, Cashewnüsse und Agavendicksaft. Es muß sichergestellt werden, daß die Vergabe des TransFair-Siegels nur an Firmen erfolgt, die konkrete Angaben über die genaue Herkunft ihres Kaffees machen und beweisen können, daß er aus selbstbestimmten Kooperativen/Genossenschaften stammt. Im Falle Mexikos muß sich TransFair in Zukunft die Mühe machen, potentielle Siegelträger selbst aufzusuchen und deren interne Strukturen bzw. mögliche politische Verwicklungen gründlich zu untersuchen. In diesem Sinne ist eine Offenlegung der Kontrollberichte unerläßlich. Es kann nicht angehen, daß - wie von TransFair in letzter Zeit mehrfach vertreten - die VerbraucherInnen sich über die konkreten Bedingungen und Hintergründe der Produkte mit TransFair-Siegel selbst informieren sollen. In diesem Zusammenhang fordern wir auch, unabhängige mexikanische Organisationen mit der Kontrolle der Handelskriterien zu beauftragen.

Chiapas Kaffee-Kampagne

Quellen:

bioFach12/97

CIACH (Centro de Información y Análisis de Chiapas A.C.): Boletín Nr.50/1997

Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de las Casas: Informe "Ni Paz ni Justicia", Oktober 1996

El Universal, Diario de Chiapas, 6.4.98

Informe sobre la Discriminación racial en México, 03.-07.03.1998

La Jornada, 2.02.1998/28.12.1997

La Republica de Chiapas, 8.7.1996/ 22.7.1996

Nuevo Amanecer Press, 27.06.1998

Proceso 1112, 22.02.1998/1131, 05.07.1998

SEDESOL-Boletín (Informationsbroschüre des Ministeriums für Soziale Entwicklung) Nr. 119/98

UPEDOM-Webpage, 20.12.1995

Anmerkungen:

1) Naturland e.V. ist ein biologischer Anbauverband, der heute als Konzern durch ein Management verwaltet wird. Naturland ist ein Markenzeichen und betreut über 16.000 Erzeuger in aller Welt, vom bayrischen Milchbauern über den indischen Teegärtner bis hin zum Kaffeepflanzer in Mexiko.

2) Unión de Ejidos de Producción, Comercialización y Exportación de Productos Agropecuarios y de Transporte Profesor Otilio Montaño - Vereinigung der Genossenschaften für die Produktion, Vermarktung und Export landwirtschaftlicher Produkte und Transport 'Lehrer Otilio Montaño'

3) Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Tochter des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit

4) Solidaridad Campesino Magisterial - "Lehrer-Bauern-Solidarität

5) Union Majomut ist auch bei TransFair registriert und belieferte die GEPA. Eine US-amerikanische Gruppe von kirchlichen Unternehmern besuchte nach dem Massaker von Acteal auch die Unión Majomut: Die Gewalt ist hier nichts Neues, im Frühjahr 1997 raubten und zerstörten Paramilitärs die Kaffee-Ernte mit einem Verlust für die Kooperative von 250.000 Dollar.

31. Kampf um Diamantenminen. Sierra Leone: Söldnerfirmen auf beiden Seiten verdienen am Krieg

Autor: Ralf Bendrath · Rubrik: Afrika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:12

Mehr als 2.000 Tote sind die Folge der Kämpfe in Sierra Leone. Kämpfer der Revolutionary United Front (RUF) griffen am 6. Januar die Hauptstadt an und forderten die Freilassung des wegen eines Putsches zum Tode verurteilten RUF-Führers Foday Sankoh. Mit Hilfe von gekauften Söldnertruppen wurden die RUF-Rebellen aus der Hauptstadt wieder vertrieben.

Der folgende Artikel von Ralf Bendrath beschäftigt sich mit den Hintergründen der Kämpfe in Sierra Leone. Er wurde erstmals am 27.1.1999 in der Jungle World veröffentlicht.

Die Hauptstadt des westafrikanischen Kleinstaates Sierra Leone, Freetown, ist wieder frei. So interpretieren zumindest Staatschef Ahmad Tejan Kabbah und seine nigerianischen Verbündeten die Vertreibung der Rebellen der RUF aus der Hauptstadt ins Hinterland, wo, wenn auch stark abgeschwächt, die Kämpfe bis heute anhalten.

Schließlich geht es nicht nur um die politische Macht, sondern um die Förderung von Rohstoffen, an der Berufskrieger und Kriegsfinanziers aus aller Welt beteiligt sind. Sierra Leone hat große Diamantvorkommen, verfügt über den zur Aluminiumgewinnung wichtigen Rohstoff Bauxit und war vor dem Bürgerkrieg der weltweit zweitgrößte Lieferant von Rutil, einem Mineral, in dem Titandioxid enthalten ist und das zur Stahlerzeugung verwendet wird.

Besonders die Diamanten haben seit Jahren ausländische Investoren angezogen. Doch bei den Investoren blieb es nicht: Bereits in den fünfziger Jahren engagierte der südafrikanische Diamantenkonzern De Beers in Sierra Leone Söldner, die einen Kleinkrieg anzettelten, bis der Edelsteinhandel unter Kontrolle des De-facto-Monopo- listen war.

Seit dem Beginn des Bürgerkrieges 1991 wurden Diamanten überwiegend illegal abgebaut. Damit stieg die Staatsverschuldung, da der Regierung jährlich 220 Millionen Dollar an Devisen verloren gingen. Besonders umkämpft ist immer wieder der Bezirk Kono, mit der Diamantenhauptstadt Koidu, im Osten des Landes. Der Rebellenchef Foday Sankoh ließ, wenn dieses Gebiet wieder einmal von seinen Truppen erobert worden war, dort Diamanten fördern, die in Guinea gegen Waffen eingetauscht wurden. Zudem sollen die Diamanten Sankoh ein stattliches Vermögen auf internationalen Bankkonten eingebracht haben.

Auch um Rutil geht es in Sierra Leone. Die größte Rutilmine der Welt gehört Sierra Rutile Ltd. Die Firma war bis 1995 der größte private Arbeitgeber der Region und erwirtschaftete die Hälfte der staatlichen Exporterlöse, bevor die RUF im Januar 1995 in das Gebiet vorrückte.

Sierra Rutile reagierte: Durch Vermittlung des britischen Waffenhändlers J&S Franklin wurde unmittelbar die Londoner Söldnerfirma Gurkha Security Guards engagiert.

Nach schweren Niederlagen gegen die RUF folgte auch die Regierung dieser Strategie: Im Mai 1995 wurde der südafrikanische Söldnerkonzern Executive Outcomes (EO) unter Vertrag genommen. EO war nach dem Ende des Apartheidsregimes von ehemaligen Angehörigen der südafrikanischen Armee-Eliteeinheiten gegründet worden. Als Chef fungierte Eeben Barlow, der vorher in London die Auslandsabteilung des ANC bekämpft hatte.

Vermittelt wurde der Kontakt von Tony Buckingham, einem ehemaligen Offizier des britischen Special Air Service (SAS). Seine Firma Branch Energy hatte bereits 1993 in Angola mit EO zusammengearbeitet, um Öl- und Diamantengebiete von der UNITA zurückzuerobern.

Die südafrikanischen Söldner verlangten 1,2 Millionen Dollar im Monat, die Regierung in Sierra Leone konnte die Summe jedoch nicht ohne weiteres aufbringen. Nach Gerüchten und Zeitungsberichten soll De Beers einen Teil der Gesamtrechnung übernommen haben, um den Schwarzmarkt für Diamanten möglichst klein halten zu können. Ein überraschendes IWF-Umschuldungspro- gramm trug ebenfalls zur Finanzierung bei. Vermutlich hat auch Sierra Rutile internationale Kredite aufgenommen, um EO bezahlen zu können.

Hinzu kam noch Branch Energy. Der Firma wurde von der Regierung eine 25-Jahres-Lizenz für Diamantenabbau bei Koidu sowie Schürfrechte für weitere Gold- und Diamantenvorkommen zugesichert: Man gründete einfach 1995 zusammen das Unternehmen Branch Mining, bei dem die Regierung von Sierra Leone 30, Branch Energy 60 Prozent der Anteile hält. Zudem wurde noch EO zu 40 Prozent am Anteil von Branch Energy an Branch Mining(d.h. an dem Joint Venture in Sierra Leone, Anm. ak) beteiligt. Direkt nach der Ankunft von EO im Mai 1995 wurde die Rückeroberung der Rohstoffgebiete gestartet. Sprecher des südafrikanischen Söldnerkonzerns beteuerten zwar, nur für die Ausbildung der Regierungsstreitkräfte zuständig zu sein. Augenzeugen und Mitarbeiter von EO berichteten hingegen, daß die Söldner direkt an Kämpfen beteiligt waren. Die Firma verfügt über russische Transport- und Kampfhubschrauber, einige kleinere Kampfflugzeuge sowie leichte Schützenpanzer. Die Wartungsarbeiten wurden von russischen und ukrainischen Technikern übernommen.

Nach schweren Niederlagen gegen die Südafrikaner im März 1996 stimmte die RUF einem Waffenstillstand zu. Die folgenden Friedensgespräche scheiterten allerdings, da die RUF den Rückzug von EO zur Bedingung für ihre Demobilisierung machte. Nach internationalem Druck gaben die Rebellen diese Forderung zunächst auf, sie wurde dennoch Bestandteil des Friedensabkommens vom November 1996. Erst im Februar 1997 verließ die EO tatsächlich das Land - zumindest offiziell. Doch ein großer Teil der Söldner blieb und fungiert seitdem als "Sicherheitsdienst" für Sierra Rutile, die für diese Aufgabe die EO-Tochter Lifeguard engagierte.

Zum Glück für die damalige Regierung: Nach einem Putsch im Mai 1997 fand der größte Teil von Kabbahs Kabinett in den Baracken von Lifeguard Unterschlupf. Auch als Ecomog-Truppen zur Wiedereinsetzung Kabbahs im März 1998 in Sierra Leone intervenierten, waren Söldner und internationale Finanziers mit von der Partie und beteiligten sich an den Kampfhandlungen.

Branch Energy hatte 1996 mit dem Bergbau-Unternehmer Robert Friedland einen neuen Eigentümer erhalten und war in Diamond Works umbenannt worden. Als neuer Direktor fungierte fortan Michael Grunenberg, vordem Finanzchef der britischen Söldnerfirma Sandline International.

Grunenberg hatte bereits 1995 in Sierra Leone den Vertrag zwischen EO und der damaligen Junta ausgehandelt. Auch der Chef von Sandline, der ehemalige britische Oberstleutnant Timothy Spicer, war schon 1997 mit EO-Söldnern in Papua-Neuguinea im Einsatz gewesen.

Obwohl seit Oktober 1997 ein UN-Waffenembargo gegen Sierra Leone bestand, lieferte Sandline 35 Tonnen bulgarische Waffen an die Ecomog und die Regierungstruppen - zumindest Teile der britischen Regierung müssen davon gewußt haben. Wartungsarbeiten an Hubschraubern, mit denen Sandline den Ecomog-Einsatz in Freetown unterstützte, wurden auf britischen Marineschiffen vor der Küste durchgeführt. Die Kosten von zehn Millionen Dollar für den Sandline-Deal übernahm der indische Bankier Rakesh Saxena, der im Gegenzug von Kabbah Diamanten-Schürfrechte im Wert von 150 Millionen Dollar erhielt.

Auch die RUF hat immer wieder auf internationale Hilfe zurückgegriffen. Portugiesische Söldner sollen Anfang 1997 die Truppen der RUF und abtrünnige Soldaten aus Guinea trainiert haben, um die Diamantengebiete im Nordosten zurückzuerobern. Zur Zeit wird die RUF nicht nur von Liberia, sondern auch von Söldnern aus der Ukraine, Mauretanien und Italien unterstützt.

Bedeutender sind jedoch die großen Kriegsdienstleister wie Sandline und EO. Auch in den USA, Frankreich und Israel gibt es ähnliche Firmen, die bei Staaten mit großen Rohstoffvorkommen und geringen Einnahmen immer gefragt sind.

Obwohl internationale Konventionen den Einsatz von Söldnern verbieten, wird mittlerweile auch in westlichen Militärkreisen verstärkt über deren Nutzen nachgedacht. Bei einem Afrika-Symposium, das 1997 vom Pentagon veranstaltet wurde, trafen sich Söldner und potentielle Auftraggeber.

Neben Eeben Barlow und Timothy Spicer war auch der Chef der amerikanischen Military Professional Resources Inc. (MPRI) anwesend. Als potentielle Kunden traten Vertreter von Texaco, Exxon, Sierra Rutile sowie Militärattachés mehrerer afrikanischer Staaten auf.

Ob diese Einbindungsstrategie funktioniert, wird sich zeigen. Executive Outcomes haben ihre Firmentätigkeit zum Jahreswechsel eingestellt. Nach Informationen aus Südafrika entziehen sich die Eigentümer auf diesem Weg der politischen Kontrolle - aktiv bleiben sie dennoch.

32. Volksabstimmung in Puerto Rico: "Keine von diesen"

Autor: Werner Lamottke · Rubrik: Puerto Rico · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:26

Am 13. Dezember stimmte die puertoricanische Bevölkerung wieder einmal über das zukünftige Verhältnis der Karibikinsel zu den USA ab, ohne daß es zu einem klaren Votum kam. Vor 100 Jahren übernahmen die USA Puerto Rico als Kolonie von Spanien. Seit 1952 ist Puerto Rico "frei assoziiert" mit den USA, ein Verhältnis, das auch als Commonwealth bezeichnet wird (vgl. ak 417).

Um diesen unklaren Status zu beseitigen, hatten die PuertoricanerInnen die Wahl zwischen Alternativen: der Beibehaltung des Status Quo, Anschluß Puerto Rico als 51. Bundesstaat der USA, Unabhängigkeit, freie Assoziierung mit den USA als unabhängiger Staat und als fünfte Alternative "keine von diesen". Das Plebiszit wurde vom Anschluß-Befürworter Gouverneur Pedro Rosello gegen den Widerstand der wichtigsten Oppositionspartei PDP einberufen, die für die Beibehaltung des Status quo eintritt. Die PDP hatte ihre AnhängerInnen dazugerufen, für "keine von diesen" zu stimmen, da die Commonwealth-Definition auf dem Stimmzettel ihrer Meinung nach irreführend war.

Mit 50,2% Stimmen erhielt "keine von diesen" gegenüber 46,5% für den Anschluß an die USA eine knappe Mehrheit. Nur 2,5% der WählerInnen kreuzten das Kästchen "Unabhängigkeit" an. Allerdings hatten viele "Independistas" zum Boykott der Abstimmung aufgerufen. An dem Plebiszit beteiligten sich 71% der 2,2 Millionen Stimmberechtigten.

Nach Bekanntgabe des Ergebnisses feierten BefürworterInnen wie GegnerInnen der US-Bundesstaatlichkeit: Die Gegner interpretierten das Votum als deutliche Ablehnung der vollständigen Einbindung in die USA und als Äußerung dafür, daß die PuertoricanerInnen ihre nationale Identität wahren wollen. Die Befürworter hoben dagegen hervor, daß sie die meisten Stimmen für eine der konkreten Wahlmöglichkeiten erhielten. Gouverneur Rosello kündigte an, er werde sich aufgrund des Ergebnisses verstärkt beim US-Kongreß dafür einsetzen, daß Puerto Rico möglichst schnell in die US-Föderation aufgenommen wird.

US-Präsident Clinton forderte den Kongreß auf, das Abstimmungsergebnis bei zukünftigen Entscheidungen zu berücksichtigen. Fragt sich nur, was dieser damit anfängt, da es auch in den USA keine eindeutige Position zur Zukunft Puerto Ricos gibt. So wird der US-Kongreß das Problem wohl weiter aussitzen, und die PuertoricanerInnen werden auch in Zukunft über ihr Lieblingsthema streiten und abstimmen.

Werner Lamottke (Austin/Texas)

33. Bougainville: Die Mühen der Ebenen - Teil 2

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:15

Auf der Pazifikinsel Bougainville werden die Bemühungen fortgesetzt, den neunjährigen Krieg zwischen den Streitkräften der Zentralregierung Papua-Neuguineas (PNG) und der für die Unabhängigkeit der Insel kämpfenden Bougainville Revolutionary Army (BRA) zu beenden. Der im April 1998 abgeschlossene Waffenstillstand hält nach wie vor, allerdings kommt die Bearbeitung der zentralen politischen Konfliktpunkte nur sehr schleppend voran. Man ist weit hinter dem im Januar 1998 vereinbarten Zeitplan für eine friedliche Lösung der Probleme zurück. In ak 419 hatten wir den aktuellen Stand des Friedensprozesses auf Bougainville in seiner politischen Dimension beleuchtet. Im folgenden soll zunächst der Stand der Friedensbemühungen aktualisiert werden, um dann auf die Probleme und Schwierigkeiten einzugehen, die das alltägliche Leben der Menschen in den Dörfern auf Bougainville belasten und zu einer Gefährdung des Friedensprozesses führen können.

Im Übereinkommen von Lincoln (Lincoln Agreement on Peace, Security and Development on Bougainville) hatte man sich im Januar 1998 darauf geeinigt, bis zum Jahresende Wahlen für eine "Regierung der Versöhnung" auf Bougainville durchzuführen. Dieses "Bougainville Reconciliation Government" (BRG) sollte an die Stelle der beiden bisher auf Bougainville konkurrierenden "Regierungen" treten, nämlich an die Stelle des BIG (Bougainville Interim Government), des politischen Arms der BRA, und an die Stelle des BTG (Bougainville Transitional Government), der mit der papuanischen Zentralregierung kollaborierenden Provinzregierung. Im BRG sollten alle relevanten politischen und militärischen Kräfte Bougainvilles vertreten sein, also Repräsentanten von BIG und BTG, von BRA und Resistance Forces (das sind bougainvilleansche Hilfstruppen der Regierungsstreitkräfte) sowie von Nichtregierungsorganisationen wie Kirchen- und Frauengruppen und schließlich von "Mittelkräften", die sich vor allem in den lokalen und regionalen Ältestenräten (Councils of Elders) finden. Das BRG sollte dann mit der Zentralregierung PNGs Verhandlungen über alle strittigen Fragen führen, insbesondere über den künftigen politischen Status der Insel.

Die Bougainville Constituent Assembly

Die Hoffnungen auf demokratische Wahlen zu einer Regierung der Versöhnung erfüllten sich bis zum Jahresende jedoch nicht. Die Vorbereitungen hierfür verliefen nur äußerst schleppend. Das zwischen den Vertragsparteien in Lincoln vereinbarte Peace Process Consultative Committee, welches unter anderem die Etablierung des BRG vorbereiten sollte, kam erst im Oktober zu ersten Treffen zusammen. Einen empfindlichen Rückschlag erlitt der Friedensprozeß und die Einrichtung des BRG Anfang Dezember 1998, als es der Zentralregierung nicht gelang, im papuanischen Nationalparlament die notwendige Mehrheit für eine Verfassungsänderung zusammenzubekommen, die die Schaffung eines BRG legalisieren sollte. Denn gemäß papuanischer Verfassung werden die Provinzen PNGs (und als solche sieht die Zentralregierung Bougainville ja nach wie vor an) von ihrem jeweiligen regionalen Abgeordneten im Nationalparlament als Gouverneur regiert; von dieser Regelung mußte man also verfassungsrechtlich eine Ausnahme machen, um ein BRG überhaupt als legal und verfassungskonform anerkennen zu können (1). Die Opposition im Nationalparlament verweigerte einem entsprechenden Gesetzentwurf der Regierungsseite die Zustimmung, so daß die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht werden konnte. Daraufhin bestand die Opposition darauf, daß nunmehr Bougainville wie jede andere Provinz behandelt werden solle, daß also ein Gouverneur als Regierungschef eingesetzt werden sollte. Und das wäre John Momis gewesen, der Abgeordnete für Bougainville und eine führende Persönlichkeit der Opposition.

Vertreter von BIG/BRA, BTG und anderen Kräften auf Bougainville äußerten sich tief enttäuscht über diese Vorgänge und erklärten, daß sie der Entscheidung des Nationalparlaments zum Trotz ein BRG bilden würden. Die papuanische Zentralregierung sagte ihnen zu, dies im Interesse der Fortführung des Friedensprozesses zu akzeptieren und ein BRG als Verhandlungspartner anzuerkennen. John Momis und die Opposition beharrten dagegen auf ihrem legalistischen Standpunkt und begründeten das damit, daß Momis immerhin ein gewählter Repräsentant der Bevölkerung Bougainvilles sei, was man von den Mitgliedern von BIG und BTG nicht sagen könne. Die Opposition legte konsequenterweise Verfassungsklage ein.

Ungeachtet der Querelen im Nationalparlament einigten sich die verschiedenen politischen Kräfte auf Bougainville Ende Dezember 1998 auf eine "Verfassung" für ein BRG und die Einberufung einer "Constituent

Assembly", die die Funktion eines BRG übernehmen soll. Reguläre Wahlen zum "richtigen" BRG sollen nunmehr im Juni 1999 stattfinden. Sowohl die Zentralregierung als auch die Vertreter der Vereinten Nationen (die auf Bougainville mit einer kleinen Beobachter-Mission präsent sind) und der in der PMG (Peace Monitoring Group, überwacht den Waffenstillstand) vertretenen Staaten haben erklärt, daß sie diese Entscheidungen respektieren werden. Damit hat das Vorgehen der politischen Kräfte auf Bougainville die Rückendeckung wichtiger externer Akteure, nämlich der UN und der regionalen Vormächte Australien und Neuseeland.

Am 15. Januar 1999 kam die "Bougainville Constituent Assembly" (BCA) zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Als Mitglieder dieser Versammlung sind zugelassen alle Mitglieder des BIG, alle Mitglieder des (ehemaligen) BTG, je 10 Vertreter von BRA und Resistance Forces, je sechs VertreterInnen von Frauen- und Kirchengruppen, drei Vertreter der BRA-Fraktion Francis Ona's (diese BRA-Strömung hatte sich am bisherigen Friedensprozeß nicht beteiligt) sowie die vier Abgeordneten Bougainvilles aus dem Nationalparlament. (Von diesen war allerdings nur einer anwesend.) Zu Ko-Vorsitzenden der BCA wurden der Vizepräsident des BIG, Joseph Kabui, und der ehemalige Präsident des BTG, Gerard Sinato, gewählt.

Man kann sicher sagen, daß die BCA ein breites Spektrum politischer Kräfte auf Bougainville repräsentiert und wohl auch von einer Mehrheit der Inselbevölkerung unterstützt wird. Von daher kann sie - übergangsweise, bis zu demokratischen Wahlen zu einer Regierung der Versöhnung - sicher als legitime Vertretung der Bevölkerung Bougainvilles und Verhandlungspartner der Zentralregierung PNGs angesehen werden. Allerdings gibt es auch Kräfte, die abseits stehen. So sprachen sich John Momis, die Mehrheit der militärischen Führer der Resistance Forces und die chiefs der Bougainville unmittelbar benachbarten Insel Buka (die stets gemeinsam mit Bougainville verwaltet wurde und auch mit in den Krieg einbezogen war) gegen die BCA aus, da diese gemäß Verfassung PNGs "illegal" sei. Die Buka-Chiefs ventilierten sogar bereits den Vorschlag, daß Buka unabhängig von Bougainville zu einer neuen (der 20.) Provinz PNG's gemacht werden könnte und daß John Momis dann Gouverneur dieser Provinz werden könnte. Hier zeichnet sich neuer Konfliktstoff ab.

Sorgen und Nöte

der Bevölkerung

Allerdings muß jede und jeder, der oder die auf der politischen Ebene agiert und versucht, hier Interessen zu wahren und Ziele durchzusetzen, mit der großen Kriegsmüdigkeit der Mehrheit der Bevölkerung Bougainvilles rechnen. Eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen - von welcher Seite auch immer - würde bei den meisten Menschen auf Ablehnung stoßen. Daher werden auch alle Konfliktparteien nicht müde, ihre Unterstützung des Friedensprozesses zu betonen. Allerdings haben sich die Leute in den Dörfern vom Frieden mehr versprochen. Mit der Einstellung der Kampfhandlungen und der Konsolidierung des Waffenstillstands war die Erwartung verbunden, daß es jetzt auch ökonomisch und sozial wieder aufwärts gehen würde.

Es sei daran erinnert, daß Bougainville vor dem Krieg die am besten entwickelte Provinz PNGs war. Die Menschen konnten - auch unabhängig von der Panguna-Kupfermine, deren Profite ohnehin weitestgehend von der Insel abgezogen wurden - durch den Anbau und die Vermarktung von cash crops (Kokos, Kakao) Geldeinkommen erzielen und so ihre Subsistenz-Gartenbauwirtschaft ergänzen. Das Schulwesen war recht gut ausgebaut; Bougainville hatte das höchste Bildungsniveau in PNG. Und auch Gesundheitswesen und andere soziale Dienste funktionierten einigermaßen.

Während des Krieges brach das alles zusammen. Wegen der über die Insel verhängten Blockade konnten keine cash crops mehr exportiert werden. Die medizinische Versorgung konnte nicht mehr gewährleistet werden; die meisten Menschen starben im Krieg, weil es an dringend benötigten Medikamenten und an fehlender ärztlicher Betreuung mangelte. Die Schulen mußten schließen; eine ganze Generation junger Bougainvilleans blieb ohne schulische Ausbildung. Und so erhofften sich die Menschen vom Friedensprozeß vor allem: Wiedereröffnung der Schulen, Wiedererrichtung der Gesundheitsposten, Wiederherstellung der im Krieg weitgehend zerstörten Infrastruktur, um so wieder Marktzugang zu bekommen. Doch das alles passiert kaum. Zwar gibt es mittlerweile Zusagen über finanzielle Unterstützung des Wiederaufbaus auf Bougainville seitens reicher externer Akteure: Australien, Neuseeland, die EU haben Hilfe versprochen. Und mittlerweile tummeln sich auch Angehörige diverser Hilfsorganisationen auf Bougainville, die beim Wiederaufbau des Schul- und Gesundheitswesens usw. Hilfestellung leisten wollen.

Doch die Menschen in den Dörfern haben nach wie vor das Gefühl, daß gerade bei ihnen nichts ankommt. Der häufig geäußerte Verdacht, daß die Hilfsgelder in den Taschen der Angehörigen der politischen Klasse PNGs verschwinden, ist sicher nicht unbegründet... Jedenfalls müssen die Menschen mit Bitterkeit feststellen, daß gerade in ihrem Dorf Schule und Gesundheitsposten noch nicht wieder eröffnet sind, daß die Piste zum nächst größeren Marktort noch nicht wieder repariert ist, daß es keine Verdienstmöglichkeiten gibt usw. usf. Langsam werden die Leute "an der Basis" ungeduldig und fordern mit Nachdruck die vom australischen Außenminister Downer zu Beginn des Friedensprozesses vollmundig versprochene "Friedensdividende" ein.

Besonders unzufrieden sind die Jungen und jungen Männer, die jahrelang entweder auf seiten der BRA oder der Resistance Forces Krieg geführt haben und die nun ohne Ausbildung, Beschäftigung und berufliche Perspektive herumhängen und sich mit "home-brew" - selbstgebranntem Schnaps - zudröhnen. Sie sind in "gangs" zusammengeschlossen, die die Insel unsicher machen. Das "law and order" - Problem, welches Bougainville zusehends belastet, ist vor allem auf diese jugendlichen Banden zurückzuführen. Sie haben immer noch ihre Waffen, weil der im Lincoln-Abkommen vereinbarte Abzug der Regierungstruppen und die Entwaffnung von BRA und Resistance sowie aller anderen bewaffneten Kräfte auf Bougainville überhaupt noch nicht begonnen wurde. Und so können die Banden erheblichen Ärger machen, zumal es bis jetzt auch nicht gelungen ist, eine funktionierende Polizei und Justiz auf Bougainville wieder aufzubauen. Da sich die Regierungstruppen und die BRA strikt an die Waffenstillstandsvereinbarungen halten und sich nicht aus ihren jeweiligen Camps herausbewegen und da die (unbewaffnete) PMG nur das Mandat zur "Beobachtung" hat, also ebenfalls keine Polizeifunktionen übernehmen kann, eröffnet sich ein Freiraum für diese undisziplinierten Banden. Sie bilden ein Potential, das den Friedensprozeß erheblich stören und behindern kann.

Um so bewundernswerter ist die couragierte Arbeit jener Frauen aus (insbesondere kirchlichen) Frauengruppen, die in den "bush" gehen, um die jugendlichen (Ex-)Kämpfer dazu zu bewegen, ihre Waffen niederzulegen, in ihre Dörfer und zu ihren Familien zurückzukehren und sich an den vielfältigen Versöhnungsprozessen zu beteiligen. Da die Frauen aufgrund der matrilinearen Organisation der traditionalen Gemeinschaften auf Bougainville eine starke gesellschaftliche Stellung haben, sind sie hierbei recht erfolgreich - wie überhaupt der Friedensprozeß wesentlich von Frauen initiiert worden ist und von Frauen an der Basis in Gang gehalten wird. Dauerhafter Erfolg wird ihren Bemühungen allerdings nur dann beschieden sein, wenn in absehbarer Zeit die Menschen in den Dörfern tatsächlich eine "Friedensdividende" einstreichen können.

Vo

1) Auch für die Einrichtung des BTG war eine solche Ausnahmeregelung notwendig gewesen. Diese hatte aber nur bis zum 31.12.1998 Gültigkeit, danach hörte das BTG formal verfassungsrechtlich auf zu bestehen. Daher war es unter rechtlichen Gesichtspunkten unbedingt notwendig, für das BRG eine neue Ausnahmeregelung zu schaffen.

Glossar:

PNG: Papua-Neuginea

BRA: Bougainville Revolutionary Army

BRG: Bougainville Reconciliation

Government

BIG: Bougainville Interim Government

BTG: Bougainville Transitional

Government

BCA: Bougainville Constituent

Assembly

PMG: Peace Monitoring Group

34. Aus gegebenem Anlaß: Eine Lanze für Jelzin

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:07

Nun haben es wieder einmal fast alle gewußt! Boris Jelzin muß nicht nur gehen, er hätte schon lange gehen müssen, mehr noch, er hätte gar nicht erst antreten dürfen. Jelzin verhindert echte Reformen in Rußland!

Kaum einer der Kritiker und Kritikerinnen versucht überhaupt zu erklären, was "echte Reformen" sein könnten - wenn es denn nicht der abgetrage Hut des Liberalismus sein soll, den man Rußland in den letzten Jahren versuchte überzustülpen. Die öffentliche Kritik geht so haarscharf an der Realität vorbei wie seinerzeit der frenetische Applaus aus denselben Reihen für Jelzins sogenannte demokratische Revolution.

So wenig nämlich die Revolution des Boris Jelzin 1991 eine demokratische war, so wenig ist das, was sich jetzt in Rußland abspielt, mit einfachen Slogans wie "Voran in die Vergangenheit", "Rückkehr des Kommunismus", "Rußland auf dem Weg in die Restauration" usw. zu erfassen.

Man muß Jelzins Reformen nicht verteidigen, um zu begreifen, welche Funktion er hatte und welche er jetzt noch haben kann: Jelzin war - allem Anschein, ein überstarker Präsident zu sein, zum Trotz - der Vollstrecker der von Gorbatschow eingeleiteten Entstaatlichung des früheren sowjetischen Einheitsraumes. Drei Schritte unternahm er, die Gorbatschow noch nicht gewagt hatte: Er kündigte das staatliche Produktions- und Preismonopol, er löste die Einheit der Union auf, und er diktierte der russischen Föderation eine neue Verfassung. Darin wurden vor allem die Rechte der Regionen neu definiert.

Im Ergebnis entwickelte sich jener autoritäre Liberalismus, der sich den Begriffen westlicher Politikwissenschaft ebenso entzieht wie die zu ihm gehörende Form der Beziehungswirtschaft. Nicht Markt, nicht Kommandowirtschaft, nicht Demokratie, aber auch nicht Diktatur - vielmehr entwickelte sich ein vieldeutiger und in sich widersprüchlicher gesellschaftlicher Hybride.

Die Funktion Boris Jelzins bestand darin, aller anfänglichen Radikalität zum Trotz, diesen Schwebezustand zu halten. Als über allen schwebender Richter ermöglichte er auf diese Weise den Übergang vom sozialistischen Einheitsmodell in die Realität divergierender Interessen und Entwicklungsgeschwindigkeiten des nachsowjetischen Raumes.

Dies gilt, auch wenn Jelzin diese Rolle letztlich nicht freiwillig übernahm, sondern nach dem Scheitern seiner eigenen Illusionen vom schnellen Übergang zum freien Markt durch die Trägheit der in Bewegung zu bringenden materiellen und gesellschaftlichen Gesamtverhältnisse Rußlands und seiner nachsowjetischen Umwelt dazu gezwungen wurde.

Mehr noch, Korrekturen seines eigenen Kurses, die Jelzin zulassen mußte, ließen seine Rolle als Erhalter des Schwebezustands überhaupt erst richtig hervortreten. Zu diesen Korrekturen gehören der Übergang von Jegor Gaidar auf den "bedächtigeren" Viktor Tschernomyrdin oder die Beendigung des Krieges in Tschetschenien durch den zur Vermittlung nicht nur entschlossenen, sondern kraft seiner Beziehungen im einschlägigen Milieu auch fähigen General Alexander Lebed.

Wer heute über Jelzins gescheiterte Reformen klagt, beweist damit nur, daß er oder sie nicht verstanden hat, daß das 1991 formulierte Reformprogramm von Anfang an illusionär war. Nicht illusionär war seine Funktion als Liquidator sowjetischer Staatlichkeit. Gerade indem er die Einheit der Union opferte, die russische Föderation unter ein autoritäres Präsidialregime stellte, das auf wirtschaftlichen Zugeständnissen im Innern aufbaute, schuf er die Voraussetzungen für die allmähliche Aufteilung des sowjetischen Kuchens. Insbesondere die Regionen konnten sich so herausbilden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Regionen sich sehr ungleichmäßig entwickeln.

Recht besehen, besteht die Leistung Boris Jelzins ohnehin nicht in dem, was er gemacht, sondern in dem, was er nicht gemacht hat: Er hat das Schockprogramm nicht durchgezogen wie angekündigt, sondern den Weg für die Entstehung einer gemischten Wirtschaft bereitet. Er hat Rußland nicht vollkommen vom alten sowjetischen Zusammenhang abgekoppelt, aber auch nicht gewaltsam rekolonisiert. Er hat den Krieg in Tschetschenien zwar beginnen lassen, sich dessen Beendigung aber nicht widersetzt.

Während der Krise des Sommers 1998 ließ Jelzin keinen Befehl zur Niederschlagung der Bergarbeiterrevolten im Kemerowo geben; er ließ das Lager der Besetzer vor dem Weißen Haus in Moskau nicht räumen und zog auch die Gouverneure, allen voran den Gouverneur von Kemerowo, Tulejew, der sich schützend vor die lokalen Proteste stellte, nicht zur Verantwortung. Moskau ging geschwächt, die Regionen gingen gestärkt aus der Krise hervor.

Damit ist eine neue Phase der Entwicklung in Rußland eingeleitet. Jelzins Funktion als Schiedsrichter reduziert sich. Aber weit entfernt davon, überflüssig zu sein, kommt dem Alten, gesund oder nicht, im Vorfeld der bevorstehenden Präsidentenwahl im Jahr 2000 eine äußerst wichtige Funktion zu, nämlich: den ersten legalen Machtwechsel im neuen Rußland zu ermöglichen.

Gelingt der legale Übergang, so ist das ein Schritt auf dem langen Weg zu einer Konsolidierung für eine Zeit nach Jelzin. Es wäre nicht gleich Demokratie nach unserem Verständnis, die so entstünde, aber immerhin eine durch Wahl bestätigte Legitimierung der Macht. Für Rußland, das bisher nur von oben vollzogene oder gewaltsame Wechsel der Macht kennt, wäre das ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einem anderen Staatsverständnis.

Gelingt es nicht, droht die Gefahr, daß Rußland sich in Diadochenkämpfen zerfetzt. Diese würden die ungeklärten sozialen, regionalen und nationalen Differenzen verschärfen, statt sie zu lösen. Da bleibt einem nur, dem alternden Präsidenten das Beste für seine Gesundheit zu wünschen.

Kai Ehlers

35. Für eine andere Rußlandpolitik!

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:06

In Moskau geht die Ära Jelzin zu Ende. Wer immer sein Nachfolger sein wird, eins wird auf jeden Fall für ihn gelten: Er wird mehr auf die russischen Regionen hören müssen. Die Krise Jelzins ist zugleich auch die Krise des Moskauer Zentralismus oder - positiv formuliert - Ausdruck gewachsener Bedeutung der russischen Regionen.

Das Ende der Ära Jelzin ist zugleich ein Wendepunkt bisheriger westlicher Rußlandhilfe. Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist wegen seiner Mißerfolge selbst in den eigenen Reihen in die Kritik gekommen; in Bonn ist der Regierungswechsel vollzogen. Schröder überraschte bei seinem Antrittsbesuch in Moskau mit Kritik an zu hastigen Reformen; ebenso verzichtete er auf neuerliche Forderungen nach einer konsequenten Reformpolitik und verband das mit der Weigerung, weitere Kredite zu versprechen.

Treibendes Motiv der Rußlandpolitik Helmut Kohls seit 1988 war die Wiedervereinigung. Sie war für ihn nicht nur ein Herzensanliegen; sie war ihm auch die Lieferung von Hilfsgütern, Kompensationszahlungen und Soforthilfekredite in der Höhe von 60 Milliarden DM wert. Damit stand das damalige Westdeutschland in den Jahren 1989 bis 1991 einsam an der Spitze der Rußlandhelfer.

Angesichts dieser Belastung versuchte die Bundesregierung die übrigen G-7-Staaten gleichfalls zu stärkerem Einsatz zu bewegen. Allen voran die USA unter Präsident Bush, sodann England unter Margaret Thatcher machten ihre Unterstützung jedoch von der Durchführung radikaler marktwirtschaftlicher Reformen in Rußland abhängig. Japan verweigerte wegen der ungelösten Kurilenfrage jegliche Hilfe. Erst als Jelzin Gorbatschow 1991 mit dem Programm einer "Schocktherapie" ablöste, waren die übrigen G-7-Staaten zu größeren Einsätzen bereit. Dynamik bekamen diese allerdings erst im Zuge der von Clinton seit seinem Amtsantritt 1993 propagierten neuen Partnerschaft mit Rußland. Er instrumentalisierte dafür vor allem den IWF, den er drängte, "leichte Kredite" zu geben.

Praktisch hieß das: Jedesmal, wenn sich die russische Krise akut zuspitzte, waren IWF, Weltbank und auch die "European Bank for Reconstruction and Development" (EBRD) mit neuen Kreditpaketen zur Stelle, die immer an die Forderung nach "konsequenten Reformen" gekoppelt waren. Insgesamt wurden auf diese Weise bis heute Kredite in Höhe von 200 Milliarden Mark an Rußland in Aussicht gestellt, allerdings keineswegs alle gezahlt. Nach der Sommerkrise 1998, die Rußland an den Rand des Zusammenbruchs brachte, stellte der IWF die Zahlungen vorläufig ein. Gleichzeitig machte er der russischen Regierung Hoffnung, daß bei "konsequenten Reformen" doch wieder gezahlt werden könnte. Was gemäß der Statuten des IWF als Wirtschaftshilfe definiert ist, erweist sich so als ein politisches Instrument, mit dem versucht wird, die nachsowjetischen Gesellschaften auf einen vom Westen definierten Reformkurs zu zwingen.

Dieser Kurs wurde im Frühjahr 1991 in Gesprächen festgelegt, die Boris Jelzin - damals Präsident der Russischen Republik im Rahmen der noch bestehenden UdSSR - in Washington führte. Das geschah parallel zu dem Londoner G-7-Gipfel, der Gorbatschow die Unterstützung zu verweigern drohte, wenn er nicht erst seine "Hausaufgaben" mache, wie es die Presse seinerzeit formulierte. Das Programm, mit dem Boris Jelzin und seine Mannschaft um Jegor Gaidar dann antraten, entsprach bis in einzelne Formulierungen den Vorgaben des IWF.

Kern des Programms war die radikale Privatisierung bei gleichzeitiger "Politik des knappen Geldes", in deren Zuge durch Währungsreform, Abbau von Subventionen, Streichung sozialer Leistungen etc. Geld aus dem Lande in die neu entstehenden Finanzzentren, vor allem nach Moskau, gezogen werden sollte. Den politischen Rahmen für die Reformen sollten die Umwandlung der sowjetischen in eine Rechtsordnung demokratischen Typs und die Einbindung Rußlands in das europäische Sicherheitssystem bilden; später kam die Ausweitung der NATO nach Osten hinzu.

Das Ergebnis: nicht freie Marktwirtschaft sondern Ent-Industrialisierung, nicht Demokratisierung sondern soziale Desintegration, nicht mehr Sicherheit sondern politische Instabilität. Die Privatisierung schuf kein produzierendes Privateigentum, sondern transferierte das frühere Gemeineigentum in einen Sektor

hochkonzentrierten spekulativen Kapitals. Dem steht die Bevölkerungsmehrheit gegenüber, die von Naturaltausch, Schatten- und Subsistenzwirtschaften lebt.

Die IWF-Politik schürt antiwestliche Stimmungen

Die Sicherheitspolitik schuf kein verläßliches neues System gleichberechtigter Partner auf dem euroasiatischen Kontinent, sondern eine gefährliche Halbheit: Als Mitglied der Europäischen Union wurde Rußland zum Teil Europas erklärt, während es durch die NATO-Erweiterung faktisch bedroht, mindestens aber halb eingekreist wird. Im Ergebnis läuft das auf den Versuch einer Neutralisierung Rußlands hinaus. Diese Tatsache wird durch Rußlands beratende Stimme im NATO-Rat nicht gemildert, sondern im Gegenteil noch verstärkt.

Angesichts solcher Ergebnisse wird verständlich, daß es inzwischen nicht wenige Menschen in Rußland gibt, die diese Reformen nicht nur als Fehler betrachten, sondern dahinter die politische Absicht des Westens, speziell der USA, vermuten, den sowjetischen, danach auch noch den russischen Konkurrenten zu schwächen und in einer Spirale von wechselnden Kreditversprechungen und deren Verweigerung von sich abhängig zu machen und zu neutralisieren. Daraus ist eine antiwestliche Stimmung von gefährlicher Kraft entstanden, die sich auch jetzt noch weiter ausbreitet.

Die schärfste Kritik, die am IWF geübt wurde, kam aus den eigenen Reihen, so etwa von Horst Köhler, seit letztem Jahr Präsident der "European Bank of Reconstruction and Development" (EBRD). In einem Interview der FAZ (7.10.1998) sagte er: "Wir können in Rußland Marktwirtschaft und Demokratie nur dann auf Dauer verwirklichen, wenn wir sie mit der Kultur, der Geschichte und den Traditionen des Landes verankern." Das würde zuallererst bedeuten, das Primat der Privatisierung aufzukündigen, das die letzten Jahre bestimmt hat. Die Reformen haben zum Teil den Charakter einer Zwangsprivatisierung angenommen.

Wünschenswert ist statt dessen die Entwicklung einer gemischten Wirtschaft, in der die immer noch bestehenden Staatsbetriebe in privatwirtschaftlich organisierte Beteiligungsmodelle verwandelt werden, während das neu entstandene und weiter entstehende Privatkapital andererseits einer Sozialpflichtigkeit unterworfen wird. Erfolgreiche Reformen können nur auf den gewachsenen kollektiven sozio-ökonomischen Strukturen aufbauen. Das bedeutet, sie müssen von der realen Existenz der kollektiven Landwirtschaft, also den Gemeinschaftsproduktionen von Kolchosen und Sowchosen, der Existenz ganzer Betriebsdörfer oder Produktionsstädte ausgehen, die als Ansammlung privatisierter Individuen nicht existenzfähig wären, im Verlauf der Reformen aber in vielen Fällen Träger einer kollektiven Privatisierung wurden. Dies ist nicht nur die einzige, es ist auch die von der tatsächlichen Entwicklung der letzten Jahre vorgezeichnete Alternative zu den vom IWF vorgeschlagenen Massenentlassungen und der einzige Weg zu Verhältnissen, die demokratischen Charakter tragen, auch wenn die paternalistischen Formen dieser Demokratie nicht westlichen Vorstellungen entsprechen.

Neu wären auch die Beziehungen Europas zu Rußland zu definieren. Es ist vollkommen unsinnig, Rußland zu einem Teil Europas machen zu wollen - und es dann durch die NATO-Erweiterung wieder auszugrenzen. Es müssen vielmehr neue Formen gefunden bzw. auch vorhandene wie KSZE oder OSZE so entwickelt werden, daß Rußland zum Teil eines Sicherheitssystems werden kann, welches Asien und Europa verbindet.

Schließlich müßte eine Politik auf der von Köhler skizzierten Linie sich von der Zentrierung allein auf Moskau lösen. Die Unterstützung regionaler Entwicklungsprojekte von deutscher Seite ist nicht nur im Interesse kontrollierbarer Effektivität dringend geboten. Sie würde auch die Umwandlung des Zentralstaats in eine Organisation gleichberechtigter politischer Subjekte und somit eine langfristige Demokratisierung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Ländern und Völkern auf dem euroasiatischen Kontinent stärken.

An der Haltung zu diesen drei wunden Punkten - Privatisierung, Europabindung Rußlands, Moskauer Zentralismus - wird sich in Zukunft zeigen, ob die von Kanzler Schröder bei seinem Antrittsbesuch in Rußland gestarteten Signale mehr als ein kurzfristiges Feuerwerk waren.

Kai Ehlers

Kai Ehlers ist Autor mehrerer Bücher über die Sowjetunion und über Rußland. Zuletzt erschien: "Herausforderung Rußland. Vom Zwangskollektiv zur selbstbestimmten Gemeinschaft? Eine Bilanz zur Privatisierung"; Stuttgart (Schmetterling Verlag) 1997, 250 Seiten, 29,80 DM

36. Ein Ort zweckfreien Gedenkens. Was der Sinn eines zentralen Berliner Mahnmals sein könnte

Autor: Js. · Rubrik: Zeitgeschichte; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:31

Mitte Januar schien des Rätsels Lösung endlich gefunden. Kulturminister Naumann einigte sich mit dem Architekten Eisenman auf ein neues Konzept für ein Berliner Holocaust-Mahnmal; die Regierung war einverstanden, der Bundespräsident und Ignatz Bubis ebenfalls. Wenig später ist die Lage erneut unübersichtlich: Nach zum Teil heftigen Kritiken an dem Naumann-Eisenman-Kompromiß, nach Plagiatsvorwürfen gegen Eisenman und Einsprüchen der MitbewerberInnen Gerz, Weinmiller und Libeskind könnte es einen weiteren Wettbewerb geben. Der Plan, noch vor der Sommerpause zu einer Entscheidung des Bundestages zu kommen, ist wohl nicht mehr einzuhalten. In diesem Artikel geht es weniger um die Windungen und Wendungen der aktuellen Debatte als vielmehr um einige grundlegende Fragen.

Vermutlich werden sich die staatstragenden Parteien früher oder später auch in der Frage des Berliner Mahnmals einigen - schließlich haben sie das in Angelegenheiten von "nationalem Interesse" bisher immer noch geschafft. Und um "nationales Interesse" geht es hier - unter anderem zumindest. Henryk M. Broder zitiert im Spiegel (4/1999) einen anonymen deutschen Diplomaten, der sich in den USA "bei einem Essen mit einem deutschen Journalisten" mit folgendem Argument für das Mahnmal ausgesprochen habe: "Wir brauchen es dringend, je schneller es gebaut wird, um so besser." Auf Nachfrage habe er erklärt, "wir", das sei das Auswärtige Amt: "Es ist gut für unsere Selbstdarstellung in den USA."

Das ist, wenn nicht wahr, dann zumindest gut erfunden; die zitierte Nützlichkeitserwägung war ausschlaggebend für die Entscheidung Kohls, ein Holocaust-Mahnmal zu bauen. Es liegt im deutschen Interesse, nicht nur in den USA (wo die Juden so viel Einfluß haben, hätte Broders Diplomat noch anfügen können) - auch anderswo in der Welt bringt es Sympathiepunkte. Die Millionen für das Mahnmal erscheinen geradezu als Zukunftsinvestition - insbesondere wenn die deutsche Großmacht, wie vorauszusehen, weltweit und auf eigene Rechnung in eine wachsende Zahl von Konflikten eingreifen wird. Daß die jeweiligen "Feinde Deutschlands" darauf mit Hinweisen auf dessen Nazi-Vergangenheit kontern werden, ist ebenso vorhersehbar (Regierung und Medien Serbiens tun das seit langem mit einigem Erfolg). Hier käme das Mahnmal als schwer zu widerlegendes Gegenargument ins Spiel - ein steinerner Beweis deutscher Einzigartigkeit: Wo sonst wird in vergleichbarer Weise an das "dunkelste Kapitel" der eigenen Geschichte erinnert?

Wo die Rechtsextremen, die über diesen Tatbestand entrüstet sind, mit Walser ein Monument der Schande und mit Augstein ein Diktat der Juden sehen, machen wendigere Nationalisten eine andere Rechnung auf: Das Mahnmal ist eine symbolpolitische Vorleistung, die sich realpolitisch auszahlen wird.

Solidarität mit den Opfern

Wenn das kollektive Gedächtnis einer "Nation", insbesondere der deutschen, Gegenstand der Auseinandersetzung ist, ist immer - und vielleicht an erster Stelle - Politik im Spiel. Das gilt allerdings auch für die eben vorgebrachten Einwände. Geht es nicht eigentlich um das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus? Kann und soll das nicht an ein und demselben zentralen Ort stattfinden, praktiziert von Deutschen und Nicht-Deutschen, Juden und Nicht-Juden unterschiedlicher politischer, religiöser und weltanschaulicher Orientierung? Im Prinzip ja - wenn an diesem Ort die Solidarität mit den Opfern im Mittelpunkt steht. Am klarsten hat m.E. Micha Brumlik (in der Frankfurter Rundschau vom 29.12.1998) dargelegt, was der Sinn eines zentralen Berliner Mahnmals sein könnte.

Brumlik leitet aus Gedanken der Philosophen Walter Benjamin und Lutz Wingert das Programm einer "anamnetischen Solidarität" ab, einer "Solidarität der Opfer um ihrer selbst willen". Der Opfer zu gedenken heiße, "sie aus der Ausgrenzung in Tod und Demütigung - wenigstens symbolisch - wieder in eine moralische Gemeinschaft aufzunehmen." Das Berliner Mahnmal könne "ein Zeichen öffentlichen Respekts gegenüber den Opfern der Massenvernichtung" sein, schreibt Brumlik: "Dieser Respekt wird seitens jener moralischen Gemeinschaft erbracht, die mit den Tätern in verwandtschaftlichen oder politisch-rechtlichen Beziehungen steht, ohne doch selbst schuldig zu sein - der gegenwärtigen deutschen Nation. Die Übernahme der Verantwortung geschieht aus der Einsicht heraus, in einem politisch-moralischen Kontext zu stehen, den man nicht beliebig verlassen kann."

Wer sind die Opfer, derer gedacht wird?

Letzteres ist im übrigen auch unseren "antideutschen" Freunden entgegenzuhalten. Befremdlich wirkt auf mich die von Brumlik postulierte "moralische Gemeinschaft" der heute lebenden Deutschen. Daß "das Selbstverständnis von Nationen, ihre ‚Identität`, keine natürliche Tatsache, sondern ein Konstrukt, ein Ergebnis von Elitenkommunikation ist", hat er an anderer Stelle (taz, 3.12.1998) eingeräumt. Gleichzeitig schreibt er dort von der "Nationalidee" (ohne Anführungszeichen) der "Berliner Republik", die in der Debatte um das Mahnmal geboren werde. Die von Brumlik geforderte "historische Verantwortung" läßt sich von den heute lebenden Deutschen aber auch ohne "Nationalidee" übernehmen. Auf letztere sollten wir besser verzichten - wie auf "Nation" und "Vaterland" überhaupt.

Nach einer Grundsatzentscheidung aus dem Jahre 1992 soll das Berliner Mahnmal ausschließlich den ermordeten europäischen Juden gelten; im allgemeinen Sprachgebrauch heißt es daher zu Recht "Holocaust-Mahnmal". Die Repräsentanten der Sinti und Roma, die gegenüber Förderkreis, Bundesregierung und Zentralrat der Juden in Deutschland an den NS-Völkermord an Hunderttausenden "Zigeunern" erinnerten, wurden damals mit dem Versprechen abgespeist, auch sie würden ihr zentrales Mahnmal erhalten. Im Sinne eines "moralischen Universalismus" hat wiederum Micha Brumlik (ebenfalls in der FR vom 29.12.1998) der Sonderbehandlung der Juden über den Tod hinaus widersprochen:

"Der Respekt vor den Opfern läßt sich nicht teilen. Deshalb kann das Mahnmal, soll es seinen Sinn erfüllen, auch nicht nur den ermordeten Juden gelten. Eine Beschränkung auf die Juden würde zwar die Eigenart der Massenvernichtung, die in weltanschaulicher Hinsicht vor allem auf die Juden zielte, genügen. Historisch spricht sehr viel dafür, daß das, was die nationalsozialistische Massenvernichtung von allen anderen großen Mordtaten des Jahrhunderts grundsätzlich unterscheidet, ihr ausnahmsloser Vernichtungs- und Erniedrigungswille, nur den Juden galt. Gewiß sind bei der Aufklärung und Analyse des Verbrechens die unterschiedlichen Ideologien und Strategien, die zum Vergasen von Geisteskranken, dem oft tödlichen Drangsalieren religiöser und sexueller Minderheiten, zur Vernichtungspolitik gegenüber den damals so genannten Zigeunern sowie der millionenfachen Ermordung von Polen, sowjetischen Soldaten, Kriegsgefangenen und Zivilisten geführt haben, präzise zu unterscheiden.

Beim Bekunden des Respekts vor den Opfern wird jedoch nicht mehr gefordert, als das ihnen gemeinsame, unvorstellbar demütigende Leiden zu erinnern. Daher kann das geplante Denkmal - hier ist der bisherige Vorschlag zu korrigieren - nur ein Mal für ‚alle Opfer der Massenvernichtung` sein. Mit dieser Widmung wäre übrigens geklärt, daß hier nicht - wie bei der Neuen Wache - die Gefallenen der Wehrmacht, die Toten des alliierten Luftkrieges sowie die Opfer von Flucht und Vertreibung mitgemeint sind."

Brumliks Überlegungen wurden hier so ausführlich zitiert, weil sich die Dinge m.E. nicht klarer und richtiger darstellen lassen. (Zur Problematik des besonderen Vernichtungswillens gegenüber den Juden und seiner weltanschaulichen Begründung siehe auch den Artikel "Wissen und Erinnerung" in dieser ak-Ausgabe). Es ist zu bezweifeln, ob sich das Konzept des Mahnmals noch so weit ändern läßt, daß es allen Opfern der nationalsozialistischen Massenvernichtung gerecht wird. In der Diskussion der politischen und intellektuellen Eliten spielt diese Frage kaum eine Rolle. Namentlich Günter Grass hat sich mehrfach zum Fürsprecher der Roma und Sinti gemacht; gleichzeitig aber hat er grundlegende Bedenken gegen ein zentrales Mahnmal geäußert.

Ein kalter oder ein heimeliger Ort?

In einem von Grass mitunterzeichneten Offenen Brief, der vor etwa einem Jahr publiziert wurde, kommt die Frage der Opferauswahl nicht vor. Die Unterzeichner (neben Grass u.a. Walter Jens, György Konrad, Wolf Lepenies, Peter Schneider, George Tabori und Siegfried Unseld) plädieren für einen "Verzicht aus Einsicht" - "eine abstrakte Installation von bedrückend riesigem Ausmaß - auf einem Feld von der Größe eines Sportstadions" könne nicht "einen Ort der stillen Trauer und Erinnerung, der Mahnung oder sinnhaften Aufklärung schaffen". (FR, 5.2.1998) Der Vorwurf der Monumentalität und Abstraktheit wurde dem Entwurf von Eisenman und Serra, später dem verkleinerten Entwurf Eisenman II auch von anderen gemacht. Einige Kritiker meinten gar, an die Gigantomanie von Hitlers Baumeister Speer erinnern zu müssen, um ihrem Abscheu Ausdruck zu geben.

Die Frage der Ästhetik ist aber mehr als eine Geschmacksfrage. Micha Brumlik geht in seinem schon zitierten FR-Artikel aus von dem Begriff des "Erhabenen" in der idealistischen Ästhetik: "Eine abstrakte Ästhetik des Erhabenen entspricht - vor allen anderen Artikulationsweisen - der Erinnerung an die Opfer der Massenvernichtung besonders." Zwar sei die Massenvernichtung, wissenschaftlich gesehen, kein unlösbares Rätsel. "Wo unser Fassungsvermögen jedoch immer wieder an seine Grenzen stößt", fährt Brumlik fort, "das ist ihre moralische Ungeheuerlichkeit sowie das maßlose Leiden, dem ihre Opfer ausgesetzt waren. Dieser Maßlosigkeit eine endliche, sinnlich erfahrbare Form zu geben, muß paradox bleiben. Das Sichtbarwerden von Abstraktion, Orientierungsverlust und Unfaßlichkeit, die Anklänge an ein Gräberfeld, einen steinernen, allen Lebens beraubten Wald evoziert eine unheilbare Verstörung."

Dieses Plädoyer ist in sich schlüssig. Wer ein Mahnmal als Ort "zweckfreien Gedenkens" und "unheilbarer Verstörung" will, muß auch alle Versuche ablehnen, diesen Ort durch didaktische Begleitung erträglicher zu machen. Genau das scheint aber der Zweck des nun zwischen Naumann und Eisenman verabredeten "Kompromisses" zu sein. Nachdem Naumann ein Mahnmal zunächst abgelehnt und als Ersatz ein Museum vorgeschlagen hatte, soll nun Verschiedenes kombiniert werden: ein verkleinertes Mahnmal mit einem "Haus der Erinnerung", einer gigantischen Bibliothek und einer Forschungsstätte ("Genozid-Watch-Institut").

Gewichtige Einwände ...

In ak 413 (9.4.1998) schrieb Jörg Klitscher über den damals aussichtsreich scheinenden Entwurf von Eisenman und Serra, das begehbare Feld mit 4.000 Betonpfeilern (Stelen): "Dieser Entwurf weckt zwar Emotionen, aber ein Denkmal soll ja schließlich auch zum Denken, zur kritischen Reflexion über Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus anregen." Außerdem warnte er vor der Gefahr, daß ein zentrales Berliner Mahnmal "die Aufmerksamkeit von anderen Erinnerungsorten wie z.B. den KZ-Gedenkstätten ablenkt und einen Vorwand liefert, sie noch weiter verfallen zu lassen." Diese Sorge wird von vielen MitarbeiterInnen der bestehenden Gedenkstätten geteilt.

Ein berechtigter Einwand: Der Kompromiß von Naumann und Eisenman hat die ursprünglich veranschlagten Kosten von 15 Mio. DM auf 150 bis 180 DM erhöht. Allein der Unterhalt des Mahnmals und der mit ihm eine Einheit bildenden Einrichtungen würde 18 Mio. DM pro Jahr erfordern. Finanziert würden damit Aktivitäten, die in und um Berlin bereits stattfinden: in der "Topographie des Terrors", der Wannsee-Villa, dem Jüdischen Museum, dem Zentrum für Antisemitismusforschung, der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen.

Neu wäre das Institut zur Genozid-Forschung, gegen das allerdings ein nicht auszuräumender politischer Einwand erhoben werden muß: An diesem Ort, mitten in Berlin, würde es die Massenvernichtung durch Nazi-Deutschland, den "Zivilisationsbruch" Auschwitz, gewollt oder ungewollt auf eine Stufe stellen mit diversen anderen Völkermorden.

... und rechtes Gezeter

Während die meisten Mitglieder der Regierungsparteien dem von Naumann ausgehandelten "Kompromiß" zuneigen, ist die Bandbreite der Meinungen innerhalb der CDU bemerkenswert. Parteichef Schäuble unterstützt das von Kohl protegierte Modell Eisenman II; weniger taktisch denkende Unionsrechte lehnen ein zentrales Mahnmal dagegen pauschal ab. Ihr Wortführer, der Fuldaer CDU-Abgeordnete Hohmann, vertritt die Ansicht, "die Deutschen seien zu schwach, um eine solche offene Wunde auszuhalten. Sie müßten erst zur Versöhnung mit sich selbst kommen. Die Neue Wache Unter den Linden schließe bereits alle Opfer des Dritten Reichs, auch die Juden (!!!), in das Gedenken ein. Für ihn seien die Opfer des Dritten Reichs gleich; der vor Stalingrad gefallene Soldat, die im Dresdener Bombenhagel umgekommene Mutter und ihr Kind und der in der Gaskammer umgekommene Jude." (zitiert nach FAZ, 22.1.)

Hohmann wiederholte damit nur die geltende Staatsdoktrin, die auch dem Konzept der Neuen Wache zugrunde liegt. Da solche Reden gegenwärtig aber nicht opportun erscheinen, wurde er von seinem Parteivorsitzenden aufgefordert, "seine Position noch einmal zu überdenken". Denn was Hohmann vertritt, steht - angereichert mit offenem Antisemitismus - auch in Freys Deutscher Wochenzeitung (DWZ). Dort heißt es über die Gedenkkultur der frühen Bundesrepublik: "Man pflegte in Denkmalform wie auch bei den Gedenkveranstaltungen in der Regel ‚alle Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft` - wie es ausdrücklich hieß - zu würdigen. Eine Selektion der Toten fand nicht statt. Schon gar nicht eine, die zwischen ‚bösen`, weil dem ‚Tätervolk` angehörig, und ‚guten`, weil aus den Reihen des ‚Opfervolkes` stammend, unterschieden

hätte. Staatsgäste aus aller Herren Länder, auch jüdische Repräsentanten von Nahost bis Fernwest, akzeptierten diese Art des deutschen Gedenkens." (DWZ, 22.1.)

Eine Synthese der Positionen von Hohmann und Frey wäre vermutlich annähernd mehrheitsfähig. Vor allem deshalb ließe sich argumentieren, daß das in dem Entwurf Eisenman III angelegte Sowohl-als-auch besser ist als gar nichts. Politisch und moralisch angemessen erscheint mir allein ein Mahnmal für alle Opfer der Massenvernichtung, das ein Ort "zweckfreien Gedenkens" und "unheilbarer Verstörung" (Brumlik) wäre. Durchsetzbar ist es weder heute noch in absehbarer Zukunft.

Js.

Eisenmans Entwürfe

Obwohl der Wettbewerb um die Gestaltung des seit 1989 diskutierten Holocaust-Mahnmals immer noch nicht abgeschlossen ist, hatte es schon 1997 den Anschein, die Entscheidung sei gefallen - zugunsten des Architekten Peter Eisenman. Am Anfang stand der Entwurf

- Eisenman/Serra: Ein Labyrinth von 4.000 bis zu 7,50 Meter hohen Betonpfeilern (Stelen). Nach einem Einspruch von Bundeskanzler Kohl, der den Entwurf grundsätzlich unterstützte, entstand der Entwurf

- Eisenman II: 2.700 Stelen, maximal 4,50 Meter hoch, auf abgesenktem Gelände. Eisenmans Partner, der Bildhauer Richard Serra, trug diesen Entwurf nicht mit.

- Eisenman III: der mit Kulturminister Naumann ausgehandelte "Kompromiß". Das Stelenfeld (evtl. reduziert auf 2.000 Pfeiler) wird kombiniert mit Museum, Bibliothek und Forschungsstätte (siehe Artikel).

37. Expo No - denn die Welt sieht anders aus! Tipp-Ex - Treffen für Intergalaktische Perspektiven gegen die Expo

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:22

Im folgenden dokumentieren wir einen von dem Anti-Expo-Bündnis erarbeiteten Text (leicht gekürzt). Dieses Papier stellt die Diskussionsgrundlage für das zweite bundesweite Treffen gegen die Weltausstellung Expo 2000 in Hannover dar (siehe Kasten). Am ersten bundesweiten Anti-Expo-Treffen, das im Dezember letzten Jahres stattfand, nahmen ca. 60 Menschen aus verschiedensten Regionen der BRD teil. Bei diesem letzten Treffen wurde vor allem eine große Übereinstimmung darüber entwickelt, daß die Weltausstellung aufgrund ihres allumfassenden Anspruchs die Möglichkeit bietet, gemeinsamer Anknüpfungspunkt für linke Gruppen verschiedener Teilbereiche zu sein. Wie die inhaltliche Klammer aussieht, wurde nur sehr oberflächlich angerissen. Auf dem zweiten bundesweiten Treffen soll die inhaltliche Diskussion vertieft werden. Eine ungekürzte Fassung, weitere Diskussionsmaterialien und Informationen zum Treffen können beim Tipp-Ex bestellt werden.

Vom 1. Juni bis 31. Oktober 2000 präsentieren sich Regierungen von mehr als 170 Staaten in "Länderpavillons", Großunternehmen zum Teil ebenfalls mit eigenen Pavillons sowie internationale Organisationen (EU, UNO, Rotes Kreuz, ...). Veranstalterin der Expo 2000 ist die Bundesregierung, Vorbereitung und Durchführung wurde an die eigens gegründete Expo 2000 GmbH übertragen. Auf fünf der zehn Sessel im Aufsichtsrat der Expo GmbH sitzen Vertreter der deutschen Wirtschaft, die restlichen fünf teilen sich Vertreter der Bundesregierung, des Landes Niedersachsen, der Stadt Hannover und ein Gewerkschaftsfunktionär. Unter dem Motto "Mensch-Natur-Technik" soll den erwarteten 20 Millionen BesucherInnen v.a. in einem sogenannten Themenpark "Lust auf Zukunft" gemacht werden. Über Hannover hinaus sollen die Expo-Inhalte erstmals auch durch "dezentrale Projekte" in Niedersachsen, der BRD und weltweit verbreitet werden. Die damit einbezogenen Projekte haben sich - wie alle anderen Expo-Beiträge auch - an der Nachhaltigkeitskonzeption der Agenda 21 zu orientieren und sollen für eine breite Akzeptanz und einen zusätzlichen grünen Anstrich der Großveranstaltung sorgen. Angesprochen werden sollen durch die Expo vor allem Kinder und Jugendliche, die für die Problemsicht der Herrschenden und die präsentierte Technik gewonnen werden sollen. (...)

Inhalte der Expo 2000

Die Expo hat sich nichts geringeres vorgenommen, als "Lösungen" für die "globalen Probleme" wie Armut, Hunger und Umweltzerstörung zu präsentieren: "Die Expo 2000 [...] soll an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter ein völkerverbindendes Signal für die Menschen setzen. Ein Signal dafür, daß wir erkannt haben, daß wir Menschen auf dieser Erde alle zusammen in einer Welt leben. Es macht keinen Sinn mehr, uns in eine erste, zweite, dritte oder vierte Welt aufzuteilen, wenn wir neue Wege suchen. Wege, damit Menschen einen menschenwürdigen Lebensstil in Freiheit und Selbstbestimmung finden können und zugleich künftig das Gleichgewicht des globalen Ökosystems besser gewährleisten und das friedliche Miteinander nicht gefährden." (Expo GmbH 1995)

Probleme, Wege und Lösungen sollen vor allem im Themenpark präsentiert werden, der in die Themenschwerpunkte "Der Mensch", "Umwelt: Landschaft, Klima", "Basic Human Needs", "Die Ernährung", "Die Gesundheit", "Die Energie", "Die Mobilität", "Die Zukunft der Arbeit", "Wissen: Informationen, Kommunikation", "Die Zukunft der Vergangenheit" und "Das 21. Jahrhundert" untergliedert ist. Die Konzeptionen hierfür wurden von LobbyistInnen vor allem aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik entwickelt. Mit allen Bereichen soll dieselbe Botschaft transportiert werden: Es gäbe keine Alternative zum Kapitalismus; nur durch "Globalisierung", "Liberalisierung" und "freien Welthandel" ließen sich die Probleme der Welt lösen. Die alle Widersprüche glättende Strategie, um diese Botschaft durchzusetzen, heißt "Nachhaltige Entwicklung". (...)

"Alle in einem Boot"

In den Konzepten zur "Nachhaltigen Entwicklung", die von der Expo übernommen werden, sind Herrschafts- und Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Norden und Süden ausgeblendet. Es wird ein Weltbild frei von Interessengegensätzen konstruiert. Die Botschaft lautet: Wir sitzen alle in einem Boot. Über diese Strategie und aufgebauten moralischen Druck werden KritikerInnen zur Mitarbeit am kapitalistischen Weltrettungskonzept, zu dem es keine Alternative gäbe, genötigt. (...) Verantwortlich für die Probleme seien irgendwie "wir alle", und wer sich weigere mitzurudern, mache sich schuldig am Weltuntergang.

Nach dieser Logik können die Ursachen für Armut, Hunger, Kriege und Umweltzerstörung auch nicht in rassistischer und patriarchaler Herrschaft und kapitalistischer Ausbeutung von Mensch und Umwelt liegen. Als Ursache für all diese Probleme wird im nachhaltigen Weltbild und den Broschüren der Expo GmbH statt dessen einmal mehr die Legende von der "Bevölkerungsexplosion" in den armen Ländern des Südens bemüht. Da offensichtlich repressive Bevölkerungskontrollmaßnahmen zunehmend am Widerstand betroffener Frauen scheitern, werden Kontrollmaßnahmen heute subtiler unter dem Stichwort "Empowerment", d.h. als (scheinbare) Stärkung der Rolle der Frauen verkauft. Die Experten wollen Frauen den Zugang zu Bildung und Erwerbsquellen v.a. deshalb verschaffen, weil Bildung und Wohlstand - nach westlichem Vorbild - die "Geburtenraten" senkten. Die Mittel werden modernisiert, der technokratische Zugriff, der Menschen nur als Zahlen wahrnimmt, bleibt der gleiche. (...)

"Technikakzeptanz und Zukunftsfähigkeit"

Im übrigen lägen die Probleme daran, daß die angeblich zu vielen Menschen in den "Entwicklungsländern" mit veralteter, "nicht nachhaltiger" Technologie wirtschafteten. Hier setzt der Norden mit seiner vermeintlichen Lösungskompetenz an. Westliche Industrienationen und Multinationale Konzerne entdecken ihre "internationale Verantwortung", belehren den "unvernünftigen" Süden - und mehren durch "Technologietransfer" ihre Profite. Bio- und Gentechnologie sei notwendig, um die Nahrungsmittelerzeugung sicherzustellen, Atomtechnik sei erforderlich, um den wachsenden Energiebedarf zu decken und die "Klimakatastrophe" zu verhindern, und die Informations- und Kommunikationstechnologien werden als einzige Mittel dargestellt, um die angeblich "zunehmende Komplexität der Probleme" bewältigen zu können.

Dementsprechend und um ihren weltweiten Führungsanspruch zu unterstreichen, will die deutsche Wirtschaft auf der Expo um Technikakzeptanz werben. So sollten an der Expo beteiligte Firmen

"1. Problembewußtsein, z.B. in Umweltfragen, zeigen, dann jedoch

2. Lösungskompetenz der Unternehmen demonstrieren und dabei überzeugen, daß

3. nur mit Technik die drängenden Umwelt-, Entwicklungs- und Bevölkerungsprobleme zu lösen sind, um so auf der Expo für eine unverkrampfte Haltung zur Technik zu werben und damit

4. die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland einem weltweiten Publikum zu demonstrieren.

Im Kern zielt dieses Gemeinschaftsprojekt ab auf die Erreichung von Technikakzeptanz: Der Mangel an Technikakzeptanz und die irrationale Diskussion über Technikfolgen sind schuld daran, daß viele Zukunftschancen in Deutschland verspielt werden." (EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft 1995).

Diese Aussage verdeutlicht beispielhaft den strategischen Umgang der Mächtigen mit dem Konzept der "Nachhaltigen Entwicklung". Die herrschenden Eliten sehen angesichts wachsender ökologischer und sozialer Probleme ihre Akzeptanz schwinden. Was läge näher, als die "Schwelle zum 3. Jahrtausend" zum Anlaß zu nehmen, sich der Weltöffentlichkeit auf einer Weltausstellung geläutert zu präsentieren und die Lösungen für die - wohlgemerkt selbst definierten - Probleme gleich mit? Ziel dieser ganzen Bemühungen bleibt jedoch nach wie vor, die Profite zu maximieren und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse durch die scheinbare Integration aller Widersprüche zu stabilisieren.

Vision: Weltfrieden

durch Welthandel

Auch weiterhin wollen sich die Industrienationen und international operierenden Konzerne den ungehinderten Zugriff auf Menschen und Umweltressourcen sichern. Von den Ländern im Trikont und den ehemaligen "sozialistischen" Staaten wird die Bereitschaft verlangt, sich den Weltmarktstrukturen zu unterwerfen. Versprochen wird ihnen, am Wohlstand und "Entwicklungs"vorsprung des Nordens teilhaben zu können. Westliches Kultur- und Demokratieverständnis wird zum Maßstab und zur Bedingung für das Existenzrecht.

"Globalisierung" und "Liberalisierung des Welthandels" sollen angeblich dazu führen, daß "immer mehr Menschen am Wohlstand teilhaben" können. Die Expo-MacherInnen verbreiten diese Ideologie über die Formel "Weltfrieden durch Welthandel" (Expo GmbH 1997). Dem Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzip soll weltweit mit Nachdruck bis in die letzten geographischen und gesellschaftlichen Bereiche zur Durchsetzung verholfen werden. Die neoliberale "Modernisierung" des Kapitalismus wird angepriesen als Lösung der (durch den Kapitalismus verursachten) Probleme.

Entgegen dieser Darstellung nehmen die Gegensätze zwischen Arm und Reich immer dramatischere Formen an. Die Ausbeutungsstrukturen, die im Kolonialismus begründet wurden, haben weiterhin Bestand und bilden die Grundlage der weltweiten Ungleichheiten. Auf Basis dieser Ungleichheit kommt jeder Region - gemäß ihrem "Standortprofil" - eine Funktion innerhalb der weltweiten Arbeitsteilung zu. Die kapitalistische Systematik wird immer eine (abhängige) Peripherie benötigen, die Rohstoffe und billige Arbeitskraft liefert.

"Gelebte Menschlichkeit"

Die verstärkte Durchsetzung des Konkurrenzprinzips und die sich daraus ergebende "Standortlogik" hat veränderte Formen der staatlichen Politik auch in den Metropolen zur Folge. An die Stelle des Befriedungsinstruments "Sozialstaat" tritt zunehmend der "Repressionsstaat". Um Leistungsbereitschaft zu erzeugen, wird die Entsolidarisierung der Menschen nach rassistischem Muster weiter vorangetrieben. Durch die Sortierung der Menschen nach Verwertungskriterien, d.h. den gezielten Ausschluß bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, wächst die Angst vor der eigenen Ausgrenzung und damit die Bereitschaft, sich mit dem bestehenden System zu identifizieren und nach seinen Regeln zu funktionieren.

Dabei geht es nicht mehr nur um einen Rassismus, der sich auf Hautfarbe und Paß beruft, sondern zunehmend um einen "Leistungsrassismus", dessen Grundlage Arbeitswilligkeit und Unterwürfigkeit sind. Ein Ergebnis ist, daß nun nicht mehr nur "Ausländer" als Schuldige ausgemacht werden, sondern verstärkt arme Menschen und jene, die sich nicht kapitalistisch verwerten lassen wollen oder können, als Bedrohung aufgebaut werden. Die "Russen-", "Polen-", oder sonstwie "Mafia", Flüchtlinge, die kriminalisiert werden, oder all jene, die sich angeblich der Leistung für den "Standort" verweigern, werden als "ordnungszersetzende Elemente" gebrandmarkt; entsprechend hart wird gegen sie polizeilich vorgegangen.

Auf der Expo will sich die BRD als Gastgeberin dagegen multikulturell, verantwortungsbewußt und richtungweisend präsentieren: "Bei der Expo 2000 können wir zeigen, wie wir sind - weltoffen, mit gelebter Menschlichkeit, mit der Fähigkeit zur internationalen Solidarität" (Helmut Kohl 1997) - im Gegensatz zur ihrer rassistischen MigrantInnenpolitik und der Politik der "Inneren Sicherheit". Durch die Expo wird in Hannover forciert, was in allen größeren Städten vorangetrieben wird: Menschen werden zu "Randgruppen" stigmatisiert, kriminalisiert und aus den Konsumzonen der Reichen vertrieben - häufig mit dem Argument der bevorstehenden Expo.

"Das Bild der

Deutschen im Ausland"

Bedeutung hat die Expo 2000 auch als nationales Großprojekt: "Das Bild der Deutschen im Ausland wird mit der Expo 2000 vielfach neu bestimmt. [...] Deutschland kann mit der Expo 2000 einmal mehr beweisen, daß es aus dem Schatten dieses Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen herausgetreten ist und sich zu einer lebendigen Demokratie gewandelt hat. Und zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung, bei der so viele Mitglieder der Völkergemeinschaft Hilfe geleistet haben, können wir die Gelegenheit nutzen, 'Danke' zu sagen - und zeigen, was wir daraus gemacht haben: aus der Chance, miteinander neu zu beginnen." (Expo-Generalkommissarin Birgit Breuel 1996).

Die BRD-Regierung will das "weltoffene und fröhliche Fest" Expo 2000 nutzen, um 10 Jahre "Wiedervereinigung" abzufeiern und die NS-Vergangenheit endgültig als abgeschlossenes Kapitel der

Geschichte zu besiegeln. Im Kampf um Märkte und Ressourcen will die BRD weg vom Image des bedrohlichen Großdeutschland. Solchermaßen von der Bürde der Nazi-Vergangenheit befreit, hat die BRD keine Skrupel mehr, ihren politischen und ökonomischen Führungsanspruch weltweit auch militärisch durchzusetzen. Auch diese nationalistischen, geschichtsrevisionistischen und imperialistischen Aspekte der Expo 2000 machen unserer Meinung nach Widerstand gegen dieses Projekt erforderlich.

Expo demaskieren ...

Die Expo ist nicht "verantwortlich" für die beschriebenen Formen modernisierter Herrschaftssicherung. Die Expo hat lediglich die Funktion, für diese "neue Weltordnung" zu werben, Akzeptanz zu schaffen, die Weltsicht der Mächtigen in Millionen Hirnen zu verankern - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Großkonzerne und Regierungen präsentieren uns mit immensem Aufwand einen kompletten Zukunftsentwurf, der die verschiedenen Aspekte der herrschenden Politik in Zusammenhang setzt - einen Entwurf, der sämtliche gesellschaftliche Bereiche umfaßt.

Um 1992 - anläßlich einer "Bürgerbefragung" zur Expo - hatte der Schwerpunkt des Widerstands zwischenzeitlich vor allem auf der Auseinandersetzung mit den lokalen Folgen der Expo gelegen, mit dem Ziel, v.a. in Hannover zur Verhinderung der Expo zu mobilisieren. Heute liegt unser Schwerpunkt jedoch wieder darauf, die Expo 2000 - in Anlehnung an eine Parole des Widerstandes gegen die Expo '92 in Sevilla - zu "demaskieren", ihre Herrschaftsfunktion deutlich zu machen und zu kritisieren.

Die Expo versucht mit ihrem "Weltrettungsanspruch" und ihrer "Nachhaltigkeit" sehr viele Menschen einzubeziehen, nicht zuletzt aus dem Bereich der Umwelt- und Internationalismusgruppen. Demaskieren der Expo heißt dementsprechend, diese Vereinnahmung deutlich zu machen und eine Ablehnung der Expo ohne "wenn" und "aber" einzufordern. Hierzu reicht es unserer Meinung jedoch nicht aus, lediglich die Herrschaftskonzepte zu entlarven. Wir müssen vielmehr auf die Fähigkeit zur politischen Interventionsfähigkeit hinarbeiten.

... Widerstand organisieren

Über den Prozeß der Demaskierung und eine Diskussion linker Alternativen zum herrschenden System erhoffen wir uns letztlich, neue Orientierungen radikaler linker Politik zu erarbeiten. Wesentlich dafür wird sein, über die Kritik an einzelnen Aspekten patriarchal-kapitalistischer Herrschaft hinauszugehen und die verschiedenen Widerstandsfelder zusammen zu denken. Ohne die Expo positiv umdeuten oder überbewerten zu wollen, denken wir dennoch, daß sie sich dafür gerade aufgrund ihres allumfaßenden Anspruchs anbietet. Wie angedeutet findet sich in der Programmatik und dem Auftreten der Expo eine ganze Bandbreite von Herrschaftsaspekten. Die Expo bietet sich deshalb als gemeinsamer Anknüpfungspunkt für linke Gruppen aus völlig unterschiedlichen Teilbereichen an: feministische Gruppen, Initiativen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Menschen aus der Internationalismusbewegung, antirassistische Gruppen, Umweltgruppen, Anti-AKW-Bewegung, AntiFa, antimilitaristische Zusammenhänge, Anti-Repressions-Gruppen u.v.a.m.

Ziel unserer Politik ist daher nicht an erster Stelle die Mobilisierung auf die Zeit der Expo hin, sondern Ansätze, die darüber hinaus reichen und eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen ermöglichen. Aktionen wollen wir in diesem Sinne weniger an ihrer Quantität und Größe als an ihrem Beitrag zur Weiterentwicklung unserer praktischen als auch theoretischen Positionen messen. Wir möchten auf einen Prozeß gemeinsamer linker Organisierung hinarbeiten, der über bloße Vernetzung und Aktionsabstimmung hinausgeht. Uns schweben Formen der Zusammenarbeit vor, wie sie sich in den letzten Jahren für einzelne Bereiche z.B. im Rahmen der Kampagne "kein mensch ist illegal" oder der "Innen! Stadt! Aktion!" ergeben haben. ...

"Neuorientierung" der radikalen Linken bedeutet für uns, Diskussionen zu beginnen, die den Vereinzelungstendenzen linker Gruppen und der mitunter mangelnden Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenwirken. Fragen für gemeinsame Diskussionen hätten wir genug: Welches sind die zentralen Elemente des Herrschaftsmodells der Zukunft? Welche gemeinsamen Ursachen haben aktuelle Tendenzen, die sich in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen abzeichnen? Wo liegen die Gemeinsamkeiten unserer Kritik, was ist das "Linke" daran? Was unterscheidet unsere "linke" Weltsicht von der auf der Expo präsentierten? Welche Perspektiven linker Politik können wir in der Auseinandersetzung mit den Konzepten der Herrschenden entwickeln? Wie kommen wir aus der augenblicklichen Situation

gesellschaftlicher Isolierung heraus, wie machen wir unsere Kritik am auf der Expo präsentierten Zukunftsentwurf und unsere eigenen Vorstellungen anderer Gesellschaftsformen sichtbar? Welche Aktionsformen können vor, während und nach der Expo unsere Kritik und unsere Positionen deutlich machen?

2. bundesweites Treffen gegen die Weltausstellung Expo 2000 in Hannover

Tipp-Ex - Treffen für Intergalaktische Perspektiven gegen die Expo

Von Freitag, den 12. März bis Sonntag, den 14. März 1999, in Hannover

Wenn Ihr an dem Treffen teilnehmen wollt, meldet Euch bis Freitag, 26. Februar unter folgender Adresse: Tipp-Ex c/o AStA der Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167 Hannover, Tel.: 0511/762-50 61, Fax: 0511/71 74 41

38. Verwirrende Gebrauchsanweisung. Kritik an dem Artikel "Vorsicht Ambivalenz" in der Beilage zu ak 422

Autor: gw. und Js. · Rubrik: Sozialpolitik; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:37

In ihrer Erklärung in dieser ak-Ausgabe hat die ak-Redaktion klar gestellt: Der nicht unterzeichnete Artikel "Vorsicht Ambivalenz (Politische Gebrauchsanweisung der Existenzgeldforderung)" wird von ihr nicht mitgetragen - entgegen dem Anschein, der in der Beilage erweckt wird: Oben drüber steht "Herausgegeben von Arranca! und ak - analyse und kritik". Als pannenerprobte Redakteure unterstellen wir den MacherInnen der Beilage ein Versehen, nicht Absicht. Um die formale Abgrenzung von dem Text "Vorsicht Ambivalenz" mit ein wenig Inhalt zu füllen, haben wir folgende - vorläufige und unvollständige - Kritik formuliert. (Die ist nun wiederum in der ak-Redaktion nicht diskutiert und also auch nicht beschlossen worden.)

Genug der Vorrede. Warum finden wir den Artikel verwirrend? Schon der erste Satz ist falsch: "Es gibt genug Zustandsbeschreibungen." Es gibt zumindest keine in der Linken allgemein akzeptierte "Zustandsbeschreibung". Die folgende "stenographische Kurzversion" hilft auch nicht weiter; in ihr werden die üblichen Schlagworte - "fordistisch", "Globalisierung", "Postfordismus" - in einen mehr oder weniger plausiblen Zusammenhang gestellt. Aber es soll ja auch weniger um Worte als um Taten gehen (so jedenfalls verstehen wir den Satz, es gebe "genug Zustandsbeschreibungen") - eine "antikapitalistische Politik" soll entwickelt werden.

Unvermittelt lacht uns am Beginn des zweiten Absatzes die Forderung "Existenzgeld für alle!" entgegen - eine "ambivalente Forderung", auch weil "die wirtschaftsliberale Seite" mit ihren "Grundsicherungsmodellen" etc. staatliche Sozialleistungen nur weiter einschränken will. Ambivalenz hin oder her - schon im dritten Absatz wird uns die Existenzgeldforderung als beschlossene Sache präsentiert. Wir erfahren, daß "es beim Existenzgeld-Arbeitstreffen (hieß das nicht irgendwie anders?) im Frühjahr darum (geht), die Forderung nach Existenzgeld in den Kontext linker Debatten zu stellen." Das kann heißen: Sie soll zusammen mit anderen Fragen diskutiert werden. Aber auch: Sie soll als richtungweisende Forderung in diese Debatten hineingetragen werden. In diesem Fall wäre die Sache schon entschieden.

Auch der sich direkt anschließende Satz ist nicht sehr aufschlußreich: "Die politische Frage beginnt also (warum "also"?) beim Abstand zwischen Neoliberalismus bzw. sozialdemokratischer Sozialtechnologie und antikapitalistischen Praktiken." Das ist mindestens die dritte schwammige bis unverständliche Formulierung allein in der ersten Spalte. (Die anderen lauten "Ein antikapitalistischer Politik-Automatismus ist nicht vorhanden" und: Die Existenzgeldforderung "liegt mitten im umkämpften Terrain.") Später wird es allerdings noch schlimmer. Wir zitieren, grob aus dem Zusammenhang gerissen:

- "Ziellinie" der "kapitalistischen Regulierung" ist u.a. die "Abwendung einer potentiell nicht sozialverträglichen Verarmung";

- es gibt "kein Außen..., kein Außerhalb-Sein von kapitalistischen Suchbewegungen nach neuen Regulationsformen";

- "Die Existenzgeldforderung hat einen gewundenen Frontverlauf...."

Man könnte über die unfreiwillige Komik dieser Stilblüten schmunzeln, wenn damit nicht offensichtlich das politische Ziel mitverfolgt würde, einen Insider-Jargon zu schaffen. Wie alle Jargons (vor allem der akademische) dient er der Einschüchterung und damit der Abwehr von Kritik.

Nicht etwa deswegen schließen wir an dieser Stelle ein Lob an: Die Forderung "1.500 Mark für alle plus Miete!" ist einigermaßen klar formuliert; allerdings hätte man in der Klammer statt "ist das zu wenig?" besser schreiben sollen "es darf auch etwas mehr sein"; interessant wäre zusätzlich, ob sie auch für Kinder gelten soll. Aber das sind Kleinigkeiten, wenn man bedenkt, was die Existenzgeldforderung alles so mit sich bringt. "Durchs Fernglas betrachtet wird ungefähr folgendes sichtbar": "kein Lohnarbeitszwang", "kein Sinnterrorismus" (was ist das?), "kein Leistungsfetischismus", "keine Deklassierung von ImmigrantInnen" und vieles mehr, dessen Verwirklichung bisher so unendlich schwierig schien.

Leider wird uns nicht mitgeteilt, auf welchen fernen Stern wir unser "Fernglas" richten sollen. Die AutorInnen gehen allem Anschein nach davon aus, daß das "gute Leben für alle" (zumindest in den Metropolen) im Kapitalismus möglich ist. Läßt man die Problematik dieser - vorsichtig ausgedrückt - eurozentristischen Sichtweise außer acht, stellt sich immer noch die Frage: Wer soll das alles durchsetzen? Als einzige benannt werden die "Aneignungssubjekte" bzw. die "aneignungsbewegten EinklauerInnen". Deren Aktionen entlasten in der Tat spürbar die persönliche Finanzlage - aber als Perspektive für "alle" sind sie wenig geeignet. Da hilft auch der Hinweis auf die von Dario Fo genial dargestellte Praxis der autoriduzione nicht - selbst in Italien ist davon nichts mehr zu sehen. Geklaut wird natürlich immer, von Reichen und Armen, Rechten und Linken. Wer auch ohne Geld am "guten Leben" teilhaben will, soll sich nicht erwischen lassen und sich Sekt und Kaviar schmecken lassen. Mit Politik hat das, beim gegenwärtigen Stand der Klassenkämpfe, wenig zu tun. Auch die Selbstbedienungsaktionen französischer Erwerbsloser hatten bisher vor allem symbolischen Charakter.

Das scheint auch den AutorInnen von "Vorsicht Ambivalenz" irgendwie klar zu sein. Mehrfach betonen sie, daß "politische Verbindungen zu konstruieren" seien, "verschiedene Praktiken ... aneinander anknüpfen und sich gegenseitig verstärken" müßten, es werde "auf die politische Anschlüsse und Verbindungen ankommen". Ein bißchen vage ist das, und nicht zufällig wird ein einziges konkretes Beispiel für die anzustrebenden "Anschlüsse", "Verbindungen" und "Begegnungen" genannt: Wenn "linksradikale TheoretikerInnen und aneignungsbewegte EinklauerInnen ihre jeweilige relative Isolation verlassen würden". Die materielle Basis für diesen "beispielhaften" Zusammenschluß wird im Text nicht genannt, sie liegt ohnehin auf der Hand: Die "TheoretikerInnen" liefern den "EinklauerInnen" eine astreine linksradikale Theorie des Einklauens und dürfen dafür an der Beute teilhaben.

So "überzeugend" immerhin dieses Beispiel ist - mehr als ein "kapitalismusimmanentes Miniglück" für Teile der Szene wird auch dabei nicht herauskommen. Das "gute Leben für alle" ist so nicht zu erkämpfen. An den "Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" (Gräfin Dönhoff) können wir auch nach Lektüre von "Vorsicht Ambivalenz" nicht glauben.

Daß wir keine alternative Strategie anbieten können, wollen wir nicht verschweigen. Wir hätten also - Bescheidenheit ist eine Zier - unsere Kritik auch weniger schroff formulieren können. Dagegen sprach die aufgeblasene Diktion des kritisierten Textes und insbesondere das in der Überschrift enthaltene Versprechen, es werde eine "politische Gebrauchsanweisung zur Existenzgeldforderung" geliefert. Daß Gebrauchsanweisungen (etwa von Elektrogeräten) Verwirrung stiften, kommt bisweilen vor. In der Politik ist das mindestens genauso ärgerlich.

Vielleicht erklären sich die kritisierten Unzulänglichkeiten aus dem Versuch, zu viel in einem zusammenfassenden Text zu harmonisieren. In dem Text der "AG Ende der Lohnarbeit?" wird dagegen der Widerspruch zwischen "Realisierungsproblemen einerseits und utopischen Ansprüchen andererseits" benannt. Auch die "AG Prekarisierung" formuliert u.E. differenzierte Fragen, die einen spannende Diskussion versprechen. Das läßt auf einen konstruktiven Verlauf der Arbeitskonferenz hoffen. Unsere in Teilen polemische Kritik ist als Beitrag dazu gedacht.

gw. und Js. (Mitglieder der ak-Redaktion)

39. "Ich bin mein Leben lang Doppelstaatlerin gewesen." Gespräch mit Jeanne Stern

Autor: Ulrike Schätte · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:29

Die Schriftstellerin und Übersetzerin Jeanne Stern (1908-1998), eine Französin mit Lebenszentrum in Berlin, hatte ein bewegtes Leben. Während ihres Studiums in Berlin lernte sie ihren späteren Mann, den Kommunisten und Autor Kurt Stern kennen. 1932 emigrierten sie nach Paris, wo Jeanne 1934 der Kommunistischen Partei Frankreichs beitrat. Beide nahmen am Spanischen Bürgerkrieg teil, lebten danach in Frankreich und emigrierten 1942 nach Mexiko. Dort gehörte Jeanne Stern zum Kreis um den Verlag "El libro libre", sie war Mitglied des Heinrich Heine-Klubs und der dortigen Bewegung "Freies Deutschland". Nach Kriegsende kehrte sie zusammen mit ihrem Mann nach Deutschland zurück und ließ sich in der Sowjetischen Besatzungszone nieder. Jeanne Stern übersetzte Werke u.a. von Anna Seghers, Egon Erwin Kisch, Bertolt Brecht und Alexander Abusch ins Französische und schrieb ab 1951 gemeinsam mit Kurt Stern Drehbücher für zahlreiche Filme sowie das Buch "Schauplatz Paris". Jeanne Stern ist am 29.12.1998 in Berlin gestorben. Anläßlich ihrer Beisetzung am 4.2.1999 in Berlin-Pankow veröffentlichen wir ein Gespräch, das Ulrike Schätte im Sommer 1996 mit der Schriftstellerin geführt hat.

Ulrike Schätte: Frau Stern, Sie sind 1908 in Südfrankreich geboren und nach dem Abitur achtzehnjährig nach Deutschland gegangen. Wie kam es dazu?

Jeanne Stern: Mein Vater war Pazifist und unterstützte mich darin, Deutsch als erste Fremdsprache zu wählen; denn er dachte immer: "Ach, hätten wir uns nur verstehen können, als wir im Schützengraben waren." So bin ich aufgewachsen. Ich hatte auch einen Hang zum Spanischen, weil mein Großvater mütterlicherseits Spanier war. Ich bin zwölf Kilometer von der Pyrenäengrenze auf der atlantischen Seite in Bedous geboren. Deshalb hatte ich eine Neigung, eine Schwäche für das Spanische. So hat es sich gefunden, daß ich als zweite Fremdsprache Spanisch lernte. An meine Lehrer habe ich eine sehr gute Erinnerung. Wir hatten, wenn ich mich richtig erinnere, drei oder vier Stunden Deutsch in der Woche. Ich habe dann eine Frau kennengelernt durch diese Lehrerin, eine Frau hugenottischer Abstammung. Sie suchte regelrecht Leute, die nach Deutschland fahren wollten. Ich mußte ihr aber erklären, daß ich unmöglich einen Austausch machen konnte, da meine Eltern zu der Zeit in Paris sehr beengt wohnten. Daraufhin sagte sie: "Das macht nichts, Sie können ja ‚au pair` gehen." So ging ich "au pair" nach Bad Pyrmont, einem entzückenden Städtchen in der Nähe von Hannover. Die Frau, die mich aufnahm, hieß Frau Raydt. Sie war sehr herzlich und auch freigiebig, obwohl sie gar nicht reich war, denn sie nahm im Sommer Gäste gegen Bezahlung in ihrem Haus auf. Dadurch habe ich sehr viele Deutsche kennengelernt, auch Leute aus Berlin. So bin ich nach Berlin gekommen, weil ich dort Bekannte hatte, die mir gesagt haben: "Kommen Sie zu uns, ‚au pair` erst einmal, und Sie werden sich schon einrichten." Ich habe dann später Germanistik studiert und meinen Lebensunterhalt damit verdient, daß ich Französischstunden gegeben habe. In Berlin zu leben, war für mich die beste Möglichkeit, sowohl mein Studium zu finanzieren und zugleich auch meine Sprachkenntnisse zu vertiefen. Es hat sich so ergeben, daß Berlin mein Zentrum geworden ist.

In Berlin haben Sie dann bald Ihren späteren Mann, Kurt Stern, kennengelernt, der bereits mit achtzehn Jahren in der Kommunistischen Partei war. Hatten Sie ebenfalls Kontakt zur Arbeiterbewegung oder zur politischen Bewegung in Berlin in den zwanziger Jahren?

Ja, aber nicht so viel wie mein Mann. Durch den Einfluß meines Mannes habe ich sehr viel enger Kontakt bekommen mit der Arbeiterbewegung. Obwohl, von uns beiden war ich die proletarische und er der bürgerliche, aber es war die Zeit der Piscator-Bühne, und da hat er sich sehr stark engagiert. Noch vor Beendigung der Mittleren Reife hat er gearbeitet, und er, der absolut antikapitalistisch war, hat komischerweise bei einer Geldschrank-Firma gearbeitet, um Geld zu verdienen. Nachher hat er das Abitur in Abendkursen gemacht, um dann regulär studieren zu können, ganz normal wie die anderen auch.

Waren Sie zum Zeitpunkt der Machtübernahme von Hitler noch in Deutschland?

Nein, mein Mann hatte ein starkes Interesse für Frankreich und ist 1932 nach Paris gekommen, um an der Sorbonne zu studieren. Wir haben 1932 in Frankreich geheiratet. Darauf legte ich Wert, weil ich dadurch meine

Staatsangehörigkeit behalten konnte. Da konnte man seine Nationalität behalten, und dann wurde ich, was man Doppelstaatler nennt, d.h. ich hatte sowohl deutsche als auch französische Papiere. Das war ganz legal, und so bin ich mein Leben lang Doppelstaatlerin gewesen. Es hat mich überhaupt nicht gestört, ich brach weder meine Beziehungen zu Frankreich ab noch die zu Deutschland. Es klingt ein bißchen pathetisch, und es wurde damals anders empfunden, aber ich fühlte mich europäisch.

Wie sah Ihr Leben nach Ihrer Rückkehr nach Frankreich aus?

In Paris habe ich in einem Institut gearbeitet, das hieß "Institut für Ausländer". Da habe ich Ausländer unterrichtet, die nach Paris gekommen waren, um die Sprache zu lernen und sich mit der Kultur anzufreunden. Ungefähr 1935 bin ich in die Kommunistische Partei Frankreichs eingetreten. In Frankreich gab es damals ein Bündnis aller Linken. Es reichte von den Demokraten bis zu den Kommunisten, die waren sich alle einig. Wir haben dann eine Tochter bekommen. Wir wollten, daß sie in möglichst ruhigen Verhältnissen aufwächst, aber gleichzeitig ist man nicht immer so konsequent. Ich habe in Paris in der "Agence Espagne", einer Presseagentur, gearbeitet. Meine Eltern lebten in Burgund, und da meine Tochter zeitweilig bei ihnen war, bin ich nach Spanien gegangen, als Franco gegen die Republik putschte. Mein Mann hat sich auf Seiten der Republikaner engagiert und ich auch. Ich bin als Korrespondentin meiner Agentur in Spanien gewesen. Nach der Niederlage der Republik sind wir nach Paris zurückgekehrt. Als dann der Zweite Weltkrieg anfing, habe ich mich erinnert, daß ich ein Diplom hatte, ich war ja Lehrerin für Germanistik. Ich habe eine Stelle im französischen Erziehungswesen bekommen und in Saint-Aignan-sur-Cher, einer Kleinstadt an der Loire, am Gymnasium unterrichtet. Als ich mich in Paris um diese Stelle beworben habe, da hat man mir gesagt: "Nun ja, wir brauchen da Lehrer, aber Sie müssen zusehen, wie Sie über die innere Grenze kommen (zwischen dem besetzten und dem Vichy-Frankreich, d. Red.), denn ein entsprechendes Papier können wir Ihnen nicht ausstellen. Sie müssen selber sehen, wie Sie sich da aus der Affäre ziehen." Das habe ich getan, das war aber keine Heldentat, das war kein Einzelfall. Man mußte das zwar gut organisieren, aber das war keine Schwierigkeit für mich. Es ist uns sehr gut gegangen in Saint-Aignan. Es war ein schönes Städtchen, die Menschen waren lieb zu uns, sie kannten unsere Situation und waren ganz besonders freundlich zu uns, obwohl sie wußten, daß mein Mann ein Deutscher ist. Aber sie wußten auch, daß er nicht zu den Deutschen gehörte, die Frankreich okkupiert hatten.

Sie haben Anna Seghers geholfen, als sie auf der Flucht vor den Deutschen die Demarkationslinie überqueren wollte?

Ja, das stimmt, ich habe das gern gemacht, aber es war keine große Sache. Ich kannte die Gegend gut, das war meine Haupteigenschaft in diesem Fall. Anna Seghers kannte ich schon lange. Ich habe für französische Verleger Bücher von ihr übersetzt. Das letzte Buch, das ich von Anna Seghers übersetzt habe und das ich sehr, sehr gerne habe, ist "Transit", das liebe ich sehr. Ich finde, es ist literarisch das beste Werk von Anna Seghers. Einmal habe ich ihr das gesagt, aber sie war manchmal sehr schroff und sagte nur: "Ja, ja, es gibt Leute, die es am liebsten haben, zum Beispiel Ehrenburg. Aber das sind nicht die Besten, die dieses Buch am liebsten haben."

Sie sind dann von Frankreich nach Mexiko emigriert?

Die Mexikaner, Cárdenas und seine Leute, waren sehr fortschrittliche Menschen. Sie haben uns die Visa gegeben, weil wir in Spanien gegen Franco Partei ergriffen hatten - ich als Korrespondentin und mein Mann als Kämpfer. Sie haben für diejenigen, die sich in Spanien für die Republik engagiert hatten, ihre Türen geöffnet und ihre Arme ausgebreitet. Mein Mann ist nach Marseille gefahren und hat mit Gilberto Bosques, dem Generalkonsul der mexikanischen Botschaft, gesprochen. Bosques hat viele Menschen gerettet, ohne damit anzugeben oder sich zu brüsten. Wir haben uns in Marseille eingeschifft und sind nach Afrika, nach Casablanca, gefahren. Dann haben wir in Dakar noch ein Schiff erwischt, es war ungefähr das letzte, dann haben die Unterseeboote die Küste blockiert. Im Juni 1942 sind wir dann in Veracruz angekommen. Einer von den Emigranten war geschickt worden, um uns zu empfangen.

Wie ist es Ihnen in Mexiko ergangen?

Wir sind sofort nach Mexiko-Stadt, da haben wir uns etabliert, meine Tochter, mein Mann und ich. Ich habe gleich wieder angefangen, Französisch zu lehren. Es gab in Mexiko ein französisches Gymnasium, da habe ich unterrichtet. Ich bin immer mit meinen Diplomen gereist, um zu belegen, daß ich eine gewisse Ausbildung

als Lehrerin habe, und in Mexiko habe ich sofort Arbeit bekommen. Für die Deutschen, die nach Mexiko gekommen sind, war das viel schwieriger. Die Frauen konnten eigentlich nur als Reinmachefrauen ihren Lebensunterhalt verdienen. Es war Krieg, und Deutsch war nicht gefragt. Außerdem ist Deutsch nicht so verbreitet wie Englisch oder wie Französisch in den lateinamerikanischen Ländern. Später hat auch mein Mann gearbeitet. Die deutschen Emigranten in Mexiko waren tüchtig. Sie haben einen Verlag gegründet und Bücher herausgegeben, im Laufe der Zeit haben die gut und gerne 20 bis 30 Bücher herausgegeben. Sie sind wirklich sehr unternehmungslustig gewesen. Es gab in Mexiko auch eine Kolonie von alteingesessenen Deutschen, die mehrheitlich eher zu den Nazis neigten als zu den Antifaschisten. Aber es gab auch welche, die "Wirtschaftsemigranten", die Geschäfte hatten. Sie waren uns, den "politischen Emigranten", gegenüber durchaus nicht feindselig, sondern haben uns im Gegenteil unterstützt und mit ihrem Geld in der politischen Arbeit sehr geholfen.

Woher kamen die "Wirtschaftsemigranten"?

Aus Deutschland, Österreich, manche auch aus der Tschechoslowakei. Es waren deutschsprachige Emigranten. Die meisten Wirtschaftsemigranten waren jüdischer Herkunft. Und die haben, ganz egal ob Jude oder Nichtjude, dazu beigetragen, daß wir zum Beispiel den Verlag "El libro libre" gründen konnten, in dem mein Mann als Redakteur gearbeitet hat. Walter Janka hat den Verlag geleitet. Er hatte bis dahin überhaupt keine Möglichkeit, dieses Talent zu beweisen, aber er war als Verleger sehr gut. Er wußte, welche Bücher in Frage kamen, kannte alle Schriftsteller und wußte, in welcher Auflage man diese Bücher herausgeben konnte. Er hat Beziehungen zu den Deutschen geknüpft, die in anderen lateinamerikanischen Ländern lebten. Er hat außerordentlich gut gearbeitet. Wir haben Mexiko sehr geliebt. Es war nicht nur ein Land, das uns geholfen hat, sondern es war ein Land mit alter Kultur. Mexiko hat die spanische und die aztekische Kultur, und es ist ein sehr interessantes Land mit einer bewegten, lebhaften Politik in diesen Jahren. Als wir nach Mexiko gekommen sind, war dort Cárdenas Präsident. Er wollte die Emigranten auch deshalb nach Mexiko bringen, weil er meinte, daß es dort einen Kern gäbe, der den Wurzeln nach spanisch sei und damit auch europäisch. Auf jeden Fall, es war sehr schön, wie die Mexikaner uns geholfen haben. Aber die Emigranten, die dahin gekommen sind, wollten nicht nur sich selbst retten, sondern auch dem Lande nützlich sein. Es war ein gleichzeitiges Geben und Nehmen.

In Mexiko gab es eine starke kommunistische Parteigruppe, die sich zum Teil mit dem Verlag "El libro libre", dem "Heinrich-Heine-Klub" und der Monatszeitschrift "Freies Deutschland" überschnitt. Waren Sie in dieser Gruppe?

Ja, natürlich, wir waren eine Gruppe. Und wie immer in der Emigration gab es Reibereien, aber trotzdem hat man sich als eine Gruppe gefühlt. Man hat viel mehr zusammengehalten, als man es normalerweise tun würde. Wenn ich in Frankreich bin, habe ich nicht das Bedürfnis zu betonen, daß ich Französin bin, ich gehöre einfach dazu. Das ist alles, aber das ist sehr viel. Und so war es auch in Mexiko für uns. Wir dachten immer daran, daß wir nach Deutschland zurückkehren und Deutschland wieder auf die Beine helfen wollten. Mein Mann war ein sehr bewußter politischer Mensch, und es gibt ein französisches Wort, das auch für mich einleuchtend ist: "Ein Glaube, der sich nicht in Taten umsetzt, kann nicht ehrlich sein. Das ist kein Glaube." Mein Mann hatte diesen Glauben an Deutschland, es gab natürlich Diskussionen noch und noch. Nicht alle waren einer Meinung. Einige der Emigranten verübelten es den Deutschen, daß sie nicht gegen Hitler gekämpft haben. Aber die anderen haben verstanden, daß das nicht einfach war, denn es war ja eine Diktatur. Folglich konnte man nur etwas tun, wenn man aufs Ganze ging und bereit war, sich kaputtzumachen.

Haben Sie und Ihr Mann Kontakt zu Verwandten in Deutschland gehabt?

Mein Mann hatte seine Eltern in Deutschland. Sie haben nicht überlebt. Als Frankreich schon befreit war, haben wir in Mexiko versucht, etwas zu erfahren, aber es ist uns nicht gelungen. Meine Schwägerin lebte in den Vereinigten Staaten, die hat von dort aus versucht, Kontakt zu den Eltern zu bekommen, aber das war ebenfalls vergeblich. Später haben wir erfahren, daß meine Schwiegereltern deportiert wurden und im KZ gestorben sind.

Sie sind 1946 zunächst nach Frankreich zurückgekehrt. Fiel Ihnen der Abschied von Mexiko schwer?

An sich war das Leben in der Emigration in Mexiko relativ leicht. Trotzdem hatten wir es eilig, nach Europa zurückzukehren, weil mein Mann meinte, er müsse beim Aufbau dabeisein. Sie wissen, wie zerstört

Deutschland war. Aber an sich sind wir, ich möchte beinahe sagen mit blutenden Herzen von Mexiko fortgegangen. Trotzdem hielt es mein Mann für seine Pflicht zurückzugehen - nicht für eine lästige Pflicht, sondern für eine, die er freudig übernommen hat. Und auch ich hatte Sehnsucht nach Europa, obwohl ich Mexiko sehr liebte. Meine Wurzeln sind in Europa und nicht in Mexiko.

Haben Sie daran gedacht, in Frankreich zu bleiben?

Ja, aber mein Mann war politisch viel stärker motiviert als ich, und das habe ich anerkennen müssen. Er wollte nicht erst nach Deutschland zurückkehren, wenn dort schon alles in Ordnung ist, sondern wollte dabei sein, wenn Deutschland wieder aufgebaut wurde. Das habe ich verstanden. Ich war zwar nicht so begeistert wie er und wäre lieber in Frankreich gewesen, aber die politische Motivation meines Mannes war so stark, daß ich absolut nicht versucht habe, ihn davon abzubringen.

Wann sind Sie nach Deutschland zurückgekommen?

Wenn ich mich richtig erinnere, war das 1947. Mein Mann war schon 1946 nach Deutschland zurückgegangen. Aber er hatte Pech und ist gleich krank geworden. Vielleicht wurden die Menschen im kaputten Deutschland nicht nur aus physischen Gründen krank, sondern auch, wenn sie moralisch bedrückt waren. Wie dem auch sei: Mein Mann ist sofort krank geworden. Wir haben zuerst in Frohnau, im französischen Sektor, gelebt. Ich hatte natürlich auch Kontakt zu meinen Landsleuten, deshalb ist Kurt in den Schwarzwald geschickt worden, der damals zur französischen Zone gehörte. Da hat man mehrere Monate versucht, ihn hochzupeppeln. Das ist auch gelungen, er ist einigermaßen gesund geworden im Schwarzwald. Er hat dann im Kulturbund gearbeitet. Ich habe zuerst als Sprach- und Literaturlehrerin am Französischen Gymnasium gearbeitet und später angefangen zu übersetzen. Mein Mann hat auch übersetzt. Er hat zum Beispiel die damals sehr bekannte Novelle "Das Schweigen des Meeres" von Vercors vom Französischen ins Deutsche übertragen. Wir haben auch Erzählungen geschrieben, und dann haben wir angefangen, Filme zu schreiben. Mit dem Regisseur Martin Hellberg haben wir viel und gerne gearbeitet, lieber noch mit Slatan Dudow. Das hat uns Spaß gemacht. Wir haben auch ein Buch zusammen geschrieben: "Schauplatz Paris". Wir haben sehr viel und sehr gern miteinander gearbeitet.

In den fünfziger Jahren bekamen einige Ihrer mexikanischen ExilgefährtInnen in ihren sozialistischen Heimatländern Schwierigkeiten. Als "Westemigranten" wurden sie der Spionage und des Verrats am Sozialismus verdächtigt. Können Sie sich an die Zeit noch erinnern?

Ja, ich kann mich an die Zeit erinnern, aber wir haben keine Schwierigkeiten gehabt. Warum, weiß ich nicht. Es gab eine trübselige Periode, Walter Janka und Paul Merker und all diese Geschichten... Gleichzeitig gab es in der Tschechoslowakei Schwierigkeiten politischer Art. Wir hatten dort Freunde, sehr gute Freunde, mit denen wir in der Emigration und in Paris gearbeitet hatten. Die Leute wurden verhaftet, verdächtigt und zum Teil sogar liquidiert.

André Simone? (1)

Ja, zum Beispiel. Das war für mich vielleicht die schlimmste Periode meines Lebens. Mit André Simone habe ich jahrelang in der "Agence Espagne" gearbeitet, die er gegründet hat. Ich habe nicht verstanden, was man ihm vorgeworfen hat. Erst habe ich natürlich versucht, Erklärungen dafür zu finden, aber diese Erklärungen haben mir nie richtig eingeleuchtet. André Simone war ein sehr begabter Journalist, und als Journalist hatte er natürlich Kontakte zu vielen anderen Journalisten und Politikern, auch wenn sie anderer politischer Couleur waren. Irgendwie stand er am Rande. Und als er so tragisch endete, habe ich gedacht, daß er wahrscheinlich auf Leute gestoßen ist, die nicht ganz sauber waren. Aber ich konnte mir nicht vorstellen, daß André Simone irgend etwas gemacht hat, das nicht in Ordnung war. Das konnte ich mir nicht vorstellen, weil ich mit ihm gearbeitet habe und absolutes Vertrauen zu ihm hatte. Das ist eine Sache, die für mich bis heute rätselhaft geblieben ist. Aber es hat so etwas in mehreren Ländern gegeben. Das sind wirklich ganz trübsinnige Geschichten, die ich heute noch nicht begreife. Ich kann nicht glauben, daß ein Mensch wie Walter Janka irgend etwas Unsauberes getan hat. Ich bin absolut überzeugt, daß Walter Janka aufrichtig war .

Haben Sie sich in Anbetracht dieser Ereignisse überlegt, die Partei oder auch das Land zu verlassen?

Nein, das habe ich nicht überlegt. Es wäre wie ein Schuldbekenntnis gewesen. Wenn man nur eine Überzeugung hat, die man nicht beweisen kann, was kann man damit machen? Das nützt gar nichts.

Wieso wäre es ein Schuldeingeständnis gewesen, wenn Sie das Land verlassen hätten?

Das Land zu verlassen wäre natürlich ein Schuldeingeständnis gewesen, es hätte bedeutet, daß ich keine Sozialistin mehr bin, daß ich gar nichts mehr damit zu tun haben will, daß ich im luftleeren Raum bin. Dieses Gefühl, daß ich nicht zu einer verschworenen Gemeinschaft gehöre, hat mich erschreckt. Eine Gemeinschaft, in der einer für den anderen aufkommt. Ich könnte nicht leben, wenn ich den Menschen mißtrauen würde. Ich muß als Eingangssituation annehmen, daß der Mensch, mit dem ich zu tun habe, ehrlich ist. Das ist der Ausgangspunkt. Natürlich kann man sich immer irren.

Stichwort Vertrauen: Hatten Sie die Möglichkeit mit Freundinnen und Freunden, z.B. mit Anna Seghers, offen über diese Vorkommnisse zu sprechen?

Mit Anna Seghers war das unmöglich, vollkommen unmöglich, obwohl wir sehr eng befreundet waren. Sie hat sich gegen bestimmte Gespräche gesperrt. Anna war eine begabte Schriftstellerin und wollte schreiben. Sie wußte, daß sie sich nicht ablenken lassen durfte von solchen Sachen. Sie hat sie einfach ignoriert. Das bedeutet aber nicht, daß sie nicht darunter gelitten hat.

Hatten Sie andere Menschen, mit denen Sie darüber reden konnten?

Nein, ich habe das alles nur mit mir alleine abgemacht. Man kann nicht immer und immer wiederkäuen, was einem schwerfällt. Man kann das nicht, andererseits kann man aber auch nicht sagen, darüber will ich überhaupt nicht mehr nachdenken. Das geht auch nicht. Es gibt Gedanken, die einen so beherrschen, daß man sie nicht abschütteln kann. Ich lebe ziemlich normal. Aber wenn ich plötzlich von Trauer überfallen werde, weiß ich auch, woher das kommt. Das sind all diese Dinge, die man in sich selbst sammelt, ohne daß man sie erledigen kann.

Anmerkungen:

1) André Simone - Exilgefährte in Frankreich und Mexiko - kehrte nach dem Krieg in die CSSR zurück. 1952 wurde er dort im Zuge der stalinistischen Säuberungen hingerichtet.

40. Ein Schatz in Feuerland

Autor: ari · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:40

Ein Deutscher in Südchile, der chilenische Ex-Guerillero Juan Belmonte im deutschen Exil, ein ehemaliger Stasi-Offizier und der ausgediente schweizerische Polizist Kramer sind die Helden im Krimi "Die Spur nach Feuerland" von Luis Sepúlveda. Die Geschichte beginnt im Zweiten Weltkrieg, als zwei Polizisten aus Berlin beschließen, das Deutsche Reich zu verlassen. Sie entwenden 63 Goldmünzen aus einem SS-Keller und fliehen nach Hamburg, wo sie sich Richtung Feuerland einschiffen wollen. Doch einer der beiden wird von der Gestapo geschnappt, und lediglich Hans Hillermann kann sich in der Nähe von Porvenir im südlichsten Südchile eine neue Existenz aufbauen. Das allerdings nur, weil sein Freund ihn weder an die Gestapo noch an die Stasi verraten hat.

Fünfzig Jahre später sind verschiedene Leute immer noch auf der Suche nach den verschwundenen Münzen. Soweit die Rahmengeschichte. Sie ist geeignet, die Leserin in ihren Bann zu ziehen und hat alles, was ein Krimi braucht: Spannung, mehrere Morde, Geheimdienstverwicklungen und einen verschwundenen Schatz. Was das 198 Seiten starke Werk aber erst richtig interessant macht, sind die mit der Haupthandlung verwobenen Geschichten über die gescheiterten Revolutionen der letzten drei Jahrzehnte: Der Putsch in Chile, das nachrevolutionäre Nicaragua, Dschungelguerilla in Bolivien und Stadtguerilla in Uruguay - und im Zentrum des Krimis Juan Belmonte, der diesen Kampf erlebt und sich nun in Hamburg zur Ruhe gesetzt hat. Dort streift der Autor das Milieu der SexarbeiterInnen und schildert sehr detailfreudig den Alltag eines Striplokals in der Großen Freiheit. Vielleicht etwas zu genau - die eine oder andere wird sich an dem drastischen männlichen Tonfall sicherlich stören. Ein regelrechter Fehlgriff in diesem Buch aber ist der Absatz über den "legendären" Carlos: "Als er aus dem Libanon rausgeworfen wurde, ist er mit seinem deutschen Harem nach Syrien gegangen. Großartige Huren, die Damen der Roten Armee Fraktion. Sie haben aus ihm eine Vogelscheuche gemacht." Was dieser Absatz in dem Werk zu suchen hat, wird der Leserin ein Rätsel bleiben. Ein Blick ins spanische Original könnte den Ton vielleicht etwas glätten - in der vorliegenden deutschen Fassung mindert diese Stelle die Lesefreude aber erheblich. Etwas gelungener sind da schon die Beobachtungen des Chilenen, der in Deutschland für einen Türken gehalten wird und dem alltäglichen Rassismus der Bevölkerung und ihrer Polizei ausgesetzt ist. Daneben hält Sepúlveda auch den einen oder anderen abschätzigen Kommentar über die Ostdeutschen bereit, gemischt mit den DDR-nostalgischen Betrachtungen des ehemaligen Stasi-Offiziers Galinsky über die Brutalität der "neuen" BRD-Gesellschaft.

Alles in allem ist das ein Buch, das man in wenigen Stunden durchlesen muß, hat man erst einmal angefangen. Die genannten Passagen stoßen bitter auf, trotzdem ist das kein Grund, das Buch völlig entnervt zur Seite zu legen. Wer erst am Schluß angekommen ist, wird zudem noch mit einigen Beschreibungen der kargen Schönheit Südchiles entlohnt und kann die "Die Spur nach Feuerland" doch zufrieden ins Bücherregal einordnen.

ari

Luis Sepúlveda: Die Spur nach Feuerland, übersetzt von Harry Stürmer. Verlag Libertäre Assoziation; Verlag der Buchläden Rote Straße Schwarze Risse, Berlin/Hamburg 1997.

198 Seiten, 26 DM.

41. Pressefreiheit nur auf dem Papier. Impressionen aus dem NATO-Land Türkei

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:41

Im Fernsehen wird gerade über die Lösung der letzten türkischen Regierungskrise geredet. Behic Asci aus dem linken "Anwaltsbüro des Volkes" würdigt das Geschehen auf dem Bildschirm kaum eines Blickes. Auf die Frage, ob er nicht doch Hoffnungen in die Regierungsübernahme des Sozialdemokraten Ecevit setzt, lacht er nur bitter auf. "Fast alle Mitglieder unseres Anwaltsbüros wurden unter den verschiedenen Regierungen schon einmal verhaftet und gefoltert. Auch unter Ecevit wird die türkische Linke vogelfrei sein." Er sollte recht behalten. Anfang Januar wurde das "Anwaltsbüro des Volkes" in Ankara von der Polizei gestürmt und der Rechtsanwalt Zeki Rüzgar festgenommen. Seitdem fürchten seine KollegInnen um das Leben des schwerkranken, ständig auf Medikamente angewiesenen Mannes.

Besonders im Visier der türkischen Sicherheitsbehörden stehen die staatskritischen Medien. Dabei dürfen nach dem Buchstaben der türkischen Verfassung registrierte Zeitungen nicht behindert werden. Die linke türkische Zeitung Kurtulus ist registriert. Trotzdem sitzen insgesamt 37 Kurtulus-JournalistInnen zur Zeit in türkischen Gefängnissen. Im Januar 1998 wurde der Kurtulus-Vertreter von Adana Mehmet Topaloglu in seiner Wohnung von der Polizei ermordet. Anfang Oktober 1998 wurde die Kurtulus-Redaktion von der Polizei gestürmt. Alle anwesenden Personen wurden eine Woche lang von der Anti-Terror-Abteilung der Polizei festgehalten. In der Zwischenzeit wurden die Redaktionsräume verwüstet. Erst durch Computerspenden von GewerkschafterInnen aus Großbritannien konnte nach einer zweiwöchigen Zwangspause die Zeitung wieder erscheinen.

Dem Besitzer des Gebäudes, in dem sich die Redaktion befindet, wurde von der Polizei die Festnahme angedroht, wenn er den Mietvertrag mit der linken Zeitung aufrechterhält. Auch Serdar Ilicak, der Besitzer der Druckerei, in der Kurtulus gedruckt wird, bekam von Polizeioffizieren unverhohlene Todesdrohungen zu hören: "Es gibt zivile und geheime Kräfte, die wir nicht kontrollieren können. Gegen die können wir Ihre Sicherheit nicht gewährleisten."

Reste der neuen Linken

Kurtulus heißt auf Deutsch: "Befreiung" Für die linke türkische Wochenzeitung ist dieser Name Programm. Versteht sie sich doch als Sprachrohr der Revolutionären Volksbefreiungspartei (DHKP-C), einer Organisation, die ihre Wurzeln in der türkischen Neuen Linken hat. Die lehnte in den 60er Jahren den Legalismus der verschiedenen kommunistischen Gruppen ab und orientierte sich weder an Moskau noch an Peking oder Tirana. Ihre Vorbilder waren Ché Guevara, die lateinamerikanische Stadtguerilla und die Black Panthers. Bis zum Militärputsch 1980 war die Neue Linke zu einem politischen Faktor in der Türkei geworden. Die bekannteste Organisation der Neuen Linken war Dev Sol. Sie hatte AnhängerInnen sowohl in den Universitäten als auch in den Fabriken und unter den Jugendlichen. Zu Tausenden kamen ihre AnhängerInnen nach dem Putsch in die Gefängnisse. Viele bezahlten ihr Engagement mit dem Leben. Über die Konsequenzen aus der Niederlage spaltete sich Dev Sol. Der Mehrheitsflügel um den ehemaligen Dev Sol-Vorsitzenden Karatas hat sich in der DHKP-C organisiert, der Kurtulus nahesteht.

Hilfe von der Zivilgesellschaft

Jetzt erhofft sich die Redaktion von Kurtulus Unterstützung von der europäischen Öffentlichkeit. Mit BeobachterInnendelegationen sollen die türkischen Behörden zum Einhalten der Pressefreiheit bewegt werden. Die erste aus acht JuristInnen und JournalistInnen bestehende BeobachterInnengruppe traf Ende Dezember in Istanbul ein. Die zweite, aus österreichischen GewerkschaftlerInnen und grünen ParlamentarierInnen zusammengesetzt, reiste Ende Januar in die Türkei. Nach dem Willen von Prison Watch, die die Delegationen organisiert, soll eine ständige BeobachterInnenpräsenz in Istanbul anwesend sein.

Zumindest beim ersten Mal waren die ZivilpolizistInnen nicht besonders beeindruckt. Wie jeden Sonntag, wenn Drucktermin ist, lungert ein halbes Dutzend von ihnen stundenlang im Hof der Druckerei herum. Sie warten nur auf den Moment, wenn die ersten druckfrischen Kurtulus-Exemplare ausgeliefert werden sollen. Das folgende Ritual hat Kurtulus-Redakteurin Gülay Yüksel schon Dutzende Male erlebt. Während Polizeifahrzeuge die

Hofausfahrt versperren, beschlagnahmt die Polizei die Zeitungen. Wenn Kurtulus-MitarbeiterInnen zu vehement auf die Buchstaben der türkischen Verfassung pochen, nach der die Behinderung von registrierten Medien verboten ist, kommt es auch zu Festnahmen. "Wir haben uns schon auf die Situation eingestellt," meint Yüksel. "Früher wurde die gesamte Ausgabe beschlagnahmt. Jetzt drucken wir zunächst 500 Exemplare und warten auf die Verfügung des Staatsanwaltschaft." Dort werden die zensierten Artikeln aufgeführt. Danach rattern die altertümlichen Druckmaschinen erst richtig los. Zwischen 8-12.000 Exemplare werden wöchentlich fabriziert. Die Seiten mit den inkriminierten Artikeln bleiben Schwarz, oft ist es mehr als ein Drittel der 48seitigen Ausgabe.

Yüksel lächelt verschmitzt, als sie erklärt, wie die Redaktion der Zensur doch gelegentlich ein Schnippchen schlägt. 500 Exemplare werden mit den zensierten Artikeln gedruckt und gezielt unter die Leute gebracht. Wer dabei erwischt wird, muß mit Knast und Folter rechnen. Selbst die staatlich zensierten Exemplare sind vor weiterer Repression keinesfalls geschützt. Immer wieder werden Zeitungssendungen beschlagnahmt und VerteilerInnen verhaftet. Erst in der letzten Woche landete Ayan, der die Kurtulus-Exemplare für die politischen Gefangenen im Zentralgefängnis Adana abgeben wollte, gleich selbst im Knast.

Wenig Solidarität

Neben linken und kurdischen Zeitungen sind in letzter Zeit auch islamische Publikationen ins Visier der Behörden geraten. Deshalb wurde in einer der letzten Kurtulus-Ausgaben sogar ein Artikel aus einer islamischen Zeitung nachgedruckt. "Das ist die absolute Ausnahme", beteuert Yüksel. Solidarität zwischen den von der Repression Betroffenen ist in der Türkei selten. Zu groß sind die ideologischen Unterschiede.

Oya Gökbayrak läßt sich von diesen Mißerfolgen ebensowenig beirren, wie von den zahlreichen Verhaftungen und Folterungen. Die couragierte Mittfünfzigerin, die seit einer schweren Krankheit im Rollstuhl sitzt, streitet als Sprecherin der "Plattform für Freiheit und Gerechtigkeit" seit Jahren für demokratische und soziale Rechte. Auch sie setzt große Hoffnungen in die BeobachterInnendelegationen. "Wir brauchen die internationale Unterstützung wie die Luft zum Atmen", meint sie zum Abschied.

Repression

auch in der BRD

Doch nicht nur die türkischen Behörden verfolgen Kurtulus. Seit dem 13. August 1998 ist die Zeitung auch in Deutschland verboten. Der Erlaß des damaligen Innenministers CDU-Kanther ist auch unter Rot-Grün noch unverändert in Kraft und wurde in der Praxis sogar noch verschärft. So wurden am 17. November die Räume des Andolu-Verlags, der neben anderen linken türkischen Publikationen auch für den Vertrieb der Kurtulus in Deutschland zuständig ist, vom BKA durchsucht. Zwei Mitarbeiter wurden verhaftet. Einer wurde sofort nach Holland, wo er gemeldet ist, abgeschoben. Mesut Demirel sitzt seitdem in dee JVA Bochum. Weitgehend unbemerkt von der Linken läuft seit Mai 1998 in Hamburg ein Prozeß gegen drei mutmaßliche DHKP-C-Mitglieder.

Peter Nowak

Neuerscheinung

Bandenrepublik Türkei?

Der Susurlukbericht des Ministerialinspektors Kutlu Savas

mit einer Einführung in die Susurlukaffäre von Yeter Savas

Hrsg.: Internationaler Verein für Menschenrechte der Kurden - IMK e.V., Bonn

Papiertiger, Archiv und Bibliothek, Berlin (Einzelpreis: 10 DM + Porto)

Bestellungen an: PAPIERTIGER, Cuvrystr.25, 10997 Berlin, Tel/Fax: 030-618 30 51

42. Brief an einen Leser. Betr.: Walser und die "Traditionslinke"

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:09

Du liebe Güte, Tjark Kunstreich!

Das war aber ziemlich schwach, was Du Dir in konkret (2/99) zwecks Abgrenzung von ak ausgedacht hast. Eigentlich willst Du es der PDS und dem Neuen Deutschland mal so richtig zeigen - den Einstieg aber muß unbedingt mein Artikel "Sonntagsrede mit Folgen" (ak 421) liefern, und zu allem Überfluß steht das alles unter der Überschrift "Business as usual" und dem Vorspann "Stimmenthaltung oder Zustimmung: Das Gros der deutschen Traditionslinken hat in der Auseinandersetzung mit Martin Walser versagt". Im Wortlaut:

"Nicht daß es an kritischen Artikeln mangelte - nur haben die Linken Probleme mit dem, was die Zeitschrift ‚Analyse und Kritik` (‚AK`) ‚Symbolpolitik` nennt. Immerhin ist dem ‚AK`-Autor aufgefallen, daß die Grünen schweigen, weil sie entweder jede Eigenständigkeit schon verloren haben oder weil eben jene ‚Symbolpolitik` einen so großen Stellenwert hat, daß die - unterstellte - Ablehnung von Walsers Normalisierungssehnsucht das rot-grüne Projekt gefährden könnte. Was aber der Anfang eines Artikels hätte sein müssen, ist schon sein Ende; und das zwei Monate nach Walsers Rede. Auf die Idee, daß es sich hier keineswegs um eine der üblichen Geschichtsdebatten handelt, kommt der ‚AK`-Autor nicht, und das Verhalten der PDS zu Walser ist in diesem der Partei eng verbundenen Blatt selbstverständlich auch kein Thema."

Ich verspreche, mich zu bessern und künftig Direktiven einzuholen, was Thema und Anfang meiner Artikel sein "muß". Unterdessen ist die Geschichte vorangeschritten, am 21. Januar erschien ak 422 mit dem Artikel "Täter, Opfer, Anstifter. Keine Versöhnung in der Walser-Bubis-Kontroverse". Dort wird auch ausgiebig und zustimmend Wolfgang Benz zitiert, der den scheinbar paradoxen Umstand thematisiert, daß die neue rot-grüne Regierung in Sachen Schlußstrich rigoroser vorgeht als ihre Vorgängerin.

Die Methode, andere sprechen zu lassen, die es besser können, wird auch in dieser ak-Ausgabe fortgesetzt; siehe meinen Artikel zur Debatte um das Berliner Mahnmal, in dem Micha Brumlik ausführlich zu Wort kommt. Brumlik, der (ebenfalls in konkret 2/99) Walsers Antisemitismus entschlüsselt hat, ist im übrigen ein äußerst vielseitiger Autor. In der taz vom 1.2.1999 kommentiert er die Unterwerfung der Schröder-Regierung unter die Wünsche der Atomindustrie. Titel des treffenden Kommentars: "Die Wirklichkeit ist schlimmer als der Vulgärmarxismus. Zivilgesellschaftlicher Stamokap." Für Leute, die sich mit derart abseitigen Themen befassen, hast Du nur Verachtung übrig: "Statt über Schröders ‚erwachsene Nation` und ihren geistigen Vater Walser, über die kollektive Ablehnung eines Denkmals für die ermordeten Juden durch die in die Jahre gekommene Neue Linke und das neue außenpolitische Selbstbewußtsein der Berliner Republik, diskutiert man lieber über Atomausstieg (Hervorhebung ak) oder die angebliche Wiederkehr des Keynesianismus."

Du hast es nicht leicht - nicht nur ak-, selbst konkret-Autoren müssen erst noch von Dir angeleitet werden, welchen Themen sie sich zu widmen haben und welche sie meiden müssen, um nicht vom Wesentlichen abzulenken.

Auf Deinen nächsten Artikel (warum nicht mal wieder in ak?) freut sich

Js.

P.S. Jüngere Genossinnen und Genossen aus der ak-Redaktion drängen mich, noch einmal zu erklären, daß ak von der PDS in jeder Beziehung unabhängig ist. Ob dieses Dementi (das wievielte in gleicher Sache?) etwas bewirkt, bezweifle ich. Manche Vorurteile sind einfach nicht auszuräumen.

43. Süchtig nach Leben. Ein Buch für eine tabufreie Drogendiskussion

Autor: dk. · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak423/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:20

Irene Stratenwerth ist Journalistin, Michael Alex Psychologe und Jurist. Beide sind in der niedrigschwelligen Drogenhilfeeinrichtung "Palette" in Hamburg tätig, als Vorstandsmitglied die eine, als Geschäftsführer der andere. Und beide haben ein Buch herausgegeben, das im gegenwärtigen gesellschaftlichen Klima aus dem Rahmen fällt: "Himmel und Hölle. Unerhörte Ansichten über verbotene Süchte"

Wenige Bereiche der sozialen Realität sind heutzutage so tabuisiert und gleichzeitig dämonisiert wie der Konsum illegalisierter Drogen. Während "der Drogenhändler" zum Staatsfeind Nummer 1 avanciert, gelten DrogenkonsumentInnen als "Kranke" (allerdings eher im Sinne von Aussätzigen), die mit dem Ziel der Abstinenz therapiert werden müssen. Daß diese gesellschaftliche Wahrnehmung vor Doppelmoral trieft, zeigen etwa die offene Akzeptanz von Alkohol und Alkoholhandel und die stillschweigende Akzeptanz des Tablettenkonsums. Im "Krieg gegen Drogen" wird verschwiegen, daß es in dieser Gesellschaft sowohl toleriertes, ja gewünschtes Suchtverhalten (z.B. workoholics) als auch tolerierten Drogenkonsum gibt.

Die von Stratenwerth und Alex zusammengestellten Beiträge sind im doppelten Sinne "unerhört"; es sind selten erzählte wie auch provozierende Sichtweisen aus der Welt derjenigen, die mit Opiaten oder Kokain leben. Die hier zusammengetragenen Geschichten und Berichte erzählen von Menschen, die nicht nur in ihrer Sucht überleben. Es sind Geschichten von Menschen, die mal durchaus selbstbewußt und souverän, andere Male verzweifelt, um befriedigende Lebensentwürfe ringen, mal kämpferisch und mal passiv Bedürfnisse, Wünsche und Hoffnungen artikulieren. Und von keiner der in diesem Buch auftauchenden Personen kann mit Sicherheit gesagt werden, daß ihr Leben ohne Droge besser oder schöner (gewesen) wäre.

"Himmel und Hölle" ist eine Sammlung von Bruchstücken, von Facetten. In autobiographischen Skizzen von Drogenabhängigen aus den 20er und 30er Jahren bis in die Gegenwart, journalistischen Berichten über die frühere und die gegenwärtige "Szene", Essays, Interviews, Gedichte und Erzählungen wird ein breites Spektrum unterschiedlichster Aspekte des Lebens mit der Sucht dargestellt: die Tortur des kalten Entzugs oder der Beschaffung, Aspekte der Politischen Ökonomie der Sucht, die Geschichte des Heroins vom Hustensaft zur "Teufelsdroge", Drogenhandel, die Auswirkung auf die Familien, Freunde/Freundinnen, Kinder, Sozialarbeit etc. So bruchstückhaft und facettenreich wie die Darstellungsformen sind die präsentierten Wahrheiten und Ansichten: eher Ausschnitte und Mosaiksteinchen als ein geschlossenes Bild.

"Himmel und Hölle" ist ein etwas irreführender Titel. Kein einziger Bericht schildert das Leben mit Opiaten oder Kokain als "Himmel". In den meisten Darstellungen in diesem Buch erscheint der Konsum als Ausdruck eines Leidens bzw. einer Verzweiflung an der gesellschaftlichen Realität: als Flucht, Betäubung oder Versuch, sich das eigene Leben einigermaßen erträglich zu gestalten. In einem gewissen Gegensatz zur Morphium- und Heroinabhängigkeit steht der Konsum von Kokain, der anderen in diesem Buch erwähnten Droge. Sie putscht auf, macht hektisch, aggressiv, aber auch "cool". "Kokain paßt in den Trend der Neunziger Jahre. Wir sollen alle Leistung bringen und Spaß haben", zitiert Irene Stratenwerth einen Hamburger Drogenfahnder. Dabei ist Kokain keineswegs nur die Droge der Boheme, der Yuppies und der Broker, sie hat sich mittlerweile auch in der offenen (Heroin-)Szene etabliert.

Mit Ausnahme des Kokain- und Crackkonsums (etwa in der erschütternden Darstellung Konstantin Weckers) ist die "Hölle", die in diesem Buch dargestellt wird, nicht der Drogenkonsum an sich. In erster Linie ist es die notwendige Befriedigung einer Sucht, die kriminalisiert ist, die das Leben mit illegalisierten Drogen zur Hölle macht. Die Drogensucht selbst macht die KonsumentInnen nicht kranker oder gesünder als "normale" Süchtige. Gerade in den drei Texten zum Thema "Kinder von Drogenabhängigen" wird sehr eindrücklich beschrieben, daß unter einigermaßen stabilisierten Konsumbedingungen, etwa im Rahmen einer Methadonsubstitution, ein Leben mit der Droge keineswegs eines der Verelendung und der psychischen Zerrüttung ohne soziale Bindungen und ohne Verantwortungsgefühl ist.

In seiner gesamten bruchstückhaften Darstellungsweise erscheinen DrogenkonsumentInnen in diesem Buch nie als "kranke Opfer"; auch in den schlimmsten Momenten und Situationen, wo jeder Gedanke nur um den nächsten Druck kreist, sind sie handelnde und reflektierende Subjekte. Damit erscheinen Drogensucht und

Drogenkonsum durchgängig als ein Reflex auf unbefriedigende gesellschaftliche Verhältnisse und nie als ein medizinisches oder psychologisches Problem. Dies ist eine große Stärke des Buches, denn die mittlerweile weit verbreitete Sprachregelung von den "Drogen- oder Suchtkranken" mag zwar zu einer gesellschaftlichen Akzeptanz von Drogenhilfemaßnahmen geführt haben, sie führt aber gleichzeitig dazu, daß über den gesellschaftlichen Zusammenhang von Sucht und Drogenkonsum nicht mehr gesprochen wird. Sucht und Suchtverhalten wird zu einem reinen Problem der Medizin erklärt.

DrogenkonsumentInnen sind allerhöchstens in dem Sinne krank, wie jeder vernünftige Mensch in der kapitalistischen Gesellschaft krank ist oder krank sein sollte: In dem Sinne, daß er/sie an den auferlegten Normen leidet, keine befriedigenden Lebensentwürfe für sich sieht, den Hunger nach Leben, Abenteuer, Grenzüberschreitung nicht ausleben kann, schlechter verdrängt oder "alles im Kopf nicht mehr aushält". Das bedeutet im Umkehrschluß aber auch, daß Drogenfreiheit/Abstinenz kein Zeichen für "Gesundheit" ist. Das wäre nur dann der Fall, wenn "Gesundheit" mit sozialer Unauffälligkeit, Anpassung an die herrschenden (Leistungs-)Normen und "reibungsloser Funktionsfähigkeit" gleichgesetzt wird.

Einer der letzten Beiträge in "Himmel und Hölle" stammt von Henning Schmidt-Semisch und ist ein Plädoyer für das Berufsbild des "Drogenfachhändlers". Während der herrschende Diskurs zwar von "akzeptierender Drogenhilfe" spricht, gleichzeitig aber den Drogenhändler dämonisiert, fordert Schmidt-Semisch eine Versachlichung der Diskussion. Er spricht einfache, aber eminent provokative Wahrheiten aus: Jede/r DrogenkonsumentIn braucht ihren/seinen Händler, der zudem faktisch in der Szene eine enorm wichtige soziale Funktion spielen kann. Entsprechend argumentiert Schmidt-Semisch für einen sozial verantwortlichen Drogenhandel mit überprüfbaren Qualitätsstandards. Natürlich zielt eine solche Debatte nicht nur auf weniger Doppelmoral in der Drogenhilfepolitik sondern auch auf einer allgemeine Entkriminalisierung des Drogenkonsums. Dies ist die einzig vernünftige Antwort auf Verelendung und gesundheitliche Risiken in Folge unkalkulierbarer Stoffqualität oder gehetztem Konsum.

Allerdings: So wenig Drogenabhängige durch Abstinenz "gesund" werden, so wenig beseitigt die Entkriminalisierung des Konsums das Leiden, das Menschen in Suchtverhalten treibt und die Probleme, die sich aus individuellem Suchtverhalten ergeben. Die gesellschaftlichen Zustände, die Menschen dazu bringen, ihre Wünsche und Bedürfnisse im entfremdeten Ausdruck einer Sucht auszuleben, zu kanalisieren oder zu betäuben bzw. die das Sehnen zu einer Sehnsucht machen, werden durch ein Ende der Drogenprohibition nicht beseitigt. Das notwendige Ringen um eine kontrollierte Drogenfreigabe und eine Enttabuisierung von Drogenkonsum und -handel kann daher die Kritik an einer quälenden gesellschaftlichen Realität nicht ersetzen.

dk.

Irene Stratenwerth/Michael Alex (Hg.): "Himmel und Hölle. Unerhörte Ansichten über verbotene Süchte", Paranus-Verlag, Neumünster 1998, 248 Seiten, 29,80 DM

44. Quelldatei 28.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak423/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:28

Leserbriefe - Leserbriefe - Leserbriefe

Betr.: "Havarien in stürmischer See", ak 422

Fidel ist kein Depp

Liebe Freunde!

Zu Eurer Glosse zum 40. Jahrestag der kubanischen Revolution (von dem im übrigen vor zehn Jahren außer ein paar von den "Getreuen", wie Ihr sie nennt, kaum jemand vorhergesagt hätte, daß er gefeiert werden würde):

Ich habe Fidels Rede vom 1.1.99 komplett hier vor meiner Nase. An keiner Stelle sagt er, und schon gar nicht "unbekümmert", "für 1999" den "Sturz des Kapitalismus" voraus. Er sagt bloß (wie George Soros...), daß die Weltwirtschaft, wenn's so weitergeht wie zur Zeit, auf eine "unvermeidliche Katastrophe" zusteuere und drückt - in Granma International hervorgehoben - die Hoffnung aus, daß es keiner ökonomischen Katastrophen bedürfen möge, damit "Lösungen auftauchten".

"Desolate Wirtschaftslage" (und schon wieder "unbekümmert"): ja, es stimmt, daß Kuba trotz der enormen Schwierigkeiten, mit denen das Land zu kämpfen hat, im Unterschied zu praktisch allen anderen Ländern, langsame Fortschritte macht - was anderes ist nie in Aussicht gestellt worden, was sich x-fach belegen läßt - und daß es insbesondere im Ringen mit dem Goliath im Norden ständig Punkte sammelt (allein 1998: Papstbesuch, Abstimmungen in der UNO und in Genf, als Gastgeber des iberoamerikanischen Gipfels 1999 bestätigt u.a.m.).

Und es stimmt auch, daß der ökonomische Krieg der USA ("Embargo" nach westlicher Sprachregelung) Kuba jährlich (meines Wissens unbestritten) etwa 1,5 Milliarden US-Dollar kostet, was der Hälfte dessen entspricht, was dem Land für Importe zur Verfügung steht, daß er also, gelinde gesagt, tatsächlich nicht ignoriert werden kann, wenn man Kubas Wirtschaftspolitik und -lage "gerecht" beurteilen will.

Haarsträubend wird's - angesichts der Tatsache, daß der kubanische Sozialismus mit tausend weltweit einmaligen, freilich systematisch ignorierten Eigenheiten und dank dieser nach wie vor besteht - bei der klischeehaften Behauptung, daß da irgend etwas "eine eigenständige Entwicklung des kubanischen Sozialismus verunmöglicht" habe. Das heißt nun wirklich, die Tatsachen auf den Kopf stellen (oder schreiende Ignoranz bekennen).

Dann die Insinuation, die in der Rede von der "kleinen und großen Korruption" steckt. Ich schwöre: ich kenne persönlich etwa 20mal mehr höhere kubanische Funktionäre als österreichische, deutsche und schwedische zusammengenommen und versichere: In Kuba gehen die Uhren anders. Da gibt es um so weniger Korruption (im weitesten Sinn), je höher in der Hierarchie man kommt. Figuren wie Graf Lambsdorff und Joschka Fischer wären in Kuba als Politiker undenkbar!

Entsprechendes gilt für die Insinuation, daß es in Kuba eine "Funktionärsklasse" gebe. Mit eins der auffälligsten Dinge ist gerade, wie wenig die Funktionäre dort auf ihre Posten abonniert sind. Zum Beispiel Raúl Castros Frau, Vilma Espín, die einfach so einmal aus dem Politbüro verschwand (Vorsitzende des Frauenverbands ist sie nach wie vor), einfach ausgewechselt gegen jüngere Kräfte. Das ZK wird zu jedem Kongreß etwa zur Hälfte erneuert. Ein namhaftes Ex-ZK-Mitglied, das mir lachend erzählt, nein, dem ZK gehöre er nicht mehr an, er selber sei einer von denen, die den Vorschlag eingebracht hätten, daß nur noch Leute, die Parteiarbeit als Hauptaufgabe hätten, im ZK sitzen sollten. Ibrahim Ferradáz, dessen Ernennung zum Investitionsminister - topwichtiger Job in diesen Zeiten -, alle verblüffte, weil niemand den Namen vorher gehört hatte. Ähnlich José Luis Rodríguez (jetzt Wirtschaftsminister), lange bloß Vizedirektor eines Forschungsinstituts, der plötzlich die mächtige Position des Finanzministers antrat, (während der - sichtlich weniger kompetente - oberste Chef desselben Instituts, von Fidel freundschaftlich Osvaldito genannt, grade mal ein kurzes Gastspiel als Wirtschaftsminister geben durfte, und jetzt einem Parlamentsausschuß vorsitzt. Unzählige Leute, die vorübergehend im diplomatischen Dienst werkeln, und dann nicht selten ohne jede

Dramatik auf ihre alten Jobs, als Professoren zum Beispiel, zurückkehren. Chef der staatlichen Nachrichtenagentur, das sich für eine Verspätung damit entschuldigt, er habe seiner Mutter Zusatznahrung ins Krankenhaus bringen müssen, und so weiter. Und alle diese Leute sind so nahbar und normal, daß jeder Bürger sie mitten auf der Straße ansprechen kann.

Die Leute, die "Veränderungen innerhalb des Systems wollen", haben allerdings "politische Spielräume"! Sie sind zum Beispiel für einige der von Euch implizit kritisierten "Reform"beschlüsse verantwortlich, die nachweislich gegen Fidels Votum gefaßt wurden.

Daß "offensichtliche Widersprüche" von "offizieller Seite" nicht offen benannt würden, ist ein Gemeinplatz, dem man seiner Natur nach kaum begegnen kann. Wie's damit wirklich steht, wird in sagen wir spätestens zwei Jahren nachzulesen sein im geplanten zweiten Band über das "Politische Denken des Fidel Castro", einem Projekt, mit dem ich zugange bin, nachdem ich zur Vorbereitung schon mal ein paar tausende Seiten von Castro-Interviews und Reden durchgeackert habe.

Vorschließlich: nach all der Unkerei, mit der so viele sich in Sachen Kuba schon blamiert haben, könntet Ihr allmählich kapiert haben: Fidel ist nicht der Depp, als den Ihr ihn hinstellen wollt; er weiß, was er tut, und weiß auch, daß er eines Tages abtreten wird, und sorgt schon seit gut fünfzehn Jahren für diesen Tag vor. Schon heute wird Kuba de facto (unter seinem wachsamen Auge) von Lage, Rodríguez, Robaina, Alarcón & Co. regiert. Macht Euch da also keine falschen Befürchtungen (oder Hoffnungen)!

Und schließlich: Fidel ist nicht so sehr für "einige westdeutsche Linke" "letzter Hoffnungsstrahl in neoliberaler Finsternis", sondern, wie sich bei jedem seiner Auftritten im Ausland zeigt, vor allem für Milliarden Geknechteter und Ausgebeuteter in der Dritten Welt. Oder zählen die nicht?

Freundliche Grüße,

Ernst Fidel F.,

Hackås, Schweden

Mehr Antimilitarismus

Liebe ak-redaktion,

wie die LeserInnenbriefe in der letzten Nummer zeigen, kommt Eure Homepage ja gut an. Ich habe sie auch bei mir als Link aufgenommen - allerdings "nur" in den Bookmarks, die ich ebenfalls ins Netz stelle. Ich finde den antimil-Bereich im ak ziemlich unterrepräsentiert in letzter Zeit, obwohl Ihr mit Vo. ja einen sehr guten Mitstreiter gefunden habt. (...)

Herzliche Grüße,

Ralf B.,

Berlin

Betr.: Autonome in der Anti-AKW-Bewegung, ak 422

Veteranenprosa

Wenn die Veteranen von früher erzählen, wird gern mal ein bißchen geflunkert. Z.B. von Fritz Storim, der uns in ak 422 sein verklärtes Geschichtsbild präsentiert: Während die K-Gruppen der Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre "ihre Politik und Organisationsvorstellungen überstülpen" und so ihren "Führungsanspruch durchsetzen" wollten - schreibt Fritz - hätten die Autonomen nur das Wohl der Bewegung im Auge gehabt; ihnen ging es um "Eigenverantwortung", "Kommunikation", "Selbstbestimmung", "Koordination statt Führung/politische Leitung", "Selbstorganisation" und dergleichen schöne Dinge. Ein rührender Beitrag, der allerdings in den Kulturteil ("Märchen aus der Spaßguerilla") gehört hätte. In einem politischen Diskussionsbeitrag könnte Fritz 20 Jahre später schon zugeben, daß die Autonomen den bösen "K-Gruppen" (die im übrigen sehr unterschiedlich agierten) in Sachen "Machtpolitik" durchaus ebenbürtig waren.

E.P.,

Kiel

45. Quelldatei 47.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak423/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:47

Kalender - Kalender - Kalender - Kalender

Anti-EU/WWG zum ersten

Das inzwischen sechste Vorbereitungstreffen linksradikaler, antifaschistischer und autonomer Gruppen gegen den EU- und Weltwirtschaftsgipfel findet statt. Zur besseren Planung (Schlafplätze etc.) der Aktionskonferenz begrüßen die VeranstalterInnen eine vorherige Anmeldung.

Köln, 27.-28. Februar, "Unikum", Universitätsstr. 16, Kontakt und Anmeldung: Linksradikales Anti-EU/WWG-Plenum, c/o Antifaschismusreferat im AStA der Universität Köln, AStA Uni Köln), Universitätsstr. 16a, 50937 Köln, Tel.: 0221-470-2992, Fax -5071

Anti-EU/WWG zum zweiten

Zum nunmehr siebten bundesweiten Vorbereitungstreffen für alle GegnerInnen des EU- und WWG-Gipfels lädt das Bündnis Köln 99 ein. Dort soll über die Aktionsplanungen ebenso wie über den alternativen Kongreß zum Weltwirtschaftsgipfel beraten werden.

Köln, 1. März, 16 - 20 Uhr (!), Gemeindesaal der Antoniterkirche, Antoniterstr 14-16, Kontakt: Bündnis Köln 99, Körnerstr. 69, 50823 Köln, Tel.: 0221-9520008, Fax -9520077, Email: koeln99@gmx.net, Internet: www.weedbonn.org

Anti-AKW-Initiativen

treffen sich, um über geplante Aktionen gegen das Atomprogramm (bundesweite Demo) und Castortransporte zu beraten.

Erfurt, 6. März. Ort und Infos sind bei der BI Lüchow Dannenberg zu erfragen. Tel.: 05841-4684

Antifa 1

Unter dem Motto "Keine deutschen Pässe für Ausländer" wollen NPD und "freie Nationalisten" in Magdeburg marschieren. Der "arbeitskreis antifaschismus" ruft zu einer Gegendemonstration auf.

Magdeburg, 27. Februar, Domplatz, 11 Uhr. Infos unter Tel.: 0172-3017429

Antifa 2

Antifaschistische Widerstandwochen veranstalten die SDAJ, das Antifa-Kollektiv Maus und der Infoladen "Fisty" in Karlsruhe. Während der gesamten Zeit kann eine Ausstellung "Kunst als Widerstand" besucht werden.

Karlsruhe, 6.-26. März. 6. März, 19 Uhr, Ausstellungseröffnung, Café Palaver, Steinstr. 23, "Gewerbehof",; 14. März, 19 Uhr, Filmvorführung "Sobibor". Anschließend ein Vortrag: "Widerstand in Konzentrations- und Vernichtungslagern", im AKK, Uni Karlsruhe; 20. März, 16 Uhr, Diskussionsveranstaltung im "Steffi", Schwarzwaldstr. 79, mit Peter Gingold (VVN-BdA), Widerstandskämpfer in der Resistance und Klaus Viehmann, ehemaliges Mitglied der Bewegung 2. Juni (3 Mark Eintritt); 26. März, 19 Uhr, Informationsveranstaltung mit Video- und Dia-Präsentation über die NPD/JN, DGB, Großer Saal, Ettlinger Str. 3a.

Der große Ausschluß geht weiter

Fortgesetzt wird im März die Veranstaltungsreihe über gefährliche Orte, urbane Visitenkarten und das "Unternehmen Stadt".

Hamburg, 2. März, 19 Uhr: "Attraktive City", Privatisierte Wohlstandsinsel oder öffentliches Zentrum demokratischer Urbanität. Ort: Hamburg, Säle des Gewerkschaftshauses, Besenbinderhof. 65. Am 25. März, 19.30 Uhr: Fiktionen vom öffentlichen Raum oder: Kulträume in den Tempeln des Kapitals, Kölibri,

Hein-Köllisch-Platz 12, Eintritt 3 DM. Noch bis zum 25. März ist die Fotoausstellung "Angst und Wunsch" im Kölibri zu sehen.

Krise in Rußland

ak-Autor Kai Ehlers und Dr. Anna Kreikemeyer fragen: "Welche Perspektiven bieten Demokratie und Marktwirschaft" vor dem Hintergrund der politischen und ökonomischen Krise in Rußland. Berichtet wird über die Versuche, Alternativen zur derzeitigen Politik aufzubauen. Außerdem wird untersucht: "Ist Demokratie in Rußland möglich oder droht ein russischer Pinochet?"

Hamburg, 2. März, 18-20 Uhr, Eine Veranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Uni Hamburg, im Seminarraum, Rathausmarkt 5, 20095 Hamburg. Anmeldung unter 040-32587420 ist erwünscht.

Buchvorstellung

Jens Michelsen stellt den fünften Band der Reihe "Eimsbüttler Lebensläufe" vor. Der erzählt unter dem Titel "Mit Kochgeschirr und Hasenbrot" die Geschichte von Gerhard Großkopf, der für seinen Widerstand in der "Telemann-Gruppe" von den Nazis inhaftiert wurde.

Hamburg, 2. März, 19.30 Uhr, Galerie Morgenland, Sillemstr. 79, Tel.: 040-4904622

Die Geschichte der Roten Hilfe

wird durch eine Ausstellung "Vorwärts und nicht vergessen" nahegebracht. Außerdem gibt es Beiträge zum Tag des politischen Gefangenen.

Wiesbaden, Infoladen Linker Projekte, Werderstr. 8, Eröffnung ist am 19. März um 18 Uhr.

Die tödlichen Grenzen der Freiheit (West)

versuchen die JungdemokratInnen, Junge Linke bei einem Seminar über und gegen Flüchtlingspolitik zu bestimmen. Mitmachen kann, wer 25/30/35 DM zahlt und sich anmeldet.

Hannover, 19.-21 März, Junge Linke, Borriesstraße 28, 30519 Hannover, Tel. 0511-8386-226, Fax: -011, Email: junge-linke@oln.comlink.apc.org

Über Chile vor und während des Putsches

liest Ulli Simon aus seinem eben erschienenen Buch "Septembertage". Außerdem gibt es Lieder von Victor Jara, Violeta Parra und Pablo Neruda.

Diverse Orte: am 1.3. im Café Klatsch in Wiesbaden, am 2.3. in der Ev. Cyriakusgemeinde, Alexanderstr. 37 in Frankfurt-Rödelheim, am 3.3. in der ESG (Nähe Uni Mainz) und am 4.3. im Kulturzentrum Knabenschule in Darmstadt, 20 Uhr. Infos unter Tel.: 06151-64066 oder Mail: Taller@link-f.rhein-main.de

Aber die Zukunft muß süß sein ...

Aus Anlaß des Internationalen Frauentages informiert das Dritte Welt Zentrum Hamburg auf einer Veranstaltung über das Alltagsleben von Frauen in Afghanistan, im Iran und im Tschad. Als Gästinnen berichten vom Podium: Nasrin Ranjbar, Schriftstellerin, Shiba Shakib, TV-Journalistin, und Colette Malla Kladoum, Sozialfürsorgerin.

Hamburg, 7. März, Werkstatt 3, Nernstweg 32, 17 Uhr, Eintritt 3 DM.

46. Kraftvoll zubeißen

Email, Faltblätter und ak-Werbung

CD-Datei: daten/aksuche/ak423/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:51

Liebe Leserinnen und Leser,

es bleibt dabei: Wir sind weiter auf eure Unterstützung angewiesen, um die Verkaufszahlen stabil zu halten oder gar wieder hoch zu treiben. Deshalb wäre es schön, wenn ihr von den folgenden Angeboten regen Gebrauch macht.

Seit der letzten Ausgabe bieten wir einen neuen Service, der vor allem diejenigen erfreuen dürfte, die ak nicht im Abo erhalten. Wer über einen Email-Anschluß verfügt, kann sich ab sofort das Inhaltsverzeichnis der jeweils neuen ak zusenden lassen. Das Mail wird euch einige Tage vor Erscheinen der ak erreichen. Damit erhalten auch diejenigen, die ak nicht abonniert haben und die immer wieder vergessen, daß ak vierwöchentlich erscheint, eine Erinnerungshilfe, ab wann sich der Weg in den Buchladen wieder lohnt.

Schickt uns einfach ein Email mit dem Betreff: ak-mailservice Inhaltsverzeichnis an unsere Mail-Adresse (ak-redaktion@cl-hh.comlink.de), und schon werdet ihr künftig die gewünschten Nachrichten erhalten. Mehr ist nicht nötig. Für diejenigen, die keinen Mail-Anschluß, aber Internetzugang haben, sei darauf hingewiesen, daß das Inhaltsverzeichnis der neuen ak auch unter http://www.akweb.de einige Tage vor Erscheinen der Zeitung online einzusehen ist. Außerdem sind dort schon einige Artikel der jeweils kommenden Ausgabe zu lesen.

Hinweisen möchten wir an dieser Stelle noch einmal auf unsere Werbe-Faltblätter. Mit ihnen wollen wir mehr Menschen auf ak aufmerksam machen. Unter den Titeln: "Veränderungen beginnen im Kopf" und "Manchmal treffen wir auch ins Schwarze" könnt ihr diese Leporellos bei uns kostenlos bestellen. Mail, Fax, Brief oder Anruf genügen, und schon habt ihr die Dinger in der Post. Bitte helft mit, daß die Werbezettel an möglichst vielen Orten ausliegen, wo Linke sich treffen.

Und schließlich könnt ihr für Veranstaltungen kostenlose ak-Exemplare anfordern. Teilt uns einfach mit, auf welcher Veranstaltung ihr ak verteilen wollt. Besonders schön wäre es natürlich, wenn ihr ak verkauft oder Spenden einsammelt. Aber das ist keine Pflicht.

Bitte schickt mir die neuen Faltblätter, Faltblatt: "Veränderungen ... beginnen im Kopf", , Faltblatt: "Manchmal ... treffen wir auch ins Schwarze"

Ich brauche, ...Exemplare, , ... Exemplare

Name:, Ort:, , Str.:

, , ,

47. Spendenaufruf: 40.000 DM für ak

Es fehlen noch einige Scheine!

CD-Datei: daten/aksuche/ak423/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:52

Wie jedes Jahr rufen wir alle LeserInnen und FreundInnen und wer sich eben so aufrufen läßt, dazu auf, für das weitere Erscheinen von ak- analyse & kritik einen Spendenbeitrag zu leisten. Die regelmäßigen Beiträge und der Verkaufserlös decken die Kosten für die Zeitung bei einem Preis von DM 7,50 nicht - trotz der vielen unbezahlten Hilfe, die wir bei der Zeitungsproduktion erhalten, und obwohl wir den Autorinnen und Autoren, die uns mit Artikeln versorgen, keine Honorare bezahlen.

Einige sagen jetzt vielleicht: dann macht die Zeitung doch teurer! Aber genau das möchten wir nicht, weil es den Erwerb der Zeitung für viele unmöglich machen würde. Die ökonomische Situation hat sich für einen großen Teil der Menschen verschlechtert, und dieser Prozeß wird auch durch die neue Regierung nicht umgekehrt. Wir wissen aber auch, daß gleichzeitig die berühmte "Schere" immer weiter aufklappt. Und genau darauf müssen wir bauen: Selber einen kleinen Ausgleich vornehmen, Umverteilung von einer Person an andere über den Weg der Spende. Das bedeutet, der Preis kann so bleiben, und diejenigen, die mehr für die Zeitung bezahlen können und wollen, unterstützen unsere Arbeit mit einer Spende.

Etwa 75 Prozent der benötigten Summe haben wir schon. Dafür danken wir allen Spenderinnen und Spendern sehr herzlich. Auch wenn es abgedroschen klingt: "Ohne Euer Geld kann die Zeitung nicht herausgegeben werden."

Die Überweisungsträger, die wir haben drucken lassen, sind alle verschickt. Es fehlt aber noch einiges an Rücklauf. Falls ihr die Überweisungsträger verbummelt habt: Wir nehmen auch Schecks, homebanking-Überweisungen, "normale" Überweisungen; und wer mag - und dabei die Chance haben möchte, zumindest einen Teil von uns gleich kennenzulernen - kann die Spende auch direkt in bar bei uns in der Redaktion abgeben.

ak-Redaktion

Summe bis 13.1.1999 21.267,99

J.D., xy 50,00

P.S., Tübingen 200,00

D.B., Hamburg 100,00

J.H., Nürnberg 1.000,00

N.R., Berlin 123,45

N.P., xy 50,00

NN 100,00

M.K., Hamburg 5,00

B.I.H., xy 100,00

H.-J.V., Chemnitz 100,00

Th.K., Hamburg 500,00

H.-H.B., Neustadt 200,00

H.R., Dortmund 100,00

KB Nürnberg 3.000,00

M.E., Wolfsburg 201,00

H.H., Wardenburg 100,00

H.M., Nürnberg 39,12

J.N., Hamburg 2.000,00

N.G., Nürnberg 100,00

T.H., Hamburg 200,00

Summe bis 13.2.1999 8.268,57

Summe gesamt 29.536,55

48. Quelldatei blatt423.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak423/blatt423.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:blatt423

Die Bundeswehr und

ihre Traditionen

Neue Militärpolitik, alte Traditionen - auf diesen Nenner ließe sich das Selbstbild der Bundeswehr bringen. "Etliche Soldaten", schreibt der Militärhistoriker Wolfram Wette, "verstehen die seit 1990 von politischer Seite verkündete ‚Neue Normalität` als Erlaubnis zum Rückgriff auf Traditionen aus der Zeit des deutschen Sonderweges vor 1945, besonders auf die Traditionen des NS-Staates." Wettes Aufsatz "Wehrmachtstraditionen und Bundeswehr", in dem es um die "deutschen Machtphantasien im Zeichen der Neuen Militärpolitik und des Rechtsradikalismus" geht, ist ein Beitrag zu dem Sammelband "Vorbild Wehrmacht?" über Wehrmachtsverbrechen, Rechtsextremismus und Bundeswehr.

In seinen Thesen über Ursachen des Rechtsextremismus in der Bundeswehr wendet sich Wette gegen die gängige Entschuldigung, die Bundeswehr sei lediglich ein "Spiegelbild der Gesellschaft". Vielmehr bilde sie ein spezifisches Milieu heraus: Sie ziehe nicht zufällig rechtsorientierte junge Männer an. Am Ende des Buches steht ein Aufsatz des ak-Autors Gerd Wiegel über die Rückkehr zur deutschen Machtpolitik: "Vorwärts in die Vergangenheit".

Im ersten Teil des Buches geht es um die Vernichtungskriege und Verbrechen der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion, Italien und Griechenland. Diese Beiträge können natürlich keine neuen Fakten bieten. Als kurzgefaßter Einstieg in das Thema sind sie dennoch lesenswert, zumal es sich bei den Autoren Reinhard Kühnl, Christian Gerlach und Martin Seckendorf um ausgewiesene Experten handelt.

Johannes Klotz (Hg.): Vorbild Wehrmacht? Wehrmachtsverbrechen, Rechtsextremismus und Bundeswehr; PapyRossa Verlag, Köln 1998; 177 Seiten, 24,80 DM

Rosa Luxemburg beerben

Raya Dunayevskaya, letzte Sekretärin Trotzkis, Autorin und Philosophin veröffentlichte bereits 1982 ihre eigenwillige und interessante Lesart Luxemburgschen Denkens und Handelns in den USA. "Wie würde es sich anfühlen, frei zu sein und wahrhaft menschlich?"

Diese von Rosa Luxemburg gestellte Frage wollte die Autorin, so jedenfalls liest es sich in und zwischen den Zeilen, mit einer großen und inzwischen aus der Mode gekommenen Leidenschaft beantworten. Und schrieb dann dieses Buch, das keine weitere Luxemburg-Biographie ist und sein will und auch keine romantisierende Rekonstruktion der Revolutionärin als "Feministin im Herzen". Aber das macht nichts - im Gegenteil. Denn das, was Dunayevskaya zu bieten hat, ist eine gründliche Überprüfung der Arbeitsweise Rosa Luxemburgs im Hinblick auf ihren Nutzen für eine aktuelle politisch-feministische Ethik, die sich nicht um Heldinnenepen rankt, sondern davon ausgeht, daß "die Individualität einer jeden Feministin ein Mikrokosmos des Ganzen ist, und daß die Bewegung dennoch nicht die Summe so vieler Einzelner ist, sondern aus Massen in Bewegung besteht".

Frigga Haug bezeichnet in ihrer Einleitung Dunayevskayas Überlegungen als Herausforderung für "Post-Marx-Marxisten" - das gleiche gilt übrigens auch für postmoderne, differenztheoretische und sonstige Feministinnen. Schade, daß das in der Einleitung erwähnte Vorwort zur Neuausgabe von Adrienne Rich nicht mit aufgenommen wurde.

Raya Dunayevskaya: Rosa Luxemburg. Frauenbefreiung und Marx' Philosophie der Revolution. Argument-Sonderband 245. 215 Seiten, DM 37,80.

Internet-Adressen

Das Buch Politik im Internet soll die Frage beantworten: "Wie und wo finde ich Ressourcen zum Thema Politik im Internet?" Seine erste Hälfte besteht aus einer gegliederten Auflistung von Webadressen, die zur einfachen Handhabung auch auf Diskette vorliegen. Für Internetneulinge gibt das Buch darüberhinaus einen kleinen

Wegweiser durch das Wirrwarr des Cyberspace, informiert auf knapp 40 Seiten über den Ursprung des Internet und gibt eine erste Gebrauchsanleitung zum Umgang mit dem "neuen" Medium.

In die "Suchhilfe mit über 1.000 Internet-Adressen" wurden neben Links zu politikwissenschaftlichen Webseiten vor allem die Verweise zu Parteien, Medienanstalten, Bibliotheken und einigen Bewegungen bzw. NGOs aufgenommen. Den Schwerpunkt setzen die beiden Autoren auf Adressen aus Deutschland, Westeuropa und den USA. Der Gebrauchswert des Buches richtet sich vermutlich nach den "Surf-Gewohnheiten" der jeweiligen LeserInnen. Wer es liebt, sich von einem Link zum nächsten zu klicken, und einen Ehrgeiz darin entwickelt, sich selbst auf die Suche nach der gewünschten Webseite zu machen, wird wohl kaum dieses Buch in die Hand nehmen.

Für alle anderen bietet der Band sehr wohl eine gute Orientierungshilfe in Sachen Internet, auch wenn weniger manchmal mehr gewesen wäre. Warum etwa wurden bei den Parteien sämtliche Landesverbände mit einem eigenen Eintrag aufgenommen, wo doch ein Verweis auf die "Bundesadresse" genügt hätte? Gleiches gilt für die Auflistung der Ministerien. Alles in allem aber ein brauchbares Buch.

Wolfgang Hecker und Rainer Rilling: Politik im Internet. Eine Suchhilfe mit über 1.000 Internet-Adressen, PapyRossa Verlag, Köln 1998, 129 Seiten, 14,80DM

49. CGT militant-konstruktiv

CD-Datei: daten/aksuche/ak423/cgt.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:cgt

Die Erinnerung an die französische Streikbewegung von 1995 ist für die Mitglieder der Gewerkschaft CGT lebendig geblieben. Auf ihrem Kongreß in Strasbourg ertönten nicht nur die Demo-Parolen des Streikherbstes. Mit Bernard Thibault wurde auch der "Star" dieses Streiks zum neuen CGT-Generalsekretär gewählt. Unter seinem Vorgänger Viannet hat die Wandlung der CGT begonnen - "von der reinen Protestgewerkschaft zur konstruktiv-kritischen Kraft", lautet der Slogan. Die einstmals als Anhängsel der KP geltende Gewerkschaft hat sich nicht nur längst vom sowjetischen Modell abgewandt, sondern auch die Verbindung zur "Partei" gelockert. Geöffnet hat sie sich dafür diversen Bewegungen, die früher als kleinbürgerliche Spielwiesen galten. Auch an der Unterstützung der Sans-papiers - der illegalen "ImmigrantInnen" - beteiligt sich die CGT. Lautstark applaudierten die Delegierten den Aktionen militanter Erwerbslosengruppen. Gleichzeitig paßt die CGT sich den verschlechterten Kampfbedingungen an. So schließt sie neuerdings auch Verträge mit Unternehmern ab - früher hatte sie das stets den "gemäßigteren" Gewerkschaften überlassen. Auch der Einrichtung privater Rentenfonds widersetzt sie sich nicht mehr grundsätzlich. Wie in der KP, so ist auch in der CGT das Leben "vielgestaltig und widersprüchlich", schreibt Bernhard Schmid. Seite 19

50. Für ein Europa der Solidarität!

CD-Datei: daten/aksuche/ak423/gipfel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:gipfel

"Zwanzig Millionen Erwerbslose, sechzig Millionen Arme, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse und zunehmende Ungleichheit, Sozial- und Lohndumping, steuerliche Ungerechtigkeit, Infragestellung des Rechts der Frauen auf Erwerbsarbeit, der sozialen Sicherheit, Ausgrenzung von Zuwanderern und Flüchtlingen - das ist die Bilanz von zwei Jahrzehnten neoliberaler Politik in ganz Europa." So beginnt ein Aufruf von GewerkschafterInnen zur Demonstration in Köln gegen den EU-Gipfel im Juni. So klar wie die Zustandsbeschreibung sind auch die grundlegenden Forderungen, unter denen am 29. Mai in Köln demonstriert wird. Erkämpft werden müssen: ein garantiertes Einkommen, das ein menschenwürdiges Leben erlaubt; neue sozial und ökologisch nützliche, gesicherte und tariflich entlohnte Arbeitsplätze; Arbeitszeitverkürzung; die Gleichstellung von Frauen und Männern, Deutschen und MigrantInnen; ein soziales, nicht rassistisches und nach Süden und Osten offenes Europa.

Unter diesen und anderen Parolen ist die Mobilisierung angelaufen, an der sich Initiativen aus mehreren europäischen Ländern beteiligen. Ab Anfang Mai werden sich aus unterschiedlichen Richtungen Märsche und Konvois auf Köln zubewegen. Dort wird nicht nur demonstriert, sondern - auf einem "Gegengipfel" vom 30. Mai bis 2. Juni - auch über Alternativen zur "Neuen Weltordnung" diskutiert werden. Einen Tag später beginnen "linksradikale" Gruppen ihren "Diskussions- und Widerstandskongreß" (mit Demo am 3. Juni).

An der Mobilisierung gegen den EU-Gipfel (und gegen den G8-Gipfel, der am 19. Juni ebenfalls in Köln stattfindet) ist ein breites Bündnis beteiligt. Jetzt gilt es, die zentrale Aktion in Köln durch lokale Aktivitäten vorzubereiten und zu unterstützen. Seite 14 und 15

51. Quelldatei links.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak423/links.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:links

ak-Register 1998, Teil II

Indische BäuerInnen gegen Gentech Seite 17

NGOs auf internationalen Konferenzen Seite 18

Schmutziger TransFair-Kaffee Seite 21

Sierra Leone:Kampf um Diamantenminen Seite 22

Rußland: Eine Lanze für Jelzin Seite 24

Sozialhilfe und Arbeitspflicht in New York Seite 16

Saul Friedländer: Wissen und Erinnerung Seite 3

Expo No -Widerstand organisieren! Seite 26

Für eine tabufreie Drogendiskussion Seite

52. Quelldatei sp990213.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak423/sp990213.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:sp990213

Summe bis 13.01.99 21.267,99

J.D., xy 50,00

P.S., Tübingen 200,00

D.B., Hamburg 100,00

J.H., Nürnberg 1.000,00

N.R., Berlin 123,45

N.P., xy 50,00

NN 100,00

M.K., Hamburg 5,00

B.I.H., xy 100,00

H.-J.V., Chemnitz 100,00

Th.K., Hamburg 500,00

H.-H.B., Neustadt 200,00

H.R., Dortmund 100,00

KB Nürnberg 3.000,00

M.E., Wolfsburg 201,00

H.H., Wardenburg 100,00

H.M., Nürnberg 39,12

J.N., Hamburg 2.000,00

N.G., Nürnberg 100,00

T.H., Hamburg 200,00

Summe bis 12.2.99 8.268,57

Gesamt 29.536,56

53. Prekäres Feudeln*

CD-Datei: daten/aksuche/ak423/titelwi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:423:titelwi

Wenn von ungesicherten Arbeitsverhältnissen die Rede ist, fällt einem vom Leiharbeiter bis zur Verkäuferin alles mögliche ein, an das Putzen, Kochen und Bügeln in den Privathaushalten denkt man dabei eher selten. Haus- und Reproduktionsarbeit ist von der feministischen Forschung bislang als unentlohnte Arbeit analysiert worden, nicht als prekäre Lohnarbeit. Doch wird auch in bundesdeutschen bürgerlichen Haushalten zwar ohne Lohnsteuerkarte, aber durchaus für Geld gebohnert und gewischt. Meistens von Frauen und meistens von Flüchtlingen und Migrantinnen.

Auch wenn Frauen mittlerweile lukrative Jobs ergattern können: Ihre gesellschaftlich zugewiesene Verantwor-tung für Familie und Haushalt werden sie nicht los. Allerdings können sie sich "freikaufen". Zwischen Arbeitgeberin und Putzhilfe entsteht ein - häufig rassistisch diskriminierendes - Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnis.

Seite 12

* Norddeutsch: Den Boden wischen